

## Das fatale Einheitsdenken in der EU

In den Rettungsversuchen für den Euro bündeln sich wie in einem Brennglas die Selbsttäuschungen und Fehlschläge des vorherrschenden Integrationsprogramms. Europa krankt an der Abkehr von der liberalen Idee. In einem Währungssystem mit Inflationstendenz liegt Zündstoff für schwere Konflikte.

Alle Versuche, in einer föderativen Staatengemeinschaft einheitlich zu wirtschaften, können nur bei geistig-politischer Aneignung der marktwirtschaftlichen Ordnung gelingen. Große Liberale haben das frühzeitig erkannt. 1939 entwickelte Friedrich August von Hayek Gedanken für eine Ordnungspolitik im Dienste eines gemeinsamen Marktes, auf dem sich Menschen, Güter und Kapital zwischen verschiedenen Völkern frei bewegen und die persönliche Initiative und der Reichtum des menschlichen Geistes größtmöglichen Spielraum und die günstigste Auswirkung haben können. Das Zentrum des einheitlichen Denkens bilden die Institutionen und Funktionen einer liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung - mit einer gemeinsamen Wettbewerbs-, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik. Von Vorteil wäre auch eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Der Mitgliederkreis wäre offen. Freilich erforderten die Mitgliedschaft wie auch die Einhaltung des liberalen Kurses, mehr als beim Goldstandard, den Verzicht auf wirtschaftspolitische Souveränitätsrechte. Ohne die erforderliche Regeltreue ginge wie beim Goldstandard die Mitgliedschaft verloren.

Schon dieses Beispiel zeigt, dass die Mitglieder bei der gemeinschaftlichen Ausübung der jeweiligen Befugnisse wirklich darin übereinstimmen müssten, die Regeln des liberalen Kurses zu bewahren und damit die persönliche Freiheit vor dem Machtmissbrauch durch Mehrheiten oder bürokratische Apparate zu schützen. Sonst würden die großen Erwartungen in solche Zusammenschlüsse enttäuscht.

In der EU finden sich zentrale Punkte dieses Programms in der gemeinsamen Wettbewerbs- und Außenwirtschaftspolitik sowie in den Regeln des Binnenmarktes. Aus liberaler Sicht liegt in diesen und anderen Aspekten einer "Herrschaft des Rechts" (Mestmäcker) die entscheidende Erfolgsbedingung für eine europäische Integration ohne große Gefahr von Selbsttäuschungen und Fehlschlägen.

Doch schon in den sechs Gründerstaaten der EWG war das Integrationsdenken teilweise weit vom liberalen Programm entfernt. Vor allem Frankreich war und ist bis heute dem Leitbild des einheitlichen Marktes in einem dirigistisch-bürokratischen Verständnis von Ordnung durch Organisation zugetan - in der Tradition von Saint-Simon (1760-1825) und anderen sozialistischen Denkern. Deren Staatsverständnis stützt sich unter anderem auf eine Wirtschaftsregierung mit weitgehenden wirtschaftlichen Lenkungsbefugnissen. Die Märkte sollen von oben mit planifizierenden Methoden "in den Griff" genommen, der mikroökonomische Unterbau der Wirtschaft in den Dienst übergeordneter "makrostruktureller" Ziele gestellt werden - durch eine Geldpolitik im Dienste finanzpolitischer Ziele, durch Formen eines europäischen Finanzausgleichs, durch Vorgabe von technischen und wirtschaftlichen Effizienznormen, Kriterien für beste Standorte, durch Festlegung von Mindestlöhnen und anderen "Sozialstandards", Regulierung von Wechselkursen, Zins-, Steuer- und Beihilfesätzen, durch Struktur-, Regional- und Kohäsionsfonds. Darin wird die Grundlage für ein friedliches und wohlhabendes vereintes Europa gesehen - "un seul corps politique" als Zustand politischer und sozialer Homogenität.

Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen fatalen Integrationsweg, der - wie einige Beispiele zeigen - trotz offensichtlicher Selbsttäuschungen und Fehlschläge in der einen oder anderen Weise fortgesetzt wurde und sich spätestens mit dem Euro als gefährlicher Irrweg erweist.

### Der fatale Branchendirigismus

Die Idee des einheitlichen Marktes war Ausgangspunkt des Konzepts (mit der Montan- und Agrarunion beginnend), Branche für Branche mit Sonderbehörden nach einheitlichen Preisen und anderen Vorgaben zu lenken. Tatsächlich sind die beklagten Disparitäten bei rasant fortschreitendem Dirigismus größer geworden. Heute noch absorbiert der Agrarbereich den größten Teil des EU-Haushalts. Auch die Montanunion, ebenfalls mit staatlichen Privilegien überhäuft, hat enorme volkswirtschaftliche Kosten verursacht. Um diese in Deutschland leichter auf Dritte abwälzen und die Gewerkschaften an der Monopolrente beteiligen zu können, wurde 1969 die Ruhrkohleeinheitengesellschaft gegründet.

An den konfliktreichen und desintegrierenden Branchendirigismus ist deshalb zu erinnern, weil dieser zunächst begrenzt, dann aber in der Sache mit dem Maastrichter Vertrag neu belebt worden ist. Das Branchenkonzept der Integration zählt neben der merkantilistischen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenwirtschaftspolitik zu den größten Dummheiten in der Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Gleichwohl gelten Agrar- und Montanunion weithin als die Pioniere der europäischen Integration.

Nach dem Maastrichter Vertrag hat die Kommission umfassend darauf hinzuwirken, "Ungleichheiten zu beseitigen". Damit könnte an die Stärkung des liberalen Programms gedacht sein. Tatsächlich werden aber die erweiterten Ermächtigungen der EU-Kommission bevorzugt als Aufgabe gedeutet, immer mehr Elemente des Gegenkonzepts in den Binnenmarkt hineinzuziehen, um einheitliche Lebensverhältnisse von oben herunter zu schaffen - auf den Gebieten des Rechts, der Wirtschaft, der Währung, des Sozialen, des Umweltschutzes, der Energie, der Bildung und Kultur.

1. Tatsächlich mangelt es aber vielfach an der Kenntnis der konkreten Ursachen von Ungleichheiten und an der Fähigkeit oder Bereitschaft, die Wirksamkeit und die Neben- und Fernwirkungen der genannten Angleichungsmaßnahmen hinreichend zu bedenken. Mögliche Ergebnisse der Angleichung werden nicht selten mit dem verwechselt, was nur in Wettbewerbsprozessen herausgefunden werden kann. Diese werden verfälscht. Fehlanreize, Ausweich- und Mitnahmeeffekte, neue "Diskriminierungen", fortbestehende Lücken (Ungleichgewichte) und Disparitäten verleiten auf dem Weg des fatalen Einheitsdenkens zu weiter gehenden Eingriffen durch bürokratische Lenkungs- und Kontrollinstanzen. Aus dem Anspruch, europäisch-einheitlich zu wirtschaften, entsteht ein rasch expandierender punktueller Interventionismus.

2. Vielfach werden die politischen Kräfte unterschätzt, die dazu neigen, an interventionistischen Einheitslösungen, einmal in Gang gesetzt, um jeden Preis festzuhalten. In der EU waren und sind maßgebende Regierungen und Verbände jenseits des liberalen Programms bestrebt, den

Wettbewerb der Währungen, der Steuern, des Sozialen und anderer Standortfaktoren zu beschränken und auch auf andere Länder zum Teil in aggressiver Form Druck auszuüben, sich faktisch als Teil der EU und für das fatale Einheitsdenken zwangsverpflichtet zu betrachten. Wettbewerbsbeschränkende Handlungen dieser Art mögen die politische Herrschafts- und die wirtschaftliche Machtsicherung erleichtern. Doch gerät damit die Freiheit der Bürger in Gefahr, Opfer des Machtmissbrauchs durch Mehrheiten und bürokratische Apparate zu werden.

3. Die Kommission entwickelt sich nach Maastricht zu einer kaum kontrollierbaren Kommandozentrale. Wilhelm Röpke hat schon 1957 vor dem bürokratischen Europamodell gewarnt: Die Entstehung eines europäischen Dirigismus im Stil des Saint-Simonismus ist "nicht besser als ein nationaler, ja weit schlimmer, weil er ungehemmter und umfassender sein würde".

#### Die Währungseinheit - Sprengstoff für die europäische Integration

Dem liberalen Einheitsdenken entspricht es, wenn die Währungspolitik als "eine Sache des Bundes(staates), nicht eine der Staaten" angesehen wird (Hayek). Eine nationale Finanzpolitik im wirtschaftlichen und finanziellen Interesse der Einzelstaaten würde dagegen das gemeinsame Währungssystem zerreißen. Diese Sprengstoffwirkung befürchteten auch die menschen- und europafreundlichen Euro-Skeptiker in den neunziger Jahren, zumal das Europäische Währungssystem (EWS) und auch zuvor schon der Europäische Wechselkursverbund aus Gründen gescheitert sind, die nicht ausgeräumt werden konnten.

Das EWS von 1979 als Wechselkurs-, Interventions- und Kreditsystem war ein Geschöpf der politischen Selbsttäuschung. Die erforderliche geld- und fiskalpolitische Zusammenarbeit konnte auch die Bundesbank mit der D-Mark als Ankerwährung nicht erreichen. Notwendige Änderungen der Paritäten scheiterten am nationalen Prestigedenken. Der Kreditmechanismus verfiel zu einem System von Zwangskrediten - ähnlich wie im Internationalen Währungsfonds bis 1973. Das EWS erwies sich als ein "Produkt wirtschaftlicher Motorik ohne sachlichen Gehalt" (so Willgerodt schon 1978). Der Übergang zu nahezu flexiblen Wechselkursen war 1993 unausweichlich. Spätestens damit wäre es an der Zeit gewesen, die bessere Lösung im unverfälschten Wettbewerb der Währungen, vor allem aber in der Durchsetzung der Erkenntnis zu sehen, dass es das liberale Denken ist, der die europäische Einheit ausmachen kann, nicht aber die Recheneinheit Ecu oder die anschließende Euro-Währung. Stattdessen wurde der Fehlschlag des EWS als Erfolg ausgegeben. Nun könnte und müsste man den Euro einführen.

#### Die fatale Währungseinheit

Dem Versprechen einer stabilen Einheitswährung war kein langes Leben zuzutrauen. Hierfür waren - gemessen am liberalen Denkansatz - die ordnungs- und finanzpolitischen Grundhaltungen der Mitgliedsländer zu unterschiedlich, die Bereitschaft zu fraglich, bewährte Grundsätze der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und der Geldwertstabilität zu schützen.

1. Für den Plan, die EZB zu politisieren, wurden schon auf dem Dubliner Gipfel von 1996 die Weichen gestellt. Der von deutscher Seite favorisierte "Europäische Stabilitätspakt" wurde durch einen zahnlosen "Stabilitäts- und Wachstumspakt" ersetzt. Die seitdem vertretene These war begründet: Niemals wird sich eine qualifizierte Mehrheit in der Kommission und im Rat finden, um einen Haushaltssünder zu verurteilen. Innere Anpassungsnotwendigkeiten konnten in der Eurozone fortschreitend durch Verschuldung in der Gewissheit verschoben werden, die Folgen auf andere abwälzen zu können.

2. Deutschland hat selbst dazu beigetragen, den Pakt mit fadenscheinigen Argumenten aufzuweichen. Schon 1999 forderte eine "Grundwertekommission" der SPD, die EZB der Sozial- und Finanzpolitik unterzuordnen. Bisher habe dies das "weitgehende europäische Diktat der Deutschen Bundesbank" verhindert. Die "Macht der D-Mark" (das heißt, deren weltweiter Stabilitäts- und Ansehensvorsprung) sei zu beseitigen. Der heutige Primat der Finanzpolitik erfüllt diesen Anspruch weitgehend.

#### Vom labilen zum stabilen Euro?

Mit ständig erweiterten monetären Stützmauern und von 2013 an mit dem permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM wird offiziell der Anspruch erhoben, alle für die Stabilität des Euro notwendigen Maßnahmen ergriffen zu haben, um die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitglieder einheitlich steuern und überwachen, also Schluss mit der nationalen Finanzpolitik im Interesse der Einzelstaaten machen zu können. Es gibt begründete Zweifel an diesem Anspruch:

1. Zunächst einmal sind die kaum zu überbietenden Täuschungsmanöver Griechenlands mit dem groben Missbrauch des ohnehin problematischen Gedankens der Gemeinschaftssolidarität hingenommen worden. Bleibt es dabei, ist kein Fall mehr vorstellbar, in dem als härteste Sanktion mit dem Ausschluss aus der Währungsunion gedroht werden könnte. Dieser bietet aber die Chance für eine spontane Sonderintegration mit günstigeren Aussichten für eine wirtschaftliche solide Rückgewinnung der Schuldendienstfähigkeit und mit hoher vorbeugender Wirkung. Wird darauf verzichtet, ist der weitere Irrweg des Euro vorgezeichnet: Im Rahmen des liberalen Programms hätte die Durchsetzung des Prinzips der roten Karte den Ansatz für einen Ausweg aus einer suboptimalen Währungsunion geboten. Ohne diese Option können Länder mit unsoliden Staatsfinanzen weiterhin nicht nur das Vertrauen in die Grundlagen der Währungsunion erschüttern, sondern Anlass für neue dubiose supranationale Institutionen, Organisationen und Rettungsmaßnahmen geben. Es bestätigt sich, dass mit dem Versagen auf dem Gebiet der Währungspolitik ersatzweise immer mehr politisch-bürokratische Lenkungsinstrumente vordringen.

2. Mit dem Ausbau der monetären Kollektivhaftung durch Rettungsschirme, die vertragswidrige Unterwerfung der Geldpolitik unter den Primat der Finanzpolitik und auch durch die Errichtung des ESM wird die Verhandlungsposition der Länder mit unsolider Staatswirtschaft gestärkt. Und mit dem offiziell vertretenen Gedanken der Schicksals- und Haftungsgemeinschaft des Euro können Länder, die besser haushalten, für die Kosten unbezahlbar gewordener Wohlfahrtsstaaten haftbar gemacht werden - mit unbekannter Nachschusspflicht und der Gefahr, eigene Ziele der Wirtschaftspolitik zu verletzen. Deshalb werden potentielle Gläubigerländer versucht sein, in der Staatsverschuldung gleichzuziehen. Der politische Druck auf die EZB wird steigen. In einem Währungssystem mit eingebauter Inflationstendenz liegt weiterer Zündstoff für schwere politische Konflikte.

3. Letztlich entscheidend ist die Frage: Kann der fatale Geburtsfehler des Euro (mangelnde Abstimmung der dezentralen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit der zentralisierten Geldpolitik) mit Hilfe einer wie auch immer organisierten "Vergemeinschaftung der Finanzpolitik"

korrigiert werden? Können zum Beispiel die Agenten des ESM kraft ihrer Autorität im konkreten Fall über den ordnungspolitischen Reformbedarf, der für die Wiederbelebung und Stärkung der Selbststeuerungs- und Selbstheilungskräfte des Marktsystems in den Euroländern unverzichtbar ist, über den Kreditbedarf im Rahmen von makroökonomischen Anpassungsprogrammen, deren Überwachung und Einhaltung verbindlich befinden? Schon die Eingriffsbedingungen (der "reguläre Zugang" eines Eurolandes zur Finanzierung über den Markt ist "beeinträchtigt"; das Land ist vom Kapitalmarkt "abgeschnitten", die "Stabilität der Eurozone" insgesamt gefährdet) können höchst unterschiedlich interpretiert werden. Es gibt mehr Fragen als Antworten - auch hinsichtlich der theoretischen Grundlagen des makroökonomischen Steuerungs- und Überwachungskonzepts oder der Herausforderung, bei der Umsetzung die institutionellen Besonderheiten und Umstände der Euroländer zu berücksichtigen und gleichzeitig dem Anspruch der Gleichbehandlung zu genügen. Der ESM wird unausweichlich in hochpolitische Auseinandersetzungen hineingezogen sein und selbst zur Ursache von Reibereien, Konflikten und Anfeindungen zwischen den Euroländern werden. Die Erfahrungen mit Versuchen einer nationalen Globalsteuerung auf der Grundlage eines unkritischen staatlichen Wissensanspruchs lassen befürchten, dass damit in der EU erst recht neue schwere Selbsttäuschungen und Fehlschläge entstehen.

4. Zweifel sind - trotz oder besser wegen der Problematik der ungeheuren monetären Schutzmauern, die faktisch einem hochgradigen Wechselkursprotektionismus gleichkommen - auch deshalb angebracht, weil der ESM maßgeblich wohl von einer stark politisierten Kommission geführt werden dürfte. Wie glaubwürdig ist die Kommission? Sie hat in den neunziger Jahren und auch später im Banne der verfehlten Einheitsidee selbst hochverschuldeten Staaten die Qualifikation für eine Mitgliedschaft bescheinigt, sich schon mit "vorgesehenen" Konsolidierungsschritten zufriedengegeben. Freilich könnte die Kommission angesichts der verheerenden Konsequenzen dieses Verhaltens jetzt daran interessiert sein, den zweifelhaften Ruf loszuwerden.

Flankierend soll der IWF mitwirken, der freilich seit 1973 bis heute eher an einer lockeren Politik der Kreditexpansion interessiert ist und damit die Zweifel an der Steuerungs- und Überwachungsqualität der Kommission erhöht. Und hinsichtlich der Wahl des zu berufenden Rats der Weisen bleibt fraglich, wie frei dieser von Anfechtungen der Parteilichkeit bestellt wird und entscheidenden Einfluss nehmen kann. Die "Schuldentragfähigkeitsanalysen" des ESM lassen unter diesen Instanzen, die auf eine weitreichende Kollektivhaftung der Eurostaaten und ihrer Steuerzahler zurückgreifen können, wohl keine konsequente Orientierung an jener geistigen Einstellung erwarten, die eine kontinuierliche Staatsverschuldung sachlich nicht nur für unbegründbar, sondern für schädlich hält.

Fazit: Mit den verschiedenen Aspekten der Stabilisierungspolitik dürfte es nicht gelingen, jenen Verzicht auf wirtschaftspolitische Souveränitätsrechte der Mitgliedsländer zu erwirken, der erforderlich ist, um den Geburtsfehler des Euro dauerhaft zu korrigieren. Ein Spiel mit gelben Karten, bei dem jeder weiß, dass keine rote Karte droht, verschlechtert die Spielkultur und läuft in der EU auf eine Politik des Fortwurstelns mit neuen Täuschungen und Fehlschlägen hinaus.

Die EU steht vor einer schwierigen Transformationsaufgabe. Notwendig ist eine geistig-politische Wende hin zum liberalen Programm. Länder wie Deutschland folgen jedoch seit dem Maastrichter Vertrag immer stärker dem französischen Integrationsdenken mit einer Präferenz für supranationale Kollektivaktionen und die "Herrschaft der Politik" (Mestmäcker). Dabei ist Frankreichs Wirtschaftsordnung seit Jahrzehnten weit von einer führenden Position im internationalen Wettbewerb um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt entfernt. Mit der zunehmenden Abkehr vom liberalen Programm schadet Deutschland sich selbst, aber auch der Wohlfahrt Frankreichs und der anderen EU-Länder. Saint-simonistische Konzepte führen auf einen verhängnisvollen Irrweg, der mit den erheblichen politischen Weiterungen auch vom Plan einer politischen Union wegführt.

Gekürzte Fassung der Hayek-Vorlesung, die der Autor im Juni in Freiburg gehalten hat.

Der Autor

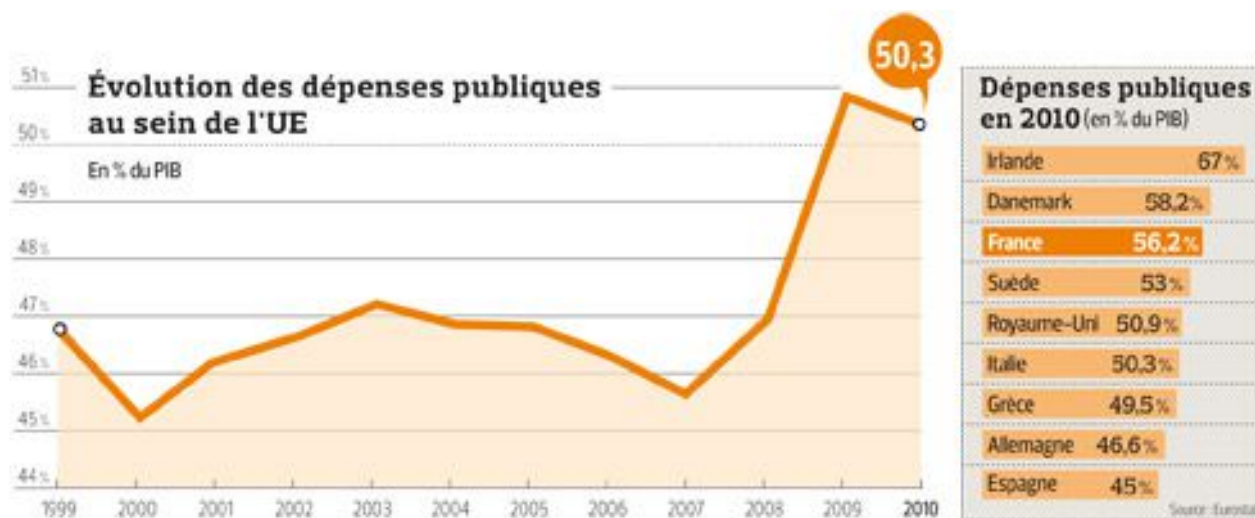
Alfred Schüller (74) hat fast dreißig Jahre in Marburg mit festem ordoliberalen Kompass Volkswirte ausgebildet und die Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme geleitet. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs galt sein Interesse der Transformation ehemals sozialistischer Wirtschaftssysteme. Damit war Schüller auch ein gefragter Berater osteuropäischer Reformstaaten. Dieser Zeitung ist Schüller seit 2002 als Mitglied des Kuratoriums der Fazit-Stiftung verbunden, der Mehrheitsgesellschafterin der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. (hig.)

Schon in der EWG war das Integrationsdenken teils weit vom liberalen Programm entfernt.

# La France, numéro trois de la dépense publique en Europe

Par **Cécile Crouzel** Mis à jour le 01/09/2011

La crise a fait bondir les dépenses publiques dans les pays de l'Union européenne.



Cliquez sur l'aperçu pour agrandir l'infographie.

Un comble pour un pays connu pour son libéralisme: en 2010, l'Irlande a été, au sein de l'Union européenne, la championne de la dépense publique! Celle-ci a représenté 67% du PIB, selon les calculs réalisés par l'Institut européen des statistiques - Eurostat - qui vient de publier un palmarès de la dépense publique au sein des vingt-sept pays européens.

La France, avec une dépense publique représentant 56% de la richesse nationale, n'est «que» troisième, précédée du Danemark. Si ces deux États traditionnellement dépensiers ont été doublés par l'Irlande, l'an dernier, c'est parce que Dublin a été contraint à un vaste plan de recapitalisation de ses banques.

D'une façon générale, la crise a fait bondir les dépenses publiques en Europe, qui sont passées de 45,6% du PIB en 2007 à 50,3% du PIB en 2010. Face à la montée du chômage, les États ont préféré laisser augmenter les aides sociales.

Les budgets liés à la protection sociale et à la santé représentent à eux seuls 54% des dépenses publiques dans les pays européens. Difficile de parler d'externalisation pour les budgets sociaux. Dans ces domaines, les économies se font plutôt en ciblant mieux les allocations...

## La gestion de prisons externalisée au Royaume-Uni

Les fonctions régaliennes classiques - défense, justice, police, diplomatie, administration fiscale, etc. - sont le deuxième poste de dépenses pour les États européens. Elles peuvent être déléguées à des acteurs privés, sur certains segments. Le Royaume-Uni a été pionnier en la matière, en confiant à des entreprises la gestion de prisons. Autre exemple outre-Manche, toute la gestion du siège du ministère de l'Intérieur (accueil, restauration, logistique) est confiée à une entreprise, en l'occurrence Bouygues. La France se met elle aussi à l'externalisation, mais dans des proportions bien moindres.

Plus fondamentalement, le poids des différents budgets est le reflet de choix politiques. La Grèce consacre ainsi 3,6% de son PIB à son armée, alors que les budgets de défense absorbent en moyenne 1,6% du PIB dans l'Union européenne. Les États consacrent également des sommes très différentes à l'éducation, allant de 7% à 8% du PIB pour les meilleurs (Danemark, Suède, Chypre, Estonie) à 4,5% pour les lanternes rouges que sont la Bulgarie et la Grèce. La France est dans la moyenne haute, l'Allemagne en bas de classement. Selon le classement Eurostat, l'éducation est le troisième poste des dépenses publiques dans l'Union.

## Domino

**Griechenland war der erste Dominostein, der fiel. Täglich wandern jetzt über die EZB und andere einseitige Tauschgeschäfte immer mehr schlechte Schulden von Privaten zur öffentlichen Hand. Das Spiel ist erst zu Ende, wenn der letzte Stein fällt.**

*Von Holger Steltzner  
02. September 2011*

Griechenland ist nicht Portugal oder Irland, auch nicht Spanien oder Italien. Aber Griechenland war das erste Euroland, das sich nicht mehr in der Lage sah, seine Schulden alleine zu tragen; es war der erste Dominostein, der fiel und andere Eurostaaten mitriss. Griechenland, so hieß es, sei klein, könne leicht von der Gemeinschaft aufgefangen werden, wenn nur rasch mit viel Geld geholfen werde. Im April 2010 beantragte die griechische Regierung Hilfe – der Albtraum begann. Es kippte ein Dominostein nach dem anderen. Deshalb lohnt der Blick zurück.

Teil I der griechischen Tragödie, dass Hellas nicht mehr zahlen kann, wurde fast so lange geleugnet, wie an der Legende gestrickt wird, nur noch mehr Geld unterbinde das Dominospiel. Erst in diesem Sommer gestanden die Rettungseuropäer ein: Griechenland ist pleite. Flugs schnürten sie noch ein Kreditpaket, obwohl die im Gegenzug für die Milliarden versprochenen Reformen auf sich warten ließen. Nun verfehlt Griechenland seine Sparziele abermals. Die Ausgaben des Staates steigen kräftig, die Einnahmen sinken sogar. Die Staatsschulden seien „außer Kontrolle“, gibt jetzt das griechische Parlament zu. Wann stellt sich die Gemeinschaft dem zweiten Teil der griechischen Wahrheit, der noch härter ist? Öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft sind durch das Leben auf Pump aufgebläht und nicht wettbewerbsfähig, weshalb „Rettungsmilliarden“ im griechischen Fass ohne Boden verschwinden. Was macht die EU mit einem Land, das zum Wandel, zu Strukturreformen nicht bereit ist, weil es am politischen Willen, an funktionierender Verwaltung und an der Zustimmung in der Bevölkerung fehlt?

Dem offensichtlichen Scheitern in Griechenland steht der Entschluss der Staats- und Regierungschefs gegenüber, mit verdoppeltem Einsatz und mittels Staatsfinanzierung durch den Euro-Krisenfonds die Märkte in die Knie zu zwingen. Es ist nicht riskant, auf das Gegenteil zu wetten. Während sich Parlamentarier in den Euroländern den Kopf zerbrechen, wie sie mit dem kleinen Finger noch auf ihr Haushaltsrecht pochen können, wandern täglich über die Europäische Zentralbank und andere einseitige Tauschgeschäfte immer mehr schlechte Schulden von Privaten zur öffentlichen Hand. Das Spiel der Banken heißt Domino; es ist erst zu Ende, wenn der letzte Stein fällt.

Text: F.A.Z.

# Libye: la tension monte entre milices rivales

Par **Pierre Prier** Publié le 31/08/2011

**Les fils du général Younes, soutenus par une centaine de chefs tribaux, demandent la vérité sur l'assassinat en juillet du chef militaire de la rébellion.**

Dans le salon de réception de leur villa, celle de leur père assassiné, les trois fils du général Abdel Fattah Younes fixent un ultimatum: «Si le résultat de l'enquête sur la mort de notre père n'est pas entièrement connu le quatrième jour de l'Aïd, nous réagirons.» L'Aïd el-Fitr, la fête de fin du Ramadan, a été célébrée le 30 août. La date butoir est donc fixée à samedi, le 3 septembre. Le gouvernement provisoire, le Conseil national de transition (CNT), a promis de publier à cette date les conclusions des investigations judiciaires. Le général Younes, ancien ministre de l'Intérieur de Kadhafi, devenu le chef militaire de la rébellion, a été assassiné à Benghazi dans des circonstances troubles le 23 juillet. Depuis, ses fils réclament la vérité. Hussam, infirmier, Tareq, ingénieur et Moatassem, étudiant en médecine, disent ne pas être seuls à prendre date. «Plus de cent tribus sont avec nous», assurent-ils.

## Leaders tribaux

Un document a en effet été signé par 119 représentants tribaux, appartenant à la plupart des grands groupes libyens, au début du mois d'août. Il exige une enquête transparente sur la mort du général et l'intégration des milices sous un commandement unique. Ces leaders tribaux soutiennent tous les Obeidat, la tribu d'Abdel Fattah Younes. Quelques jours après sa mort, nombre d'Obeidat avaient pris les armes pour descendre dans les rues de Benghazi. Afin de les calmer, le CNT a couvert la ville de posters rendant hommage au général. Mais les tribus demandent plus. Pour elles, comme pour ses trois fils, Abdel Fattah Younes a été assassiné parce qu'il cherchait à faire rentrer dans le rang toutes les milices, dont plusieurs sont dirigées par des islamistes.

Sans vouloir devancer la justice, Tareq, Moatassem et Hussam estiment que les islamistes ont bénéficié de soutiens au sommet du CNT. Ils rappellent que le jour de sa mort, leur père avait été ramené du front sur convocation de l'ex-vice-premier ministre Ali Aïssaoui, limogé depuis. Une convocation dont le président du CNT, Moustapha Abdeljalil, a par la suite déclaré n'avoir pas eu connaissance. Le général est tombé dans un piège, dit Tareq: «Il m'a appelé d'une voiture, me disant qu'il avait été arrêté par une force de 400 hommes et qu'on le ramenait à Benghazi. Il a été emmené à l'université, qui servait de base à des milices. Nous ne l'avons jamais revu vivant.»

Le corps du général a été retrouvé le lendemain. D'après les rapports médicaux, il avait été affreusement torturé. Pouvait-il s'agir d'une vengeance perpétrée par des victimes de la répression mise en œuvre à Benghazi du temps de Kadhafi ? Les motifs ne manquent pas. Ses fils assurent que c'était bien le chef militaire de la rébellion qui était visé, non l'ancien ministre de l'Intérieur. À les écouter, leur père était l'enjeu d'une lutte de pouvoir. Ils pointent du doigt la présence au sein des autorités, aujourd'hui, de nombreux islamistes, Frères musulmans et anciens du Groupe de combat libyen, un mouvement qui se revendique djihadiste et a subi une terrible répression du pouvoir kadhafiste dans cette région, la Cyrénaïque, à la fin des années 1990. Un combattant de ce groupe, Abdelhakim Belhadj, est réapparu en chef militaire de Tripoli. Il a juré de fondre les milices en une seule armée. Mais à l'est, en tout cas, cette intégration ne semble pas en route. Au poste avancé de Nofilia, en direction de Syrte, les membres de l'embryon de nouvelle armée côtoient des hommes à la barbe broussailleuse peu déserts.

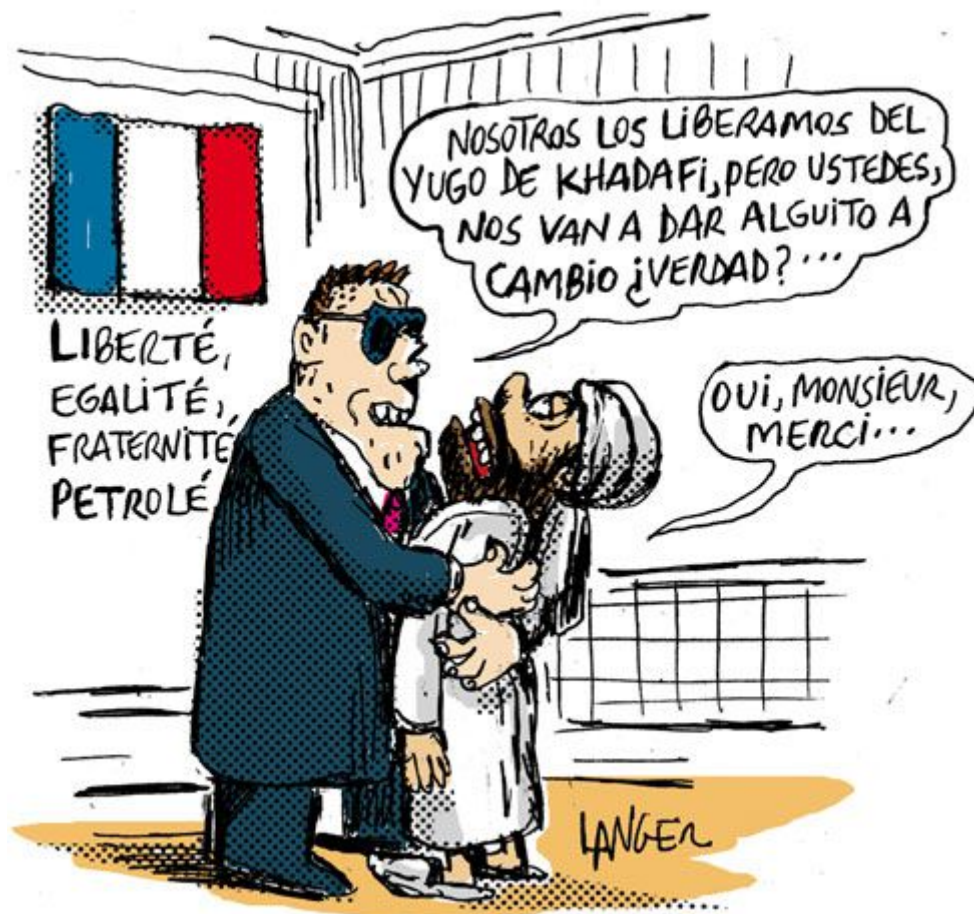
## Ressentiment

La mort du général Younes cristallise les dissensions entre ces hommes, le CNT et les tribus, plus conservatrices qu'extrémistes. Les ressentiments ne s'arrêtent pas aux frontières libyennes. Le document des tribus demande également la création «d'une armée pour le pays, et non contrôlée par des gens de l'extérieur». Les fils d'Abdel Fattah Younes accusent: «Les milices ont pris 90% des armes livrées par le Qatar.» Le riche émirat du Golfe, membre de la coalition anti-Kadhafi, a effectué de nombreuses livraisons de matériel, souvent par avion, avec l'accord de l'Otan.

Quoi qu'il en soit, ces certitudes sont ancrées dans les esprits des Obeidat, la tribu de Younes, et des tribus qui la soutiennent. Leur ultimatum devrait expirer au même moment que celui donné par le CNT à Syrte, bastion kadhafiste, pour se rendre. Un mauvais moment pour Benghazi. Mercredi, ces vives tensions n'apparaissaient pas au grand jour, noyées dans la joie du premier Aïd el-Fitr sans Kadhafi. Les rues étaient désertées par les habitants, qui ont couru les boutiques jusqu'aux petites heures de mercredi matin, pour acheter les cadeaux traditionnels, gâteaux et vêtements pour les enfants.

# Give and take

1 September 2011 CLARÍN BUENOS AIRES



## CARTOONIST



Sergio Langer is an Argentinean architect and illustrator. He began his career as a cartoonist in 1979. Since 1991, his cartoons have regularly appeared in several American, Latin American and European publications.

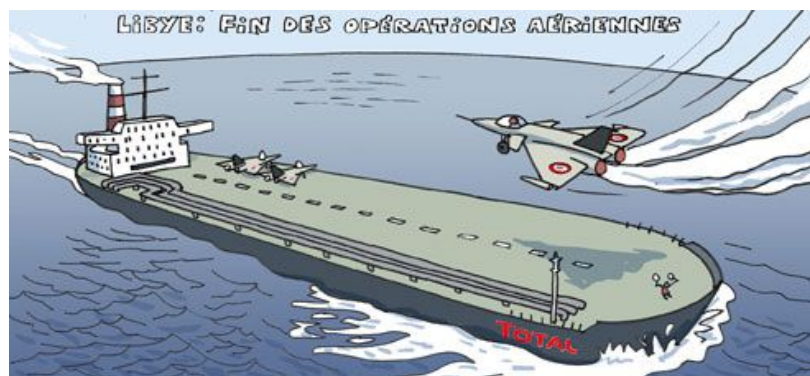
"We freed you from Gaddafi's yoke. You should give us a little something in exchange, no?"

(in French) "Yes, sir, thank you"

After leading the war against Muammar Gaddafi's regime with the Libya's rebels, France is now counting on [a share](#) in the country's oil resources.

# Libya: after the war, the oil scramble

1 September 2011 PRESSEUROP



'Libya: end of the aerial operations'

Herrmann

**Lurking behind the public agreement on display among the participants at the Paris conference on “New Libya” is a shadowy struggle that France, Italy and the UK have already started in the race to exploit the country’s resources. So say the French, Italian and British newspapers.**

Six months after hostilities against the regime of Muammar Gaddafi got underway, David Cameron and Nicolas Sarkozy have convened in Paris representatives of some sixty countries and NGOs, as well as those from the Libyan National Transition Council, to mark the end of military operations and to sketch out the political transition and reconstruction of the “New Libya”. In the background, lusts for the Libyan oil bonanza are stirring.

*Libération* writes of a “successful trial by fire in Libya, which puts France high in the saddle and into step with a new Arab world,” and of a “diplomatic Blitzkrieg coupled with an audacious military gamble.” It was a wager that “French oil companies could reap great benefits,” the paper adds.

“In any case, it’s what’s written down in black on white in a document that *Libération* has obtained. The text is signed by the National Transitional Council (NTC), the transitional authority set up by the Libyan rebels. Certainly, it was common knowledge that the countries most committed to the insurgents would receive the most favourable consideration by the CNT when the day came – in particular, a number of petroleum contracts in hard cash. But this document clearly shows that quantified commitments were made several months back.” In fact, the newspaper explains, from April 3 – or 17 days after resolution 1973 was adopted by the Security Council of the UN – the NTC signed a letter addressed to the Emir of Qatar, who was acting as go-between between France and the NTC. In the letter it was specified that the petroleum agreement with France would award 35 percent of the total crude oil to the French in exchange for recognition of the NTC as the legitimate representative of Libya.

## “The phoney war in Libya was mainly intended for Paris”

France’s diplomatic triumph and energy coup are greatly worrying to Italy. Lagging at the rear of the coalition led by Paris and London, the former colonial power now fears being forced out of any share of the Libyan “oil-cake”. What is to become then of Italy, the country that “was the main economic partner of Libya and was linked to it by a Treaty of Friendship, signed at the cost of a misalliance?” asks *La Stampa*. “This Italy that today is in the second rank with ENI [the Italian oil and gas company partly owned by the state], which will have to scrap with the French and English for new energy contracts?” Well, the paper notes, Italy “is courting the NTC to salvage its contracts.”

“The phoney war in Libya was mainly intended for Paris, and then for London. Nicolas Sarkozy will therefore try to reap the benefits of France’s commitment by leading the economic reconstruction. The presence of Italy in Libya will emerge fatally resized,” observes *Marta Dassù*, still in the pages of *La Stampa*. Recalling the historical hostility of the inhabitants of Cyrenaica – the region where the rebellion originated – towards Italy, the political scientist suspects the scope of Italy’s diplomatic manoeuvring will be limited.

“Italy had a lot to lose from the phoney war in Libya. And yet it hasn’t lost. The [recent] visit of the head of ENI to Benghazi confirms that the firm is capable of safeguarding its own energy agreements.... After having been divided on the war, the Europeans have an interest in promoting an agreement among the successors to Gaddafi. The illusions of Franco-British co-ownership have crumbled in the Mediterranean before. They will crumble again if the Europeans in Libya fail to move beyond arguing over the ‘cake’. The common interest of Europeans, and the Libyans, lies in never having to regret the end of Gaddafi. After that, business will come to those who will be capable of it. That’s the only acceptable competition between the democracies of the Old Continent.”

## “Precarious political situation that risks being derailed by a scramble”

On the British side, no one is being fooled on the challenges of the post-war. As *The Independent* points out, “countries will be there [at the Paris conference] to see what they can get out of it.” And when it comes to “getting the garbage collected, the water supplies running and the oil flowing to port in a petroleum-rich country, who gets the contracts?” The opportunities for Western meddling are endless, which is why so many Libyans and the Arabs more generally remain so cynical about the West’s ‘humanitarian’ ventures.”





That is why, to avoid "a precarious political situation [that] risks being derailed by a scramble for personal enrichment," [the Financial Times suggests](#) that the "need for credible checks and balances on the energy sector mirrors the need for a larger constitutional settlement to permit Libyans to rule themselves as a free people."

## GERMANY

### Berlin watches from the sidelines

Now that the time has come for talks on rebuilding and the contracts that go with it, the success of military operations in Libya has embarrassed Germany, which did not support them. Foreign Minister Guido Westerwelle in particular has been left in the spotlight, reports the *Süddeutsche Zeitung*. After NATO's military success, Westerwelle attributed the fall of the Gaddafi regime to the international embargo against Tripoli, which was supported by Germany, rather than to air-strikes and armed insurrection. Westerwelle has made amends under pressure from Chancellor Angela Merkel, but, notes the Bavarian daily, "he finds himself despised by all politicians, regardless of the opinion they had of NATO's intervention in Libyan. Since Gaddafi has fallen, everything has changed: 'respect' for NATO is on the lips of all. The relief at the end of Gaddafi is lending support to a war whose goal never was the departure of the dictator."

## Tag des Triumphes für Feldherr Sarkozy

Von *Carsten Volkery*, London

**Der Diktator ist gestürzt, der Westen atmet auf: Auf einer Konferenz in Paris werden die siegreichen Staatsmänner Sarkozy und Cameron die Beratungen über Libyens Neuanfang nach Gaddafi dirigieren. Doch für überschwänglichen Jubel ist es zu früh - denn noch ist der Despot nicht gefasst.**

Das Datum hat Symbolwert: Am 1. September 1969 ergriff Oberst **Muammar al-Gaddafi** die Macht in Tripolis - und ließ diesen Revolutionstag seither Jahr für Jahr mit großem Pomp feiern. Das diesjährige Jubiläum muss ausfallen, der Diktator ist auf der Flucht im eigenen Land. Stattdessen versammelt sich am Donnerstag die internationale Gemeinschaft zur ersten Libyen-Hilfskonferenz nach dem Sturz des Despoten, um mit der Übergangsregierung den demokratischen Neuanfang zu planen.

Das Treffen der "Freunde Libyens" findet nicht zufällig in Paris statt: Frankreichs Präsident **Nicolas Sarkozy** will sich als Vater des Triumphs über den Tyrannen feiern lassen. Zusammen mit Großbritanniens Premierminister **David Cameron** führt er den Vorsitz der Runde. Das erscheint nur recht und billig, nachdem die beiden Länder den sechsmonatigen **Nato**-Einsatz gegen Gaddafi gemeinsam angeführt haben.

Die Vorreiterrolle Frankreichs ist unbestritten: Sarkozy hatte als erster Regierungschef am 25. Februar den Rücktritt Gaddafis gefordert, Frankreich dann am 11. März als erstes Land den Nationalen Übergangsrat in Bengasi als legitime Volksvertretung anerkannt. Diese damals als aktionistisch verspotteten Vorstöße helfen Sarkozy nun im Präsidentschaftswahlkampf, um sich als weitsichtiger Staatsmann zu präsentieren.

Weniger glorreich wird der Auftritt der Libyen-Skeptiker ausfallen, die den Militäreinsatz ursprünglich nicht befürwortet hatten. China und Russland schicken Vertreter nach Paris, aus Deutschland reist **Angela Merkel** höchstpersönlich an. Die Teilnahme der Bundeskanzlerin soll eine Geste der Wiedergutmachung sein, nachdem Deutschland für seine Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat viel Kritik hat einstecken müssen.

Die anderen Europäer und der libysche Übergangsrat werden Merckels ausgestreckte Hand nur zu gern ergreifen. Die Kanzlerin hat bereits versprochen, großzügig Hilfe beim Wiederaufbau zu leisten. Auch Bundeswehrsoldaten im Rahmen einer Uno-Truppe hat sie nicht ausgeschlossen.

Um eine internationale Friedenstruppe wird es bei dem Pariser Treffen jedoch gar nicht gehen. Der libysche Übergangsrat hat deutlich gemacht, dass er keine ausländischen Soldaten auf dem eigenen Boden sehen will. Das schließt auch die von Frankreich vorgeschlagene Beobachtermission ein. Allenfalls Hilfe beim Aufbau einer Polizei ist erwünscht. Die neuen Machthaber würden wohl nur dann nach einer Uno-Truppe rufen, wenn die Lage im Land in den nächsten Monaten außer Kontrolle geraten sollte. Danach sieht es im Moment jedoch nicht aus.

### Medikamente und Nahrungsmittel werden dringend gebraucht

Viel dringender benötigen die Libyer Medikamente und Nahrungsmittel. Uno-Generalsekretär **Ban Ki Moon**, der ebenfalls in Paris sein wird, erklärte in New York, die Versorgungsknappheit in dem Wüstenstaat erfordere "dringendes Handeln". Das wird in London ähnlich gesehen. Das Hauptaugenmerk der Konferenz müsse darauf liegen,

das Leben in Tripolis wieder zu normalisieren und den Staat zu stabilisieren, schrieb der frühere britische Außenminister Malcolm Rifkind im "Daily Telegraph".

Neben den Hilfslieferungen für die Bevölkerung, die bereits angelaufen sind, braucht die **neue libysche Führung vor allem Geld**. Der Übergangsrat schätzt seinen unmittelbaren Finanzbedarf auf fünf Milliarden Euro. Damit soll der Staatsapparat am Laufen gehalten werden. Gehälter für Polizisten, Soldaten und andere öffentliche Bedienstete müssen fließen, wenn das Land nicht im Chaos versinken soll.

Die westlichen Regierungen wollen den neuen Herrschern daher Zugang zu den eingefrorenen Geldern des Gaddafi-Regimes im Ausland verschaffen. Weltweit sollen bis zu hundert Milliarden Euro auf diversen Konten lagern. Zunächst muss die Uno dafür die im Frühjahr beschlossenen Sanktionen wieder aufheben. Großbritannien und Frankreich arbeiten an einer entsprechenden Sicherheitsrats-Resolution. Bis diese beschlossen ist, kann der Uno-Sanktionsausschuss Gelder auch in Einzelfällen freigeben.

Die britische Regierung hat bereits grünes Licht gegeben, libysche Banknoten im Wert von 1,1 Milliarden Euro nach Libyen zu schaffen, die von einer englischen Druckerei gedruckt worden waren. Die Bundesregierung hat beim Sanktionsausschuss die Freigabe von einer Milliarde Euro beantragt, Frankreich will 1,5 Milliarden Euro auf französischen Konten loseisen.

### **Wahlen innerhalb von vier Monaten**

Diese Art von Hilfe kostet den Westen nichts - und könnte die Übergangsregierung über Wasser halten, bis die Ölquellen wieder sprudeln. Dann dürfte das reiche Land ohnehin wie vor dem Krieg wieder gut allein zurechtkommen. Der Finanzminister des Übergangsrats schätzt, dass die Ölproduktion in einigen Wochen wieder beginnen kann. In einem Jahr könnte sie nach seinen Angaben wieder auf Vorkriegsniveau liegen. Die internationalen Ölfirmen warten allerdings noch mit der Entsendung ihrer Mitarbeiter, bis die Sicherheitslage sich verbessert hat und die politischen Strukturen klarer sind.

Noch halten Gaddafi-Getreue unter anderem die 75.000-Einwohner-Stadt Sirt an der Küste und machen keine Anstalten, auf das Ultimatum des Übergangsrats einzugehen und ihre Waffen niederzulegen. In Tripolis herrscht laut einem Bericht der "New York Times" ein "Machtvakuum": Die Rebellenführer der verschiedenen Regionen begannen bereits, sich gegeneinander zu positionieren.

Die Nato wird den Rebellen helfen, auch den letzten Widerstand der Gaddafi-Getreuen zu brechen. Das beschloss der Nato-Rat am Mittwoch. Danach dürfte die Einführung demokratischer Strukturen die größte Herausforderung für die internationalen "Freunde Libyens" werden. Der Übergangsrat hat bereits einen Fahrplan vorgelegt: Erst soll eine Volksversammlung einberufen werden, die eine verfassungsgebende Versammlung und eine Übergangsregierung wählt. Binnen vier Monaten sollen dann Wahlen stattfinden.

Doch bei aller Zukunftsplanung werden sich die in Paris versammelten Regierungschefs hüten, den Fehler von George W. Bush zu wiederholen. Der US-Präsident hatte 2003 im Irak-Krieg zu früh "Mission accomplished" erklärt - und war zum Gespött geworden. Solange Gaddafi nicht gefasst ist, werden Sarkozy und Cameron gut daran tun, sich in Zurückhaltung zu üben.

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,783665,00.html>

## La gestion de l'euro et celle de nos cafetières

Le Monde | 30.08.11 | 16h43

Un seul pays vous manque, et tout est sacrifié. Voilà, pour paraphraser Lamartine, comment marche la zone euro. En un mot : mal.

Laborieusement conclu le 21 juillet, l'accord destiné à mettre en œuvre un deuxième plan d'aide à la Grèce est menacé par la fronde d'un des dix-sept membres de l'union monétaire européenne : la Finlande.

Elle compte pour moins de 2 % des ressources qui doivent être mises à la disposition d'Athènes, mais la Finlande peut tout faire capoter. Si elle obtient gain de cause, elle sera suivie par d'autres membres de la zone, et l'accord du 21 juillet sera vidé de sa substance.

Il prévoit de fournir à la Grèce une aide de 158,6 milliards d'euros – provenant pour les deux tiers du Fonds européen de stabilité financière ainsi que du Fonds monétaire international, d'une part, et du secteur privé pour le reste. L'accord, qui devrait permettre à la Grèce d'éviter le défaut de paiement sur sa dette souveraine, doit être ratifié par les parlements des Dix-Sept d'ici à la fin septembre.

Cédant à la pression d'une formation eurosceptique, le parti dit des Vrais Finlandais, le gouvernement d'Helsinki pose ses conditions. Il exige de recevoir des garanties d'Athènes – en liquide ou sous une autre forme – pour la part que la Finlande prend dans le plan d'aide. Il a signé un accord en ce sens avec la Grèce, un arrangement bilatéral, sans l'aval des autres membres de la zone euro.

Il faut refuser cette façon d'agir, dénoncer ce pas de deux négocié en catimini et ramener Helsinki à la raison. Sinon, d'autres membres de l'union monétaire ont fait savoir qu'ils exigeraient eux aussi des garanties "*collatérales*" de la part d'Athènes.

On aboutirait à ce paradoxe : pour être secourue, la Grèce devra déboursier à hauteur de l'aide qui lui est promise. Autant dire que le plan de sauvetage grec serait mort-né. Jean-Claude Juncker, le président de l'eurogroupe, se veut optimiste. Il a assuré, lundi 29 août, qu'il présenterait "*bientôt*" une formule de compromis destinée "*à satisfaire tous les Etats de la zone*".

L'affaire n'en illustre pas moins la fragilité du fonctionnement de l'euro. Les décisions sont prises à l'unanimité. Elles doivent être ratifiées par les parlements nationaux. Passées à ce tamis des représentations nationales, les mirifiques mesures annoncées au sommet gagnent, certes, en légitimité démocratique. Mais, soumises aux impératifs de politique intérieure des uns et des autres, elles en ressortent affaiblies, diminuées et n'établissant toujours pas un début de gouvernement économique.

Ainsi en va-t-il dans une Europe dont la Commission n'est plus le moteur. Rassurons-nous, ladite Commission trouve à s'occuper. Elle s'affaire ces jours-ci à régler la consommation énergétique de nos cafetières électriques. Nos machines à filtre et à expresso seraient trop voraces en kilowatts; il faut, nous dit-on, instaurer d'urgence une nouvelle norme.

Certains jours, être européen est une affaire de foi.

Article paru dans l'édition du 31.08.11

## L'EPR, chronique d'un chantier qui s'enlise

LEMONDE.FR | 31.08.11 | 20h51 • Mis à jour le 31.08.11 | 21h02



### L'EPR de Flamanville a, à maintes reprises, été épinglé pour ses défaillances par l'ASN.AFP/STEPHANE MAHE

Le temps est à l'orage au-dessus de l'EPR de Flamanville (Manche). Une fois de plus, le chantier du réacteur nucléaire de troisième génération a été épinglé pour des défaillances. Cette fois, ce sont des malfaçons dans le gros œuvre qui ont fait l'objet d'une lettre au vitriol adressée par l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) à l'opérateur EDF, le 18 juillet, parmi d'autres **courriers de réprimande** révélés par *Le Canard Enchaîné* mercredi 31 août.

La semaine dernière, **treize autres faiblesses** avaient déjà été constatées par le gendarme du nucléaire, tandis que samedi, on apprenait que le site n'était **pas totalement aux normes sismiques**. Et l'on ne compte plus les lettres, rapports ou documents internes égrenant les lacunes de la future centrale, tant vantée par le gouvernement, et présentée comme *"la plus sûre au monde"* par le fabricant Areva. En Finlande et en Chine aussi, où sont construits trois autres réacteurs du même type, les chantiers accumulent d'importants retards et sont la cible de nombreuses critiques. L'EPR, d'un fleuron du nucléaire français, est ainsi en passe de devenir l'une des technologies les plus décriées.

Sur le papier, le réacteur pressurisé européen (European pressurized reactor), conçu par Areva et l'allemand Siemens dans les années 1990, est censé représenter, en termes de sûreté, un modèle dans le monde. Le réacteur, d'une puissance de 1 650 mégawatts, aurait été conçu pour résister à la chute d'un avion gros porteur, et ses multiples systèmes de sécurité doivent le mettre à l'abri d'un accident détruisant le cœur du réacteur. Les piscines de refroidissement des combustibles usés seront même protégées par une enceinte de confinement. Au final, le risque de prolifération des matières radioactives serait quasiment nul.

### MALFAÇONS DANS LA CONSTRUCTION

En réalité, depuis le début de la mise en chantier, en décembre 2007, du réacteur de Flamanville, les ingénieurs de l'ASN, qui contrôlent le site deux fois par mois, ont relevé plusieurs centaines de failles, consignées dans des **compte-rendus d'inspection**.

Ce sont tout d'abord des faiblesses de construction. Alors que le chantier progressait dans sa phase de génie civil, l'ASN a régulièrement mis en cause, ces derniers mois, des problèmes dans les opérations de bétonnage, ferraillage et soudage. Dans des lettres adressées à EDF entre octobre 2010 et août 2011, et relevées par *Le Canard Enchaîné* mercredi, le gendarme égrène ainsi d'**importantes malfaçons** pouvant *"porter préjudice à la qualité finale des structures"* : *"des piliers de béton percés comme du gruyère ou grêlés de nombreux nids de*

cailloux", des "erreurs de ferrailage" ou encore "l'absence de nettoyage des fonds de coffrage, encombrés d'un mas de ligatures et autres objets non identifiés".

"Ce qui pose problème, c'est que ces défaillances sont récurrentes et portent sur nombre de structures du site et en particulier des éléments centraux de la sûreté de la future centrale", déplore Sophia Majnoni, chargée de campagne nucléaire chez Greenpeace France. Des trous ou des fissures ont ainsi été observés sur la cuve des réacteurs, le dôme qui protège le réacteur, ou encore le radier, c'est-à-dire la dalle de béton qui supporte le réacteur. Des défaillances qui avaient poussé l'ASN à suspendre les travaux de bétonnage pendant trois mois, en mai 2008, une première dans l'histoire des centrales nucléaires françaises.

## CONCEPTION DÉFAILLANTE

Bien plus embêtant, les insuffisances affectent aussi l'EPR jusque dans sa conception. Ainsi, les autorités de sûreté française, britannique et finlandaise **demandaient-elles**, en novembre 2009, d'"améliorer la conception initiale de l'EPR". Motif : une défaillance du système de contrôle-commande, cerveau du réacteur. Depuis, l'ASN n'a pas obtenu de réponse totalement satisfaisante de la part d'EDF et Areva.

L'EPR est, par ailleurs, régulièrement pointé du doigt pour son exposition aux risques. En 2003, le réseau Sortir du nucléaire a ainsi rendu public un document confidentiel défense, interne à EDF, qui montrait que le réacteur ne résisterait pas à la chute d'un avion de ligne. "*Le risque terroriste n'a donc pas été pris en compte dans la conception, de même que le risque de séismes élevés, contre lesquels la sûreté des bâtiments est insuffisante, et le risque de sécheresse, les futurs réacteurs devant consommer 67 mètres cubes par seconde, soit bien davantage que les centrales actuelles qui puisent entre 3 et 10 mètres cubes par seconde*", déplore Marc Saint-Aroman, chargé de mission pour l'ONG.

Du côté des autres centrales en construction dans le monde, on fait le même constat de multiples défaillances. "*En Finlande, le chantier d'Olkiluoto, débuté en 2005 donc plus avancé qu'en France, a révélé des [dysfonctionnements] dans les activités de montage du matériel électrique et mécanique*", livre Thomas Houdré, directeur des centrales nucléaires au sein de l'ASN. En Chine, à Taishan, les travaux des deux réacteurs nucléaires, débutés en 2009, rencontrent aussi des problèmes de construction, selon Greenpeace.

## SÛRETÉ BRADÉE

"*Qu'il y ait des écarts sur des chantiers de cette ampleur est inévitable, tente de relativiser Thomas Houdré. Ce qui est importe, c'est que tout soit mis en conformité par les opérateurs avant la fin du chantier.*"

Mais pour les associations, ces futurs réacteurs font craindre une sûreté bradée, malgré les nombreux contrôles, dans la mesure où les opérateurs subissent d'énormes pressions économiques et politiques pour achever les chantiers au plus vite. "*EDF a dû arbitrer entre la sûreté et les coûts. Pour réagir aux pénalités, il accélère les cadences, ce qui multiplie les problèmes*", s'inquiète Charlotte Mijeon, porte-parole du réseau Sortir du nucléaire.

Les problèmes à répétition ont en effet considérablement ralenti l'avancement des travaux. La mise en service de Flamanville 3, initialement prévue l'an prochain, a ainsi été reportée à 2016, tandis que la facture du chantier a été revue à la hausse, à 6 milliards d'euros, soit près du double des estimations initiales. De la même façon, en Finlande, Olkiluoto 3 **ne démarrera pas avant 2013**, soit avec quatre ans de retard et un budget aussi multiplié par deux.

## PERTE DE SAVOIR-FAIRE

Fallait-il, alors, se lancer dans de tels chantiers, les plus gros jamais construits dans le monde ? A l'origine, l'EPR de Flamanville a été retenu en France pour renouveler des compétences qui disparaissent peu à peu, alors que les ingénieurs du programme électronucléaire français, qui ont construit les 58 réacteurs de l'Hexagone entre 1970 et 1990, partent à la retraite.

Mais EDF a sous-estimé la lourdeur et la complexité du projet. Et l'ingénierie nucléaire française a perdu de son savoir-faire et de sa performance, dans la mesure où vingt ans séparent la dernière centrale construite, à Civaux, dans la Vienne, de Flamanville. Enfin, coordonner des milliers d'ouvriers et d'ingénieurs de toutes les nationalités employés par plusieurs niveaux de sous-traitants complique encore la tâche. A tel point que la mise en chantier du cinquième EPR, prévue l'an prochain à Penly (Seine-Maritime), a été gelée.

*"Le programme EPR est un désastre industriel et financier, en plus d'être dangereux. L'ASN devrait arrêter le chantier le temps d'améliorer la technologie",* estime Sophia Majnoni. A la fin du mois de mars, après l'accident dans la centrale japonaise de Fukushima, le gendarme du nucléaire avait bien évoqué un **moratoire sur le chantier de Flamanville**. Mais l'idée a finalement été écartée, en raison des pressions politiques et économiques.

# Le Parlement grec juge la dette hors de contrôle

Par  Alexia Kefalas Publié le 31/08/2011

## **Du simple salarié aux membres du gouvernement, le pays est gagné par le découragement.**

La dette de la **Grèce** est «hors de contrôle». Les mesures d'austérité prises par le gouvernement «ne peuvent pas restaurer l'état des finances». Malgré le «gigantesque effort» demandé au pays, le déficit budgétaire, loin de se réduire, «s'est creusé». Le rapport publié mercredi à Athènes par une commission d'experts du Parlement ne remontera pas le moral des Grecs, qui affrontent leur deuxième rentrée de crise économique. Il ne rassurera pas non plus les inspecteurs de la «troïka» (UE, BCE, FMI), qui doivent rendre leur verdict dans une semaine exactement.

Au sein même du gouvernement, on ne cache plus que les engagements de rétablissement des comptes publics, renouvelés il y a à peine plus d'un mois en échange du nouveau plan de sauvetage de la Grèce, semblent impossibles à atteindre. En réalité, c'est tout le pays qui semble baisser les bras. Pourquoi travailler avec un salaire en baisse, des impôts en hausse, si l'échec est de toute façon annoncé? Un découragement qui ne facilitera pas la sortie de la récession (les dernières prévisions tablent sur un recul de 7% de l'activité) et qui explique que l'argent peine toujours autant à rentrer dans les caisses.

## **Du temps**

Pour l'analyste politique Panagiotis Vlachos, «il est utopique de prendre sans cesse de nouvelles mesures de rigueur avec une récession qui empire. Les Grecs sont assommés, épuisés par l'austérité qui à leurs yeux, ne débouche que sur la hausse du chômage. Tous les jours, ils se demandent si l'Europe va continuer à les aider. Ils ont besoin de sentir une justice sociale dans la répartition de la rigueur, sinon ils fonctionneront au ralenti. La preuve, pendant tout l'été, dans les îles grecques, rares sont les commerçants qui donnaient des reçus».

À la brigade antifraude du ministère des Finances, les inspecteurs sont désemparés. Au cinquième étage, le centre de délations de fraude fiscale reçoit jusqu'à «200 appels par jour», affirme Petros Themelis, responsable du centre. Mais ils ne sont que trois agents pour répondre! «Les délations concernent des piscines illégales, des commerçants qui ne donnent pas de reçus ou des avocats ou médecins qui ne donnent pas de factures. Malheureusement, nous n'avons pas assez de personnel pour tout gérer.» «Nous travaillons deux fois plus, pour moins d'argent et beaucoup de pression», affirme un inspecteur des impôts d'un service différent. «La Grèce change, mais il faut nous donner un peu de temps.»



## Das Königsrecht

**Parlamente sind nicht bloße Gesetzgebungsmaschinen. Sie haben eine Kommunikationsaufgabe in die Gesellschaft hinein. Wenn sie die - wie in der Bewältigung der Euro-Krise - nicht mehr erfüllen, kann ihre Legitimität schnell verfallen.**

Von Günther Nonnenmacher



In der Euro-Krise werden immer neue Rettungsschirme aufgespannt

31. August 2011

Das Parlament ist die Herzkammer unseres politischen Systems, das Zentrum seiner politischen Willensbildung. Der Hebel, mit dem sich Parlamente diesen Platz erkämpft haben, war das Steuer- und Haushaltsrecht: „no taxation without representation“ hieß der Kampfruf der amerikanischen Revolutionäre, die sich gegen die Fremdbestimmung durch ihr Mutterland England erhoben.

In letzter Zeit hat sich der Eindruck verdichtet, dass dieses „Königsrecht“ des Parlaments in Deutschland in Gefahr sein könnte. Mehrfach hat Bundestagspräsident Lammert darauf hinweisen müssen, dass Gesetze nicht einfach von der Regierung per Moratorium suspendiert werden können (so geschehen bei der sogenannten Energiewende) und dass es nicht angehe, dass die Exekutive den Bundestag unter unziemlichen Druck setzt, entweder aus Dringlichkeitsgründen oder wegen vermeintlicher Sachzwänge.

### Parlamente sind nicht bloße Gesetzgebungsmaschinen

Das Beispiel ist hier die Bewältigung der Euro-Krise, unter anderem durch das Aufspannen immer neuer „Rettungsschirme“, mit denen die Regierungen der Euro-Zone die Märkte zu beruhigen versuchen. Lammert hat recht, nicht nur weil es dabei um Summen geht, die mit den größten Posten im Haushalt des Bundes konkurrieren können.

Der Bundestagspräsident will es dem Parlament auch ersparen, vom Bundesverfassungsgericht noch einmal - wie zuletzt im Lissabon-Urteil - vorwurfsvoll an seine europäische „Integrationsverantwortung“ erinnert zu werden: am 7. September wird Karlsruhe, aller Erwartung nach, diese Mahnung noch einmal bekräftigen. Ob und wie dabei eine Arbeitsteilung zwischen Plenum und Haushaltsausschuss (oder erweitert: einem Europaausschuss) zu definieren ist - das festzulegen, ist die alleinige Verantwortung des Deutschen Bundestages.

Er täte gut daran, diese Aufgabe ernst zu nehmen. Denn nicht nur „von oben“, von der Exekutive, wird das Parlament be- und gedrängt. Es bekommt auch Unmut „von unten“ zu spüren, weil die Parteien - und letztlich die Bürger - den Eindruck haben, im Bundestag werde über wichtige Themen nicht gründlich, das heißt auch ausführlich genug, diskutiert. Parlamente sind nicht bloße Entscheidungs- und Gesetzgebungsmaschinen. Sie haben eine Kommunikationsaufgabe in die Gesellschaft hinein. Wenn sie die nicht mehr erfüllen, kann ihre Legitimität schnell verfallen.

Text: F.A.Z.

## Kurze Geschichte der Euro-Rettung

**Seit mehr als einem Jahr müht sich die europäische Politik, den Euro zu retten. Neben den verschiedenen Rettungsschirmen gibt es viele andere Maßnahmen zur Stabilisierung der Haushalte: Ein Überblick.**

Von *Nikolas Busse, Brüssel*



Die Rettungspolitik für den Euro begann im Mai 2010

*31. August 2011*

Die Rettungspolitik für den Euro begann im vergangenen Mai, als zunächst Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro für drei Jahre gewährt wurden. Dafür gab es keine neue Behörde, es handelte sich um bilaterale Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) übernahm 30 Milliarden Euro, der Rest wurde unter den damals solventen Euro-Ländern aufgeteilt. Der deutsche Anteil betrug 22,4 Milliarden Euro, die als Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereicht werden. Der Bund bürgt dafür.

Nur wenige Tage danach hatten aber auch andere Euro-Staaten (Portugal, Spanien, Irland) Probleme, so dass die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 7. Mai 2010 einen Rettungsschirm für die gesamte Eurozone einrichteten. Es entstand die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF), die Kredite an alle Euro-Staaten ausgeben darf, allerdings nur bis Mitte 2013. Der EFSF kann bis zu 440 Milliarden Euro ausleihen. Deutschland bürgt zunächst für bis zu 119 Milliarden Euro. Zu den Rettungsmaßnahmen gehören außerdem der „Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) in Höhe von 60 Milliarden Euro, der durch den EU-Haushalt besichert wird, und ein Beitrag des IWF in Höhe von 250 Milliarden Euro. Insgesamt umfasst der Rettungsschirm damit 750 Milliarden Euro. Irland nimmt die Hilfe des Schirms im November 2010 in Anspruch, Portugal im Mai 2011.

Im März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, nach Auslaufen von EFSF und EFSM einen dauerhaften Rettungsschirm zu schaffen, der „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ (ESM) heißen soll. Er wird über eine Kapitalbasis von 700 Milliarden Euro verfügen, wovon 80 Milliarden aus Bareinlagen der Euro-Staaten stammen sollen. Deutschland soll hier über fünf Jahre verteilt 22 Milliarden Euro einzahlen. Der Rest wird über Bürgschaften abgesichert. Der ESM wird „in Ausnahmefällen“ auch auf dem Primärmarkt eingreifen dürfen, also Staatsanleihen von Regierungen kaufen. Für die Schaffung des ESM wurden die EU-Verträge geändert.

### **Deutschland bürgt für 211 Milliarden Euro**

Der EFSF, der ja noch für zwei weitere Jahre läuft, bekam in der Zwischenzeit das Problem, dass er nicht über die volle Kreditsumme von 440 Milliarden Euro verfügen kann, weil nicht alle daran beteiligten Euro-Länder das benötigte AAA-Rating haben. Um die 440 Milliarden komplett verwenden zu können, wurde vereinbart, die Garantiesumme auf bis zu 780 Milliarden Euro zu erhöhen. Deutschland bürgt damit nun für 211 Milliarden Euro. Dem hat am Mittwoch das Bundeskabinett zugestimmt.

Nachdem klar wurde, dass Griechenland mehr Kredite braucht, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe am 21. Juli ein zweites Hilfsprogramm für das Land in Höhe von 109 Milliarden Euro (einschließlich eines noch nicht bezifferten Anteils des IWF). Diesmal soll das Geld nicht aus bilateralen Krediten, sondern aus dem EFSF stammen. Die Zinsen werden gesenkt, die Laufzeiten verlängert, auch für Portugal und Irland.

Außerdem erhielten der EFSF und sein Nachfolger ESM neue Kompetenzen: Sie dürfen nun vorbeugend tätig werden, Finanzinstitutionen in Ländern außerhalb des Rettungsschirms stützen und alte Staatsschulden auf den Sekundärmärkten aufkaufen. Der französische Präsident Sarkozy sah den EFSF / ESM nach diesen Beschlüssen auf dem Weg zu einem Europäischen Währungsfonds. Den neuen Kompetenzen hat das Bundeskabinett am Mittwoch zugestimmt.

## **Nationalen Haushalte werden in Brüssel begutachtet**

Kredite gab es für Griechenland, Portugal und Irland nur gegen Sparauflagen. Parallel dazu kaufte die Europäische Zentralbank auf den Märkten immer wieder Anleihen von bedrängten Euro-Ländern auf, um deren Zinslast zu senken.

Schließlich gibt es einige Initiativen, um die Haushalte überall im Euro-Raum zu sanieren und die Wettbewerbsfähigkeit der 17 Länder zu heben. Dazu gehört das bereits in Kraft getretene „Europäische Semester“, bei dem die nationalen Haushalte vor Verabschiedung von der EU-Kommission begutachtet werden. Noch nicht verabschiedet ist eine Neufassung des Stabilitätspakts, die unter anderem schneller und automatischer zu Sanktionen für Defizitsünder führen soll. Bundeskanzlerin Merkel hat einen „Euro-Plus-Pakt“ durchgesetzt, in dem die Staats- und Regierungschefs etwa Renten- oder Finanzsektorreformen verabreden wollen.

Schließlich tritt Frau Merkel gemeinsam mit Sarkozy dafür ein, eine Wirtschaftsregierung in der Euro-Zone zu gründen, worunter mindestens zwei Gipfeltreffen im Jahr verstanden werden. Eurobonds wurden bisher nicht eingeführt. Zuletzt haben sich neben der Bundesregierung auch Frankreich und EU-Währungskommissar Rehn gegen sie ausgesprochen.

Text: F.A.Z.

# Pour une nouvelle voie allemande

31 août 2011 DER SPIEGEL HAMBOURG



Curier

**Face à la crise et la révolte de jeunes, il n'y a qu'une solution : plus d'Europe. Une politique qu'Angela Merkel doit avoir le courage d'élever au rang de priorité, aussi importante que l'Ostpolitik des années 1970, estime le sociologue Ulrich Beck.**

## Ulrich Beck

La politique européenne de l'Allemagne s'apprête à prendre un tournant aussi important que l'Ostpolitik [le réchauffement des relations avec le bloc soviétique] au début des années 1970. Le mot d'ordre était alors "le changement par le rapprochement", il pourrait être aujourd'hui "davantage de justice par davantage d'Europe".

Dans les deux cas, il s'agit de surmonter une division, entre l'Est et l'Ouest autrefois, entre le Nord et le Sud aujourd'hui. La menace existentielle qui pèse sur l'Europe, posée par la crise financière et la crise de l'euro, a fait reprendre conscience aux Européens qu'ils ne vivaient pas en Allemagne, ou en France, mais en Europe. La jeunesse européenne fait pour la première fois l'expérience de sa "destinée européenne" : mieux formée que jamais et nourrissant de grandes espérances, elle se trouve confrontée au déclin des marchés résultant de la crise économique et des menaces de faillite pesant sur les Etats. Un jeune Européen de moins de 25 ans sur cinq est sans emploi.

Là où ils ont planté leurs villages de tentes et donné de la voix, ces représentants diplômés du précaire réclament davantage de justice sociale – un appel qui a été pacifique, mais néanmoins ferme, en Espagne, au Portugal, mais aussi en Tunisie, en Egypte et en Israël (contrairement à la Grande-Bretagne). L'Europe et sa jeunesse se retrouvent dans la colère engendrée par une classe politique qui sauve les banques à coups de milliards mais galvaude l'avenir de sa jeunesse. Si la crise de l'euro ruine les espoirs de la jeunesse européenne, quel avenir restera-t-il à une Europe vieillissante ?

## VAINCRE ENSEMBLE OU PERDRE SEUL

La crise financière aura réussi au moins une chose : à catapulter tout le monde (experts et politiques compris) dans un univers que personne ne comprend plus. Du côté des réactions politiques, deux scénarios extrêmes entrent en concurrence. Un premier scénario hégélien qui offre une occasion historique à la "*ruse de la raison*" au vu des menaces engendrées par le "capitalisme-risque" mondial. C'est l'impératif cosmopolite : coopérer ou sombrer, vaincre ensemble ou perdre seul.

Dans le même temps, notre incapacité à contrôler les risques financiers (et le réchauffement climatique, et les flux migratoires) permet aussi un scénario calqué sur la pensée de Carl Schmitt, un jeu de pouvoir stratégique qui, avec la normalisation de l'état d'urgence partout dans le monde, ouvre la porte aux politiques ethniques et nationalistes.

Paradoxalement, l'Union européenne est victime de son succès. Un grand nombre d'acquis sont devenus tellement naturels pour les Européens qu'ils ne les remarqueraient probablement que le jour de leur disparition. Il suffit d'imaginer un retour des contrôles aux frontières, la disparition d'une législation commune sur les produits alimentaires, la suppression d'une liberté d'opinion et d'expression fondée sur les mêmes critères dans tous les pays membres (que transgresse aujourd'hui la Hongrie, s'exposant ainsi aux remontrances de l'UE) ; ou d'imaginer que l'on soit à nouveau obligé de changer de l'argent et de mémoriser les taux de change quand on part à Budapest, Copenhague ou Prague, mais aussi Paris, Madrid et Rome. L'Europe est devenue comme une seconde peau, et c'est peut-être pour cela que nous sommes prêts à mettre son existence en jeu sans sourciller.

Il faut que nous regardions la réalité en face et que nous reconnaissons que l'Allemagne partage désormais le destin de l'Europe. Contrairement à la destinée commune imposée à deux rivaux comme les États-Unis et la Chine, le destin commun de l'Europe repose sur un droit commun, une monnaie commune, des frontières communes, mais aussi sur le principe du "plus jamais !" Au lieu de se retourner un passé prestigieux, l'UE veille à ce que le passé ne se répète jamais. Au lieu de se transformer en super-Etat ou en un mécanisme qui, dans le meilleur des cas, représenterait des intérêts nationaux éclairés, l'UE a trouvé une troisième voie. Son rôle premier est celui de chef d'orchestre. Elle facilite les interconnexions entre des engagements et des entités qui incluent des Etats, mais aussi des organisations transnationales et des collectivités municipales et régionales, ainsi que des structures de la société civile.

## **ANGELA MERKEL ET L'EURO-NATIONALISME ALLEMAND**

Le fonds de sauvetage destiné aux pays du Sud a fait naître une logique de conflit entre les pays prêteurs et les pays emprunteurs. Les pays donateurs sont contraints d'imposer chez eux des programmes d'austérité qui les poussent à exercer des pressions politiques insoutenables sur les pays débiteurs. Résultat, ces derniers ont ainsi l'impression d'être soumis à un diktat de l'UE qui bafoue leur autonomie nationale et leur dignité. Ces deux phénomènes attisent la haine de l'Europe au sein même de l'Europe, car celle-ci apparaît à tous comme un carcan.

Dans cette Europe en crise perpétuelle, le conflit sur les modèles d'avenir pose les questions suivantes : dans quelle mesure le mouvement d'indignation des jeunes dépasse-t-il les frontières nationales et promeut-il la solidarité ? Dans quelle mesure le sentiment d'être laissé-pour-compte conduit-il à une expérience générationnelle et à de nouvelles initiatives politiques ? Quelle attitude les employés, les syndicats, le cœur de la société européenne, adoptent-ils ? Quels grands partis, par exemple en Allemagne, trouveront le courage d'expliquer aux citoyens à quel point l'Europe leur est nécessaire ?

Angela Merkel préfère suivre Hegel et les détours de la raison. Pour prendre la métaphore de la danse, elle fait deux pas en arrière, un pas sur le côté, avant le numéro farcesque de la volte-face éclair, tempéré par un petit pas en avant. Au son d'une musique que ni les Allemands ni les autres Européens ne peuvent ni entendre, ni comprendre. Car là où Helmut Kohl mettait en garde contre une Europe allemande, à laquelle il préférerait une Allemagne européenne, Angela Merkel défend un "euro-nationalisme" allemand : l'Europe est censée se relever au contact de la gouvernance à l'allemande et de la politique économique de Berlin.

## **REPENSER L'AVENIR DE L'EUROPE**

Dans un contexte de crise financière, la politique européenne devrait jouer le même rôle que l'Ostpolitik dans l'Allemagne divisée des années 1970 : une politique de rapprochement par-delà les frontières. Pourquoi l'intégration économique des pays débiteurs comme la Grèce et le Portugal fait-elle autant de vagues alors que les milliards injectés dans la réunification sont passés comme une lettre à la poste ? Il ne s'agit pas seulement de payer les pots cassés. Il s'agit de repenser l'avenir de l'Europe et sa place dans le monde.

La création d'euro-obligations ne trahirait pas les intérêts de l'Allemagne. Pourquoi l'Europe ne devrait-elle pas introduire une taxe sur les transactions financières qui ne ferait vraiment de mal à personne, pas même aux banques, mais qui bénéficierait à tous les pays membres en donnant une marge de manœuvre financière à l'Europe sociale et écologique, en garantissant aux travailleurs la sécurité dans toute l'Europe – et répondrait ce faisant aux grandes attentes des jeunes Européens ?

Dans le même temps, le menuet d'Angela Merkel pourrait également créer les conditions d'un futur projet politique associant les sociaux-démocrates et les Verts. Dès que le SPD et les Verts auront fait passer l'idée qu'une Europe sociale ne se résume pas à un esprit mercantile introverti, mais relève plutôt – selon

l'argument de Hegel – d'une nécessité historique, le SPD lui-même reprendra du poil de la bête et renouera avec les succès électoraux. A condition cependant qu'il ait le courage de faire de l'Europe sa priorité, comme l'Ostpolitik voilà une bonne quarantaine d'années.

**SPIEGEL ONLINE**

08/24/2011 01:28 PM

Facing the Crisis

## ***Time to Get Angry, Europe***

An Essay by Ulrich Beck

**The European common currency is in trouble, several EU countries are facing mountains of debt and solidarity within the bloc is declining. It is European youth, in particular, who have drawn the short stick. Closer cooperation is the only way forward.**

Germany's European policy is about to undergo a transformation as significant as *Ostpolitik* --the country's improvement of relations with the Soviet bloc -- was in the early 1970s. While that policy was characterized by the slogan "change through rapprochement," Berlin's new approach might be dubbed "more justice through more Europe."

In both cases, it is a question of overcoming a divide, between the East and the West in the 1970s and **between north and south today**. Politicians tirelessly insist that Europe is a community of fate. It has been that way since the establishment of the European Union. The EU is an idea that grew out of the physical and moral devastation following World War II. *Ostpolitik* was an idea devoted to defusing the Cold War and perforating the Iron Curtain.

Unlike earlier nations and empires that celebrated their origins in myths and heroic victories, the EU is a transnational governmental institution that emerged from the agony of defeat and consternation over the Holocaust. But now that war and peace is no longer the overriding issue, what does the European community of fate signify as a new generational experience? It is the existential threat posed by the financial and euro crisis that is making Europeans realize that they do not live in Germany or France, but in Europe. For the first time, **Europe's young people** are experiencing their own "European fate." Better educated than ever and possessing high expectations, they are confronting a decline in the labor markets triggered by the threat of national bankruptcies and the economic crisis. Today one in five Europeans under 25 is unemployed.

### **A New Age of Risky Confusion**

In those places where they have set up their tent cities and raised their voices, they are demanding social justice. In Spain and Portugal, as well as in Tunisia, Egypt and Israel ( **unlike Great Britain**), they are voicing their demands in a way as nonviolent as it is powerful. Europe and its youth are united in their rage over politicians who are willing to spend unimaginable sums of money to rescue banks, even as they gamble away the futures of their countries' youth. If the hopes of Europe's young people fall victim to the euro crisis, what can the future hold for a Europe whose population is getting older and older?

News programs offer new visual material for the dawning of **a new age of risky confusion** -- the "world risk society" -- on an almost daily basis. The headlines have been interchangeable for some time: Insecurity Over the Future of the Global Economy, EU Bailout Fund in Jeopardy, Merkel Attends Crisis Meeting with Sarkozy, Rating Agency Announces Downgrade of US Debt. Does the global financial crisis signal the deterioration of the old center? Ironically, it is authoritarian China that is playing the moral apostle on the financial front, with its sharp criticism of both democratic America and the EU.

There is one thing the financial crisis has undoubtedly achieved: Everyone (experts and politicians included) has been catapulted into a world that no one understands anymore. As far as the political reactions are concerned, there are two extreme scenarios that can be juxtaposed. The first is a Hegelian scenario, in which, given the threats that global risk capitalism engenders, the "ruse of reason" is afforded an historic opportunity. This is the cosmopolitan imperative: cooperate or fail, succeed together or fail individually.

At the same time, the inability to control financial risks (along with climate change and migration movements) presents a Carl Schmitt scenario, a strategic power game, which opens the door to ethnic and nationalist policy.

### **Taking Europe for Granted**

The community of fate is inescapable in both models, because, no matter what we do, global risk capitalism creates new existential divisions and bonds across national, ethnic, religious and political boundaries. How can Europe even prevail in this environment? Paradoxically, **the success of the EU** is also one of its biggest obstacles. People have come to take many of its achievements for granted, so much so that that perhaps they would only notice them if they ceased to exist. One only need imagine an EU in which passport controls are reintroduced at borders, there are no longer reliable food safety regulations everywhere, freedom of speech and of the press no longer exist under today's standards (which Hungary is already violating, thereby exposing itself to strict scrutiny), and Europeans traveling to Budapest, Copenhagen or Prague, or even Paris, Madrid and Rome, are forced to exchange money and keep track of exchange rates. The notion of Europe as our home has become second nature to us. Perhaps this explains why we are prepared to jeopardize its existence so carelessly.

We must recognize and acknowledge the reality that Germany has become a part of the European community of fate -- in exactly the way former German Chancellor Willy Brandt described during the first session of parliament following German reunification: "Let us hope that being German and being European are now one and the same, today and forever."

Does the Hegelian idea that reason ultimately prevails throughout history, despite many diversions, still apply? Or is Carl Schmitt's belief that hostility among nations must invariably prevail more fitting to conditions in the world today?

Unlike the community of fate between two rivals that exists between the United States and China, Europe's community of fate is based on shared laws, a shared currency and shared borders, but also on a "never again!" principle. Instead of invoking a noble past, the EU attempts to ensure that the past will never repeat itself. Instead of becoming a super-state or a mechanism that represents enlightened national interests in the best of cases, the EU has taken on a third form. Its most important role is to orchestrate. It facilitates the networking of commitments and entities that include sovereign states, as well as transnational organizations, municipal and regional governments and the organizations of civil society.

### **An Accumulation of Impositions**

Within this framework, the bailout funds for southern European countries have engendered a logic of conflict between donor and debtor nations. The donor nations must implement domestic austerity programs and, for this reason, are exerting political pressure on the debtor nations at a level exceeding the pain threshold. In contrast, the debtor nations see themselves subject to an EU dictate that violates their national autonomy and dignity. Both stir up hatred of Europe, because everyone sees Europe as an accumulation of impositions.

And then there is the perceived external threat. Critics of Islam, which claim that Muslims are abusing the West's values of freedom, managed to connect xenophobia with enlightenment. Suddenly it was possible to be opposed to the encroachment of certain immigrants, all in the name of enlightenment. As a result, three destructive processes are overlapping and being reinforced in Europe: xenophobia, Islamophobia and anti-European sentiments.

Many envision the end of politics when they think about politics. How can anyone be so blind? In big and small ways, and at the national, European and especially the global level, Hegel, the believer in reason, and Schmitt, who sees enemies everywhere, are at odds.

When it comes to the eternal crisis called Europe, this conflict over the model of the future raises the following questions: To what extent does the revolution among outraged youth actually transcend national borders and promote solidarity? To what extent does the feeling of being left behind lead to a European generational experience and new European policy initiatives? How are workers, the unions and the center of European society behaving? Which of the major parties, in Germany, for example, has the courage to explain to citizens what Europe as a homeland is worth to them?

Merkel adheres to the Hegelian idea by preferring the detours of reason. To use the metaphor of dance: two steps backward, one step to the side, then a magical, lightning-quick about-face, softened by a tiny step forward -- in much the same way as the coalition government in Berlin is hopping, stumbling and tumbling its way forward, dancing to music that neither the Germans nor the other Europeans can hear or comprehend. While former Chancellor Helmut Kohl warned against a German Europe and sought a European Germany, Merkel advocates a German euro-nationalism, putting her faith in the ability of Berlin's regulatory and economic policy to heal Europe's wounds.

### **Time for More Hegel**

But in light of the financial crisis, European policy today should play the same role as the *Ostpolitik* of the 1970s did in divided Germany: a unification policy without borders. Why was the enormously expensive reunification with East Germany self-evident, and why, on the other hand, is the economic integration of debtor nations like Greece and Portugal frowned upon? It isn't just a question of paying the piper. In fact, the real challenge is to rethink and reshape Europe's future and its position in the world.

The **introduction of euro bonds** would not be a betrayal of German interests. The road to a union characterized by solidarity, much like the recognition of the Oder-Neisse border between a unified Germany and Poland, is indeed in Germany's well-considered interest. It is an expression of European and German *realpolitik*. Why shouldn't Europe introduce a financial transaction tax, which would establish a financial scope for a social and environmental Europe, which in turn would promise workers security through Europe, and in doing so address the greatest concerns of young Europeans?

The concept of more justice through more Europe contains an appeal in terms of a transnational community of solidarity. "Be outraged, Europeans." Just as many demonized Brandt's talk of rapprochement with the communist bloc as treason, today's call for "more Europe!" is a blow in the face of national self-awareness.

Merkel's back-and-forth and forward-and-backward approach could also create an opportunity for a future project involving the Social Democrats and the Green Party. As soon as the SPD and the Greens have explained that a social Europe is more than an introverted tightwad, but rather -- using Hegel's argument -- an historic necessity, even the SPD will regain stature and win elections. This, of course, is predicated upon its having the courage to declare Europe to be its main project, just as *Ostpolitik* was more than 40 years ago.

*Translated from the German by Christopher Sultan*

## URL:

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,782148,00.html>



## Glückwunsch, Nato! Aber bitte leise jubeln

Eine Analyse von *Thomas Darnstädt*

**Die Uno-Charta verbietet Gewalt unter Staaten. In Libyen hat die Weltgemeinschaft eine Ausnahme gemacht - zum Schutz der Zivilbevölkerung. Mit der Beseitigung des Gaddafi-Regimes hat die Nato die Resolution des Sicherheitsrats sehr großzügig ausgelegt - und einen Präzedenzfall geschaffen.**

Glückwunsch, Nato. Darf man das sagen? Die Streitmächte des westlichen Bündnisses haben in Libyen mit Bomben und Raketen geholfen, einen Diktator zu verjagen, der sein Volk als Ratten und Ungeziefer bezeichnete und damit drohte, es entsprechend zu behandeln. Eigentlich ist das ein Grund zu weltweiter Freude. Doch nicht nur der deutsche Außenminister hatte Schwierigkeiten, das Ereignis mit den richtigen Worten zu würdigen. Unter Völkerrechtlern wie Militärs kursiert die bange Frage, ob das westliche Militärbündnis mit seiner Hilfe für den Freiheitskampf der Libyer zu weit gegangen ist - weiter jedenfalls, als dies bisher völkerrechtlich möglich schien.

Dass etwas nicht in Ordnung geht, mit diesem Sieg, das zeigt die Geheimniskrämerei, die noch immer aus der befreiten Hauptstadt gemeldet wird. Wie hat der erstaunlich erfolgreiche Vormarsch der Rebellen nach Tripolis funktioniert? Wer hat aus dem wilden Haufen der Aufständischen eine so disziplinierte Profi-Truppe gemacht? Und woher auf einmal die ganzen Waffen und Uniformen aus Beständen westlicher Mächte? Die Nato hält sich bedeckt. Wie und in welchem Umfang die Profi-Militärs den Rebellen bei ihrem Eroberungszug geholfen haben ist kein Thema, zu dem sich die Nato gern beglückwünschen lässt.

Denn der Krieg, den die Nato an der Seite der Rebellen führte, war begrenzt durch die Uno-Resolution 1973 vom März. Die war schon für sich gesehen eine völkerrechtlich spektakuläre Ausnahmegenehmigung vom Gewaltverbot in der Uno-Charta, das grundsätzlich jede kriegsähnliche Aktion zwischen Staaten verbietet - es sei denn zur Selbstverteidigung. Nun hatte ausnahmsweise der Sicherheitsrat - unter deutscher Enthaltung - einer Allianz hilfswilliger Staaten die Anwendung von Waffengewalt auf libyschem Boden gegen libysche Regierungstruppen erlaubt. Zweck: Abwendung eines drohenden Massakers, das Gaddafi unter der Bevölkerung der Rebellenhochburg Bengasi anzurichten drohte.

Krieg für Menschenrechte? Dass das nicht geht, jedenfalls nicht so, jedenfalls nicht in Libyen, haben viele gleich gesagt. "Es ist völlig unklar, was mit dem Eingriff bezweckt werden soll", klagte der US-Philosoph und Kriegstheoretiker Michael Walzer. Wie schützt man denn die Menschenrechte mit Bomben? Sollte der Einsatz zu Ende sein, wenn ein Massaker, wie das in Bengasi, nicht mehr konkret droht? Wenn der Diktator verspricht, künftig die Menschenrechte zu achten? Wenn er einen Waffenstillstand anbietet? Und wie soll es dann weitergehen?

### Wann endet ein humanitärer Krieg?

Ein humanitärer Krieg, so stellte sich in Libyen schnell heraus, ist schwer zu beenden. Denn wann ist er zu Ende? Für den französischen Nato-General Jean Paul Palomeros war das bereits Ende März der Fall: Die "Ziele sind erreicht", erklärte er, die Bevölkerung sei durch die Errichtung der Flugverbotszone und deren Durchsetzung hinreichend geschützt.

Doch von Rückzug war keine Rede. Bis in Gaddafis Regierungsfestung in Tripolis begleitete die Nato den Vormarsch der Rebellen, lähmte mit Luftangriffen die militärische Infrastruktur. Ohne die Hilfe der Nato, das ist offenkundig, wäre der Tyrann nicht zu beseitigen gewesen.

War der gewaltsame Regime-Wechsel noch vom humanitären Mandat des Sicherheitsrats gedeckt? Kann es das Ziel einer humanitären Intervention sein, missliebige, ja, mörderische Regierungen aus der Macht zu jagen? Wohin führt es, wenn fremde Mächte, zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen gerufen, an der Seite einer Befreiungsbewegung einen Bürgerkrieg zu Ende kämpfen?

Auch Völkerrechtler sehen, dass es für die Nato keine Alternative gab, als diesen Krieg bis zu einem Sieg zu kämpfen: "Zu keinem Zeitpunkt war erkennbar, dass Gaddafi von seinen grausamen Vergeltungsplänen ablässt. Also war es nur konsequent, die Angriffe bis zu seiner Entmachtung fortzuführen", sagt der Kölner Völkerrechtsprofessor Claus Kreß. Selbst die gezielte Tötung Gaddafis durch Nato-Bomber, ja notfalls sogar durch Bodentruppen wäre nach Kreß' Ansicht vom Uno-Mandat gedeckt gewesen - "wenn es keine andere Möglichkeit gegeben hätte, die Zivilbevölkerung dauerhaft vor dem Diktator zu schützen."

### **Die Formulierung der Resolution ist uferlos**

Anlässe zum Eingreifen sind in solchen Ländern fast immer gegeben. Tatsächlich ist die Formulierung in der Resolution, liest man sie heute noch einmal in Ruhe, nahezu uferlos: "Alle notwendigen Maßnahmen" seien zu ergreifen, "um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete zu schützen". Zumindest ein Schutzbedürfnis für "bewohnte Gebiete" lässt sich in übersehbar vielen Regionen tyrannischer Unrechts-Regime in allen Teilen der Welt begründen. Anlässe zum Eingreifen sind in solchen Ländern fast immer gegeben. Was kann ein Diktator vom Schlage Gaddafis da noch tun, einen drohenden Schutz-Angriff der Nato abzuwenden - außer von der Macht zurückzutreten? Wie weit die Ermächtigung durch die Uno wirklich reicht, zeigt sich so recht erst im Nachhinein: "Die Situation in Libyen hat uns drastisch vor Augen geführt", sagt Kreß, "dass sich die Unterscheidung zwischen dem Ziel des Menschenrechtsschutzes und dem Ziel eines Regimewechsels in der Praxis als Illusion erweisen kann."

Doch mit dieser Illusion fällt auch die wichtigste Geschäftsgrundlage des herkömmlichen Völkerrechts: die der unantastbaren Souveränität der Staaten. Um ihre Souveränität zu schützen - und nicht aus Menschenfreundlichkeit - haben die Staaten im Club der Uno in ihrer Charta ein Gewaltverbot vereinbart - es ist ein Gewaltverbot zwischen Staaten, nicht zwischen Menschen. Eine ausnahmsweise Erlaubnis, dieses Verbot zu durchbrechen, wie sie der Sicherheitsrat in der Resolution 1973 erteilt hat, kann im Völkerrecht Anerkennung finden, wenn sie sich wie ein chirurgischer Eingriff im Einzelfall auf Auswüchse im Innern souveräner Staaten bezieht. Eine Erlaubnis, die Operation auf den Souverän selbst auszudehnen - kurz, ihn zu beseitigen - ist im überkommenen System gleichberechtigter souveräner Staaten, wie es seit dem Westfälischen Frieden 1648 im Prinzip gilt, wie es bis heute die Grundlage der Uno ist, nicht denkbar. Sollte der Sicherheitsrat einer so revolutionären Regelung zugestimmt haben?

### **Freibrief für die westliche Welt**

Er hat. Kreß steht mit seiner weiten Auslegung des Mandats nicht allein. Auch Kai Ambos, Göttinger Völkerrechtswissenschaftler, hält die "libysche Kombination" für Uno-gedeckt: "Der Schutz von grundlegenden Menschenrechten in Verbindung mit der Unterstützung einer Befreiungsbewegung mit der ultimativen Konsequenz eines Sturzes des Verletzerregimes", das sei, so Ambos, nach dieser Resolution ein "im Prinzip legitimes Vorgehen der Völkergemeinschaft". Der erste Schritt zu einem Freibrief für die westliche Welt, alle als legitim empfundenen Freiheitsbewegungen künftig in ihren Ländern mit Waffengewalt zum Sieg zu führen?

So kann es jedenfalls nicht gemeint gewesen sein, was der Sicherheitsrat da im März beschlossen hat. Auch Ambos ist sicher, dass "zumindes die Vertreter von China und Russland im Sicherheitsrat von einer sehr viel engeren Auslegung des Mandats ausgegangen sind". Einer Ermächtigung zum Regimewechsel, "hätten die nie zugestimmt".

Um keine schlafenden Diktatoren zu wecken, so der diplomatische Rat des Völkerrechtlers, sollte man also nicht allzu triumphal auf das Exempel der libyschen Kombination pochen.

Glückwunsch für die Nato? Ok, aber bitte leise.

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,783548,00.html>

## Interview With Historian Hans-Joachim Voth

### 'The Euro Can't Survive in Its Current Form'

*Interview by Alexander Jung and Gerhard Spörl*

**Historian Hans-Joachim Voth gives the euro only another five years unless the euro zone is transformed into a full transfer union with massive redistribution. The continent is too culturally different to warrant a single currency, he says, adding that it would be best if Germany and other stronger economies left the euro zone.**

**SPIEGEL:** Professor Voth, how much longer do you think the euro will survive?

**Voth:** Five years. The euro can't survive in its current form. We could, of course, make a full-fledged transfer union out of the euro-zone countries, complete with euro bonds and massive fiscal redistribution. In that case, we would have a different euro than the one that was originally conceived and promised to German voters. In the end, if the heads of state and government don't want that, it's likely that the euro will have to be dissolved.

**SPIEGEL:** Why can't the euro survive?

**Voth:** Even bad economic arrangements can be kept going for a long time. But the real questions are: Whom does that help? How long can one stand the pain? And what's the use? The euro can technically survive, but so can the never-ending attacks on the bond markets that are increasing the pain. But that just exacerbates the fundamental problem: that the main shock absorber has fallen away in the countries with very rigid labor markets ...

**SPIEGEL:** ... because these countries can no longer manipulate the values of their currencies to meet their individual needs.

**Voth:** Before, if Spain had gotten stuck in the kinds of difficulties it has today -- unit labor costs are too high, growth is too low, and there is enormous unemployment -- the peseta would have simply been devalued by 20 percent. In those days, Spain only had to change a single price -- that of its currency -- in order to make itself competitive again, and the market would generally help out as well. Cars could keep on being built in Pamplona and Seville. Houses on the Costa Brava were still affordable. There were no forced wage cuts in Spain, and prices remained stable. That's it.

**SPIEGEL:** But, these days, the European Central Bank (ECB) and the International Monetary Fund (IMF) force countries like Spain to implement reforms. Why do you think this strategy won't lead us out of the crisis?

**Voth:** In 2009, in the middle of the crisis, when the Zapatero government was already making half-hearted reforms, wages went up 4.3 percent in Spain. There's no reason to believe that the scale of reforms currently needed to move things forward economically is politically feasible.

**SPIEGEL:** Which reforms do you consider absolutely necessary to consolidate the country's economy?

**Voth:** The government needs to overhaul the budget. But unit labor costs also have to drop by 10 to 15 percent.

**SPIEGEL:** Germany has been moderately successful at doing this since the beginning of 2000. Why shouldn't it work for Spain, as well?

**Voth:** In Germany and even in the Netherlands, the unions are fairly reliable when it comes to cooperating, and governments in both countries can expect to have consensus. This consensus-based solution doesn't exist in Spain. Here, you don't have a union movement like the DGB (German Confederation of Trade Unions), which accepts that one can't distribute more than one makes. We need to start taking the cultural differences in the EU seriously. Spaniards just aren't like the Dutch, and Greeks are not Germans.

**SPIEGEL:** Is it your position that the solution to this extended state of crisis is kicking a country out of the EU?

**Voth:** It depends on how the EU wants to solve the crisis. If it wants to become anything more than just a transfer union, some countries need to leave the euro zone. Both are technically feasible.

**SPIEGEL:** Which country should give up the euro and return to its national currency?

**Voth:** It would be simpler to have the stronger countries veer off. It would be much easier for Germany than for Greece because it's always the banks that are the problem in such cases. The second the country that is about to have a soft currency steps out of the euro network, all of its citizens are going to plunder their accounts and ask for their money in cash. Then the banking sector is broke. And whenever a country doesn't allow people to drain their accounts, as was the case in 2001 in Argentina, consumption and investments collapse.

**SPIEGEL:** Germany wouldn't have this problem. But what are the consequences a hard-currency country would face?

**Voth:** People across the world would line up to exchange their money into Deutsche Marks. Banks would lose money in their foreign currency investments, but they would get even more deposits for nothing. That would lead to an appreciation (of the Deutsche Mark). One can argue over whether that would be good or bad for Germany. And, in this case, the national currency could once again be used as a buffer for cushioning crises.

**SPIEGEL:** Germany's export-driven economy would run into serious problems if the mark went up in value.

**Voth:** That's true. But, at the same time, we can't ignore the fact that imports from around the world would become cheaper. And foreign assets -- companies or real estate -- would become much cheaper for German investors.

**SPIEGEL:** Wouldn't abandoning the common currency sound the death knell for the entire EU project?

**Voth:** I believe that the consequences of ending the euro have been overstated. Not every dumb economic idea needs to be defended to the bitter end. Europe is infinitely more than the European Union, and the European Union is infinitely more than the euro.

**SPIEGEL:** Why do you think the euro was a dumb idea?

**Voth:** Because, at its core, it is a bad solution for a nonexistent problem -- a political object of prestige with massive economic disadvantages. Everyone thought the common currency would cause all of the structural differences in the euro-zone countries to automatically disappear. But, after 2000, the low interest rates in the euro zone artificially fuelled growth in the weaker countries and caused real estate prices to skyrocket. This kind of speculative bubble is fun while it lasts. But every party comes to an end eventually. And then comes the rude awakening: Growth slows down, and unemployment rises. Since the banks have given out too many loans, they become a brake on growth. This causes an increase in the structural divergences that were actually supposed to decrease. The euro can't survive for long without having much more redistribution between richer and poorer member countries or much more flexible economies. And neither of those things is politically feasible.

**SPIEGEL:** Attempts to tackle the crisis with austerity measures have met with social rejection and have triggered political crises. Is that the price that has to be paid for instituting reforms?

**Voth:** Over the next five years, as long as German taxpayers don't write the bond markets a golden check, there's going to be one cost-cutting program after the other in many European countries. This could be accompanied by increasing social unrest. Austerity and anarchy are closely linked. We've been able to unambiguously establish that with a minor study looking at the period between 1919 and 2009.

**SPIEGEL:** Are you thinking perhaps of Heinrich Brüning, Germany's chancellor between 1930 and 1932, whose rigid belt-tightening policies drove the country into recession?

**Voth:** Brüning's cost-cutting programs didn't trigger the global economic crisis, but they did make the effects in Germany massively worse. What we're interested in is the impact on social harmony. Jacopo Ponticelli and I didn't just focus on German history; instead, we looked at the histories of 28 European countries over the last 90 years. It is a fact that savings amounting to just one percentage point of GDP are accompanied by social unrest. And when they reach two or three percentage points, it massively increases.

**SPIEGEL:** And these kinds of social explosions just exacerbate the economic situation even more.

**Voth:** Any time a country becomes politically unstable as a result of growing economic insecurity, you'll see a sudden drop in growth. This creates a snowballing effect: Pressure from the bond markets causes a reduction in government-provided social services, which leads to street demonstrations. This causes mounting insecurity, and the economy contracts -- and because the economic situation gets more dramatic, the state has to make even more cuts.

**SPIEGEL:** Yet another result of this process is the decimation of small and medium-sized businesses, which are supposed to buoy democracies. Where has the crisis progressed the furthest?

**Voth:** In Greece. If all the envisioned cuts are really made, things will reach Brüning-esque dimensions. Of course, social spending in today's Greece is on a completely different level from where it was in Germany in 1930, and the state continues to do much for the poor. But the changes would have dimensions similar to those in the final stage of the Weimar Republic.

**SPIEGEL:** Do you believe these deep cuts in social spending can save Greece?

**Voth:** If Greece is really going to be able to pay back its debts, it's going to have to go far beyond what Brüning expected from Germany. Even if you make very optimistic assumptions, the country will have to run budgetary surpluses of between 6 and 8 percent of GDP for decades while still servicing its foreign debt, primarily at European banks.

**SPIEGEL:** That is bound stir anti-European feelings.

**Voth:** For the southern Europeans, the euro has always meant: we've married into money. They won't give up what they've attained.

**SPIEGEL:** What is the alternative to consolidating by cutting welfare spending?

**Voth:** There is less unrest if the state looks around for additional sources of revenue. It is much easier and less risky to raise taxes rather than massively cut spending -- especially if the country has a fragile social equilibrium.

**SPIEGEL:** What taxes are you referring to?

**Voth:** Consumer taxes like value added tax, tobacco tax or fuel tax. People live in suburbs or just outside the city and they have no alternative to driving by car.

**SPIEGEL:** But with higher consumer taxes you won't tap the biggest source, the really wealthy. US billionaire Warren Buffet is constantly demanding to pay more taxes.

**Voth:** The problem isn't Warren Buffet, the problem is the people who are as rich as Warren Buffet but who don't feel like paying tax. They simply emigrate to Zug or elsewhere in Switzerland if they are facing higher taxes. New laws may feel good but they usually don't generate revenues.

**SPIEGEL:** Does that also apply to wealth tax?

**Voth:** I like it but it's only a solution if it is equally high in all countries. But I don't understand at all why non-earned income, for example from inheritance, is taxed at a far lower rate than earned income. The children of rich parents have many advantages; they don't have to inherit many millions as well.

**SPIEGEL:** The euro countries have opted for cutting government spending rather than increasing taxes. The European Central Bank is purchasing the bonds of ailing countries, and euro bonds may be introduced, despite politicians' vows not to do so. Where will it all end -- in a surge in inflation?

**Voth:** A bit more inflation is quite possible. We know a lot about how the expectation of rising inflation actually fuels inflation. If people expect their money to be worth less tomorrow than it is today, they will spend it. Panic reactions are possible. But at the moment there are only peripheral signs of this happening, such as the hunt for top-quality real estate in big German cities such as Hamburg. They are already incredibly expensive. But inflation refers to a general increase in price levels. We're still far off that, and I'm not worried about it.

**SPIEGEL:** How long do crises such as this tend to last on average?

**Voth:** Crises like this are rare. The global economic crisis and some deep slumps -- such as in Latin America in the 1980s and in Asia after 1997 -- are comparable to today, but that's all. The data tell us that economic crises caused by a real estate bubble last around seven years. But there is also Japan, where the crisis has gone on for 20 years. Or America: it has only just reached the economic output it had in 2007, but should be much further ahead given its potential.

**SPIEGEL:** You give the euro another five years -- what will Europe look like then, in your opinion?

**Voth:** I can imagine a world where there will be a left-over euro: with France, Italy, the Mediterranean countries, perhaps Belgium as well. Apart from that the old Deutschmark zone will return, comprising Germany, Austria and the Netherlands, perhaps Denmark as well, perhaps Finland, which have no problems conducting the same monetary policy as Germany. We had a similar system during the European Exchange Rate Mechanism ERM. That was the optimal system, and then we gave it up for the euro.

## **ABOUT HANS-JOACHIM VOTH**

Hans-Joachim Voth, 43, studied at Oxford before working for the McKinsey corporate consultancy. He is Research Professor at the Economics Department of Pompeu Fabra University in Barcelona. He and fellow economic historian Jacopo Ponticelli published a study on "Austerity and Anarchy" this year.

## Le spectre du scénario de 1937 : récession et chômage de masse

Le Monde | 30.08.11 | 13h49 • Mis à jour le 30.08.11 | 16h54

Trois ans après la faillite de la banque Lehman Brothers, le spectre de l'année 1937 hante les économies développées. Roosevelt, après avoir lancé en 1933 le New Deal contre la déflation, décida de normaliser la politique économique à la fin de 1936. Il en résulta une chute de 27 % de la production industrielle et une augmentation du taux de chômage de 9,6 % à 13,6 % de la population active au second semestre 1937.

En 2011, avec un déficit et une dette publics atteignant respectivement 10 % et 100 % du PIB et des taux d'intérêt zéro depuis trois ans, les Etats-Unis sont très loin de renouer avec l'orthodoxie. Pourtant, leur croissance s'étiole, limitée à 0,8 % au premier semestre, tandis que le chômage touche 9,2 % de la population active, avec un taux d'emploi historiquement bas de 58 %. La dégradation de leur notation financière acte tant l'échec de la sortie de crise que le blocage d'un système politique qui sacrifie l'intérêt national aux enjeux électoraux de court terme.

**Sous la pression des marchés et de l'Allemagne**, l'Europe se convertit à l'austérité budgétaire, sur fond d'une croissance potentielle qui s'effondre et d'un chômage qui touche 10,1 % de la population active. La crise des risques souverains menace non seulement l'euro mais soixante années de construction communautaire.

Les économies développées sont prisonnières du dilemme entre désendettement et croissance. L'impératif du désendettement public impose des coupes dans les dépenses notamment sociales et des hausses d'impôts aussi difficiles à assumer sur le plan politique que pénalisantes pour l'activité. Or la croissance demeure le premier vecteur du désendettement. Pis, l'Etat, seul acteur économique que Keynes avait identifié comme pouvant s'émanciper de ces contraintes, se trouve réduit à l'impuissance.

En 2008, face à la menace de déflation, les Etats développés ont tiré les leçons des années 1930 en mobilisant jusqu'à 40 % de leur PIB sous forme de dette publique pour sauver les banques et relancer l'économie tout en refusant le protectionnisme. Aujourd'hui, ils ne sont plus une solution mais constituent le problème. L'endettement des pays développés excède 100 % du PIB en 2011, avec des effets de contagion, notamment en Europe où la gestion calamiteuse des plans de sauvetage a mis en péril le sud du continent, qui menace à son tour le noyau dur de la zone euro, France en tête.

L'impasse actuelle est le résultat des erreurs commises dans la phase de sortie du choc déflationniste de 2008-2009. Erreur de diagnostic, qui a porté sur une récession très forte mais classique, et non pas sur une crise durable liée à une transformation majeure du capitalisme. Erreur de stratégie avec la fuite en avant dans l'endettement, inévitable à court terme, mais qui aurait dû être contrebalancée par une modification à terme des modèles de croissance à crédit. Erreur de gestion dans la crise des risques souverains par l'Union européenne avec le "trop peu, trop tard, trop mou" qui est sa marque de fabrique.

**Erreur de régulation** avec l'absence de toute réforme cohérente du système financier, la loi Dodd-Frank étant vidée de portée par ses textes d'application aux Etats-Unis tandis que l'Europe multiplie les initiatives contradictoires, inutiles en termes de stabilité et désastreuses pour la croissance. Erreur politique avec l'abandon dès 2010 de la coopération internationale au sein du G20 et le retour au chacun pour soi.

A défaut d'avoir toujours raison, les marchés posent de bonnes questions. Quel modèle de substitution à la croissance à crédit et quelle trajectoire de désendettement pour les Etats-Unis sans capacité à décider des hausses d'impôts et des baisses dans les dépenses sociales et militaires ? Quelle gouvernance pour la zone euro et quel processus politique pour aller vers un fédéralisme européen, seule alternative à l'éclatement de la monnaie unique ? Quelle refondation de la zone euro avec une Allemagne qui en est désormais le garant ultime mais qui en refuse les responsabilités politiques et financières tout en en percevant les dividendes économiques ? Quel statut pour la Banque centrale européenne (BCE) dont le mandat est désormais en apesanteur avec les pratiques (achat de plus de 110 milliards d'euros d'obligations d'Etat en dépit de l'interdiction de principe) ?



**L'impasse n'est pas sans solution.** Le principe de responsabilité milite pour un accord sur le désendettement à moyen terme des Etats-Unis qui permettrait d'éviter à la fois une rechute dans la récession et un recours accru à l'inflation. Rompant avec la stratégie consistant à gagner du temps via le Fonds de stabilité qui n'est plus à la hauteur des pays en difficulté et qui devient ainsi un vecteur d'accélération de la crise, l'Europe doit faire la vérité sur les pertes, accepter une inflation modérée de l'ordre de 4 % par an, accélérer les réformes structurelles, donner corps au gouvernement économique de la zone euro. Enfin, il est impératif que pays développés et émergents, nations excédentaires et déficitaires rétablissent une coordination minimale au sein du G20. A défaut, le scénario de 1937 se rééditera, synonyme de récession et de chômage de masse, de montée aux extrêmes des tensions sur le plan géopolitique.

Nicolas Baverez, économiste et historien

Article paru dans l'édition du 31.08.11

# Tensions autour d'une nouvelle mosquée à Paris

Par **Christophe Cornevin** Mis à jour le 30/08/2011

## Les imams du XVIIIe émettent des réserves sur le site proposé.

Les responsables des associations culturelles n'ont certes pas claqué la porte, mais les négociations visant à transformer une ancienne caserne de sapeurs-pompiers en mosquée pour les musulmans des quartiers nord de Paris virent au casse-tête pour les représentants de l'État.

Alors que les fidèles célébraient mardi la fête de l'Aïd-el-Fitr marquant la fin du ramadan, les chefs religieux étaient une nouvelle fois en discret conciliabule dans l'après-midi. Objectif: trouver coûte que coûte, comme le résume benoîtement l'un des protagonistes, «une ébauche de début de solution » afin que les nombreux fidèles qui occupaient la voie publique dans le quartier de Barbès à l'occasion des grandes prières du vendredi après-midi migrent vers un lieu de culte digne de ce nom.

## Série de doléances

Autour de la table, se trouvaient notamment le cheikh Salah Hamza, imam de la mosquée de rue Myrha dans le XVIIIe arrondissement, son homologue Moussa Niambélé, l'imam de la salle de prières Al-Fath installée rue Polonceau et le grand recteur de la Mosquée de Paris, Dalil Boubakeur. Censé endosser le difficile rôle de médiateur, ce dernier se livre ses jours-ci à un véritable numéro d'équilibriste florentin. Tenaillé par les desiderata des chefs religieux, il doit composer avec le calendrier serré des pouvoirs publics, pour qui les jours sont comptés d'ici au 15 septembre prochain. Au-delà de cette date butoir en effet, comme l'a rappelé le Conseil d'État, la **loi de 1905** sur la séparation entre l'Église et l'État devra être strictement observée. «Les prières de rue, c'est quelque chose qui n'est pas acceptable, directement attentatoire au principe de la **laïcité**, et il faudra que ça cesse», a martelé début août Claude Guéant.

Depuis des semaines, la Préfecture de police s'était mise en quête d'un lieu d'accueil idoine. Évoquant la caserne désaffectée depuis quatre ans à la porte de Clignancourt, le ministre de l'Intérieur avait alors précisé: «Il est convenu que le 16 septembre, ces locaux entreront en service.»

Cela était sans compter avec une série de doléances émises par l'imam des pratiquants maghrébins de la mosquée Khalid Ibn Walid de la rue Myrha et celui des adeptes de confréries africaines Tijâniyya ou Mourides, qui fréquentent la rue Polonceau. Au nom de la sacralité du futur lieu de culte, ces derniers, qui bénéficient de deux salles d'une superficie respective de 1.200 et 800 m<sup>2</sup> et pouvant accueillir 2.700 fidèles, souhaitent en fait un seul lieu de culte pour la prière du vendredi, comme l'exigent les règles de l'islam.

Pour éviter les tensions, un imam «neutre», désigné par la Grande Mosquée de Paris, pourrait diriger la prière. Les musulmans de Barbès demandent aussi la création d'un lieu séparé pour l'ablution, mais aussi pour la prière des femmes. L'idée de créer un poste de gardien a aussi été évoquée afin de protéger ces dernières d'éventuels troubles émanant du foyer des sans-abri situé à côté. «Les fidèles qui viennent en voiture veulent aussi des places de parking, précise Dalil Boubakeur. Ils entendent par ailleurs qu'un effort soit consenti en matière de chauffage en hiver car, rappelons-le, il ne s'agit plus de mettre des camions dans cet ancien garage désaffecté mais des êtres humains dans un lieu normalisé...»

## Un loyer jugé trop élevé

En outre, l'imam Moussa Niambélé juge aussi « élevé » le loyer de 10.000 euros par an pour une occupation des lieux uniquement le vendredi. Outre une facture plus légère et une utilisation des lieux sept jours sur sept, les chefs religieux veulent obtenir des autorités l'«assurance écrite » de pouvoir reloger leurs fidèles dans un nouveau lieu de culte dans Paris intra-muros à l'issue de ce bail transitoire qui devrait prendre fin en 2013.

D'ici là, l'Institut des cultures d'islam devrait offrir dans le quartier de la Goutte d'Or quelque 2.500 places supplémentaires aux fidèles. «Nous voulons trouver un accord dans les quatre ou cinq jours prochains, à l'occasion d'une ultime réunion à la Préfecture de police, confiait mardi au *Figaro* Dalil Boubakeur. Chacun a intérêt à ce que les tractations aboutissent car, pour 50.000 raisons, les prières ne peuvent, ni ne doivent plus être dans la rue.» Faute d'accord, ce serait en effet à la police de faire respecter l'ordre républicain.

## LIRE AUSSI:

» [Les lieux de culte musulmans ont doublé en vingt ans](#)

# «Ces histoires d'al-Qaida sont de la propagande de Kadhafi»

Par **Adrien Jaulmes** Publié le 30/08/2011

**REPORTAGE - Les islamistes sont loin de constituer la majorité dans les rangs des rebelles libyens.**

*De notre envoyé spécial à Tripoli*

Cette année, Issam n'ira pas en prison. D'habitude, à la fin du mois d'août, ce militant islamiste était arrêté en tant que «suspect habituel», à l'approche de l'anniversaire de la grande Djamahiryya, la «République des masses» du colonel Kadhafi. Il passait la durée de cette fête, qui tombe le 1er septembre, dans la sinistre prison d'Abou Salem, avec d'autres islamistes libyens.

Participant actif au soulèvement de Tripoli, Issam est passé du statut de militant clandestin traqué par la police à celui de chef de son comité de quartier, dans le district de Furnaj, dans l'est de la ville. Issam arbore une courte barbe et porte la disdashia, la longue chemise des islamistes radicaux.

«J'espère que l'islam jouera un plus grand rôle dans la Libye de demain», explique-t-il. Mais quand on lui demande de quel pays la Libye devrait s'inspirer, il répond: «Dubai». Or le petit émirat prospère du golfe Arabo-Persique est loin de représenter le pire des régimes fondamentalistes. Si les islamistes sont présents dans les rangs des révolutionnaires libyens, ils sont loin de constituer la majorité, et encore moins d'inspirer le mouvement: la principale revendication de la révolution libyenne est de mettre fin **à la dictature de Kadhafi**, et on a bien de la peine à lui trouver des motivations idéologiques précises.

Mais les discours de Kadhafi, qui dénonçait les révolutionnaires comme des suppôts d'al-Qaida, ont néanmoins porté. La nomination par le nouveau pouvoir révolutionnaire d'Abdel Hakim el-Hadj, ancien djihadiste en Afghanistan, proche d'al-Qaida, et ex-détenu à Guantanamo, comme gouverneur militaire de Tripoli, a aussi contribué à alimenter tous les fantasmes d'une prise du pouvoir prochaine par les islamistes. Même si rien n'est jamais complètement exclu, cette perspective apparaît assez peu plausible, en tout cas pour le moment. Les rebelles qui contrôlent à présent Tripoli sont généralement organisés par origine géographique, plus que par organisations politiques ou idéologiques. On est de Misrata ou du Djebel Nefousa, plus que membre de tel ou tel parti ou militant de telle idéologie. Leur piété est assez superficielle. Même s'ils hurlent «Allah akbar» a tout bout de champ, et respectent plus ou moins le jeûne du ramadan, on les voit assez peu prier. Leurs tenues tirent plutôt leur inspiration du rock'n'roll que du Coran. Leurs prises de position sont généralement complètement pro-occidentales.

«Toutes ces histoires d'al-Qaida sont de la propagande de Kadhafi», dit Abdul Razzak al-Tarhouni, un chef révolutionnaire du quartier d'Andalous. Islamiste militant, membre de la katiba de Tripoli, commandée par Abdel Hakim el-Hadj, ce responsable rebelle nie tout lien avec le Djihad international. «En Libye, les islamistes étaient essentiellement tournés vers la lutte contre Kadhafi, surtout dans l'ouest du pays. Les rares militants qui s'étaient laissé attirer par des groupes djihadistes en sont revenus depuis longtemps», explique-t-il.

Queue-de-cheval et jeans, Ala Tilissi, un autre révolutionnaire intervient: «Regardez-nous! Je suis un libéral, il est islamiste, dit-il en montrant Abdul Razzak. Nous avons combattu ensemble. La révolution est celle de tout le peuple libyen. On n'a pas lutté contre quarante-deux ans de dictature pour en établir une nouvelle au nom de l'islam!»

«Comme tous les dictateurs arabes, Kadhafi a essayé de faire passer la révolution pour un mouvement contrôlé par les islamistes, ajoute Tilissi. Notre réponse a été de rester unis. Nous avons combattu avec l'Occident. La révolution a été faite par des Libyens de toutes origines: libéraux, militaires, islamistes. Les anciens kadhafistes ont participé aussi. Les anciens adversaires sont à présent des frères d'armes.» La présence d'islamistes dans les rangs des rebelles n'est contestée par personne. Ils ne paraissent pas pour le moment occuper le devant de la scène. Ni donner une quelconque orientation idéologique au mouvement populaire et national qui vient, avec l'aide occidentale, de renverser une dictature vieille de quarante-deux ans.

## Quote von 7 Prozent

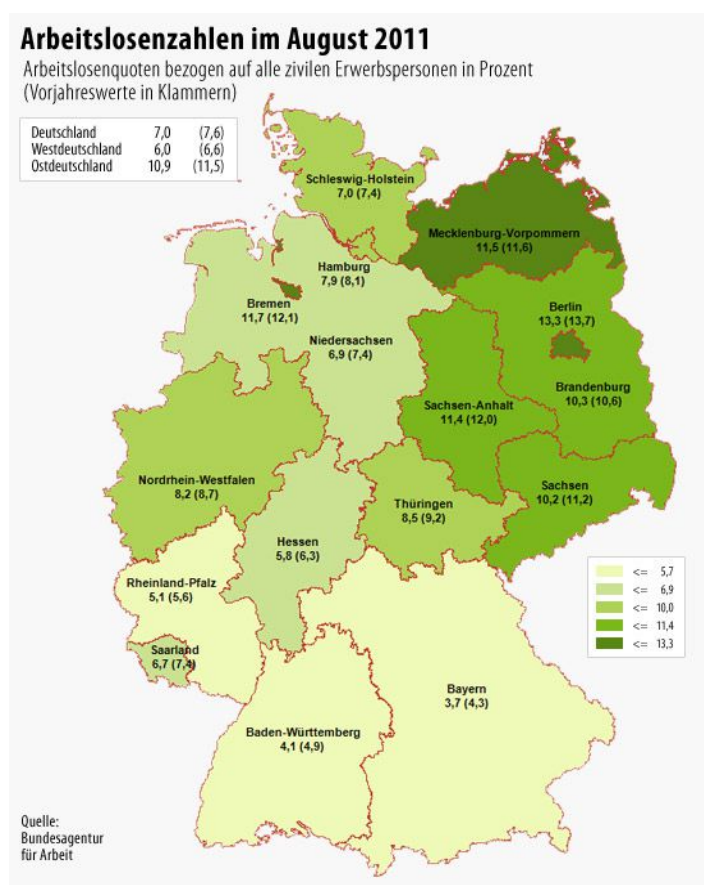
# Arbeitsmarkt weiter günstig - trotz Anstieg

**Im Ferienmonat August herrscht traditionell wenig Bewegung am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbslosen ist lediglich um 5000 auf 2,951 Millionen gestiegen. Die Konjunktur schwächt sich ab, Erwerbstätigkeit und die Zahl offener Stellen nehmen aber zu.**

31. August 2011

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist auch im August leicht gestiegen. Saisonüblich nahm sie um 5000 auf 2 951 000 zu, wie die Bundesagentur am Mittwoch in Nürnberg mitteilte. Das waren aber 238 000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 7,0 Prozent. Vor einem Jahr hatte sie noch bei 7,6 Prozent gelegen.

Der konjunkturelle Aufschwung verliere zwar an Dynamik, sagte der Vorstandschef der Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise. „Dennoch hat sich die grundsätzlich gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch im August fortgesetzt.“ Die Zahl der Arbeitslosen sei nur leicht gestiegen. „Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch“, sagte Weise.



So lag die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland zuletzt (im Juli) mit 41,13 Millionen um 527 000 über dem Vorjahreswert. Noch deutlicher fällt das Plus bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Die Zahl der regulären Arbeitsverhältnisse lag mit 28,39 Millionen um 684 000 über dem Vorjahreswert. Vom Zuwachs entfielen 385 000 auf Vollzeitjobs, 298 000 auf Teilzeitbeschäftigung. Im August waren bundesweit 497 000 offene Stellen gemeldet. Das waren 100 000 mehr als vor einem Jahr.

In Westdeutschland waren im August 2 024 500 Menschen ohne Beschäftigung. Das waren 190 000 weniger als vor einem Jahr. Im Ostdeutschland sind 920 000 Männer und Frauen ohne Job, 48 000 weniger als im August des vergangenen Jahres. Die Arbeitslosenquote liegt im Westen aktuell bei 6,0 Prozent, im Osten bei 10,9 Prozent.

Aufgrund der weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt um 8000 auf 2,951 Millionen gesunken. Im Westen nahm die um saisonale Einflüsse bereinigte Erwerbslosenzahl um 5000 ab, im Osten um 3000.

NYT August 30, 2011

# Tripoli Divided as Rebels Jostle to Fill Power Vacuum

By DAVID D. KIRKPATRICK and ROD NORDLAND

TRIPOLI, Libya — Fighters from the western mountain city of Zintan control the airport. The fighters from Misurata guard the central bank, the port and the prime minister's office, where their graffiti has relabeled the historic plaza "Misurata Square." Berbers from the mountain town Yafran took charge of the city's central square, where they spray-painted "Yafran Revolutionaries."

A week after rebels broke into Col. **Muammar el-Qaddafi's** former stronghold, much of its territory remains divided into fiefs, each controlled by quasi-independent brigades representing different geographic areas of the country. And the spray paint they use to mark their territory tells the story of a looming leadership crisis in the capital, Tripoli.

The top civilian officials of the Libyan rebels' Transitional National Council — now styling itself as a provisional government to be based in the capital — are yet to arrive, citing personal safety concerns even as they pronounce the city fully secure.

There are growing hints of rivalry among the various brigades over who deserves credit for liberating the city and the influence it might bring. And attempts to name a military leader to unify the bands of fighters have instead exposed divisions within the rebel leadership, along regional lines but also between secularists and Islamists.

They were all signs, one influential member of the council said, that point to a continuing "power vacuum" in the civilian leadership of the Libyan capital. But the jockeying for power also illustrates the challenge a new provisional government will face in trying to unify Libya's fractious political landscape.

The country was little more than a loose federation of regions and tribes before Colonel Qaddafi came to power. His reliance on favoritism and repression to maintain control did little to bridge Libya's regional, ethnic and ideological divisions. Nor did the rebels who ousted Colonel Qaddafi ever organize themselves into a unified force. Rebels from the western mountains, the mid-coastal city of Misurata and the eastern city of Benghazi each fought independently, and often rolled their eyes in condescension at one another.

And although the transition so far has been surprisingly orderly — almost no looting and little violence — Tripoli has become an early test of the revolution's ability to bridge those divisions because in contrast to other Libyan cities liberated by their own residents, Colonel Qaddafi was ousted from Tripoli by brigades from other regions, and most remain in the streets.

Early steps toward unifying the brigades under a common command have brought out latent divisions among rebel leaders. Some became apparent when a fighter named Abdel Hakim al-Hasadi, sometimes known as AbdelHakim Belhaj, was named commander of a newly formed Tripoli Military Council.

Several liberals among the rebel leadership council complained privately that Mr. Hasadi had been a leader of the disbanded Libyan Islamist Fighting Group, which rebelled against Colonel Qaddafi in the 1990s. Some said they feared it was the first step in an attempt at an Islamist takeover. They noted that Mr. Hasadi was named commander by the five battalions of the so-called Tripoli Brigade, rather than by any civilian authority. And they complained about the perceived influence of Qatar, which helped train and equip the Tripoli Brigade and also finances Al Jazeera.

"This guy is just a creation of the Qataris and their money, and they are sponsoring the element of Muslim extremism here," another council member from the western region said. "The revolutionary fighters are extremely unhappy and surprised. He is the commander of nothing!"

Mixed with the ideological concerns, however, was an equal measure of provincial rivalry over who did more to liberate Tripoli. Not only was Mr. Hasadi an Islamist, the council member argued, but he had done less than the western rebels in the fight for the capital.

"People in the west were saying to each other, 'What? This kid? This is rubbish! What about our top commanders?'" the council member said.

Mr. Hasadi could not be reached for comment, in part because he was attending meetings in Doha, Qatar. Mustafa Abdel Jalil, chairman of the Transitional National Council, said he made a point to take Mr. Hasadi along to a meeting with their NATO allies in Doha to show that despite his background, he poses “no danger to international peace and stability.”

Hints of another schism appeared this week after news reports that the council’s prime minister, Mahmoud Jibril — who, like Mr. Jalil, is not present in Tripoli — was naming a former Libyan Army general, Albarrani Shkal, as the chief of the capital’s security.

Fighters from Misurata, considered to be the rebels’ most formidable force, refused to accept his appointment, arguing that he was complicit in Colonel Qaddafi’s vicious crackdown on their city. In Misurata, about 500 protesters took to its central square to chant that the appointment would betray “the blood of the martyrs,” a correspondent for The Guardian reported, noting that the city’s local council registered a formal complaint with the national leadership.

By Tuesday night, Mr. Jibril had taken back his decision, said Alamin Belhaj, a Tripoli member of the transitional council.

Both conflicts over the selection of military leaders recall the uproar sparked by the murder of the rebels’ top military commander in Benghazi, General Abdul Fattah Younes. The murder, still unresolved, touched off allegations by some rebel leaders that he was killed by a brigade of Islamists, which they said sought revenge for his previous role as a top aide to Colonel Qaddafi. No one has been charged in the case.

Libyan Islamists say they just want a chance to compete in an open democracy, and they argue that they are more qualified than the liberals to disarm the fighters in the streets.

“They trust us more,” said Mr. Belhaj, the council member and a leader of the Muslim Brotherhood here, arguing that many Libyans fear that the revolution would be “stolen” by rich, Westernized and often expatriate liberals on the council.

All sides agreed, however, that the conquest of Tripoli has made it a crucible of regional rivalries. Although the early fighting was in the east, the final assault on Tripoli was led by rebel groups in the west and finished by seasoned fighters from Misurata.

Now members of nearly every brigade in Tripoli assert their group played the most heroic role in taking the city, or in breaking into the Qaddafi compound, or in taking the central square.

“We have it on video,” insisted Mahdi al-Harati, the deputy leader of the Tripoli Military Council, defending his claim that his brigade was first to the central square.

More than pride may be at stake, said Anwar Fekini, a French-Libyan lawyer with ancestral ties to the mountains who is a member of the national leadership council. “The people in the west say, ‘We paid a huge price, and we want to be in charge,’ and Misurata the same,” he said, adding that he argued Libyans should select their leaders on the basis of competence regardless of region.

Mr. Belhaj had another idea. He said he had asked the other local councils to withdraw their brigades from the city limits, to leave the capital to the Tripolitans.

## Integrationsdebatte

# Die postidentischen Deutschen

**Vor einem Jahr kam das Buch von Thilo Sarrazin heraus. Seitdem wird nicht mehr von Integration geredet, sondern nur noch von Teilhabe. Jetzt gibt es keine Migranten mehr, sondern nur noch Bio-Türken und die „vielen“.**

*Von Necla Kelek  
31. August 2011*

Als ich vor einem Jahr **Thilo Sarrazins Buch** „Deutschland schafft sich ab“ las, hatte ich die Hoffnung, dass der Sozialdemokrat und Bundesbanker mit seiner mit statistischem Material gestützten Analyse der bundesdeutschen Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik den von allen Parteien, Medien und Lobbyisten im Laufe der Jahre geknüpften gordischen Knoten durchschlagen könnte. Nahm er sich doch Problemen an, die offensichtlich, und reichlich diskutiert worden waren, aber ungelöst blieben. Neu war sein in vielen Teilen alternatives Konzept, das auf Eigenverantwortung der Bürger, auch der Migranten, setzte. Vielleicht, so dachte ich mir, muss man, wie der Neuköllner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky anmerkte, „grenzwertig“ formulieren wie Sarrazin, um einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Ich vertraute auf die Debatten in diesem Land und darauf, dass letztlich sich alle Sorgen um es machten und nicht wollten, dass eintritt, was der Titel des Buches suggeriert.

Die Kanzlerin hielt das Buch aber schon vorab für nicht hilfreich, der Bundespräsident und die Bundesbank distanzieren sich von dem Spitzenbeamten, die SPD wollte ihren Genossen ausschließen. Der Erfolg des Buches wurde als Menetekel gewertet, dass die schweigende und kaufende Mehrheit wieder mal nichts aus der Geschichte gelernt habe. Dass der Auflagenerfolg des Buches vielleicht ein Zeichen dafür war, dass die Menschen die Probleme sahen und sich von der Politik nicht mehr verstanden fühlten, wurde als Grund verworfen, zerredet. Von der Regierung wurde Hals über Kopf der Integrationsgipfel wieder aufgelegt und faktisch ergebnislos abgewickelt. Das, was ich mir erhofft hatte, fand nicht statt.



© Michael Hauri

Inzwischen ein Vorbild? Die ehemalige Rütli-Schule - heute Neuköllner Gemeinschaftsschule - in Berlin

Das Gegenteil trat ein. Es wurde nicht weiter über die besten Konzepte der Integration, Bildungspolitik, Grundeinkommen und Bildungschancen gestritten, sondern über die mangelnde Empathie Sarrazins gegenüber Muslimen, vorgeblichen Rassismus, ethnische Diskriminierung und eine Debatte über Genetik, bei der einige froh schienen, diesen vom Autor selbst geschnitzten Knüppel gefunden zu haben, um sich nicht mit den anderen Thesen des Buches beschäftigen zu müssen. Man war entweder für oder gegen Sarrazin.

Die Leser und Befürworter fühlten sich in ihrer düsteren Weltsicht bestätigt, der Umgang mit dem Autor bestätigte sie. Die angesprochenen Politiker verhielten sich, als hätte Sarrazin die Themen kontaminiert, kaum jemand wagte ihm öffentlich zuzustimmen. Thilo Sarrazin wurde zum Störfall der deutschen Integrationspolitik. Wer sich heute in seine Nähe begibt oder seine Thesen aufgreift, gilt als politisch verstrahlt. Das ist für seine Gegner bequem, denn so können Integrationsbeauftragte und Bildungspolitikern weitermachen wie bisher und sich auf der richtigen Seite wähen.

### **Alle sind plötzlich das neue Ganze**

Die Folge davon ist das faktische Ende der Integrationsdebatte. Der Begriff „Multikulti“ gilt nun als passé, der Ersatzbegriff lautet in Integrationspolitikerkreisen deshalb jetzt „Diversität“. Vielfalt ist schön; eine Diskussion um Werte oder um europäische Leitkultur wird selbst

vom FDP-Außenminister mit einem „weg von der Überlegenheitskultur“ bedacht. Alles, der Islam, die Migranten, die soziale Lage ist nach dem neuesten Wissenschaftssprech „ambig“, vielschichtig, nicht zu fassen. Die Betroffenen sind für nichts verantwortlich zu machen, schon gar nicht für ihre Lage. Der Türke wird - so die Neudefinition - nur von den Deutschen zum Türken gemacht. Allein die Frage „Woher kommst du?“ wird in diesen Kreisen bereits als potentiell diskriminierend empfunden. Man ist kein Türke, kein Migrant, kein Muslim, sondern einer von vielen.

Und für die ist Partizipation, Teilhabe angesagt, Integration gehört abgeschafft, denn alle sind plötzlich das neue Ganze. Der Einwanderer selbst fühlt sich postmigrantisch, meinen die intellektuellen Interkulturbeauftragten. Nur haben das die meisten Migranten und vor allem die Muslime noch nicht mitbekommen. Sie verhalten sich weiterhin „realdominant“, verstecken und bewachen weiter ihre Töchter, verteidigen ihre Kieze und Einflussphären vor „Bio-Deutschen“, wie die Dorfwächter ihr Kaza in Anatolien. „Bio-deutsch“ ist ein Begriff, den der grüne „Bio-Türke“ Cem Özdemir für zutreffend hält und gern gebraucht.

### **Erfolge bei einem touristischen Publikum**

Eine chaotische Lage, die nicht frei von absurdem Theater ist. Da klagen Lehrer jüngst wieder über die Unbeschulbarkeit von Kindern in Neukölln, da wird die ehemalige Rütli-Schule als Vorbild hingestellt, weil es auf dem inzwischen muslimischen Campus nun an Ramadan keinen Mittagstisch mehr gibt. In eben diesem „Kreuzkölln“ wird gleichzeitig ein „postmigrantisches Theater“ gefeiert, weil es gegen Klischees des Türkenbildes anspielt. Nicht ohne andere zu bedienen: Da werde ich in einem Stück als „Preisträgerin“ Bratwurst essend vorgeführt und als Pointe auf der Bühne „eingesargt“. Das ist lustig! Ich werde, so die etwas dürftige Idee, von den Deutschen dafür ausgezeichnet, dass ich Türken Probleme andichte und selbst nicht ganz dicht bin.

Es lebe die Freiheit der Kunst. Aber wie immer gibt es alles zweimal, als Tragödie und als Farce. Und so tritt dieses antikoloniale - war die Türkei denn jemals deutsche Kolonie? - , subventionierte Theater vor einem deutschen (denn die „vielen“ selber gehen nicht so viel ins Theater), vor allem aber touristischen Publikum auf, weil es ja ach so authentisch-kritisch ist, und bekommt dafür einen Theaterpreis - natürlich von den Deutschen, und zwar dafür, dass man den Deutschen vorführt, dass sie eine Frau auszeichnen, die den Türken Probleme andichtet.

### **Der Bauchnabel als einziger Identifikationspunkt**

Diese angebliche Vielfalt der vielen ist nur das Plagiat der heimischen identitätslosen Elite. Auch die deutschen Intellektuellen wollen selbst keine Elite mehr sein, sie wollen auch nicht deutsch oder außer mit sich mit sonst was identisch sein. Und das obwohl sie Stellung, Amt und Privilegien nur deshalb übertragen bekommen haben, weil sie mit diesen Möglichkeiten und ihrer intellektuellen Qualität der Gesellschaft auch eine kulturelle Identität nahebringen sollen. Aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, lautet ein deutsches Sprichwort. Die vielen sind zu bedauern. Sie haben nur noch ihren Bauchnabel als Identifikationspunkt. Man sollte für das Manifest der vielen den geistigen Insolvenzverwalter rufen.

Aber warum soll es in Integrationsdingen besser laufen als bei Energiefragen oder Finanzproblemen? Wer aufgehört hat, sich darüber Gedanken zu machen, was Europa im Kern ausmacht, wer Freiheit nur noch pragmatisch interpretiert, wer Europa nicht mehr als kulturelle Union, sondern nur noch als Zweck- und Interessengemeinschaft für eigene politische und wirtschaftliche Ziele definiert, wer demokratische Prozesse aussetzt, wenn es opportun erscheint - der hat tatsächlich ein Problem zu erklären, warum die Menschen für Deutschland, für Europa und für die Integration im eigenen Land sein sollen.

Da erklärt man besser die Probleme für inexistent und die Mahner zu Panikmachern. Und dann wird der Erfolg der rechten Populisten und die „Renationalisierung“ in den Niederlanden, Dänemark, Österreich etc. beklagt, ohne zu reflektieren, wer dieses Identitätschaos zu verantworten hat und ob es vielleicht eine Reaktion auf die Ignoranz der Politik ist? Ein Jahr nach Sarrazins Buch ist die Verwirrung größer denn je.

Text: F.A.Z.



NYT August 29, 2011

# Score One for **Interventionism**

By **ROGER COHEN**

LONDON — It will be two decades next year since the outbreak of the Bosnian war — and since the debate on interventionism began to rage, becoming one of the most acrimonious moral questions of our times. Now Libya, a successful Western intervention, will be placed on the scales.

The issue has divided friends and united enemies. Democrats under the age of 30 were almost as eager to go to war in Iraq as Republicans over 65, according to a Pew Research Center poll of October 2002, a moment when liberal hawkishness and conservative American hubris coalesced with disastrous consequences.

It has been the focus of an age-old foreign policy debate between realism and idealism, prompted a deluge of finger-pointing, and proved a catalyst to the U.N.-endorsed notion of a responsibility to protect. At the heart of the polemics lie divergent views on the very nature of American power.

Like many of my generation, I became an interventionist in Bosnia. Sickened by carnage, and by the lies and ignorance of Western politicians who prolonged the carnage, I understood that caution — or more accurately hypocrisy masquerading as prudence — can be as criminal as recklessness.

A war with very specific reasons and equally specific crimes committed overwhelmingly by Serbian forces was dressed up as a millennial conflict beset by Balkan fog and moral equivalency in order for craven Western leaders to justify an inaction that killed.

So I sat in Sarajevo and fumed and tried to pierce the fog with words. I tried to say who was killing whom beneath the gaze of blue-helmeted United Nations “peacekeepers” and below the fatuous flights of NATO planes patrolling empty skies. Was Sarajevo to be another Munich?

We had been morally numbed by the Cold War. It seemed as inevitable as the earth’s rotation. Mutual assured destruction was ugly; it was also comforting in its limitation of choice. Now, with the demise of the Soviet Union, an ascendant West was faced with barbarism on European soil and had the disquieting latitude to act. It prevaricated. People died.

NATO finally bombed Serbian positions in 1995. The war ended soon after. The alliance bombed again in Kosovo in 1999. Soon after, Slobodan Milosevic’s murderous dominion ended. Western intervention in a cruel war in Sierra Leone led to the end of that conflict. Liberal interventionist had become the proud badge of a generation discovering the good war.

A new century began at this zenith of the post-Cold-War interventionist cycle. In his important book, “The Icarus Syndrome: A History of American Hubris,” Peter Beinart traces how such cycles come and go — and how personal experience can be as blinding as it is illuminating. He quotes the brilliant historian, Arthur Schlesinger Jr., warning that the 1991 Gulf War that quickly drove Saddam Hussein from Kuwait would likely cause “the gravest damage to the vital interests” of America, and quotes him again comparing arguments for a Bosnia intervention with those that led to the Vietnam disaster.

It was through the prism of Vietnam, the war he lived most passionately and painfully, that Schlesinger saw the choices posed by subsequent conflicts.

Beinart describes how even in his adulation for Schlesinger, he in time became sickened by the Vietnam analogy with its recurring prescription for inaction. Shaped by Bosnia, he backed the Iraq war. The pendulum had swung. Vietnam-induced excess of caution had given way to Bosnian-induced hubris.

I, too, fell under its influence. Mea culpa. Whatever the monstrosity of Saddam, and whatever the great benefit to the world of his disappearance, the war as it was justified and fought — under false pretenses, without many of America’s closest allies, in ignorance and incompetence — was a stain on America’s conscience.

Libya, in the wake of this damage, was a risk for President Obama. There were many reasons for not intervening — a third war in a Muslim country was not what America needed and the homegrown quality of the Arab Spring has been central to its moral force. But to allow Muammar el-Qaddafi to commit a massacre foretold in Benghazi would have been unforgivable.

The intervention has been done right — with the legality of strong United Nations backing, full support from America's European allies, and quiet arming of the rebels. The Libyan people have been freed from a crazed tyranny. Unlike in Iraq, burdens were shared: America flew the intelligence missions and did the refueling while the French, British, Dutch and others did most of the bombing. Iraq was the wrong prism through which to look at Libya. I'm glad I resisted that temptation. Another cycle has begun.

In the end, I think interventionism is inextricable from the American idea. If the United States retreats into isolationism, it ceases to be itself — a nation dedicated, however much it falls short, to a universalist ideal of freedom.

There are no fixed doctrinal answers — a successful Libyan intervention does not mean one in Syria is feasible — but the idea that the West must at times be prepared to fight for its values against barbarism is the best hope for a 21st century less cruel than the 20th.

*You can follow Roger Cohen on Twitter at [twitter.com/nytimescohen](https://twitter.com/nytimescohen) .*

## Rebellen stellen Ultimatum

# Nato bombardiert Gaddafis Geburtsstadt Sirte

**Der Nationale Übergangsrat hat den Gaddafi-treuen Städten in Libyen ein Ultimatum gestellt: Die Ortschaften hätten bis Samstag Zeit, sich zu ergeben. Unterdessen hat die Nato Militäreinrichtungen in Gaddafis Geburtsort Sirte bombardiert.**



Zerstörung durch Nato-Flugzeuge, hier in Bir al-Ghanam Anfang August

*30. August 2011*

Die Aufständischen in Libyen haben den noch in der Hand von Anhängern des langjährigen Machthabers Muammar al Gaddafi verbliebenen Städten ein Ultimatum gestellt. Die Ortschaften hätten bis Samstag Zeit, sich freiwillig zu ergeben, sagte der Präsident des Nationalen Übergangsrats der Rebellen, Mustafa Abdel Dschalil, am Dienstag vor Journalisten in Bengasi. Ansonsten würden die Truppen der Aufständischen angreifen. Dschalil zufolge laufen derzeit unter anderem Gespräche mit den Verantwortlichen in der Küstenstadt Sirte, wo Gaddafi geboren wurde. Die Rebellen hatten vergangene Woche die Hauptstadt Tripolis erobert und Gaddafi zur Flucht gezwungen.

Zuvor hatten Kampfflugzeuge der Nato ihre Angriffe in Libyen auf Ziele in den noch verbliebenen Hochburgen des früheren Machthabers Muammar al Gaddafi konzentriert. Nach Angaben der Nato vom Dienstag waren zahlreiche Militäreinrichtungen in Gaddafis Geburtsort Sirte Ziel der Angriffe. Die Nato berichtete auch über Bombardierungen in Bani Walid südöstlich von Tripolis.

In der Nähe von Sirte seien in den vergangenen 24 Stunden drei Kommandozentralen, vier Radaranlagen, 22 bewaffnete Fahrzeuge, zwei Versorgungsfahrzeuge, ein Leitstand und zwei Raketenstellungen zerstört worden, teilte die Nato mit. In Bani Walid habe man zwei Kommandozentralen und ein Munitionslager getroffen. Insgesamt seien in den vergangenen 24 Stunden 42 Kampfeinsätze geflogen worden.

## Weiβes Haus: Gaddafi noch in Libyen

Der Aufenthaltsort von Gaddafi selbst ist weiter unbekannt. Die italienische Nachrichtenagentur ANSA berichtete unter Berufung auf „glaubwürdige libysche Diplomaten“, Gaddafi halte sich mit seinen Söhnen Saadi und Seif al Islam hundert Kilometer südöstlich von Tripolis in Bani Walid auf. Das Weiβe Haus teilte mit, es gebe keine Hinweise darauf, dass der langjährige Machthaber Libyen verlassen habe. Die Rebellen haben umgerechnet 1,2 Millionen Euro auf Gaddafi ausgesetzt.

Einem britischen Fernsehbericht zufolge soll sich Gaddafi noch bis Freitag in Tripolis befunden haben. Von dort habe er sich in die Wüstenstadt Sabha im Süden des Landes begeben, meldete Sky News am Dienstag unter Berufung auf einen früheren Leibwächter des Gaddafi-Sohnes Chamis. Sabha ist neben Sirte eine der letzten Städte Libyens, die noch von Gaddafi-Anhängern kontrolliert werden.

## **Übergangsrat kritisiert Algerien scharf wegen Aufnahme des Gaddafi-Clans**

Unterdessen haben die libyschen Rebellen Algerien am Dienstag zur Auslieferung von vier Angehörigen des untergetauchten Machthabers aufgefordert. Seine Frau und drei seiner Söhne aufzunehmen sei ein „aggressiver Akt gegen den Willen des libyschen Volkes“, sagte der Informationsminister des Nationalen Übergangsrates, Mahmud Schammam.

Das algerische Außenministerium hatte am Montagabend die Einreise der Gaddafi-Angehörigen bestätigt. Das angespannte Verhältnis zwischen den beiden Staaten wurde dadurch weiter belastet. „Wir sind entschlossen, die gesamte Gaddafi-Familie, einschließlich Gaddafi selbst, zu verhaften und vor Gericht zu stellen“, sagte Schammam.

Auf der Flucht nach Algerien hat die Tochter von Libyens Machthaber Muammar al Gaddafi ein Kind zur Welt gebracht. Aischa Gaddafi habe am frühen Morgen eine Tochter geboren, hieß es am Dienstag aus algerischen Regierungskreisen. Mutter und Tochter seien gesund. Die 1977 geborene Aischa Gaddafi ist die einzige Tochter des langjährigen libyschen Machthabers. Sie wird aufgrund ihres eleganten Aussehens und der langen blonden Haare „Claudia Schiffer Libyens“ genannt. Die Anwältin schloss sich nach der Festnahme des irakischen ehemaligen Staatschefs Saddam Hussein dem Team seiner Verteidiger an. Auf den Philippinen verhandelte sie mit der islamistischen Abu-Sayyaf-Gruppe über die Freilassung westlicher Geiseln.

### **Einer der Gaddafi-Söhne offenbar getötet**

Ein dritter Sohn, Chamis Gaddafi, soll nach Rebellenangaben südlich von Tripolis getötet worden sein. Der 28 Jahre alte Führer einer berüchtigten Elitetruppe sei „wahrscheinlich während eines Kampfes“ nahe Tarhuna rund 80 Kilometer südlich der Hauptstadt Tripolis getötet worden, sagte der Justizminister des Nationalen Übergangsrats, Mohamed Allegi, unter Berufung auf einen Anführer der Aufständischen.

Rebellensprecher Schammam bestätigte den Bericht. Ein Rebellenführer habe ihm berichtet, dass Chamis zwischen Tarhuna und Sliten getötet worden sei. Chamis Gaddafi galt als Hardliner. Sein Tod war seit Beginn der Revolte gegen Gaddafi mehrfach vermeldet worden, hatte sich bisher aber nicht bestätigt.

### **Afrikanische Union kritisiert Übergriffe auf Nicht-Araber**

Unterdessen forderte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Übergangsrat in Libyen auf, im Land lebende Afrikaner besser vor Übergriffen zu schützen. Bei der Einnahme der Stadt Tripolis sei es in den vergangenen Tagen zu zahlreichen Übergriffen auf afrikanische Migranten gekommen, teilte die Menschenrechtsorganisation am Dienstag in Göttingen mit. Gaddafi-Gegner hätten Dutzende Afrikaner festgenommen und verschleppt.

Die Afrikanische Union (AU) hatte am Montag ebenfalls Übergriffe auf Nicht-Araber kritisiert. Das sei „verlogen“, heißt es dazu bei der GfbV. Die AU habe Gaddafis Regime lange Jahre gestützt und zu rassistischen Übergriffen auf Schwarzafrikaner in Libyen geschwiegen.

Text: FAZ.NET mit Agenturen

# Ein Leben ohne Schulden ist möglich, aber sinnlos

29.08.2011, 10:43

Ein Kommentar von Hans-Jürgen Jakobs

**Wenn der Sparer der Dumme ist: Die globale Schuldenkrise verführt Politiker und Ökonomen zu einem riskanten Therapieversuch - einer höheren Inflation. Vor allem in den USA ist dieser Gedanke weit verbreitet, aber auch in Europa liegt der Preisanstieg über der üblichen Schmerzgrenze von zwei Prozent. Mit dieser Voodoo-Ökonomie die Schulden zu senken, mag verlockend klingen - doch es ist ein extrem gefährlicher Plan.**

In der Krise schlägt die Stunde der Propheten und Theoretiker. Sie sagen, wie schlimm ("Leben mit dem Crash") oder wie gut ("Die Wende kommt") die Wirtschaft stehen wird, und es gibt dazu passend ganz viele Therapieversuche. Der einfachste kommt aus den USA. Er ist eng verbunden mit der dortigen Notenbank (*Federal Reserve*) und wird derzeit unter Ökonomen heftig diskutiert.

Er besagt, dass in der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise, die einmal eine Krise der Immobilienkredite und der internationalen Banken war, ein kleines bisschen Inflation die beste Lösung wäre. So zwischen vier und sechs Prozent, empfiehlt der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Rogoff. Mit ihrer Politik des leichten Geldes - die Zinsen werden bei null gehalten - und einer großzügigen Unterstützung der noch großzügigeren US-Regierung - zwischen Oktober 2010 und Juni 2011 wurden amerikanische Staatsanleihen über 600 Milliarden Dollar gekauft - begünstigt die Fed derzeit die schleichende Geldentwertung.

In der Theorie ist der Mechanismus überaus verführerisch für das *deleveraging*, das Enthebeln der Schulden. Die Billionen öffentlicher Verbindlichkeiten, in Dollar oder Euro, reduzieren sich danach quasi selbst. Wenn das Geld weniger wert ist, sind auch die Schulden weniger wert. Staaten könnten dann de facto pleite sein, aber ohne Insolvenzantrag gut weitermachen. Wie von Zauberhand verflüchtigt sich in dieser Voodoo-Ökonomie die ungeliebte Last. Alles, was man braucht, ist Geldschwemme.

Tatsächlich haben die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auf diese bequeme Art ihr riesiges Staatsdefizit abgebaut. Nach 1945 lag die Schuldenquote, bedingt durch die hohen Rüstungsausgaben, bei 121 Prozent; da sind die heutigen 100 Prozent fast ein freundlicher Wert. In nur einem Jahrzehnt wurden daraus 60 Prozent, der hohen Inflation sei Dank. Möglich wurde das Wunder aber nur durch flankierende Zwangsmaßnahmen: Sie verhinderten, dass die Zinsen stiegen. So mussten Banken und Versicherungen einen bestimmten Anteil ihres Anlagevermögens in Staatsanleihen halten; den Geldinstituten wurde eine Zinsobergrenze verordnet. Kapitalkontrollen stoppten den Abfluss des Geldes ins Ausland.

Im aktuellen globalisierten Finanzkapitalismus erscheint ein solcher Dirigismus, eine "finanzielle Repression", kaum vorstellbar. Dem Schuldenheilplan per Inflation würde so eine wichtige Komponente fehlen. Vor allem aber sprechen ein paar grundlegende Fakten gegen diese Form der ökonomischen Erleichterung. In Wirklichkeit ist es ja so, dass den in einer Inflationszeit erschlichenen Gewinnen der Schuldner die realen Verluste der Gläubiger gegenüberstehen.

Die einen freuen sich, dass ihre Zahllasten in Dollar oder Euro durch Inflation schwinden, die anderen können kalkulieren, wie ihr Sparvermögen ebenfalls dahinschmilzt. Das trifft Rentner und Pensionäre in ihrer Altersversorgung. Oder die Lohnempfänger: Für das erarbeitete Geld gibt es weniger zu kaufen. Oder die Besitzer von Anleihen: Dem Zins steht dann eine viel höhere Inflationsrate gegenüber. Der Realzins wird in erheblichem Maße negativ, es gibt Verluste. Kurzum: Der Sparer ist dann der Dumme. Inflation wäre eine verteilungspolitisch höchst ungerechte Art, die Folgen von Börsen- und Bankenexzessen auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

## Selbst Helmut Schmidt irrt sich

Vor allem werden Bürger, Arbeitnehmer, Investoren, Firmen und Banken beginnen, sich auf die Entwertung des Geldes einzustellen. Gewerkschaften werden also ein paar Prozente bei der Lohnforderung dazulegen. Unternehmen wiederum setzen die Preise höher an. Es kommt zu einem Klima des Misstrauens, der Verdächtigung. Schon heute kaufen einzelne Deutsche wie von Sinnen Gold.

Grobe Unsicherheiten gefährden, was eine Ökonomie parallel zur Schuldentilgung braucht: Wachstum. Das Schlimmste ist eine kollektive Inflationserwartung. Sie vergrößert am Ende das wirtschaftspolitische Problem und kann eine Volkswirtschaft in den Ruin treiben.

Es ist schließlich eine Illusion zu glauben, man könne Inflation genau dosieren, es also etwa bei maximal sechs Prozent belassen. Lässt man Geldentwertung erst mal zu und akzeptiert sie als politische Maßnahme, wird sie unkontrollierbar.

Die statistisch ermittelte Entwicklung bei Preisen ist im Normalfall das Ergebnis eines freien Marktgeschehens, der Dispositionen von Millionen Handelnder. Werden sie verunsichert, kommt es rasch zu zehn oder 20 Prozent.

Man kann **Inflation** nun mal nicht bestimmen wie das Tempo eines Autos, indem man mit Blick auf den Tacho die Pedale drückt. In der Vergangenheit ist zum Beispiel auch Kanzler Helmut Schmidt während der siebziger Jahre dem Irrtum unterlegen, er könne sich ein bisschen weniger Arbeitslosigkeit wählen bei etwas mehr Inflation. Am Ende hatte er beides: "Stagflation". Auch für den angeblichen "Trade-Off" zwischen Joblosigkeit und Geldentwertung gab es eine ökonomische Theorie, ausgedrückt in der "Phillips-Kurve". Sie ist längst eingemottet.

Im Kampf gegen Schulden taugt Inflation nicht einmal als Ultima Ratio. Es ist ein gefährliches Spiel, sie willentlich herbeizuführen. Die Europäische Zentralbank tut gut daran, es bei ihrem Ziel zu belassen, die Inflation unter zwei Prozent zu halten - **auch wenn sie in Europa** zuletzt bei deutlich mehr als zwei Prozent lag. Wie man es auch dreht und wendet, den Politikern bleibt als Mittel gegen Finanzlöcher nur die Erhöhung von Steuern und die Senkung von Ausgaben, eine reale Konsolidierung, und kein Entfesselungstrick wie einst bei Harry Houdini, dem Zauberer.

Einstweilen aber werden die Regierenden in Washington, Paris, Rom und Berlin sich um ihre Wiederwahl sorgen und frei nach Lorient handeln: Ein Leben ohne Schulden ist möglich, aber sinnlos.

URL:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/inflation-als-krisenbekaempfung-ein-leben-ohne-schulden-ist-moeglich-aber-sinnlos-1.1136167>

(SZ vom 29.08.2011/kahe)

# Les inégalités sociales se creusent en Allemagne

Par  david philippot Publié le 29/08/2011 à 13:06

- **Un enfant sur six sous le seuil de pauvreté, des retraités sont obligés d'être encore actifs à 70 ans passés. Le modèle allemand a du plomb dans l'aile.**

Le chiffre est saisissant: 660.000 retraités allemands de 65 à 74 ans sont obligés de compléter leurs revenus par de petits jobs (distribution des journaux, ménages...). Certes, cette pratique reste minoritaire chez les quelque 20 millions de retraités allemands, mais la tendance s'accroît: «Leur nombre est deux fois plus élevé qu'il y a dix ans», constate un rapport du ministère fédéral du Travail.

La critique est venue des rangs de l'extrême gauche par le porte-parole de Die Linke: «Le repos bien mérité est de l'histoire ancienne, les petits boulots pour les anciens jusqu'à leur mort devient la destinée de plus en plus d'Allemands.» Le gouvernement a promis une table ronde à l'automne sur la question des retraites. Ainsi qu'une loi de rééquilibrage des pensions au printemps 2012 «pour éviter que la pauvreté de cette classe d'âge s'accroisse».

Un enfant sur six sous le seuil de pauvreté, des retraités encore actifs à 70 ans passés: le fameux modèle rhénan, dont l'un des piliers repose sur une juste répartition des revenus, est-il en phase d'effritement ? Leader économique caracolant en Europe face à des partenaires englués dans la crise, grande puissance visant l'équilibre de ses comptes publics en 2014, l'Allemagne éprouve des difficultés à masquer une face moins reluisante de son modèle de société, souvent cité en exemple.

En tout cas, le débat suscite des remous. À tel point que l'éditorialiste de la *Frankfurter Allgemeine Zeitung* s'est interrogé dans les colonnes de ce journal conservateur: «Et si l'extrême gauche avait raison? Et si le capitalisme ne servait que les intérêts des plus riches?»

## Deux fois plus de riches qu'en France

Diverses études tendent à prouver l'«effet ciseau» qui élargit le fossé entre les plus pauvres et les plus riches. Un exemple: l'étude annuelle de la société de conseil Capgemini comparant la richesse nette des plus aisés. Combien un pays compte-t-il d'habitants possédant un capital supérieur à un million d'euros, abstraction faite de leurs biens et propriétés (maisons, voitures)? Le résultat est éloquent: l'Allemagne en dénombre deux fois plus que la Grande-Bretagne ou la France, soit 924.000 privilégiés. Seul le Japon et les États-Unis comptent davantage de ces millionnaires. Aujourd'hui, les 10% des Allemands les plus riches ont des revenus onze fois supérieurs aux 10% les plus pauvres.

«L'accroissement régulier de ces inégalités place l'Allemagne, premier produit intérieur brut du continent, dans le ventre mou du classement des pays développés», constate l'Organisation pour la coopération et le développement en Europe (OCDE). Plus éclairante encore, la comparaison des patrimoines révèle que les 10% les plus riches possèdent plus de la moitié des richesses (56%) et les 10% les plus pauvres n'en détiennent que 2%.

Comme le résume Joachim Möller, directeur de l'institut du marché du travail (DIAB), «l'Allemagne est actuellement le pays où les inégalités salariales s'accroissent le plus rapidement».

## Head of Euro-Zone Bailout Fund

### 'The Crisis Will Be Over in Two to Three Years'

By Christian Reiermann

**Klaus Regling, the German CEO of the euro zone's bailout fund, the European Financial Stability Facility, is confident that the monetary union can overcome the current crisis. He considers the euro zone to be in a better position than the US when it comes to public debt, and accuses his fellow Germans of "hysteria."**

The picture, a Balinese island landscape, is still leaning against the wall **where it was a year ago**. Back then, the European Financial Stability Facility (EFSF) had just recently been set up, and its chief executive officer, Germany's Klaus Regling, was too busy to hang the souvenir from Indonesia on the wall.

He is still just as busy today. Three European bailout packages later, it is clear that the EFSF and the European Stability Mechanism (ESM), which will succeed it in 2013, will have even more to do in the future. European heads of state and government **recently decided** to substantially upgrade both funds.

What is now taking shape at the EFSF's offices at 43, Avenue John F. Kennedy in Luxembourg City is the nucleus of a super-authority with which the 17 countries in the euro zone hope to save their currency. The amount of money it has at its disposal in the event of an emergency -- €440 billion (\$634 billion) -- is three times as large as the entire European Union budget. The EFSF and the ESM will have a similarly important effect on the stability of the euro zone as the European Central Bank (ECB).

#### Birth of a European Monetary Fund

If German Chancellor Angela Merkel and French President Nicolas Sarkozy have their way, Regling's bailout fund will turn into a European Monetary Fund, which, like the International Monetary Fund (IMF), would monitor the financial and economic policies of its member states and, if necessary, come to their rescue with billions in bailout funds.

In some ways, the EFSF's powers go well beyond those of the IMF. The EFSF is supposed to be able to lend money to countries experiencing short-term liquidity problems and use its billions to stabilize tottering banks. The most important of the recent changes is that Regling will be able to intervene in the markets and buy up government bonds to stabilize their prices and yields.

Because the new tasks cannot be effectively addressed with the current workforce, Regling intends to double his staff from 12 to 24 employees in the course of the next year.

But he "does not see the need at this time to increase the financial framework of the EFSF," says the 60-year-old CEO. Even when Greece receives help from the fund as part of the second bailout which was **agreed at the July 21 summit** of euro-zone leaders, more than half of the approved €440 billion will still be left over, Regling says.

Nevertheless, when the EFSF takes over the ECB's task of buying up debt-stricken countries' sovereign bonds in the fall, it could quickly run up against its limits. But Regling shrugs off such concerns. He doesn't say it, but he knows that the finance ministers in the euro zone would beef up his funds if necessary. German Finance Minister Wolfgang Schäuble and his Dutch counterpart, **Jan Kees de Jager**, have already indicated their willingness to do so.



## **Profitable Business**

Regling believes that the bond purchases are a profitable business for the ECB, as they will also be for the EFSF later. The central bank, he says, buys the bonds at a discount. If it held the securities until maturity, it would receive their face value. "It keeps the difference as profit," he explains.

Of course, such demonstrative confidence is all part of Regling's job. In a sense, he is a global salesman for the euro. His goal is to make it clear to international investors that an investment in the common currency is worthwhile in the long term, because the member states, with his help, will do everything in their power to keep the euro.

At times, Regling exudes optimism to the point of excess. "The fundamentals are improving in all countries in the euro zone," he says. According to Regling, the currency zone is in a better position than the United States and Japan when it comes to government debt and budget deficits. "For example, the US deficit is three times as high as the deficit in the euro zone," he says. In addition, he points out, austerity plans have been approved for each country in the currency zone, something which the United States is a long way from doing.

Does it concern him that the financial markets are in turmoil because of the problems in Europe? Not really, it seems. Ireland, for example, has already overcome the worst, he says, adding that the country has regained a large part of its competitiveness. "The financial markets just need to properly recognize that."

With regard to the financial markets, Regling says, "the crisis confirms that markets sometimes act unpredictably and irrationally." Now that he is on the subject, the rescuer of the euro takes aim at his fellow Germans. "To a certain extent, hysteria reigns in Germany," says Regling. The Germans, in his view, believe that things can always get worse. "But that isn't true. The signs point toward improvement."

## **'The Currency Union Is Not Going to Break Apart'**

Regling also views all the manic fear in Germany of a so-called **transfer union** as "nonsense." In the "only case of insolvency in the euro zone," namely Greece, only private-sector creditors -- and no public ones -- have been asked to contribute so far. "Only if Greece was expelled from the currency union, as some economists have demanded, would there be a high probability of transfer payments," he says. At that point, the country would no longer be able to pay back the loans it had taken out from its partner countries, which would continue being denominated in euros.

Indeed, Regling's long-term faith in the euro remains unshaken. "The currency union is not going to break apart, because strong and weak countries have a common interest in its survival." The economic price of its failure would be too high, he says. "The chances that the euro will be abandoned by anyone, no matter who, are practically zero."

The fact that things have already almost reached that point in the past doesn't change Regling's mind. A year ago, he predicted that "the most likely scenario" was that he and his EFSF would not actually have to intervene. The facility's very existence would be enough to calm the markets down, he argued at the time.

However, things turned out differently. Sometimes an optimist is nothing but a person who refuses to let themselves be discouraged by their own mistakes. Indeed, Regling believes that there is "good reason to hope that the crisis will be over in two to three years' time." The precondition for this, he adds, is that the euro-zone countries continue their austerity and reform plans and that the global economy doesn't collapse.

## The European “clash of civilisations”



Date: 22nd August 2011 | Author: [Hans Kundnani](#),

Since the beginning of the Greek crisis last year, Germans have tended to explain the European single currency's problems in terms of a difference between a fiscally-responsible north and a fiscally-irresponsible south. Although all eurozone countries including Germany are to blame for the flaws in the construction of the single currency that have now become apparent, and although German banks arguably helped create excessive sovereign debt through irresponsible lending, Germans have tended to see the euro crisis in cultural terms. It seems as if Germans see the crisis in terms of a kind of European “clash of civilisations”.

What Germany has feared above all is the emergence of a “transfer union” – in other words, an EU in which fiscally responsible member states (e.g. Germany) pay for fiscally irresponsible member states (e.g. Greece). However, as the crisis has developed over the last year and the single currency itself has been threatened, Germany has repeatedly been forced to give ground and accept, step-by-step, the de facto creation of such a “transfer union”: first the Greek bailout; then the creation of the European Financial Stability Fund and the European Stability Mechanism; and now, apparently, the idea of eurozone “economic governance” (though the German government prefers to talk about *Steuerung*, or “steering” the eurozone rather than “governing” it).

In particular, following last week's Franco-German summit, there is much speculation that Chancellor Merkel's opposition to Eurobonds – which Thomas Klau and François Godement recommended in an [ECFR policy brief](#) last year – may be softening. (However, the FDP, the junior partner in Angela Merkel's coalition, remains opposed. “There are no euro bonds,” [said](#) Christian Lindner, the FDP's general secretary, after last Tuesday's meeting between Merkel and Sarkozy.) Now the question from the German point of view, as my colleague Ulrike Guérot suggests in a [post](#) last week, is how it can maintain the pressure on heavily-indebted member states to become more responsible – in other words, how to force cultural change in the periphery.

The problem with this approach based on a cultural analysis of the crisis, apart from the way it obscures Germany's own role in creating some of the eurozone's problems and thus feeds a German sense of resentment rather than responsibility, is that it leads to solutions that might not make economic sense. George Soros – who is also [in favour of Eurobonds](#) – [wrote earlier this week](#) that Germany has “unsound ideas about macroeconomic policy”: “It wants the rest of Europe to follow its example. But what works for Germany cannot work for the rest of Europe: no country can run a chronic trade surplus without others running deficits.” In other words, although Germans tend to see their own export-dependent economy as a model, it won't help anyone, even Germany itself, to force other eurozone countries to emulate it.

The *Financial Times* made a similar point in a leader the day before yesterday after new figures showed eurozone growth had dropped to 0.2% in the second quarter and German growth to just 0.1%: “As any Keynesian will point out, if everyone tries to be virtuous at once, the result is stagnation – or worse.” But like the Tea Party in the United States, Germany seems to want austerity at any price. Even if Germany sooner or later agrees to Eurobonds in order to save the single currency, therefore, this agreement may come at the expense of economic growth in the periphery and perhaps even in Germany itself. The question for the rest of the eurozone will be: is it worth it?



Date: 19th August 2011 | Author: [Ulrike Guérot](#),

George Soros wrote in [Handelsblatt](#) this week that the fate of Europe depends on Germany. That sentence resonates heavily if you are a German. Yet the political willingness of Germany to boost the economic integration of Europe through the introduction of Eurobonds also depends on the good fiscal behaviour of other EU countries. Only this might create the political room in Germany to move towards Eurobonds (which obviously are not a panacea). Germany cannot jump into Eurobonds before getting guarantees that the others won't fool around with their finances – to do so would be economically dangerous (a 'poison pill' according to chief economist of Deutsche Bank, Thomas Mayer, [in an interview with German news radio DLF](#)) and politically infeasible, as the FDP, the smaller coalition partner, vociferously argues (including [Minister for economics Philipp Rösler](#)).

Tragedy comes when both sides are right and when there is no good solution. In the current institutional set-up of the eurozone, there is no reallegal way, let alone a democratically legitimate way, for states to have a say in the expenditure of others without treaty reform. The time has come to realise that the no bail-out clause was a mistake in the first place. In the German political discourse, this truth still seems unbearable. Yet without Eurobonds, the euro might collapse. In short, Germany cannot accept Eurobonds under current conditions, but has no alternative ace up its sleeve. [Joseph Stiglitz's scenario of Germany leaving the eurozone](#) is nice, but there is no such solution.

The good news from the Merkel-Sarkozy meeting last Tuesday is not the [common letter to van Rompuy](#), and the rather poor triad they cited of economic government, golden rule and financial transaction tax, but the very fact that Germany has finally engaged in a [serious](#) debate about Eurobonds; about what that would mean and how they could work. Roughly speaking, the [social-democratic opposition SPD](#) and the [Greens](#) are in favour, the CDU and large parts of the business and industrial establishment are awaking to their charm – and the FDP is still in denial.

If the commonly-held view is that Germany will ultimately accept Eurobonds, the million euro question is how to get a watertight legal framework to ensure that Germany could, if necessary, restrict the expenditure of other countries. The 'golden rule' is not sufficient, because implementation and respect of it are in the hands of the member states. Can Germany trust her fellow Europeans? 'Trust is good, control is better,' is a German saying. The problem is that this control cannot be organised without blowing up the current democratic structure of the EU, which is based on national budget sovereignty.

This is the situation in which Europe finds itself. Assuming for an intellectual second that Eurobonds are now the least cost-intensive solution for Germany among many other worse solutions – above all a break-up of the euro – then the devil is as always in the detail. The crux is that communitarising the European debt would need, in essence, the communitarisation of expenditure, or at least a common decision on who has the right to spend how much and on what. After month of discussion, the German discourse is beginning to grasp reality, which is that a monetary union that obviously needs a fiscal entity in order to function cannot allow full budgetary sovereignty for each nation state.

This will not be accepted as things stand. What Europe should now engage in, therefore, is major surgery on the democratic structures of the EU, before the euro-cancer worsens. The question is just about economic government, but about government as a whole, because politics is, in essence, decisions about preferences for

societies for which money is needed. Those who talk about economic government ultimately mean common decisions about social expenditure or costs for education or defence. In an ideal world, any significant expenditure by any EU member state should therefore be screened and approved by the Commission for its compliance with the Agenda 2020, then co-signed by a Euro-Parliament (the MEPs of the eurozone/ Eurobonds member states) and then voted on by national parliaments. This would make sure that all countries issuing Eurobonds have a say via the Euro-Parliament about the right of an EU member to draw on them to finance its domestic needs. For this to happen, the EU would also need the right to tax.

The other option is the more technical one of **Thomas Mayer**, which would be creating an EMF that could as a last resort draw on the ECB and then lend money to a state based on severe conditions – or choose to deny credit. This solution has the charm of avoiding both moral hazard and the inherent tendency of politicians to always spend more. But it clearly dismisses the democratic component. If Europe does not want to administer itself out of the crisis through an IMF-modeled ‘European consensus’, then a profound rethinking of European democracy is necessary.

As Emma Bonino just argued in *Il Sole 24 Ore*: “We cannot go on forever doing things in reverse order – the EU provides only financial stability and a stable macro-economic framework and member states provide all the other public goods. It cannot work this way. Eventually, the EU too should work in the logical way: taxing and spending to provide some functions of government and on this basis having a Treasury to accompany its Central Bank.” It’s time to accept that Europe, through the euro, has long since become a state-like entity around which we must now build democracy.

NYT August 29, 2011

# NATO's Teachable Moment

The hunt for Muammar el-Qaddafi goes on, but his tyrannical 42-year rule over Libya is finished. The Libyan people bore the brunt of the fighting and dying that brought him down. But NATO air power played an important role. Airstrikes in March stopped Colonel Qaddafi's forces from storming Benghazi and slaughtering its inhabitants. Continued pounding degraded the regime's firepower, giving the rebels time to organize and train. NATO's refusal to back away — and its decision to bring the fight to the skies over Tripoli — helped push Qaddafi cronies to switch sides.

The Western allies, especially the British and French forces backed up by the United States, can be justly proud. So can Prime Minister David Cameron of Britain, President Nicolas Sarkozy of France and President Obama, who ignored the naysayers who claimed that Libya was a quagmire and the battle not worth fighting.

But it would be a mistake to deny the serious problems revealed by the six-month campaign. This was NATO's first attempt at sustained combat operations with the United States playing a support role. Europe's military capabilities fell far short of what was needed, even for such a limited fight.

President Obama, who pressed hard for NATO involvement, rightly insisted that Europe, along with Canada, take the lead. It is reasonable to expect the wealthy nations of Europe to easily handle a limited mission in their own backyard that involved no commitment of ground troops. Reasonable, but, as it turned out, not realistic.

Shortfalls of specialized aircraft, bombs and targeting specialists plagued NATO operations. The effects would have been even more damaging if Washington had not stepped in to help plug some of these critical gaps.

Apart from Britain and France, most European militaries have failed to keep up with technological advances in battlefield management and communications. They train their forces to defend largely unthreatened borders at home, leaving them unwilling and unprepared to defend common interests abroad, from Afghanistan to Libya.

Even Britain and France have skimmed on munitions and targeters, making it hard for them to carry out multiple missions (both are also fighting in Afghanistan). Now, Britain and France are planning force and equipment cuts that threaten their capacity to take part in future extended foreign operations.

For decades, European nations have counted on a free-spending Pentagon to provide the needed capabilities they failed to provide themselves. The Pentagon is now under intense and legitimate pressure to meet America's security needs more economically. It can no longer afford to provide affluent allies with a free ride.

In June, Defense Secretary Robert Gates pointedly told European NATO allies that they risked becoming militarily irrelevant unless they stepped up investment in their forces and equipment. His successor, Leon Panetta, needs to drive that message home.

European leaders need to ask themselves a fundamental question: If it was this hard taking on a ragtag army like Qaddafi's, what would it be like to have to fight a real enemy?

NYT August 29, 2011

# Germany Dims Nuclear Plants, but Hopes to Keep Lights On

By ELISABETH ROSENTHAL

BIBLIS, Germany — Not since the grim period after World War II has Germany had significant blackouts, but it is now bracing for that possibility after shutting down half its nuclear reactors practically overnight.

Nuclear plants have long generated nearly a quarter of Germany's electricity. But after the tsunami and earthquake that sent radiation spewing from Fukushima, half a world away, the government disconnected the 8 oldest of Germany's 17 reactors — including the two in this drab factory town — within days. Three months later, with a new plan to power the country without **nuclear energy** and a growing reliance on renewable energy, Parliament voted to close them permanently. There are plans to retire the remaining nine reactors by 2022.

As a result, electricity producers are scrambling to ensure an adequate supply. Customers and companies are nervous about whether their lights and assembly lines will stay up and running this winter. Economists and politicians argue over how much prices will rise.

“It's easy to say, ‘Let's just go for renewables,’ and I'm quite sure we can someday do without nuclear, but this is too abrupt,” said Joachim Knebel, chief scientist at Germany's prestigious **Karlsruhe Institute of Technology**. He characterized the government's shutdown decision as “emotional” and pointed out that on most days, Germany has survived this experiment only by importing electricity from neighboring France and the Czech Republic, which generate much of their power with nuclear reactors.

Then there are real concerns that the plan will jettison efforts to rein in manmade **global warming**, since whatever nuclear energy's shortcomings, it is low in emissions. If Germany, the world's fourth-largest economy, falls back on dirty coal-burning plants or uncertain supplies of natural gas from Russia, isn't it trading a potential risk for a real one?

The world is watching Germany's extreme energy makeover, as politicians from New York to Rome have floated their own plans to shut or shelve reactors.

The International Energy Agency, generally a fan of Germany's green-leaning energy policy, has been critical. Laszlo Varro, head of the agency's gas, coal and power markets division, called the plan “very, very ambitious, though it is not impossible, since Germany is rich and technically sophisticated.”

Even if Germany succeeds in producing the electricity it needs, “the nuclear moratorium is very bad news in terms of climate policy,” Mr. Varro said. “We are not far from losing that battle, and losing nuclear makes that unnecessarily difficult.”

The government counters that it is prepared to make huge investments in improving energy efficiency in homes and factories as well as in new clean power sources and transmission lines. So far, there have been no blackouts.

But Jürgen Grossmann, chief executive of the German energy giant RWE, which owns two closed reactors here in Biblis, about 40 miles south of Frankfurt, expressed skepticism. “Germany, in a very rash decision, decided to experiment on ourselves,” he said. “The politics are overruling the technical arguments.”

## The Nuclear Equation

Germany's planners believed they could forgo nuclear energy in large part because of the country's remarkable progress in renewable energy, which now accounts for 17 percent of its electricity output, a number the government estimates will double in 10 years. On days when the offshore **wind turbines** spin full tilt, Germany produces more electricity from renewable sources than it uses, according to European energy monitors.

Germany has “exceeded everyone's expectations on renewable power,” said Mr. Varro, showing that it could be cost effective and reliable.

Until it closed the reactors, Germany was Europe's leading energy exporter.

With a total of 133 gigawatts of installed generating capacity in place at the start of this year, “there was really a huge amount of space to shut off nuclear plants,” Harry Lehmann, a director general of the German Federal Environment Agency and one of Germany’s leading policy makers on energy and environment, said of the road map he helped develop. The country needs about 90.5 gigawatts of generating capacity on hand to fill a typical national demand of about 80 gigawatts a day. So the 25 gigawatts that nuclear power contributed would not be missed — at least within its borders.

To be prudent, the plan calls for the creation of 23 gigawatts of gas- and coal-powered plants by 2020. Why? Because renewable plants don’t produce nearly to capacity if the air is calm or the sky is cloudy, and there is currently limited capacity to store or transport electricity, energy experts say.

New coal and gas plants will use the cleanest technology available and should not aggravate climate change, government officials said, because they will operate within the European carbon-trading system in which plants that exceed the allowed emissions cap have to buy carbon credits from companies whose activities are environmentally beneficial, thus evening out the environmental ledger.

Electricity prices are expected to rise by 35 to 40 euros (\$50 to \$60) per household each year, or less than 5 percent, the government estimates. Though nuclear energy generally costs less than newer options, German law has long stipulated that renewable energy must be purchased first even if it is costlier.

But skeptics consider government assumptions overly optimistic. Stefan Martus, the mayor of Philippsburg, says he believes energy costs could rise more dramatically than government estimates; the price of permits to offset dirty power plants is highly unpredictable and variable, like the value of stocks. And the International Energy Agency does not think Germany — or any other country — will be able to reduce its emissions at a reasonable cost without nuclear power.

Energy agency officials also question predictions that electricity use will decline an additional 10 percent over the next decade given the projected expansion of electric growth of the German economy. The average German family already uses only about half the electricity of its American equivalent.

“Yes, there is German angst about nuclear power,” said Hildegard Cornelius-Gaus, the mayor of Biblis. “But if you phrased the question, ‘Would you want to phase out nuclear energy if it cost massively more and you risk blackouts?’ the answer would be very different.”

### **An Ambivalent History**

Even before Fukushima, nuclear energy’s days in Germany were numbered. Biblis had been the site of giant national antinuclear demonstrations, and Germany was already enacting a plan for slowly phasing out nuclear energy by 2023. The country had become the world leader in wind power and a master at squeezing more energy efficiency out of appliances and homes, having built tens of thousands of self-heating “passive houses.”

Still, Chancellor Angela Merkel, herself a physicist, decided last fall to extend the operating licenses of Germany’s nuclear plants over concerns that innovation alone would not satisfy the country’s energy appetite.

Fukushima changed everything.

That Japan is a technologically advanced country made the nuclear accident more alarming to the German people than the Chernobyl disaster, at an old Soviet reactor. Despite that, industry experts and residents of reactor towns like Biblis and nearby Philippsburg were stunned by the suddenness of the about-face.

Both towns will lose hundreds of jobs and millions in tax revenue.

German energy companies say they have been handed a national energy template that looks good on paper but is technically challenging. Although the country’s production of energy is bounteous, they say it is not always available where and when it is needed. Northern Germany has offshore wind and coal deposits, but southern Germany — a manufacturing epicenter that is home to Mercedes,

BMW and Audi — has no plentiful local fuel source other than nuclear. Germany's current grid is highly decentralized, lacking high-voltage transmission lines to move electricity over long distances.

"Now, with the nuclear shut down, we have a very difficult task," said Joachim Vanzetta, head of transmission system operations at Amprion, the largest of the country's four grid operators.

Amprion had already started working toward a renewable future with no nuclear power, planning for 500 miles of new transmission lines to bring electricity from north to south that would cost \$4.3 billion and take 10 to 15 years to build. At most, 40 miles of lines have been completed.

The country has also been pouring money into biomass plants and solar installations — millions of panels now sit on German roofs and fields. Despite recent technological improvements, solar electricity is still far more expensive to generate than wind, gas or nuclear power. And output can be highly seasonal.

Germany's hope that gas and coal plants will temporarily replace some of the lost nuclear generation may be hard to fulfill — power companies remain lukewarm about building them especially given the German policy of buying "clean" energy first. "Few operators will be willing to build a power plant in a form that may ultimately only run a couple of hundred hours a year," Mr. Grossman of RWE said.

This winter, Amprion predicts its grid will have 84,000 megawatts of electricity at its disposal, to provide 81,000 megawatts needed for consumption — an uncomfortably slim margin of safety, Mr. Vanzetta said. In prior years, electricity was readily available for purchase on the European grid if the price was right. But exported German power is what helped keep France glowing in winter.

"At the moment, we have a stressed system, but it's under control," Mr. Vanzetta said. "If we have days with no wind and no solar and can't buy energy from abroad, then there is the risk of blackouts."



## Rebellen und Nato bereiten Angriff auf Sirte vor

Während sich die Lage in der libyschen Hauptstadt Tripolis beruhigt, rücken die Aufständischen mit Unterstützung der Nato weiter auf Gaddafis Heimatstadt Sirte vor. Frankreich hat unterdessen seine Botschaft in Tripolis wiedereröffnet.



Die Aufständischen bereiten Panzer aus einem Lager in Misrata für den Angriff auf Sirte vor

29. August 2011

Nach der Beruhigung der Lage in Tripolis haben die libyschen Rebellen und die Nato verstärkt die Heimatstadt Muammar al Gaddafis, Sirte, unter Beschuss genommen. Wie die Nato am Montag in Brüssel mitteilte, beschloss das Bündnis in der Umgebung von Sirte am Vortag unter anderem vier Radarstationen. Nach Angaben der Nato waren auch Boden-Luft-Raketensysteme und Militärfahrzeuge in der Gegend von Sirte Ziele ihrer Angriffe vom Sonntag. Bereits in den vorangegangenen Tagen hatte die Nato mehrere Angriffe auf die Stadt geflogen und Armeefahrzeuge zerstört. Die Rebellen hatten am Wochenende erklärt, nur wenige Kilometer vor Sirte zu stehen und mit den dortigen Stämmen zu verhandeln. Die Küstenstadt gilt als möglicher Zufluchtsort für Gaddafi. In der 360 Kilometer westlich gelegenen Hauptstadt Tripolis stand indes nahezu vollständig unter Kontrolle der Aufständischen.

In der Nacht waren nur vereinzelt Explosionen und Schüsse zu hören. Trotzdem flohen laut Menschenrechtsaktivisten weiter viele Menschen in die bisherige Rebellenhauptstadt Benghazi. Für Montag wurde demnach ein Schiff mit etwa 850 Flüchtlingen erwartet. Ein Mann in Benghazi, der sich rund sechs Monate in der Hand von Gaddafis Truppen befunden hatte, berichtete von schwerer Folter mit Stromschlägen. Die Aufständischen riefen die Nato zur Fortsetzung ihres Einsatzes auf. Gaddafi stelle nicht nur für Libyen, sondern für die gesamte Welt „noch immer eine Gefahr“ dar, sagte der Präsident des Nationalen Übergangsrats der Rebellen, Mustafa Abdel Dschalil, in Doha. Der Verteidigungsminister der Rebellen, Dschalal el Deghili, sagte, die Aufständischen bräuchten weiter Hilfe bei der Beseitigung „der schlafenden Zellen und der Reste des Regimes von Gaddafi“.

### Frankreich eröffnet Botschaft in Libyen wieder

Frankreich hat seine vor rund sechs Monaten geschlossene Botschaft in Tripolis am Montag wiedereröffnet. Das teilte das Pariser Außenministerium am Montag mit. Die Botschaft war bereits Ende Februar nach den ersten schweren Unruhen geschlossen worden. Frankreich hatte sich frühzeitig auf die Seiten der Rebellen gestellt und am 19. März die Bombenangriffe auf den Machtapparat des langjährigen Herrschers Muammar al Gaddafi eröffnet. Bereits am 11. März hatte Libyen die diplomatischen Beziehungen zu Paris abgebrochen.

Die Rebellen befreiten nach Angaben eines Sprechers seit ihrem Einmarsch in Tripolis vergangene Woche mehr als 10.000 Häftlinge aus Gefängnissen des bisherigen Machthabers Gaddafi. Rund 50.000 Menschen seien aber verschollen, sagte Rebellensprecher Ahmed Bani weiter. Gaddafis Regierung hatte versucht, den Aufstand durch die Gefangennahme Tausender Menschen niederzuschlagen. Viele von ihnen kamen inzwischen wieder frei. Hinweise deuten aber darauf hin, dass Truppen des Regimes Dutzende Gefangene vor dem Einmarsch der Rebellen töteten. Sprecher Bani sagte am Sonntag in Benghazi, nach Gaddafi werde weiter gesucht. „Wir hoffen, dass Gaddafi noch in Libyen ist, damit wir die Welt von diesem Insekt befreien können“, sagte er.

Angesichts der anhaltenden Gewalt und Versorgungsengpässen evakuierte die Internationale Organisation für Migration (IOM) 850 Gastarbeiter aus der libyschen Hauptstadt Tripolis. Die Flüchtlinge würden mit einer gecharterten Fähre zunächst in die Hafenstadt Benghazi im Osten des Landes und dann weiter in ihre Heimatländer gebracht, teilte die IOM am Montag mit.

Text: AFP/dpa

# Metamorphose der Demokratie

Von Professor Dr. Hans H. Klein

Demokratie meint im Wortsinn Selbstregierung des Volkes, "government by the people". Aber das Volk kann nicht regieren. Herrschaft setzt die ständige Präsenz der Herrschenden voraus. Deshalb ist Demokratie im modernen Flächenstaat mit einer meist nach Millionen zählenden Bevölkerung nicht als direkte Demokratie möglich, in welcher das Volk das einzige Regierungsorgan darstellt.

Daraus entstand die Idee der Repräsentation: Amtsträger, die das Volk in freien Wahlen unmittelbar oder mittelbar bestimmt und die ihm verantwortlich sind, üben in seiner Vertretung und unter seiner Kontrolle die Herrschaft aus. Repräsentative Herrschaft gelingt freilich nur unter der Voraussetzung vielfältiger und tagtäglicher Wechselwirkung zwischen Willensbildung des Volkes und Willensbildung in den Staatsorganen. Sie wiederum setzt die Transparenz staatlicher Entscheidungsprozesse voraus, die vor allem durch Parteien und Medien zu bewirken ist.

Der Staat, von dem hier die Rede ist, ist der durch die Einheit von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt definierte "moderne" Territorialstaat, geprägt durch eine bei aller Interessendivergenz grundsätzlich national (und nicht etwa ethnisch oder gar rassistisch) orientierte Gesellschaft, die Nation. Der geschlossene Territorialstaat ist im 20. Jahrhundert einer offenen Staatlichkeit gewichen, ohne dass der Territorialstaat dadurch Existenz und Existenzberechtigung eingebüßt hätte. Die Staaten, jedenfalls die europäischen, sind nicht mehr autark. Sie sind in wachsendem Maß auf den Weg institutionalisierter Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen. Europäisierung und hochgradig intensiviertere Formen staatenübergreifender Kooperation in nicht mehr überschaubarer Vielfalt sind notwendige Reaktionen der Staaten auf die fortschreitende internationale Vernetzung der Wirtschaft, der Bevölkerung durch die zunehmende Migration, der Wissenschaft durch weltweite Zusammenarbeit und der Kommunikationsräume. Mit den schwindenden Möglichkeiten nationaler Politik ändern sich die Funktionsbedingungen und Funktionsweisen der Demokratie.

Beispiel Europäische Union: Eine nahtlose Übertragung des für die Mitgliedstaaten verbindlichen Modells der repräsentativen Demokratie auf die EU verträgt sich nicht mit deren föderativer Struktur. Die Union ist kein Staat, sondern ein Verbund demokratischer (!) Staaten. Da die EU hoheitliche Gewalt ausübt, kann sie demokratischer Legitimation nicht entbehren. Die Union muss, wie es in Artikel 23 des Grundgesetzes heißt, "demokratischen Grundsätzen" entsprechen. Demokratie auf Unionsebene muss also nicht genau dem Muster folgen, welches das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vorgibt. Deshalb darf sich beispielsweise die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments am Maßstab der "degressiven Proportionalität" orientieren; der Grundsatz der gleichen Wahl kann vernachlässigt werden. Die damit verbundene Ausdünnung der bürgerschaftlichen Teilhaberechte wird um der Funktionsfähigkeit des Staatenverbundes willen in Kauf genommen. Das Europäische Parlament ist keine "Vertretung der Gleichen" und muss es auch nicht sein. Das Demokratieprinzip der Union ist im Vergleich mit dem nationalen nicht defizitär, sondern ein von diesem qualitativ verschiedenes.

Daraus folgt allerdings auch, dass der Übertragung von Zuständigkeiten auf die EU Grenzen gesetzt sind. Damit politische Selbstbestimmung nicht zur leeren Form gerinnt, muss nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Staat der "politische Primärraum" bleiben. Als solcher muss er über ausreichende Möglichkeiten zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensbereiche verfügen. Das ist sinnvoll auch deshalb, weil "ihr" Staat der Raum ist, in den die Menschen ihr Vertrauen setzen und an den sie in erster Linie ihre Erwartungen richten. Das Maß der politischen Entscheidungsmacht der EU darf darum ein staatsanaloges Niveau nicht erreichen.

Das Grundgesetz setzt die Einbindung Deutschlands in inter- und supranationale Zusammenhänge voraus und erwartet sie. Demokratie in Deutschland kann nur vor diesem Hintergrund richtig verstanden werden. Deshalb entspricht die in den Europäischen Verträgen enthaltene Übertragung von Kompetenzen auf die Union den Vorgaben des Grundgesetzes, aber nur unter Berücksichtigung der darin ebenfalls eingebauten Schranken des Subsidiaritäts- und des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Diese aber haben sich bisher als nahezu wirkungslos erwiesen. Die allen Hoheitsträgern eigene "Tendenz zur politischen Selbstverstärkung" (so das Bundesverfassungsgericht) entfaltet sich ungehemmt - nicht selten auch deshalb, weil die Regierungen der Mitgliedstaaten auf dem Umweg über die Union durchzusetzen versuchen, was sie im eigenen Land nicht zu erreichen imstande sind.

So hat ein sich im Lauf der Jahrzehnte stetig verdichtendes Gemeinschaftsrecht den demokratischen Primärraum fortschreitend eingeengt. Nicht die vertragsrechtliche Struktur der EU weist ein demokratisches Defizit auf, sondern ihre unaufhörliche normative Expansion. Europa verliert auch deshalb an Akzeptanz. Die Menschen empfinden die EU und ihre Hervorbringungen immer stärker als etwas ihnen Fernes und Fremdes, und zwar umso mehr, als ihre Fehlleistungen sich häufen.

Neben der anscheinend unbegrenzten geographischen Ausdehnung der Union ist es vor allem dieser schleichende Erweiterungsprozess unterhalb der Vertragsebene, der das Projekt der europäischen Integration unterminiert. Er behindert auch die auf einzelnen Politikfeldern durchaus erwünschte Vertiefung der Union. Es ist daran zu erinnern, dass nach dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 die "Konzeption der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft ... Grundlage und Gegenstand des deutschen Zustimmungsgesetzes" zum Vertrag von Maastricht ist. Das Gericht hat ein erhebliches politisches Risiko für die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft darin gesehen, dass sie ohne eine politische Union begründet wurde, die alle finanzwirtschaftlich wesentlichen Aufgaben vereinigt.

Würde dieser Geburtsfehler der Währungsunion jetzt behoben - was etwas anderes ist als die Etablierung und stetige Erweiterung von "Rettungsschirmen" oder die Einrichtung einer "Wirtschaftsregierung", die aus ebenjenseitigen Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bestehen soll, denen Haushalts- und Rechtsdisziplin bisher wenig gegolten haben -, so beständen dagegen keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Allerdings wäre zu berücksichtigen, dass der Zuwachs des *acquis communautaire* den politischen Spielraum der Mitgliedstaaten in einem Maß einschränkt, dass weitere Stufen der Integration jetzt nur noch erklommen werden können, wenn zugleich ein spürbarer und nachhaltiger Rückbau im Bestand des Gemeinschaftsrechts erfolgt. Anderenfalls wäre der politische Primärraum der Mitgliedstaaten aufgegeben. Eine gezügelte, am Subsidiaritätsprinzip orientierte Wiederherstellung demokratischer Selbstbestimmung im staatlichen Rahmen ist keine Renationalisierung, sondern eine Bedingung für den notwendigen Fortgang der Integration.

Im pyramidal gestuften europäischen Mehrebenensystem wird die demokratische Luft umso dünner, je höher politische Entscheidungskompetenzen angesiedelt sind. Je ferner die Ausübung hoheitlicher Befugnisse der Einwirkung der von ihr Betroffenen rückt, desto höhere Anforderungen sind an ihre Qualität und Effektivität und an die Rechtsbindung der handelnden Personen und Organe zu stellen. Geradezu fatal, weil Vertrauen zerstörend, ist deshalb der unbekümmerte Umgang mit den Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, der im Verlauf der gegenwärtigen Währungskrise abermals zu beobachten ist. Schon Artikel 104 des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft bestimmte: "Die Mitgliedstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite." Diese Bestimmung hat keine Regierung und kein Parlament ernst genommen. Auch der Unmut über die "kreative Buchführung" der Griechen ist wenig glaubwürdig, denn die damit verbundenen Risiken hat Otto Graf Lambsdorff (FDP) im Bundestag unmissverständlich benannt, als es 2001 um die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone ging. Der damals regierenden rot-grünen Koalition war das egal. Als Deutschland und Frankreich wenige Jahre später gegen die Verschuldungsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstießen, hat man diesen kurzerhand aufgeweicht.

Eine Zwischenbilanz: Die Fähigkeit des Staates, Probleme zu lösen, ist im Zeitalter der Vernetzung signifikant gemindert. Die Staaten sehen sich folgerichtig zu immer engerer supra- und internationaler institutionalisierter Zusammenarbeit gezwungen. Das stärkt die Exekutiven - nationale wie internationale. Die Distanz zwischen demokratischer Basis und politischen Entscheidungsprozessen wächst. Dem kann nur dadurch begegnet werden, dass sich die nationalen Parlamente vermehrt auf eine Kontrolle der außenpolitischen Aktivitäten ihrer Regierungen konzentrieren. Sie müssen der europäischen Politik der Regierungen nicht nur beobachtend, sondern auch steuernd wesentlich genauer auf die Finger sehen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Der Bundestag darf sich nicht mit der Rolle desjenigen begnügen, der von kaskadenartig über ihn hereinbrechenden Gipfelbeschlüssen überrascht wird. Vielmehr muss er darauf bestehen, in deren Vorbereitung einbezogen zu werden. Die Bundesregierung ist durch die Verfassung gehalten, Bundestag und Bundesrat "umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten". Weder scheint sich das Parlament dieser Verpflichtung stets bewusst zu sein, noch scheint die Bundesregierung bei der Erfüllung ihrer Informationspflicht den nötigen Eifer an den Tag zu legen.

Die Metamorphose der Demokratie beschränkt sich nicht auf die Außenbeziehungen der Staaten. Von nicht geringerer Tragweite sind Veränderungen in ihrem Binnenbereich. So verändert der Wandel der politischen Öffentlichkeit die Wirklichkeitsbedingungen der Politik und diese selbst. Viele Medien neigen zu kurzatmigem Aktionismus und zur Erzeugung von Erregungszuständen, für die ein von neurotischen Befindlichkeiten geplagtes Publikum immer empfänglicher wird. Das Internet ermöglicht zwar einerseits eine Erweiterung individueller Kommunikationschancen, es zerlegt aber andererseits Öffentlichkeit als gemeinschaftliche Informationssphäre in eine unüberschaubare Vielfalt persönlicher Erlebniswelten. Der geistige Gesamtzusammenhang, der ein Volk zu einem solidarischen Ganzen verbindet und es dadurch über die Formalität einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit hinaus zum Träger der Staatsgewalt qualifiziert, wird so tendenziell aufgelöst. Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes setzt dieses als eine Einheit voraus, die durch einen Mindestbestand an Traditionen und Überzeugungen zusammengehalten wird, die als allgemein verbindlich angesehen werden. Erst auf der Grundlage eines gemeinsamen Erfahrungshorizonts werden politische Kommunikation und ein daraus hervorgehender Prozess politischer Willensbildung möglich, der in Ablauf und Ergebnis grundsätzlich akzeptiert ist.

Mit dem Schwund jenes geistigen Gesamtzusammenhangs einher geht eine zunehmende Distanz zwischen Bürgern und Politik. Diese Entwicklung muss nicht das Ende der Demokratie bedeuten; aber sie zwingt zu Überlegungen, wie das Prinzip demokratischer Legitimation als Bedingung für die Akzeptanz von Herrschaft neu justiert werden kann.

Im nationalen Rahmen wird wieder einmal als Therapie empfohlen, die partizipativen Elemente der Demokratie auszubauen. Das ist auf Landes- und kommunaler Ebene vielfach geschehen. Das Unbehagen an der Demokratie wurde dadurch nicht spürbar vermindert. Dass die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf der Bundesebene die Bürger dem politischen Establishment näher brächte, ist nach dieser Erfahrung zu bezweifeln. Erschwerend kommt hinzu, dass die plebiszitäre Legitimität gegen die parlamentarische Legalität zu deren Schaden ausgespielt werden kann. "Stuttgart 21" ist dafür ein lehrbuchreifes Beispiel. Die direkte Demokratie prämiert und privilegiert das politische Engagement, das immer ein solches von Minderheiten sein wird, zum Nachteil des demokratischen Prinzips gleicher Teilhabe - je niedriger die Abstimmungsquoten, desto mehr.

In Zeiten des Umbruchs bedarf es in besonderem Maße der politischen Führung. Sie ist in der Demokratie zuvörderst die Sache der politischen Parteien und deren leitenden Personals. Ihnen obliegt es, politische Ziele zu formulieren und diese den Bürgern zu vermitteln. Machen sich die Parteien zu Vollstreckern der Demoskopie, verspielen sie Ansehen, Glaubwürdigkeit und Führungsfähigkeit. Gleiches geschieht, wenn Parteien taktischen Winkelzügen den Vorzug geben vor gemeinwohlorientierter Politik oder sich nicht die Mühe machen, ihre Politik zu erklären.

Diesen Anforderungen zeigen sich die Parteien derzeit nicht gewachsen. Vor allem die Regierungsparteien kaschieren ihre angesichts der Erstmaligkeit des Phänomens an sich begreifliche Ratlosigkeit in der Wirtschafts- und Währungskrise mit von Woche zu Woche wechselnden, jeweils als "alternativlos" ausgegebenen Rezepturen. Dabei fällt doch ein entscheidender Teil der Verantwortung für die eingetretenen Fehlentwicklungen der Politik zur Last. Die "Eliten" haben eklatant versagt. Durch ihre Verstöße gegen die Rechtsgrundlagen der EU desavouiert die Politik überdies den Anspruch der Union, eine Rechtsgemeinschaft zu sein. Wären die Verstöße, wie manche meinen, durch ein ungeschriebenes Notrecht zu rechtfertigen, käme dies der Inanspruchnahme einer Souveränität gleich, die der Union nicht zusteht.

Anstelle von Gemeinwohlverantwortung dominiert Klientelpolitik: Nicht nur das Hoteliersprivileg, auch die Ausnahmen vom Regelsatz bei der Mehrwertsteuer sprechen Bände. Die die Öffentlichkeit bewegenden Thesen Thilo Sarrazins, was immer an ihnen falsch oder richtig sein mag, werden verworfen, ohne sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, der unbequeme Autor wird mit einem - immerhin gescheiterten - Parteiausschlussverfahren bestraft. Die neben allen positiven Erfahrungen für jedermann sichtbar liegenden Probleme des Multikulturalismus werden geflissentlich beschwiegen, weil ihre Benennung der politischen Korrektheit widerspricht. Das Monopol der herrschenden politischen und kulturellen Eliten zur Definition gesellschaftlicher Probleme soll gegen die unwillkommene Mitsprache Andersdenkender abgeschirmt werden.

Weittragende politische Wendemanöver mit unabsehbaren Folgen werden zum Zweck des Machterhalts und unter halsbrecherischem Umgang mit geltendem Recht inszeniert. Als ob im Herbst 2010, als die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert wurden, eine Katastrophe wie die in Fukushima nicht als möglich hätte erkannt werden können und müssen. Was ist von Politikern zu halten, die sich verfassungsrechtlich eine

Schuldenbremse auferlegen, Steuermehreinnahmen aber nicht zur Schuldentilgung nutzen, sondern für Mehrausgaben. Der Bundesfinanzminister erscheint als ziemlich einsamer Rufer in der Wüste. Wie glaubwürdig ist eine Umweltpolitik, die auf Kohlekraftwerke setzt, die Land und Meer mit Windparks bedecken und drei- bis viertausend Kilometer Stromtrassen der Länge nach durch Deutschland führen will? Wie viele Juchtenkäfer werden da ihr Leben lassen müssen? Für "Parkschützer" brechen goldene Zeiten an.

Parteien haben es schwer in einem Staat, dessen Volk sich durch die nationalsozialistische Katastrophe seines Selbstbewusstseins weithin beraubt sieht, dessen Zivilgesellschaft - mit den Bürgern durchaus nicht identisch - eine sie verbindende "Leitkultur" als chauvinistisch ablehnt, in dem "Widerstand" gegen nach Recht und Gesetz getroffene Entscheidungen immer häufiger als legitim angesehen wird und dessen Bürger sich etwas darauf zugutehalten, dem politischen Leben möglichst fern zu bleiben. Aber gerade darum ist es wichtig, dass Parteien Rechts- und Prinzipientreue, Verlässlichkeit, Redlichkeit im Umgang mit dem Bürger, Glaubwürdigkeit, Gemeinwohlverpflichtung und Kommunikationsbereitschaft, aber auch Entschiedenheit nach einmal gefassten Beschlüssen praktizieren. Derzeit erleben die Menschen von alledem das Gegenteil.

James Madison hat an die Wahl der Volksvertreter die Erwartung geknüpft, dass ihre "Klugheit (sie) die wahren Interessen des Landes am besten erkennen lässt und Patriotismus und Gerechtigkeitsliebe sie am wenigsten Gefahr laufen lässt, dieses Interesse kurzfristigen oder parteiischen Rücksichten zu opfern". Das ist eine idealistische, aber auch eine verpflichtende Erwartung. Die Parteien in Deutschland (allerdings auch anderwärts) sind heute davon weit entfernt. Umfragen lassen die Sorge begründet erscheinen, dass das ihnen entgegengebrachte Misstrauen auf die Institutionen des Staates und der Europäischen Union übergreift. So entsteht der Nährboden, aus dem "Bewegungen" erwachsen. Die gegenwärtige Schwächephase der Demokratie hat ihren Grund vor allem im Versagen der Parteien. Nur eine Therapie, die hier ansetzt, verspricht Erfolg.

\*\*\*

Der Verfasser ist Emeritus für öffentliches Recht an der Universität Göttingen. Von 1982 bis 1983 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium, von 1983 bis 1996 Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Sean Scully, Untitled 8.10.93, 1993, Pastel, 103 × 152,5cm © VG Bild-Kunst, Bonn 2011.

## Was kommt nach Euro und EU?

Die Zentralisierung führt in die Sackgasse, es gibt eine freiheitliche Alternative für Europa / Von Bruno S. Frey

Wie die Probleme mit den explodierenden Staatsschulden im Euroraum ausgehen, weiß niemand. Aber etwas ist unbestritten: Die Überlebenschance des Euro hat wesentlich abgenommen, was sich auch deutlich auf den Märkten widerspiegelt. Die Akteure wollen sich für das höhere Ausfallrisiko von Griechenland, Portugal und anderen südlichen Euroländern mit höheren Zinsen kompensieren lassen. Ebenso sind die Versicherungsprämien für entsprechende Ausfallrisiken deutlich gestiegen. Dies bedeutet nicht, dass der Euro oder gar die EU notwendigerweise untergehen. Jedoch sollte man sich vermehrt mit möglichen Zukunftsszenarien auseinandersetzen.

Bisher wird allzu häufig wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die EU und ihre währungspolitische Ordnung aufrechterhalten bleiben. Gleichzeitig mehren sich jedoch begründete Zweifel, ob das Übertünchen der immensen Staatsschulden mit immer neuen Kreditzusagen tatsächlich die zugrunde liegenden Probleme beseitigt. Sie werden möglicherweise sogar verstärkt. Dieser Beitrag geht von zwei Annahmen aus. Erstens, der Prozess der europäischen Einigung wird weitergehen, nicht zuletzt weil alle Länder sich davon eine Sicherung des Friedens erhoffen. Zweitens, die Rückkehr zu isoliert handelnden europäischen Nationalstaaten ist zu Recht versperrt.

Ich vermute jedoch, dass sich sowohl der Euro als auch die EU als Ganzes in der heutigen Form nicht aufrechterhalten lassen. Dazu hinterlässt die europäische Finanzkrise zu tiefe Spuren. Zwei Szenarien sind denkbar: Das eine ist eine fortschreitende Zentralisierung. Das andere ist eine Aufspaltung der bisherigen EU, bei der einige Teile überleben und andere Teile der EU-Institutionen verschwinden. Weiter existieren werden diejenigen Teile der EU, die überzeugend eine Funktion erfüllen. Untergehen sollten jene Teile, die unzureichend funktionieren und nur noch infolge einer politisch-bürokratische Unterstützung weiter existieren.

Eine solche Aufspaltung wäre keine Tragödie. Eine radikale Veränderung der bestehenden europäischen politischen und finanziellen Ordnung im Rahmen der EU bedeutet keinesfalls das Ende Europas - ganz im Gegenteil. Es bietet sich die Chance, ein Zusammenwirken der verschiedenen Menschen und Länder in Europa in einer Weise zu erreichen, die den Verhältnissen besser entspricht.

Das zukünftige Europa sollte aus einem Netz von unterschiedlichen Verträgen und institutionellen Einheiten bestehen. Aus denjenigen Teilen der heutigen EU, die produktiv wirken, können neue Vereinbarungen zur Zusammenarbeit entstehen. Beteiligen sollen sich dabei nur diejenigen Länder, die dies für sich als vorteilhaft erachten und die von den anderen akzeptiert werden. Für eine gemeinsame zukünftige europäische Währung werden nicht einfach Länder nach politischen Kalkülen zusammengewürfelt. Vielmehr beteiligen sich nur diejenigen Länder, die den Anforderungen eines "optimalen Währungsraumes" (à la Robert Mundell) entsprechen. Zu den Bedingungen zählen ein ähnlicher Entwicklungsstand und eine ähnliche Budgetdisziplin. So entstehen funktionale Einheiten, die nicht alle heutigen Mitglieder der EU umfassen müssen. Einige Länder können und wollen sich nicht beteiligen.

Solche freiwilligen und offenen Vereinbarungen ermöglichen auch Ländern außerhalb der heutigen EU eine Beteiligung. Dies bedeutet etwa, dass sich die Türkei wirtschaftliche Vereinbarungen mit andern europäischen Ländern anschließen kann. Ein Beispiel sind Freihandelsabkommen, die beiden Seiten Vorteile verschaffen und deshalb freiwillig eingegangen werden. Hingegen können Länder, die als mangelhaft demokratisch angesehen werden, ausgeschlossen bleiben. Zu europaweiten öffentlichen Gütern werden nur Länder zugelassen, die auch tatsächlich zur Finanzierung beitragen, also ein verlässliches Steuersystem haben.

Die funktional orientierten Einheiten erlauben es auch, dass sich untergeordnete staatliche Körperschaften beteiligen können. So könnten sich beispielsweise die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und die Kantone St. Gallen und Thurgau zu einer Jurisdiktion zusammenschließen, die sich mit der Bewältigung des Tourismus und mit dem Naturschutz im Bodenseeraum beschäftigen.

Derartige funktionale, sich überlappende und miteinander im Wettbewerb stehende Jurisdiktionen (kurz FOCJ; ein mit Reiner Eichenberger entwickeltes Konzept) entsprechen der Idee Europas weit besser als der heute immer wieder beschworene Versuch eines immer engeren, zentralistischen und etatistischen Zusammenschlusses. Das lebendige und friedliche, weil funktionale Zusammenleben unterschiedlicher Einheiten entspricht der europäischen Vielfalt. Unterschiede zwischen Ländern werden fruchtbar gemacht und nicht durch Direktiven aus Brüssel unterdrückt. Der heute von manchen Politikern unternommene Versuch, Europa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten zu konstruieren, ist unproduktiv.

Betrachtet man die Situation in Europa, wird sofort deutlich, dass derartige funktionale Einheiten wegen des Drucks der herrschenden Verhältnisse bereits entstanden sind. Der Schengen-Raum ist keineswegs mit dem EU-Raum identisch. So ist zum Beispiel das Vereinigte Königreich nicht dabei, dafür nimmt das Nicht-EU-Land Schweiz teil. Auch der Euroraum umfasst nicht alle EU-Mitglieder; Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich haben sich geweigert, an diesem wenig geglückten Experiment teilzunehmen.

In der abgehobenen Europa-Debatte werden solche Einheiten, die nicht alle EU-Mitglieder umfassen, als unvollständig und ungut angesehen. Dabei stellen unterschiedliche Räume die wünschenswerte Zukunft der EU dar. Ein Netz unterschiedlicher freiwilliger Körperschaften schafft ein Gebilde, das flexibel und offen auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren kann.

Bruno S. Frey ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten Zürich und Warwick.

# Why Hamlet is no euro-federalist

28 August 2011 **EVENIMENTUL ZILEI BUCHAREST**



Laurence Olivier as the Prince of Denmark in his 1948 adaptation of Shakespeare's play.

**Although many commentators have called for it to be established, the United States of Europe remains a chimera, which is incompatible with the history and plurality of cultures on our continent, argues Romanian writer Mircea Cărtărescu.**

## Mircea Cărtărescu

In recent weeks, Romanian President Traian Băsescu has repeatedly spoken of the need to create a United States of Europe: an initiative that will only be possible if participating countries agree, in a context of economic and financial necessity prompted by the ongoing crisis, that they should all "hand over control of part of their sovereignty." So it would amount to a necessary evil and a strategy for survival in a region of the world that is struggling to cope with many imbalances and vexations.

However, I do not believe that this scenario is either realistic or desirable if the model for such a federation is the United States of America, which is what Traian Băsescu's expression implies. More importantly, I do not think that there is an existing federal system anywhere in the world today that could serve as a model for a united Europe. For a united Europe to function (as it has done already to a certain extent), it will require another basis that is specific to our continent, and not one that is solely focused on the issue of economic survival.

We should bear in mind that European states are not simply rectangles that have been arbitrarily demarcated on the surface of the globe. They have histories that date back for thousands of years. They have their languages, their traditions, and their own mentalities and ethos. Each one has its own collective unconscious, its own fantasies, and they all have old wounds and frustrations that have been accumulated in the course of a history they share with their neighbours. This past, which oozes out of every stone, feeds the ancillary nationalism of European peoples, as well as their superiority and inferiority complexes. Nothing is plain and simple in Europe: neither its borders nor its laws, which differ enormously from one state to the next. Some countries even continue to use different systems for weights and measures, and we still drive both on the left and the right hand side of the road. All of these major differences and insignificant idiosyncracies contribute to a force of repulsion between the states of our continent that we cannot ignore.

## The European mind: the driving force that built our civilisation

In Europe, national consciousness came to the fore during the Romantic era and later gave birth to the degenerate and chauvinistic nationalisms which figured large in the conflicts and stereotypes that reached their poisonous apogee in the last century, when heroic ideals were transformed into a nightmare of totalitarianism and world wars. Millions of European citizens were massacred in the name of patriotism and to serve the ends of exacerbated nationalism. The Cold War and the Iron Curtain between the West and East of the continent also contributed to mutilation of European consciousness, or what was left of it in the wake of the historic hell it had endured.

The trend towards fragmentation based on ethnic principles still continues today, in countries as diverse as Belgium and the republics of the former Yugoslavia. Then there is the issue of the religious fragmentation of the continent, which follows borders that are not aligned with national ones to produce the famous Huntington faultline that also crosses Romania. So the question is – can a unifying force provide an effective counterweight to the terrible power of nationalism?

Fortunately, such a force exists and it does not rely for its *raison d'être* on the legislative centralisation and standardisation orchestrated by Brussels. I am talking about the European mind: the formidable cultural and artistic alliance, which is the driving force that built our civilisation – a common heritage that includes such visionaries as Homer, Socrates, Dante, Leonardo de Vinci, Shakespeare, Newton, Vermeer, Goethe, Kant, Beethoven, Proust, and Einstein to name but a few. Europe is first and foremost a cultural concept, a state of mind, and a sense of belonging to a civilisation.

## A united Europe cannot be a United States

It is the continent of museums, concert halls, and cathedrals. It is the home of the spirit of scepticism, with all the slow deep power that is embodied by the figure of Hamlet (himself a European archetype), who is the polar opposite of the man of action. Present-day Europe relates to the United States as Athens once did to ancient Rome. And although at one point Athens sought to emulate Rome, I can see no reason why modern Europe should seek to emulate the United States.

A united Europe will never be united in the same way as the United States. It is a continent that has had the good fortune to be blessed by its quest for a point of equilibrium between the nationalism of nation states and the European mind, which is characterised by free thought and creativity. And although the European mind has been used to provide ballast for an overly centralised bureaucracy and a drive for standardisation which does not take local conditions into account (and this is currently the case), we are still very far removed from the goal of unity. Very few governments appear to be willing to hand over more of the state sovereignty which they represent to a monolithic power that apparently aims to implement an overly planned version of economic socialism.

Because in Europe we would not only be handing over our sovereignty, but our living history which is deeply rooted in the past. If we are to make such a sacrifice, we will need a goal that is significantly better than the one that has been presented thus far.

# Hamlet ne peut pas être fédéraliste

**Les Etats-Unis d'Europe que certains appellent de leurs vœux sont une chimère, incompatible avec l'histoire et la pluralité des cultures de notre continent, estime l'écrivain roumain Mircea Cărtărescu.**

## Mircea Cărtărescu

Le président roumain Traian Băsescu a récemment plusieurs fois rappelé la nécessité de la création des Etats-Unis d'Europe. Mais ceci serait possible seulement si les pays qui en feraient partie acceptaient de *"céder massivement une partie de leur souveraineté"*, forcés par des nécessités économiques et financières évidentes en ces années de crise. Un mal nécessaire donc, une tactique de survie dans cette partie du monde confrontée à de grands problèmes, déséquilibres et provocations.

Je ne crois pas que ce scénario soit réaliste, ni souhaitable, s'il a comme modèle une fédération du type des Etats Unis d'Amérique, comme le laisse entendre l'expression de Traian Băsescu. Plus encore, je crois qu'aucun système fédéral existant aujourd'hui dans le monde ne pourrait servir de modèle pour une Europe unie. Pour que l'Europe puisse fonctionner unie (comme elle le fait déjà, en quelque sorte) elle a besoin d'autres bases, spécifiques à notre Vieux Continent, et pas seulement celles de pure survie économique.

## Le passé alimente le nationalisme des peuples européens

Les Etats européens, d'abord, ne sont pas des rectangles dessinés de manière arbitraire sur une surface de terrain. Ils ont une histoire millénaire. Ils ont leur propre langue, leurs propres traditions, leur propre psychologie, leur propre éthos, leur propre subconscient collectif composé d'un ensemble de souvenirs, de fantasmes, de blessures encore ouvertes et de frustrations accumulées dans une histoire commune. Ce passé qui suinte du moindre caillou alimente le nationalisme subsidiaire des peuples européens, leurs complexes de supériorité et d'infériorité.

Rien n'est simple en Europe : ni les frontières, ni les lois qui diffèrent énormément d'un Etat à l'autre. Même le système de poids et mesures diffère encore, tout comme la circulation à droite ou à gauche des rues. Tout ceci, faits insignifiants ou généraux, composent une force de rejet impossible à ignorer entre les Etats de notre continent.

Cette conscience nationale, gagnée pendant la période romantique et dégénérée sous la forme des nationalismes chauvins, créateurs de stéréotypes et agressifs, a ouvert ses fleurs empoisonnées au siècle dernier. L'idéal héroïque s'est transformé en un cauchemar de totalitarismes et de guerres mondiales. Des dizaines de millions de citoyens de l'Europe se sont fait massacrer au nom du patriotisme et du nationalisme exacerbé. La Guerre froide et le Rideau de fer entre l'Ouest et l'Est du continent ont également contribué à la mutilation de la conscience européenne, du moins ce qu'il en restait encore après l'enfer historique précédent.

La tendance à l'émiettement basé sur des principes ethniques continue encore aujourd'hui, de la Belgique à l'ex-Yougoslavie. S'y ajoute l'émiettement religieux du continent selon d'autres frontières que celles nationales, produisant la fameuse faille de Huntington, qui traverse aussi la Roumanie. Quelles forces centripètes pourraient s'opposer à la terrible force centrifuge du nationalisme ?

## Le sentiment d'appartenir à une civilisation

Elles existent, heureusement, et ne sont pas liées en priorité à la centralisation et la standardisation législative de Bruxelles. Il s'agit de l'esprit européen. De la formidable alliance culturelle et artistique du continent qui, en fin de compte, a généré notre civilisation, bâtie sur les épaules d'Homère, Socrate, Dante, Léonard de Vinci, Shakespeare, Newton, Vermeer, Goethe, Kant, Beethoven, Proust, Einstein, les premiers qui me viennent à l'esprit parmi les grands qui ont pensé et créé jadis.

L'Europe est d'abord et avant tout un concept culturel, un état d'esprit, le sentiment d'appartenir à une civilisation. C'est le continent des musées, des salles de concert, des cathédrales. C'est l'esprit intellectuel dubitatif, lent mais profond, incarné par un Hamlet pensif (archétype de l'Européen), en opposition à l'homme d'action. C'est la Grèce du présent, qui a pour Rome l'Amérique. Il n'y a aucun motif pour qu'Athènes veuille devenir une Rome.

L'Europe unie ne sera jamais unie dans le sens de la fédération des Etats américain. Sa chance est la quête et la découverte d'un point d'équilibre entre le nationalisme des Etats qui collaborent et l'esprit européen, de la libre pensée et de la créativité. Mais si l'esprit européen vient lesté d'une bureaucratie sur-centralisée et une standardisation qui ne tient pas compte des conditions locales, comme il en est actuellement, il y aura peu de chances d'unité. Très peu de gouvernements seront enclins à céder davantage de la souveraineté des Etats qu'ils représentent pour un monolithe qui semble disposé à un type de socialisme économique ultra-planifié.

Car en Europe on ne cède pas seulement sa souveraineté, mais de l'histoire vivante, profondément enracinée dans le passé. Pour renoncer à cette dernière il faut avoir l'espoir de quelque chose de bien meilleur. 🇷🇴

# Hamlet kann kein Föderalist sein

29. August 2011 **EVENIMENTUL ZILEI BUKAREST**

**Die Vereinten Staaten von Europa, so wie einige sie sich herbeiwünschen, sind ein Hirngespinnst und völlig unvereinbar mit Geschichte und Vielzahl der Kulturen unseres Kontinents, konstatiert der rumänische Schriftsteller Mircea Cărtărescu.**

## Mircea Cărtărescu

Der rumänische Präsident Traian Băsescu hat kürzlich mehrmals darauf hingewiesen, wie notwendig die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa sei. Dies sei aber nur möglich, wenn die beteiligten Länder dazu bereit wären „in großem Maße Souveränitätsrechte abzutreten“, wozu sie aufgrund der offenkundigen wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten in diesen Krisenjahren praktisch ohnehin gezwungen sein werden. Ein notwendiges Übel also, eine Überlebensstrategie in diesem mit großen Problemen, Ungleichgewichten und Provokationen konfrontierten Teil der Welt.

Ich glaube nicht, dass ein solches Szenario realistisch ist, und darüber hinaus wäre es auch nicht wünschenswert, zumindest nicht, wenn sein Vorbild ein Verbund nach Art der USA wäre, wie die Wortwahl Traian Băsescus andeutet. Mehr noch, ich glaube, dass kein derzeit in der Welt existierendes föderales System als Leitbild für ein Vereintes Europa verwendet werden kann. Damit Europa vereint funktionieren kann (so wie es das auf gewisse Weise schon tut), braucht es andere für unseren Alten Kontinent spezifische Grundlagen über das schlichte wirtschaftliche Überleben hinaus.

## Die Vergangenheit nährt den Nationalismus der europäischen Völker

Denn die Europäischen Staaten sind zunächst einmal keine willkürlich gezogenen Rechtecke auf einer Landkarte. Sie haben eine tausendjährige Geschichte. Sie haben ihre eigenen Sprachen, ihre eigenen Traditionen, ihre eigene Psychologie, ihr eigenes Ethos, ihr eigenes kollektives Unbewusstes, ihre eigene Mischung aus Erinnerungen, Träumen, noch offenen Wunden und Frustrationen, angehäuft in einer gemeinsamen Geschichte. Diese Vergangenheit, die aus jedem noch so kleinen Stein spricht, nährt den zusätzlichen Nationalismus der europäischen Völker und ihre Überlegenheits- und Minderwertigkeitskomplexe.

In Europa ist nichts leicht: Weder die Grenzen, noch die Gesetze, die sich von Staat zu Staat extrem unterscheiden. Selbst Gewichts- und Maßeinheiten unterscheiden sich noch, ebenso wie Links- und Rechtsverkehr. All diese scheinbar nebensächlichen Belanglosigkeiten stellen einen Unruheherd dar, den die Staaten unseres Kontinents untereinander unmöglich ignorieren können.

Dieses Nationalbewusstsein, das in der Romantik entstand und in Form der chauvinistischen Nationalismen mit ihrer aggressiven, stereotypen Art degenerierte, hat seine vergifteten Früchte im letzten Jahrhundert hervorgebracht. Das heroische Ideal hat sich in einen Albtraum aus Totalitarismen und Weltkriegen verwandelt. Viel zu viele Millionen Europäer wurden im Namen von Patriotismus und übersteigertem Nationalismus massakriert. Der Kalte Krieg und der Eiserner Vorhang zwischen Ost und West haben ebenfalls zur Verstümmelung des europäischen Bewusstseins beigetragen, zumindest dessen, was noch nach der vorausgegangenen historischen Hölle davon existierte.

Der Hang zur Zerstückelung aufgrund ethnischer Prinzipien hält noch heute von Belgien bis Ex-Jugoslawien an. Hinzu kommt die religiöse Zerstückelung des Kontinents nach anderen Grenzen als den nationalen, wodurch die berühmt-berüchtigte Kluft von Huntington entsteht, die sich auch durch Rumänien zieht. Welche Zentripetalkräfte könnten es mit der verheerenden Fliehkraft des Nationalismus aufnehmen?

## Das Gefühl, einer Zivilisation anzugehören

Glücklicherweise gibt es diese Kräfte und sie sind vorrangig nicht an die Zentralisierung und legislative Standardisierung von Brüssel gebunden. Ich spreche von der europäischen Geisteshaltung. Vom großartigen kulturellen und künstlerischen Bündnis des Kontinents, das schließlich unsere Zivilisation hervorgebracht hat und auf den Schultern eines Homer, Sokrates, Dante, Leonardo da Vinci, Shakespeare, Newton, Vermeer, Goethe, Kant, Beethoven, Proust, Einstein erbaut wurde. Dies sind nur die Namen, die mir von den Großen, die vor uns lebten, als erstes in den Sinn kommen.

Europa ist zunächst einmal und vor allem ein kulturelles Konzept, eine Geisteshaltung, das Gefühl, einer Zivilisation anzugehören. Es ist der Kontinent der Museen, der Konzertsäle und der Kathedralen. Es ist der zweifelnde Intellektualismus, der zwar langsam aber tiefgründig ist und der von einem grüblerischem Hamlet verkörpert wird (dem Archetyp des Europäers); im Gegensatz hierzu steht der Mann der Tat. Es ist das heutige Griechenland, dessen Rom Amerika ist. Es gibt keinen Grund für Athen so werden zu wollen wie Rom.

Das Vereinte Europa wird niemals in der gleichen Weise vereint sein wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Seine Chance sind das Streben und Finden eines Fließgleichgewichtes zwischen dem Nationalismus der mitarbeitenden Staaten und dem europäischen Geist des freien Denkens und der Kreativität. Doch wenn der europäische Geist beschwert ist von einer überzentralisierten Bürokratie und einer Standardisierung, die lokale Bedingungen außer acht lässt so wie es heute der Fall ist, stehen die Chancen auf Einheit schlecht. Nur sehr wenige Regierungen sind dazu bereit, weitere Souveränitätsrechte ihrer Staaten an einen Monolithen abzutreten, der einem extrem durchgeplanten Wirtschaftssozialismus zugeneigt zu sein scheint.

Denn in Europa gibt man nicht nur seine Souveränität ab, sondern auch lebende Geschichte, die tief mit der Vergangenheit verwurzelt ist. Um darauf verzichten zu wollen, muss es die Hoffnung auf etwas weitaus Besseres geben.



## The Guardian

Région Europe  
Pays Royaume-Uni

Ville Londres

Genre Généraliste

Périodicité Quotidien

Langue(s) anglais

Diffusion 332 800

### Site Internet

<http://www.guardian.co.uk/> (anglais)

Mise à jour Permanente ou quotidienne

Site payant non

Archives oui

Newsletter oui

Forums oui



## LE JOURNAL

L'indépendance, la qualité et la gauche caractérisent depuis 1821 ce titre, qui abrite certains des chroniqueurs les plus respectés du pays.

*The Guardian* est le journal de référence de l'intelligentsia, des enseignants et des syndicalistes. Tout en étant proche des travaillistes, il demeure très critique vis-à-vis du gouvernement. De très haute tenue, le journal abrite des chroniqueurs tels que Jonathan Freedland et Polly Toynbee.

## LE SITE WEB

Site commun au *Guardian* et à l'hebdomadaire dominical *The Observer*. C'est sans doute l'un des sites les plus complets de la presse britannique. Outre le contenu des deux titres - déjà très volumineux -, on y trouve aussi de nombreuses rubriques spécialisées sur le sport, la gastronomie, les voyages, les médias, etc. La rubrique Livres est particulièrement fouillée. A l'image du *Guardian*, le site est riche et de haute volée.

## The Independent

Région	Europe
Pays	Royaume-Uni
Ville	Londres
Genre	Généraliste



Périodicité	Quotidien
Langue(s)	anglais
Diffusion	215 000

### Site Internet

<http://www.independent.co.uk> (anglais)

Mise à jour	Permanente ou quotidienne
Site payant	non
Archives	oui
Newsletter	oui
Forums	oui

## LE JOURNAL

Créé en 1986, c'est l'un des grands titres de la presse britannique de qualité. Il se distingue de ses concurrents par son indépendance d'esprit, son engagement proeuropéen et ses positions libérales sur les questions de société.

Pendant l'ère Thatcher, une équipe a fait le pari de sortir un quotidien qui ne soit affilié ni aux conservateurs ni aux travaillistes. Dès le début, le journal s'est distingué par sa fraîcheur de ton et par une maquette innovante, faisant la part belle aux photos. Malgré un succès d'estime, *The Independent* reste le plus petit des quotidiens nationaux dits de qualité. En 2004, il a adopté le format tabloïd. En avril 2005, poursuivant sa mue, il a modifié sa une et sa mise en page intérieure. Mais la diffusion du journal ne cesse de baisser depuis quelques années et le titre connaît de graves difficultés financières. En mars 2010, il est racheté pour un euro symbolique par Alexander Lebedev, un homme d'affaires russe, également propriétaire du quotidien londonien *The London Evening Standard*.

## LE SITE WEB

Après avoir expérimenté plusieurs présentations depuis son lancement en 1997, le site est revenu à un portail classique. Simple, clair et lisible, il permet un accès rapide aux articles. En somme, c'est un site sans fioritures. Sans originalité non plus. Un peu décevant pour un journal qui a plutôt l'habitude d'innover et d'étonner.

## The New York Times

Région Amériques

Pays Etats-Unis

Ville New York

Genre Généraliste

Périodicité Quotidien

Langue(s) anglais

Diffusion 1 160 000

### Site Internet

<http://www.nytimes.com/> (anglais)

Mise à jour Permanente ou quotidienne

Site payant non

Archives oui

Newsletter oui

Forums oui



## LE JOURNAL

Avec 1 000 journalistes, 29 bureaux à l'étranger et plus de 80 prix Pulitzer, le *New York Times* est de loin le premier quotidien du pays, dans lequel on peut lire "all the news that's fit to print" (toute l'information digne d'être publiée).

C'est réellement le journal de référence du pays dans la mesure où les télévisions ne commencent à considérer qu'un sujet mérite une couverture nationale que si le *New York Times* l'a traité. Et c'est le seul quotidien dont l'édition dominicale (1,7 million d'exemplaires) est distribuée dans l'ensemble des Etats-Unis. (On y trouve notamment la *New York Times Book Review*, un supplément livres qui fait autorité, et l'inégalé *New York Times Magazine*). La famille Ochs, qui, en 1896, a pris le contrôle de ce journal créé en 1851, est toujours à la tête de ce quotidien de centre gauche.

## LE SITE WEB

L'édition web propose tout ce que l'on peut attendre d'un service en ligne, avec en plus des dizaines de rubriques spéciales. Les articles sont liés à des documents déjà publiés dans le quotidien et à des accès à des forums de discussion. Il est possible de se faire envoyer automatiquement les liens concernant un mot clé. Les archives regroupent des articles payants parus à partir de 1996, mais la plupart de ceux de moins d'une semaine sont gratuits. Seul défaut du site : le journal n'est plus consultable le lendemain, seuls les suppléments du dimanche restent en ligne toute la semaine.

## The Washington Post

Région Amériques

Pays Etats-Unis

Ville Washington

Genre Généraliste

Périodicité Quotidien

Langue(s) anglais

Diffusion 700 000

### Site Internet

<http://www.washingtonpost.com> (anglais)

Mise à jour Permanente ou quotidienne

Site payant non

Archives oui

Newsletter oui

Forums oui



## LE JOURNAL

Recherche de la vérité, indépendance : la publication des rapports secrets du Pentagone sur la guerre du Vietnam ou les révélations sur l'affaire du Watergate ont démontré que le *Washington Post* vit selon certains principes. Un grand quotidien de centre droit.

Le *Post* est sorti de l'anonymat dans les années 1930 grâce à une ligne éditoriale – toujours suivie – et une politique commerciale agressive mises en place par son directeur Eugene Meyer, futur président de la Banque mondiale. Premier quotidien à paraître sept jours sur sept (en 1880) et à charger un médiateur de veiller sur l'indépendance du journal (dès 1970), le *Post* a toujours su évoluer pour devenir l'un des journaux mondiaux les plus influents. Depuis 1999, la couleur a fait son apparition.

## LE SITE WEB

Les 160 millions de pages vues mensuellement en témoignent, ce site d'information est l'un des plus complets dans son secteur. Mise en ligne du journal du jour, suivi de l'actualité, dossiers thématiques, etc. Le site, créé en 1996, attire de nombreux internautes de l'étranger. Seules les archives qui remontent à plus d'une semaine sont payantes.

## The Wall Street Journal

Région Amériques  
Pays Etats-Unis  
Ville New York



Genre Généraliste  
Périodicité Quotidien  
Langue(s) anglais  
Diffusion 2 000 000

### Site Internet

<http://online.wsj.com/public/us> (anglais)

Mise à jour Permanente ou quotidienne  
Site payant oui  
Archives oui  
Newsletter oui  
Forums oui

## LE JOURNAL

C'est la bible des milieux d'affaires. Mais à manier avec précaution : d'un côté, des enquêtes et reportages de grande qualité ; de l'autre, des pages éditoriales tellement partisans qu'elles tombent trop souvent dans la mauvaise foi la plus flagrante.

Récompensé par 33 prix Pulitzer, le *WSJ* est surtout apprécié pour ses analyses des marchés financiers et son suivi des tendances du management et des affaires. Mais depuis son rachat, en juillet 2007, par le groupe News Corp. de Rupert Murdoch, le quotidien évolue progressivement vers une formule plus généraliste. Le but : rivaliser avec *The New York Times*. Désormais, plus de place est accordée aux informations internationales et à la politique. Le sport et la culture montent également en puissance. Enfin, un supplément "Art de vivre", baptisé *WSJ.* et destiné à séduire un public féminin, a vu le jour en septembre 2008. Ce trimestriel devait en principe devenir mensuel en 2009, mais la morosité du marché publicitaire a contrecarré ce projet. Installée dans le quartier financier de New York depuis sa création, en 1889, la rédaction y est restée malgré les dégâts subis lors des attentats du 11 septembre 2001 et un exil de quelques mois dans le New Jersey. On prête à Murdoch le projet de la faire déménager.

## LE SITE WEB

La version électronique du journal regroupe les éditions américaine, européenne et asiatique. Chaque jour, quelque mille nouveaux articles sont mis en ligne, mais en moyenne seulement trois d'entre eux sont accessibles gratuitement. Avec 1 million d'abonnés, *The Wall Street Journal Online* est le plus grands site d'information économique et financière payant sur le web.

## El País

Région	Europe
Pays	Espagne
Ville	Madrid
Genre	Généraliste
Périodicité	Quotidien
Langue(s)	espagnol
Diffusion	397.000 (777 000 le dimanche)



### Site Internet

<http://www.elpais.com> (espagnol)

Mise à jour Permanente ou quotidienne

Site payant oui

Archives oui

Newsletter oui

Forums oui

## LE JOURNAL

Né en mai 1976, six mois après la mort de Franco, "Le Pays" est une institution. Il est le plus vendu des quotidiens d'information générale et s'est imposé comme l'un des vingt meilleurs journaux du monde. Plutôt proche des socialistes, il appartient au groupe de communication PRISA.

Format tabloïd, maquette aérée, écriture journalistique à l'anglo-saxonne, bonne couverture de l'actualité internationale, contributions d'intellectuels prestigieux : tels sont les principaux ingrédients d'une formule de presse qui reste inégalée dans le pays.

## LE SITE WEB

Le site est le second site d'information d'Espagne, après celui du quotidien *El Mundo*. Avec 5 650 000 visiteurs uniques mensuels en juin 2007, il n'était plus qu'à 280 000 visiteurs de son éternel concurrent. Pour tenter de rattraper son retard, le site a une méthode simple : multiplier les services online (blogs, forums, chats) et, surtout, donner gratuitement l'intégralité de son contenu quotidien. Une prestation qu' *El Mundo* fait payer.

## Der Spiegel

Région Europe

Pays Allemagne

Ville Hambourg

Genre Généraliste

Périodicité Hebdomadaire

Langue(s) allemand

Diffusion 976 000

### Site Internet

<http://www.spiegel.de> (allemand)

Mise à jour Permanente ou quotidienne

Site payant oui

Archives oui

Newsletter oui

Forums oui



## LE JOURNAL

Un grand, très grand magazine d'enquêtes, lancé en 1947, agressivement indépendant, et qui a révélé plusieurs scandales politiques.

Un grand, très grand magazine d'enquêtes, lancé en 1947, agressivement indépendant, et qui a révélé plusieurs scandales politiques. Depuis sa création, le *Spiegel* a choisi la ligne du journalisme d'investigation et a déclaré la guerre à la corruption et à l'abus de pouvoir. Il est en général peu tendre avec la droite allemande. Connu pour avoir développé son propre jargon journalistique, il publie aussi quatre hors-séries par an.

## LE SITE WEB

Le site du *Spiegel* est le magazine en ligne qui a le plus de succès en Allemagne. Avec sa propre rédaction et même ses propres correspondants, il propose à l'internaute des articles issus de l'hebdomadaire avec des résumés en anglais (accès payant) et de nombreuses rubriques qui lui permettent de rester en permanence en contact avec l'actualité. Le 24 mars 2003, quand les troupes américaines débarquèrent en Irak, le site fut visité par 1,8 million de personnes. Une version anglaise du site avec la traduction de certains articles et enquêtes existe depuis 2004.

Ökonom Joseph Stiglitz

## „Deutschland muss mehr Schulden machen“

**Sparen hilft nicht weiter, warnt der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz im F.A.S.-Gespräch. Der New Yorker Starökonom will lieber die Spekulanten und Reichen bestrafen. Dagegen sollen arme Menschen entlastet werden.**

28. August 2011

### Herr Stiglitz, stürzt die Welt in eine Rezession?



Die Krise ist es nicht wert, sich die Laune verderben zu lassen: der New Yorker Starökonom Joseph Stiglitz

Amerika ist in großer Rezessionsgefahr, ich schätze die Wahrscheinlichkeit auf 30 Prozent. Aber am Ende geht es nicht darum, ob die Wirtschaft schrumpft. Sondern ob es genug Wachstum gibt, um neue Stellen zu schaffen. Amerika zumindest ist davon weit entfernt. Und das Problem wird noch schlimmer, das ist fast sicher. Auch in Europa ist die Lage kritisch.

### Wird der Euro die Krise überstehen?

Das hängt davon ab, wie entschieden sich die europäischen Politiker zum Euro bekennen. Aber der politische Prozess ist kompliziert, manchmal müssen Beschlüsse einstimmig fallen. Ich denke, sie werden sich engagieren und tun, was nötig ist.

### In Deutschland fragen sich mehr und mehr Leute, ob der Euro noch so eine gute Idee ist.

Mit dem Euro ist es wie mit Eiern: Es ist ziemlich schwer, aus einem Rührei wieder die einzelnen Eier herauszuholen. Natürlich kostet es Geld, ihn zu behalten. Aber es kostet noch mehr Geld, wenn er auseinanderfällt. Dann wird die deutsche Währung aufwerten, das macht das Geschäft für die Firmen schwieriger. Außerdem bekommen die deutschen Banken Schwierigkeiten mit ihren Krediten an die Länder, die Schwierigkeiten haben. Dazu kommt, dass auch Deutschlands Handelspartner Probleme bekommen werden.

### Der Euro ist für Deutschland auch teuer. Wir zahlen Milliarden für Hilfskredite und den Rettungsfonds.

Natürlich wird es nicht billig, ihn zu behalten. Aber es wird doch immerhin relativ günstig, wenn sich die Politiker klar zum Euro bekennen und wenn man meiner Wachstumsstrategie folgt. Wir haben das an Brasilien gesehen. Das hatte 1998 große Schwierigkeiten. Der Internationale Währungsfonds lieh Geld. Brasilien konnte es später zurückzahlen - heute hat es eine starke Wirtschaft und wenig Schulden.

### Derzeit leiht die EZB Geld, indem sie Anleihen der Pleitestaaten kauft. Der Bundespräsident hat die Strategie heftig kritisiert, weil sie rechtlich fragwürdig ist.

Dass die EZB das macht, ist nicht schlecht. Als sie gegründet wurde, hatten die Ökonomen etwas wichtiges vergessen. Nämlich, dass sich Zentralbanken nicht nur um die Inflation kümmern müssen, sondern auch um die Stabilität des Finanzsektors. Jetzt verstehen das die meisten Zentralbanken wieder. Dummerweise sind Europas Gesetze aber nicht flexibel genug. Deshalb interpretiert man die Gesetze relativ weit. Und wenn man sieht, wie kompliziert der politische Prozess ist und wie wenig Zeit für Entscheidungen bleibt, dann ist das völlig angemessen.

### Was muss dauerhaft passieren?

Sparen hilft nicht. Das ist mehrmals probiert worden, zum Beispiel 1929 - es hat aus einem schwarzen Freitag an der Börse eine große Depression gemacht. Der Internationale Währungsfonds hat das auch in Argentinien probiert.

### In Lettland hat es funktioniert, sagt Bundespräsident Wulff...



Unter Ökonomen gilt Lettland als Desaster. Die Wirtschaft ist um mehr als 20 Prozent geschrumpft. Die Menschen dort machen das nur deshalb mit, weil sie mit dem alten kommunistischen Regime noch schlechtere Erfahrungen haben. Ich kapiere einfach nicht, dass es in Europa Länder gibt, die freiwillig Geld sparen. Ihre Schuldenbremsen sind der falsche Weg - je rigider, desto falscher.

**Wir würden ja auch gerne mehr Geld ausgeben. Aber wir haben einfach schon zu viele Schulden.**

Deutschland hat solche Probleme noch nicht. Ihre Regierung kann sich noch Geld leihen und das ausgeben. Deutschlands Wachstum würde dann die Wirtschaft in der Eurozone ankurbeln. Und es würde die Ungleichgewichte zwischen den Ländern bekämpfen, die es immer noch gibt.

**Zusätzliche Schulden können doch nicht den Euro retten - wo gerade die Schulden die Ursache der Krise waren.**

Betrachten Sie es wie im Unternehmen. Keine Firma verordnet sich eine Schuldenbremse. Wenn die Zinsen niedrig sind, nimmt man eben Kredite auf. Und Deutschlands Zinsen sind gerade niedrig. Es gibt genügend Investitionen, die viel mehr Rendite bringen würden als die Zinsen.

**Zinsen können auch schnell steigen - das haben nicht nur Griechenland und Italien erlebt.**

Deutschland ist noch weit weg vom Kippen, seine Schulden machen mir noch keine Sorgen. Aber wenn Sie in Deutschland tatsächlich Angst vor Schulden haben, dann machen Sie es anders - kurbeln Sie die Wirtschaft an, ohne dass es Geld kostet.

**Das klingt zu schön um wahr zu sein. Wie soll denn das gehen?**

Sie können die Steuern für Firmen senken, die viel investieren - und sie für die Firmen erhöhen, die wenig investieren. Oder Sie können die Steuern für reiche Leute erhöhen und das Geld investieren. Oder Sie senken mit dem Geld die Mehrwertsteuer, das hilft dem Konsum. Man könnte auch eine Spekulationssteuer einführen. Das würde Geld bringen und helfen, die Finanzmärkte unter Kontrolle zu bringen.

**So eine Spekulationssteuer funktioniert nur, wenn die anderen europäischen Staaten auch mitmachen. London müsste auf jeden Fall auch seine Steuern erhöhen.**

Nein. Natürlich wäre es besser, wenn die anderen Staaten das auch machten. Ich bin aber überzeugt davon: Wenn Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien die Spekulationssteuer gemeinsam einführen, wird sie funktionieren. Sie müsste eben für alle Einwohner des Landes erhoben werden, egal wo sie ihre Aktien handeln. Die Leute würden nicht deshalb wegziehen.

**Aber die Fonds würden wegziehen.**

Das ist ein grundsätzliches Problem, um das sich Europa irgendwann kümmern muss: die Steuerflucht. Europa wird nicht überleben, wenn die Steuern nicht besser aneinander angepasst werden. Eine wirtschaftliche Einheit kann funktionieren, wenn die Leute auf diese Weise Steuern oder anderen Regeln entfliehen können.

**Nehmen wir an, diese Steuer funktioniert: Dann gibt es weniger Aktivität an der Börse. Forscher sagen, dann werden die Ausschläge noch heftiger.**

Dafür gibt es keine Beweise. Schauen Sie sich die vergangenen Jahre an: In dieser Zeit sind die Handelskosten an den Börsen extrem gesunken, und die Ausschläge sind gestiegen. Das liegt vor allem an den Computern, die in Millisekunden handeln. Ich war in Amerika Mitglied einer Kommission, die das untersucht hat. Die Computer hören genau dann auf zu handeln, wenn sie am nötigsten wären.

**Selbst wenn das stimmt: So eine Steuer macht die Banken noch nicht solide.**

Es gibt noch mehr. Wir brauchen mehr Transparenz für Finanzsysteme. Die Banken müssen weniger Geld für die Abwicklung von Zahlungen verlangen, zum Beispiel für Kreditkarten-Zahlungen. Und man muss dafür sorgen, dass Banken nicht mehr Too big to fail sind, zu groß für eine Pleite. Solange das der Fall ist, trägt vor allem der Staat das Risiko ihrer Spekulationen. Das Risiko verschwindet ja schließlich nicht. Deshalb dürfen sich die Banken weniger per Kredit finanzieren. Sie brauchen mehr Eigenkapital, das dieses Risiko trägt.

**Dafür werden gerade Regeln ausgearbeitet.**

Die gehen nicht weit genug. Aber die Banken sind trotzdem schon dagegen.

**Die Banken sagen, sie können nicht genug Eigenkapital aufbringen und müssen dann weniger Kredite vergeben. Das schadet dem Wachstum.**

Das muss nicht sein. Der Staat könnte im Gegenzug Kredite an kleine Firmen stärker bezuschussen. Im Prinzip ist es ja schon eine Subvention, dass der Staat implizite Garantien für die Banken übernimmt. Aber diese Subvention ist intransparent. Das Geld sollte er lieber transparent den Firmen geben, die es brauchen.

**Sollte man Subventionen nicht ganz abschaffen, da wird viel Geld verschwendet.**

Natürlich verschwendet die Regierung dabei auch Geld. Aber eines ist sicher: Keine Regierung hat je so viel Geld verschwendet wie die amerikanische Finanzindustrie.

**Es geht nicht immer nur um Geld. Sie arbeiten auch an einem neuen Maß für Wohlstand, außer dem Bruttoinlandsprodukt. Warum reicht das nicht?**

Das Bruttoinlandsprodukt reicht nicht. Wir brauchen mindestens noch ein Maß für die Nachhaltigkeit. Und man muss messen, wie es einem typischen Menschen geht. Wenn das BIP steigt, aber der ganze Zuwachs geht an Bill Gates, dann steigt der Wohlstand im Land nicht. So war es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Deshalb muss man das Einkommen der typischen Menschen messen.

**Das Gespräch führte Patrick Bernau.**



© REUTERS

Stiglitz und IWF-Chefin Christine Lagarde im Gespräch

### **Ein Mann mit Spendierhosen**

Schon als Joseph Stiglitz noch Chefökonom der Weltbank war, trommelte er gegen das Sparen. Hart ging er ins Gericht mit dem Internationalen Währungsfonds, der finanzschwachen Ländern Sparprogramme verordnete. Heute solidarisiert er sich in Spanien mit Demonstranten, die gegen die Haushaltskürzungen demonstrieren, und in Lindau liest er den anderen Ökonomen beim Nobelpreisträgertreffen die Leviten. Stiglitz selbst bekam den Nobelpreis im Jahr 2001. Er lehrt an der Columbia University in New York.

Text: F.A.S.

NYT August 28, 2011

## A Small Country — Finland — Casts Doubt on Aid for Greece

By JACK EWING AND LOUISE STORY

FRANKFURT — France and Germany may effectively run the **European Union**, but Finland has been demonstrating how even a small country can disrupt their grand designs.

By insisting that it receive collateral from Greece in return for aid, Finland is threatening to upend an agreement that euro zone countries, led by France and Germany, made in July to expand the E.U. bailout fund.

Finland would contribute less than 2 percent of the guarantees provided to the fund, known as the European Financial Stability Facility. But the country's demands, the subject of intense negotiations in recent days, threaten to derail the fragile consensus that is preventing Greece from defaulting on its debt.

Finland is the most vivid example of the way domestic politics can become Continental problems, threatening the unity of the 17 euro zone members as they face their deepest crisis ever. But Germany, the Netherlands and Austria — all wealthy countries with strong economies — also harbor deep opposition to bailing out Greece, Portugal, Ireland or any other country that may become overwhelmed by debt.

“In countries like Finland the opposition to what are described as bailouts is huge,” said Philip Whyte, senior research fellow at the Center for European Reform in London. “Governments are politically constrained.”

In Finland, Prime Minister Jyrki Katainen faces discontent within his governing coalition as well as pressure from a nationalist opposition group, the True Finns, which rode euro-skepticism to big gains in April parliamentary elections.

Finland is just one of 17 euro zone countries whose parliamentary approval is needed for the expanded bailout fund and whose domestic politics could upset the process. The case of Finland points to a bigger governance problem in Europe, said James D. Savage, a professor at the University of Virginia who has published a book on European monetary union.

“You have all these multiple veto points, so they can't come to a reasonable conclusion, at least not easily,” Mr. Savage said. “You have increasingly less efficient decisions that are being made.”

European squabbling has contributed to market turmoil around the world and alarmed policy makers.

The possibility that euro zone members will not agree on an expansion of the bailout fund is a concern of the Federal Reserve Bank of New York, according to a person briefed on issues there. Matthew Ward, a spokesman for the New York Fed, declined to comment.

Christine Lagarde, the managing director of the International Monetary Fund, warned European leaders Saturday that their fractiousness was threatening the common currency.

“The current economic turmoil has exposed some serious flaws in the architecture of **the euro** zone, flaws that threaten the sustainability of the entire project,” Ms. Lagarde, the former finance minister of France, said in Jackson Hole, Wyoming, where makers of economic policy were meeting.

The dispute provides one more measure of market uncertainty this week as the summer lull ends and trading regains a more normal volume.

Officials from European finance ministries spent much of Friday in long-distance negotiations about the collateral issue but did not reach an agreement. Conflicting reports about the negotiations have fed market confusion. The news media in Germany and other countries reported Friday that Finland had dropped its demands, but the reports were swiftly denied by Finnish officials.

The climate created by the collateral dispute could make it more difficult for the European Central Bank to continue to defend Italy and Spain in bond markets and contain their borrowing costs. This month the E.C.B. has spent €36 billion, or \$52.2 billion, intervening in debt markets in an effort, so far successful, to cap bond yields for the two countries.

The E.C.B.'s task could prove more difficult when trading volume picks up, especially since both Spain and Italy are scheduled to try to sell government securities this week. "A litmus test for the effectiveness of the E.C.B.'s bond-buying program is in the cards," Rainer Guntermann, an analyst at Commerzbank, wrote in a note.

A steady drip of bad economic news has helped further depress investor sentiment, most recently on Friday, when the European Central Bank released data showing that bank deposits and lending remained weak. Meanwhile, there are continuing signs that banks are becoming increasingly suspicious of each others' creditworthiness and are reluctant to lend to each other. The so-called three-month Libor-OIS spread, considered an indicator of interbank tension, has doubled this month, according to Bloomberg data. A wider spread points to increased tension.

Finnish officials say they want to resolve the collateral issue and contribute to the bailout fund. But they are also adamant that the country must receive guarantees.

"We have to listen to the people of Finland," said a government official, who requested anonymity because of the sensitivity of the issue. "Collateral is an absolute condition for Finland to be involved."

It is unclear what the collateral might consist of — jokes making the rounds suggest that Greece could pawn the Acropolis or the island of Corfu. And any concessions made to Finland would probably then be demanded by other countries like Austria, where citizens are also grumpy about having to provide tax dollars to support Greece. The resentment is fed by tabloid media that depict Greeks as dishonest and lazy. (In fact, surveys show that Greeks work longer hours than Germans.)

Chancellor Angela Merkel of Germany said in an interview published Sunday that Finland would not get any special guarantees. In an interview with the newspaper *Bild am Sonntag*, Mrs. Merkel said that she was confident that the German Parliament would approve the bailout plan, despite murmurs of discontent within her governing coalition. European leaders are aiming to get all 17 euro zone member states to approve the package by the end of September.

Even if European leaders solve the Finland problem, they may well face similar squabbles in the future.

"This specific issue is just part of a broader mural that Europe will be wrestling with for years to come," said Ward McCarthy, the chief financial economist at Jefferies, an asset management and investment banking firm based in New York. "The general perception is that European financial issues are not going to be resolved soon and they will provide periodic disruptions to global financial markets for years."

The collateral dispute is not the only threat to the bailout package. The plan that leaders worked out in July also calls for banks and other investors to swap some of their existing holdings for new bonds that would be worth less but carry guarantees. The plan is designed to cut Greek debt by €37 billion.

But on Friday, in what was probably a tactical move to put pressure on bond holders to accept the deal, Greece said it would back out of the debt relief plan unless 90 percent of investors agreed, Reuters reported.

The alternative would probably be a default by Greece, with more severe losses for creditors.

Given the deepening divisions within Europe, some economists argue that a default would be the best solution, to prevent Greece from dragging the rest of the euro zone down.

"Greece should be allowed to fail," Robert J. Aumann, who has a Nobel in economics, said at a recent conference in Lindau, Germany, according to a text of his remarks. "They should repay the debts they feel able to pay and not pay the others."

*Louise Story reported from New York.*

# Libye : la tentation extrémiste inquiète l'Occident

Par [Isabelle Lasserre](#) Publié le 26/08/2011 à 21:46 Réactions (382)



Des hommes s'exclament pour soutenir la rébellion, près d'une mosquée à Tripoli, après la prière du vendredi. Crédits photo : Francois Mori/AP

**Tout au long de la guerre, le CNT a lutté pour présenter l'insurrection comme un mouvement laïque, uni et libéral. Mais cette image est loin de refléter la réalité.**

Éviter à tout prix le chaos qui a suivi la chute de Saddam Hussein à Bagdad. C'est désormais la principale préoccupation des puissances militaires qui ont mené l'offensive contre les forces du colonel Kadhafi. Hillary Clinton a appelé vendredi les rebelles libyens à la plus grande fermeté contre la «violence extrémiste». Pour la secrétaire d'État américaine, les prochains jours seront «critiques». «Dans la nouvelle Libye, il ne saurait y avoir de place pour la vengeance et les représailles», a-t-elle prévenu, alors qu'une chasse à l'homme se poursuit à Tripoli. Les États-Unis ont exhorté le CNT, l'organe politique des insurgés, à respecter son engagement de bâtir un État tolérant et démocratique protégeant les droits de ses citoyens. Le gouvernement rebelle, qui vient de s'installer dans la capitale, est conscient que le respect de ces principes sera au cœur de l'aide financière que les alliés devraient débloquer pendant la conférence de Paris, le 1<sup>er</sup> septembre.

L'expérience de Bagdad est encore dans tous les esprits. Au printemps 2003, une victoire militaire rondement menée par les troupes américaines avait été gaspillée par une paix mal préparée et quelques erreurs stratégiques. La dissolution de l'armée irakienne et des institutions baasistes avait précipité, en quelques semaines, les sunnites pro-Saddam dans la rébellion. Quant à la capitale, elle avait été la proie des pillages et des actes de vengeance commis par les opposants triomphants.

## Qui aider dans les rangs des rebelles ?

Pour les États-Unis, la France et la Grande-Bretagne, l'après-guerre en Libye est un casse-tête qui commence par la question suivante: qui aider dans les rangs des rebelles ? Tout au long de la guerre, le CNT a lutté pour présenter l'insurrection comme un mouvement laïque, uni et libéral. Mais cette image est loin de refléter la réalité. L'organe politique de la rébellion est en fait traversé par de nombreuses fractures, notamment celle qui oppose les insurgés laïques et modérés aux rebelles islamistes radicaux. Avant la fin de la guerre, une délégation d'experts menée notamment par le Ciret (Centre international de recherche et d'études sur le terrorisme) s'était inquiétée, en revenant de Libye, de l'existence d'une tentation islamiste parmi les insurgés. Son rapport, très critique, dénonçait le projet d'instaurer une charia islamique dans la Libye d'après Kadhafi. Il n'est un secret pour personne que des islamistes radicaux se sont battus dans les rangs rebelles. Le quotidien *Libération* a dressé vendredi le portrait d'Abdelhakim Belhaj, qui après être entré à la tête des rebelles à Tripoli, serait devenu le gouverneur militaire. Capturé par la CIA en 2003, nommé «émir» du Groupe islamique combattant (GICL) libyen adoubé par Ben Laden en 2007, il est connu pour avoir été proche de Zarqawi, le chef d'al-Qaida en Irak. Belhaj, prévient le quotidien, est loin d'être le seul ancien du GIC à avoir été propulsé à un poste militaire de premier plan en Libye. «Qu'al-Qaida tente de profiter de la situation instable et de s'infiltrer là où elle le peut, sans doute. Mais nous sommes d'autant moins inquiets que le Qatar et les Émirats Arabes Unis, deux pays musulmans ayant participé à l'opération et qui sont très sensibles à la présence d'al-Qaida dans la région, sauront très bien faire le tri parmi les rebelles» explique une source française.

## ***Germany's Unhealthy Obsession with Islam***

*A Commentary by Rolf Schieder*

**Muslims in Germany have been accused of many things, from threatening the feminist cause to trying to destroy German society through "demographic jihad." It isn't the Muslims that are the problem, however, but rather our obsession with Islam.**

German Islamophobes hold that their more liberal opponents are do-gooder Islamophiles and cultural relativists. German critics of Islamophobia claim their more conservative opponents are scare-mongers and slanderers. What both groups have in common is an obsession with Islam that doesn't do Muslims, Christians or secularists any good.

The way the **politically motivated murders** of 77 Norwegian children, adolescents and adults by a right-wing extremist were interpreted by the media as an attack on Islam was downright eerie. There were hardly any Muslims among the victims, nor was a mosque in Oslo blown up. It was not the beginning of a crusade against Islam. The victims were overwhelmingly young social democrats, who, if they could be assigned to a religious category at all, were mainly members of the Lutheran state church.

The killer, Anders Breivik, believes that the "Islamization" of Europe is a threat. But what he finds even more threatening is the "cultural Marxism" practiced by his fellow Norwegians. For him, their liberalism is a sign of cowardice and weakness. The term "cultural Marxism" is a reference to "cultural Bolshevism," a concept from the 1920s, when lamentations about a general cultural decline were part of the standard repertoire of conservative political parties. Members of Germany's so-called Conservative Revolution (*ed's note: mainly active in the period between World War I and World War II*) saw the reasons for that decline in capitalism and consumerism, Westernization and individualization. In this sense, it is entirely correct to identify this mental climate as Breivik's inspiration, as the historian Volker Weiss did in a recent opinion piece for SPIEGEL ONLINE.

But what does one gain from calling the killer a "right-wing brother of the jihadists," as Weiss does, and characterizing the events in Norway as "the Talibanization of the Christian right"? This reinforces the old prejudice of the European left, namely, that religion in itself is always and exclusively dangerous. Yet this overlooks the fact that it was political, non-religious worldviews that inflicted endless suffering on humanity in the 20th century. It also suggests that there is a worldwide ecumenical movement of religions that are prepared to use violence and that have become a threat to the non-religious. In Weiss's mind, the events in Norway represent a "fatal embrace" between "crusaders and jihadists."

But if one is to establish a commonality between right-wing extremists like Breivik and jihadists, it lies not in a violent ecumenical movement, but in the shared psychosocial circumstances of the perpetrators. Terrorism is a problem among culturally uprooted, politically radical angry young men who are often educated but unsuccessful. They are men who rebel against a world in which they no longer feel at home. They have higher expectations of the world than it could ever fulfill.

In his influential book "Männerphantasien" ("Male Fantasies"), the German sociologist Klaus Theweleit offers a plausible explanation for the relationship between fascism and delusions of masculinity. If we consider the narcissistic outpourings of the mass murderer behind the Oslo and Utøya attacks, it is not difficult to recognize that he too dreamed the dream of the masculine knight -- depicted as courageous, tough, white, potentially brutal but ultimately

irresistible -- who acts as the savior of a society portrayed as corruptible, soft, permissive, comfortable, feminine and in urgent need of purification. For Breivik, the sympathy that society expresses for the victims is presumably additional proof of its decadence. His goal was not to combat the Muslims, but to rescue his own society from disintegration.

### **A Sign of What Is Lacking**

What, then, is the source of this obsession with Islam? Fifteen years ago, there were about 2 million Turkish immigrants in Germany. Today, Germany's immigrants from Turkey are often lumped into a single category of "Muslims." Their critics say that it is not Turkish parents' own lack of education that prevents their children from doing well in school, but their religious affiliation. Muslim "headscarf girls" (*ed's note: a phrase coined by the controversial German author Thilo Sarrazin*) are characterized as both a threat to feminism and dangerous baby-making machines obsessed with "demographic jihad." Some cite the supposed threat of Muslim parallel societies, apparently ignoring the fact that for centuries Germans have lived in parallel societies consisting of Catholics and Protestants.

"Islam" has become a social phantasm. According to the French psychoanalyst Jacques Lacan, the term "phantasm" refers to a negated and repressed lack. As well as individual phantasms, which point to a repressed deficiency and to unattainable objects of desire, there are also societal obsessions, which relate to socially repressed deficiencies and unattained desires. The phantasm does not describe a real object. Instead, it indicates what is lacking.

What are these deficiencies? What is lacking? It isn't the same for everyone. **Thilo Sarrazin** decries what he sees as a lack of German children. The German politician Klaus von Dohnanyi believes immigrants are more devout than Germans. Others admire their family values. Turks who celebrate loudly and raucously after their team has won a football match are praised for their national pride. We even grudgingly acknowledge the willingness of suicide bombers to sacrifice their lives. Our own population seems lazy, indecisive, fearful, spoiled and endlessly demanding in comparison.

The only possible conclusion seems to be that -- to quote the title of Sarrazin's best-selling book -- Germany is doing itself in. But despite the commercial success of Sarrazin's apocalyptic tome, it did not trigger any tangible change within German society. Thus, the faction of Islam's critics continues to suffer in the midst of a population that supposedly lacks the collective will to defend itself.

### **We Are Actually Discussing Ourselves**

Opposing this culturally pessimistic faction are the secularists who do not subscribe to the phantasm of Islam as the more aggressive and more powerful religion, but instead regard Islam as an anachronistic and -- given their own belief in a secular society -- ultimately illegitimate phenomenon. To these German intellectuals, the fact that an ailing Christian Church tries to help Muslims gain public recognition -- for example, by advocating chairs in Islamic studies at universities -- in a bid to save itself from demise, is doubly vexing.

For German secularists, what is lacking is a secular society. But Germany is still a long way from that. Almost two-thirds of Germans are members of a church, a number that, when compared with the 2 percent of Germans who are members of a political party, speaks to the still robust state of organized religion. Although we live in a secular state, it is not a secular society that the state seeks to protect, but a society that has a vibrant diversity of religious beliefs and worldviews and is therefore pluralistic.

There is a range of other deficiencies, wishes, fears and desires that motivate the phantasm of "Islam," from the yearning for a homogeneous German population to a highly individualized social model that deconstructs all things

institutional. The real problem is that we are not actually discussing Islam at all. Instead, we are -- in the sense that we are talking about what we are not -- actually discussing ourselves. For this reason, I would give the following piece of Kant-inspired advice: "Have the courage to use your own religio-political reason without referring to the Other of Islam." It is not the dispute over the phantasm of "Islam" that is productive, but the impartial analysis of the goals of the religio-political parties that are at odds in our country.

This would remove an enormous burden from the everyday lives of Muslims. They could simply view themselves as a religious minority among others, like the Jews for example, a minority that seeks to practice its religion within the framework of what is legally permissible -- nothing more and nothing less. Problems relating to education, integration and equality could then be addressed as such in a nuanced and appropriate manner without being immediately framed within the context of a culture war. German Muslims would be relieved of the need to justify themselves every time an Islamist suicide bomber commits an attack somewhere in the world. They would be seen primarily as German citizens and only secondarily as members of a world religion.

This would make it easier to differentiate between the idea of "Islam" and the many ways to be a Muslim man or woman in Germany, a country that guarantees religious freedom. Finally, the various Muslim organizations could calmly coordinate among themselves, without having to confront external pressures, regarding how they want to jointly interact with mainstream society.

### **Civilizing Religion**

Without a fantastical view of "Islam," the German debate over religious policy would then become both tougher and clearer. Secularists, who seek to make religion an entirely private affair, and so-called culturalists, who seek to give priority to Christianity, could no longer sustain their joint campaign against Islam. They would be forced to recognize that the respective social models they envision are completely contradictory. Constitutional liberals, on the one hand, would have to join forces with the secularists in demanding equal rights for all religions, thereby opposing the culturalists. On the other hand, they would have to support the culturalists in preventing what the secularists seek, namely, making religious matters private and eliminating religion from the public sphere.

Within such a framework, groups such as the "ex-Muslims" would also lose their unique credibility. When, for example, the German-Egyptian political scientist and Islam critic Hamed Abdel-Samad advocates limiting the influence of organized religion in Germany "to detoxify this society," one could argue that the established religions in Germany promote anti-totalitarian and individual freedom and that they can look back on a tradition of keeping civil society alive. Germany's religious policy is not based on the elimination of religions from the public sphere, but the civilization of religions through public religious education.

### **URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,781577,00.html>



NYT August 23, 2011

# Motherhood as a Retreat From Equality

By KATRIN BENNHOLD

OSNABRÜCK, GERMANY — Playgrounds can tell you a lot about a society.

I used to cycle to work through the Square des Batignolles, our local park in western Paris, and was always struck by the almost uniform ethnic segregation: mostly white toddlers chasing each other and their caregivers, brightly clad West African women chatting away on the benches rimming the sandpit. On those same benches on Sunday afternoons, I would socialize with other young, professional French mothers.

Here in Germany, the only adults populating playgrounds on any day of the week appeared to be mothers — often mothers with a university education who not long ago earned a respectable income.

Of the several social insights to be gleaned from this comparison, one is surely this: French mothers work, and many of them full-time.

The nanny culture seen in Paris is by no means unique. Indeed, in places like New York City and London, where the system of state child care is generally less developed than in France, nannies are also a common sight.

What is striking is that in Germany, Europe's biggest economy, that nanny culture barely exists. Only 14 percent of women return to full-time work after having one child, and only 6 percent after Baby No. 2.

In France, where about 60 percent of mothers with young children work, two-thirds of two-income families employ a nanny, according to the national statistics office, Insee.

"I could not leave my children with a stranger at this age," Jutta Funke said as we watched our 2-year-olds get covered in mud on a playground in this northwestern town where I grew up.

When she heard that I planned to resume full-time work within six months of having my second child, handing the care of two daughters to a nanny in London for 50 hours a week, she was polite but clearly disapproved.

Jutta is 34. She has a business degree and worked for an advertising agency in Hamburg for seven years, steadily climbing the ranks before meeting her husband, Horst.

When Horst, a doctor, was offered a job near Osnabrück, Jutta followed him. And when she didn't immediately find work, she decided to have a baby. Next year, perhaps, she will look for a part-time job.

Does she mind being financially dependent on her husband? Putting her professional life second to his? "I don't think about it that way," she said. "I put my child first."

I met several German mothers like Jutta on the playground and was torn between sympathy and impatience.

Most of them grew up with education and ambitions similar to mine: combining children with career and sharing family responsibilities with the partner. They all think of themselves as equals to their husbands. In practice, the roles they have assumed still bear a striking resemblance to those of their mothers, who had a much narrower set of opportunities and rights at their disposal.

Working mothers still face more stigma in Germany than in many other Western countries. A Teutonic mother cult infamously celebrated by the Nazis was institutionalized by successive postwar governments in West Germany. Even now, half-day schools are the norm, and the tax system rewards unequal earnings between spouses.

Things have begun to change: A fifth of German schools now offer full-day programs, and more are signing up. Mothers can share 14 months of paid parental leave with fathers.

Yet the shockingly low number of day care places in Western Germany is increasing only at snail's pace, despite a 2013 deadline to give all year-old toddlers the legal right to a nursery place.

Why have politicians felt free to drag their feet on improving child care infrastructure? Why does the average Western German mother work only 25 hours a week 10 years after the birth of her last child? Why do **only 19 percent of German couples with children both work full-time, compared with 42 percent in France?**

Bascha Mika, author of a controversial best-selling book, "The Cowardice of Women," published in Germany this year, thinks women have largely themselves to blame. According to her, they aren't putting enough pressure on politicians, are failing to negotiate equal terms in relationships and often voluntarily retreat into a traditional mother role that spares them other hard questions about identity and purpose in life.

It's a risky strategy at a time when the economic crisis is putting male jobs and incomes at risk, when increasing longevity means bringing up children is only a passing phase in a woman's life and when divorce rates are high. Even if childcare eats up all of the female income, there is a long-term pay-off to staying in the labor market.

"What's the matter with us?" Ms. Mika asks German women. "Don't we want to be free and equal?"

"We are collaborating with a system that reduces us to motherhood," she writes. "We voluntarily choose to be powerless and adjust to self-inflicted victimhood. That's cowardice."

Whether the term "cowardice" helps anyone more than Bertelsmann, Ms. Mika's publisher, is questionable. The power of tradition and lack of comprehensive state child care are strong barriers to effective gender equality.

But Ms. Mika, herself Polish-born and childless, has made a useful contribution to the protracted debate about women's advancement in Germany by posing some uncomfortable questions about the implications of being emancipated in the 21st century.

Why do we insist on spending ridiculous amounts of money on our looks, all the way up to elective plastic surgery? Why do we still draw so much of our self-confidence from having a husband and a baby? Indeed, why do young professionals often obsess about being that elusive "perfect" mother?

Yes, women are fundamentally different from men: they give birth. So one answer is that they have different priorities and are making choices that make them happy. Another is that their freedom to choose remains somewhat illusory.

Opening up that freedom of choice may hinge less on bringing a nanny culture to places like Germany and more a social contract involving parents, business and government in altering the work-life balance.

One country where you wouldn't find nannies on playgrounds is Sweden. But that's not because parents worry about leaving offspring with "strangers"; most Swedish toddlers are in subsidized preschools, and most parents finish their jobs in time to pick them up.

With 21st-century reach-everyone-anytime technology, might we not rethink child-unfriendly work hours? In the process, more of Ms. Mika's "cowardly" mothers might hang on to their careers.

## Ringen um die Einführung von Eurobonds

**Analysten der Deutschen Bank haben ein Modell zu Eurobonds vorgestellt. Der Vorschlag achtet darauf, dass Artikel 125 des EU-Vertrages nicht gebrochen wird. Dieser soll verhindern, dass Länder für die Verpflichtungen anderer Staaten einspringen müssen.**

Von Bettina Schulz, London



Eurobonds: Analysten der Deutschen Bank haben nun ein Modell vorgestellt

26. August 2011

Die Einführung von gemeinsamen Euroanleihen mag kurzfristig nicht realistisch sein. Sogenannte Eurobonds werden von Bankern in der Londoner City jedoch als unweigerlicher Schritt auf dem Weg zu einer Fiskalunion gesehen, soll die Währungsunion auf Dauer bestehen bleiben. Insofern befürworten Analysten der Credit Suisse explizit die Politik aus Berlin und Paris, die darauf abzielt, dass sich alle Mitgliedstaaten der Währungsunion zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichten sollen und eine Art Wirtschaftsregierung geschaffen werden soll. Dies seien wichtige Voraussetzungen für nachfolgende Änderungen wie zum Beispiel die Einführung von Eurobonds.

Analysten der Deutschen Bank haben ein Modell zu Eurobonds vorgestellt, das – anders als das bisher vom Brüsseler Institut Bruegel vorgestellte Konzept – berücksichtigt, dass der EU-Vertrag nicht einfach so leicht verändert werden kann und es noch keine europäische Steuerbehörde gibt. Im Gegenteil: der Vorschlag der Deutschen Bank nimmt Rücksicht auf die Budgethoheit der Länder wie sie etwa in Artikel 115 des deutschen Grundgesetzes festgeschrieben ist. Er achtet darauf, dass Artikel 125 des EU-Vertrages nicht gebrochen wird, der verhindern soll, dass Länder für die Verpflichtungen anderer Staaten einspringen müssen. Und er sieht vor, dass alle Länder gleich behandelt werden und ein Land das System der Eurobonds verlassen kann, wenn es das will.

Nach diesem Konzept müsste jeder Staat mit einer zu schaffenden Europäischen Schuldenagentur einen mehrjährigen Finanzierungsrahmen in Höhe von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vereinbaren. In Höhe des Finanzbedarfes, also zum Beispiel einer Anleihe, welche die Agentur für den Staat begeben sollte, müsste das Land der Agentur eine Deckungs-Garantie von 300 Prozent des Emissionsbetrages zuzüglich Zinsen bieten. Damit hafte jeder Staat der Agentur gegenüber einzeln für die Tilgung und den Zinsdienst. Da jedoch die Staaten mit der Höchstbonität „Aaa“ am Kapitalmarkt 51 Prozent des gesamten Anleihevolumens ausmachten, sei gesichert, dass die Anleihen der Schuldenagentur – vor allem wegen der Überdeckung – mit einem „Aaa“ versehen würden.

### **Gezwungen, ihre eigene Schuldenaufnahme zu drosseln**

In diesem System würden Länder nicht explizit für die Schulden anderer Länder eintreten. Außerdem würden sie die Parlaments-Hoheit über ihre eigene Schuldenaufnahme behalten. Gleichzeitig bildet das Rating eine Art Schuldenbremse. Je weniger Kapital hochkarätige „Aaa“-Schuldner über die Agentur aufnahmen, desto mehr wäre das „Aaa“ künftiger Eurobonds der Agentur gefährdet. Staaten, die nicht haushalten könnten, würden damit gezwungen, ihre eigene Schuldenaufnahme zu drosseln, denn sonst riskierten sie das „Aaa“ künftiger Eurobonds. Wollen sie sich allein am Markt finanzieren, müssen sie ohnehin deutlich höhere Risikoprämien zahlen, da diese Kapitalaufnahme nicht unter den Garantieschirm der Agentur oder eines Rettungs-Mechanismus fallen würde.

Rupert Watson, der Chef für Anlagestrategie beim Portfoliomanager Skandia Investment Group, meint: „Das deutsche Ifo-Institut sagt, Eurobonds würden Deutschland 67 Milliarden Euro höhere Zinszahlungen aufbürden. Wir glauben, dass der Betrag wesentlich geringer wäre, weil die Eurobonds nur eine marginal höhere Rendite bieten müssten als Bundesanleihen.“ Derzeit solle der Kauf von italienischen und spanischen Anleihen durch die EZB den Ländern Zeit geben, ihren Haushalt zu sanieren. Wenn diese Hoffnung nicht aufgehe, bleibe der Währungsunion ohnehin keine andere Option mehr als die Emission von Eurobonds. Die Alternative sei sonst das Zerbrechen der Währungsunion.

Text: F.A.Z.

## Der Untergang des Hauses Ruge

Sein ganzes Leben hat Eugen Ruge für eine Buch geprobt: Mit seinem späten Debüt „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ legt er die faszinierende Geschichte seiner Familie vor. Der Roman blickt vom Innersten der DDR auf das ganze deutsche Jahrhundert.

Von Sandra Kegel



Der Außenseiter: Eugen Ruge hat keine literarischen Vorbilder und glaubt nicht daran, dass man die Wirklichkeit

erzählen kann. Er hat es trotzdem versucht

26. August 2011

Der Weg Zum Höft ist schwer zu finden. Dabei hatte der Mathematiker die Lage seines Hauses am Telefon mit derselben Exaktheit beschrieben, mit der er auch später im Gespräch seine verwickelte Familiengeschichte darlegen wird. Sich durchzufragen hat aber auch keinen Sinn, wie sich rasch herausstellt, denn die Anschrift fast aller in Gager lautet: Zum Höft. Das Fischerdorf an der hagenschen Wieck mit seinen wenigen hingewürfelten Häuschen liegt, zumindest von Frankfurt aus gesehen, so ziemlich am entferntesten Eck des Landes: an der Südostküste Rügens, dort, wo nicht einmal mehr der Rasende Roland, die berühmte Schmalspurbahn der Insel, hält, südlich noch von Göhren. Dann endlich, als der Fahrer schon verzweifelt auf Radwegen umherirrt, taucht hinter viel Gestrüpp inmitten von Obstbäumen auf einmal ein kleines malerisches Häuschen mit Reetdach auf, das Refugium von Eugen Ruge.

An diesem weltvergessenen Ort hat der Siebenundfünfzigjährige mit dem grauen Kinnbärtchen die letzten drei Jahre an seinem Roman „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ geschrieben, der in diesen Tagen erscheint. Es ist ein Lebenswerk mit einer besonderen Entstehungsgeschichte, und dieses Haus auf dem Mönchgut spielt darin eine zentrale Rolle. Von Eugen Ruges Mutter in den siebziger Jahren mit eigenen Händen errichtet, tauschte sie für seinen Bau auf dem Schwarzmarkt in der DDR Materialien ein, die sie sich auf abenteuerlichsten Wegen organisiert hatte. Im Tausch für Holz, Zement oder Glas bot sie auch Aal vom Rügener Fischer Eberling.

### Dem Stoff nicht gewachsen

Seinen Gast bittet der Autor zunächst ebenfalls zu Aal und Weißbrot auf seine Terrasse, von der sich der Blick auf den in der Sonne gleißenden Bodden öffnet. Der Fisch, den wir essen, stammt frisch vom Hafen, die Stühle, auf denen wir sitzen, aus alten DDR-Zeiten. Von dieser DDR, diesem seltsamen Land, in das Eugen Ruge als Vierjähriger 1958 mit seinen Eltern aus dem Ural übergesiedelt war und das er, ein Jahr vor dem Fall der Mauer, mit einem gefälschten Ausreiseantrag wieder verließ, handelt sein Roman. „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ erzählt vom Niedergang einer Familie. Es ist seine Familie, die Ruges, eine DDR-Vorzeigefamilie, deren Urahn Niklas Ruge tatsächlich aus Rügen stammt.

Das Haus mit der kleinen Stube im Erdgeschoss und der Schlafkammer oben ist das Einzige, was dem Autor von seiner einst einflussreichen Familie geblieben ist. Zuletzt war er sogar bereit, das Haus selbst zu opfern, es zu verkaufen, um endlich zu Ende zu bringen, was ihn seit zwanzig Jahren umtreibt. Immer wieder war er daran gescheitert, die Geschichte seiner Familie, die auch eine Geschichte Deutschlands ist, eine Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und eine des Leids und des Unglücks, zu fassen zu bekommen. Dem Stoff war er lange Zeit nicht gewachsen. Er musste erst zum letzten Überlebenden seines Clans werden und an einem eigenen Tiefpunkt ankommen, um dieses Schicksal so aufschreiben zu können.

### Zum großen Ganzen gefügt

#### Zum Thema

- Vorschau auf den Literaturherbst 2011

Die Entstehungsgeschichte erklärt, warum der Roman, obwohl es Ruges Debüt ist, nichts von der Aufgeregtheit und Unsicherheit eines Anfängers ausstrahlt. Ruge hat zuvor über vieles geschrieben, über das Grünen-Politikerpaar Bastian/Kelly ebenso wie über Wendevertreter, über Monica Lewinsky oder Ibrahim Böhme. Die meisten seiner Theaterstücke, Hörspiele oder Filmexposés erscheinen jedoch im Rückblick wie Etüden für dieses eine Buch, Fingerübungen, die unbefriedigend blieben. Nun hat sich alles zu einem großen Ganzen gefügt.

„Mit dem Aufgeben habe ich Übung“, sagt Ruge, und lächelt trotzdem. Als Abgänger einer DDR-Eliteschule arbeitete er nach seinem Mathematikstudium in Ost-Berlin an einem geophysikalischen Institut. Er war Mitte dreißig, als er sich dem Theater zuwandte. „Mein Vater hatte mir geraten, ein ideologiefreies Studium zu wählen, damit mir der Apparat nicht ständig reinfunkt“, erzählt Ruge. „Das war keine gute Entscheidung. Mathematik ist eben sehr stofflos, man erfährt wenig über das Leben, über die Geschichte, und Schreiben nebenher ging auch nicht.“ Aber als er endlich seinen ersten Schreibauftrag für ein Drama in der Tasche hat, kann er die Uraufführung seines Stücks „Schuld“ in Leipzig nicht mehr erleben. Denn zu diesem Zeitpunkt ist er kein Bürger mehr der DDR. Er wohnt jetzt in Krefeld, zum Entsetzen des Vaters und der russischstämmigen Mutter.

### **„Die Partei hat immer recht“**

Sein Vater, Wolfgang Ruge, war wie der Kurt Powileit des Romans als Kommunist vor den Nationalsozialisten aus Deutschland nach Russland geflohen. Dort wurde er dann mit Beginn des Krieges von den Russen als Zwangsarbeiter in den Nord-ural deportiert. Die Haft im Lager 239 überlebte er nur knapp. Später heiratete er eine Russin, kehrte mit seiner Familie nach Ostdeutschland zurück und galt als Historiker rasch als Koryphäe seines Fachs. Eugen Ruges Stiefvater, der Wilhelm im Buch, war Mitglied des Geheimdienstes der kommunistischen Internationale und zählte, nach langem Exil in Mexiko, zur Gründungsgeneration der DDR.

Eugen Ruge schildert diesen Wilhelm als unbelehrbaren Kommunisten, dessen ganze Einfalt sich in seinem Lieblingslied mit dem so lächerlichen wie populären Refrain „Die Partei hat immer recht“ manifestiert. Auf Wilhelms neunzigsten Geburtstag, der wenige Monate vor dem Fall der Mauer mit großem Bohei und viel Parteiprominenz gefeiert wird, kommt die Erzählung aus verschiedenen Perspektiven immer wieder zurück. Dieses Fest, das letzte, groteske Aufbäumen der so albern wie gefährlichen Herrschaftselite eines dem Untergang geweihten Landes, ist das geheime Zentrum des Romans. In der Schilderung dieses einen Tages bündelt Ruge all seine Themen. Schon beim Trinkspruch treten ernste politische Probleme zutage: „Auf Gorbatschow – ja. Auf die Perestrojka in der DDR – nein.“ Dem vierzehnjährigen Markus erscheint sein Urgroßvater wie ein Flugsaurier: „Tatsächlich erinnerte die ineinandergeschobene Knochengestalt mit ihren bis zu den Ohren aufragenden Knien, den über die Seitenlehnen hängenden Flügelarmen und der riesigen langen Schnabelnase an den fossilen Abdruck jenes ausgestorbenen Reptils, das Markus immer am meisten beeindruckt hatte.“

### **Parabel auf das System**

In geschickt ineinander verschraubten Geschichten mit wechselnden Zeit- und Perspektivebenen lässt Ruge vier Generationen zu Wort kommen: Mit Wilhelm spricht die erste Generation, die jegliche Kritik am DDR-Staat von sich weist. Sein Stiefsohn Kurt steht dem Sozialismus zwar positiv gegenüber, hat aber erste Zweifel. Alexander, der Vertreter der dritten Generation und Eugen Ruges Alter Ego, entscheidet sich gegen das System und flieht in den Westen. Und für den Urenkel Markus schließlich sind die Ereignisse bloß noch Geschichte.

Die grotesken Kämpfe von Charlotte und Wilhelm, den eisernen Kommunisten, gehören zu den entlarvendsten Szenen des Buchs. Wenn der eine dem anderen dauernd etwas verheimlicht, der andere prompt Verrat wittert und das Paar wechselseitig so viele Intrigen spinnt, dass am Ende niemand mehr durchblickt, so ist das natürlich auch ein Sinnbild für die Kämpfe im Politbüro der DDR. Als eindringliche Parabel auf das ganze System erweist sich auch die heruntergekommene Villa der Großeltern Ruge. Nicht nur geht über die Jahre alles darin Stück für Stück kaputt, es wird von Charlotte und Wilhelm zusätzlich auch kaputtrepariert. Da führen Treppen plötzlich ins Nichts, müssen riesige Umwege gegangen werden, weil ein Durchgang auf einmal zugemauert ist, und als Wilhelm die Terrasse instand setzen möchte, bricht der ganze Hang ein.

### **Leser muss sich hineindenken**

Der kühnen Romankonstruktion merkt man an, dass Ruge vom Theater kommt. Wenn sich, wie in einer Nummernrevue, den Vorhang scheinbar beliebig hebt und senkt, zielt der Kunstgriff in Wahrheit darauf, sich den Fesseln chronologischen Erzählens geschickt zu entziehen. Doch auch der Naturwissenschaftler schlägt in der Prosa durch. Ruge hat sich eine Struktur erschaffen, die den ausufernden Stoff, der sich zeitlich von den fünfziger Jahren bis 2001 erstreckt und geographisch von Russland bis Mexiko reicht, auf vierhundertdreißig Seiten fesselnd handhabbar macht.

„Natürlich sind die Geschichten in Wirklichkeit viel komplizierter als im Buch“, sagt Ruge fast entschuldigend. Und was er erzählt, zum Beispiel über die tatsächliche Agententätigkeit seines Stiefgroßvaters, bestätigt dies. Er habe sich zum disziplinierten Umgang mit dem Stoff zwingen müssen, „weil ich mich schnell langweile, wenn es ausufert, bei mir selbst genauso wie bei anderen Autoren“. Die Beschränkung, sein räumlich-strukturelles Denken, ist ein Erbe der Mathematik, das ihm die Freiheit verschafft hat, beim Erzählen Wesentliches wegzulassen. Natürlich ist das Buch ein Wende-Roman, aber die Wende und Ereignisse, die dazu führten, kommen gar nicht vor. Weil sie schon hundertfach erzählt worden seien, so Ruge. Auch der Westen wird ausgeblendet, und der Mauerbau taucht nur in einer Nebenbemerkung auf. Als Wilhelm vorschlägt, man solle die Sektorengrenze doch schließen, wird er von der Runde nachsichtig belächelt. Im

nächstes Kapitel ist das Mauerwerk dann längst da. Dass der Leser sich in die Leerstellen hineindenken muss, gehört zu den Prinzipien des Romans.

### **„Ich hatte keine Wahl“**

Literarisch lässt sich Ruge keiner Tradition zuordnen; Vorbilder interessieren ihn nicht. Aber eines fällt sofort auf: Anders als etwa Uwe Tellkamp in seinem großen DDR-Epos „Der Turm“ schreibt Ruge in einer klaren, nüchternen Sprache, deren höchstes Anliegen es ist, nicht selbst zu glänzen, sondern hinter den Gegenständen und Themen nahezu zu verschwinden. So nah zoomt sich diese Sprache an die Ereignisse heran, dass man meint, die Vorgänge sprächen für sich selbst. Der ästhetische Ansatz wird inhaltlich unterstützt, indem der Autor selbst möglichst auf jede Deutung seiner persönlichen Vergangenheit wie der Geschichte insgesamt verzichten möchte. So kommt man den Ereignissen und den Menschen in diesem Roman manchmal erschreckend nah – obwohl sie nicht zur Identifikation einladen, im Gegenteil. Auch Ruge hatte früher Zweifel, ob sich die Wirklichkeit, zumal die schwierigen Charaktere seiner Familie, überhaupt in Sprache abbilden lassen. Und auch heute noch ist er davon überzeugt, dass man nicht „realistisch“ erzählen kann, dass der Realismus der komplexen Wirklichkeit immer hinterherhinkt. Zum Glück hat er es trotzdem versucht.

Als Eugen Ruge schon nicht mehr daran glaubte, seine Geschichte überhaupt noch zu Papier bringen zu können, wurde bei ihm eine Krankheit festgestellt. Jahrelang hatte er das Projekt vor sich hergeschoben, „jetzt musste ich es angehen, schon aus persönlichen Gründen“. Er war unsicher, ob er überhaupt Prosa würde schreiben können, und hatte große Zweifel, dass sich überhaupt noch jemand für das Thema DDR interessieren würde. Und er wusste auch nicht, wie er das Projekt finanziell stemmen sollte, denn er war praktisch pleite. „Ohne das Haus meiner Mutter hätte ich mich natürlich schlecht gefühlt, aber ohne wenigstens den Versuch unternommen zu haben, die Geschichte aufzuschreiben, hätte ich mich noch schlechter gefühlt. Ich hatte keine Wahl.“ Er hatte achtzig Seiten geschrieben, da las er in der Presse von einem Literaturpreis für unfertige Manuskripte. Er schickte seinen Text ein – und schaffte es prompt unter die sechs Finalisten. Zur öffentlichen Lesung wurde er als Letzter aufgerufen. Von da an stand sein Telefon nicht mehr still. Das Preisgeld, das er als Gewinner des Alfred-Döblin-Preises erhielt, rettete sein Haus auf Rügen – und letztlich auch den Roman. Aus den vielen Verlagen, die sich sofort um Ruge und sein unfertiges Buch bemühten, erhielt Rowohlt den Zuschlag. Jetzt steht das Buch auf der Longlist des Deutschen Buchpreises.

### **„Was das Buch ausmacht, ist nicht verfilmbar“**

Wir spazieren auf den Bakenberg, gleich hinter Ruges Haus. Mit seinen sechsundsechzig Metern ist dieser Buckel die höchste Erhebung weit und breit. Dennoch ist die Fernsicht beeindruckend, im Osten sieht man Usedom, im Norden das Göhrener Nordperd, im Süden Thiessow und natürlich dazwischen überall Wasser. Kann nach diesem Buch noch etwas kommen? Das ist die heikle Frage, die sich angesichts der Genese des Romans zwangsläufig stellt. Eugen Ruge bleibt gelassen. „Ich habe mein ganzes Leben geprobt für dieses Buch“, sagt er bestimmt, und dass es sicherlich seine wichtigste Arbeit sei, vielleicht auch bleibe. Aber das macht ihm keine Angst. „Irgendetwas ist immer das Wichtigste von dem, was man macht“, sagt er in die kühle Abendstimmung hinein.

Ob er an eine Verfilmung denke? In seiner Schnitttechnik bietet sich das Buch dafür ja regelrecht an. „Finden Sie?“, fragt Ruge zurück. „Ich bin da ganz anderer Ansicht.“ Das, was ein Buch im Innersten ausmache, sei eben gerade nicht verfilmbar, davon gibt er sich überzeugt. „Und bloß, um hunderttausend Euro zu verdienen, würde ich niemals die Filmrechte abgeben.“ Er schaut in der Abendsonne auf sein Rügen hinab: „Mir geht es gut. Ich habe ein kleines Haus, fahre ein altes Auto, ich wohne an einem der schönsten Flecken der Welt.“ Mit dieser Ansicht ist Eugen Ruge nicht allein. Mindestens dreißig Menschen in ihren Outdoor-Jacken haben mit uns die Zickerschen Alpen erklommen. Ob er nicht ein Foto von ihnen machen könnte, fragen sie Ruge. Der lächelt still und nimmt die Kamera entgegen. Er mag es, dass ihn keiner kennt. Das wird nicht so bleiben.

### **Zur Person**

Eugen Ruge wurde 1954 in Soswa im Nordural in der Nähe des Lagers 239 geboren. Dorthin war sein Vater Wolfgang Ruge, der als Kommunist vor den Nationalsozialisten aus Deutschland geflohen war, von den Russen deportiert worden. Zusammen mit seinen Eltern kehrte Ruge 1958 zurück nach Ost-Berlin. Er studierte Mathematik an der Humboldt-Universität und wurde Mitarbeiter am Zentralinstitut für Physik der Erde. Kurz vor dem Mauerfall verließ er das Institut, um Dramatiker zu werden. 1989 wurde in Leipzig sein erstes Stück „Schuld“ uraufgeführt. Er selbst konnte nicht mehr daran teilnehmen, da er wenige Wochen vorher aus der DDR geflohen war. Seit 1989 arbeitet Eugen Ruge als Autor fürs Theater und den Rundfunk. „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ ist sein Romandebüt; es erscheint am 1. September bei Rowohlt. 2009 hatte er für Teile des Manuskripts den Alfred-Döblin-Preis erhalten. Der Autor, Vater von vier Kindern, lebt heute abwechselnd in Berlin und auf Rügen.

Text: F.A.Z.

## Libye : les rebelles et l'OTAN avancent sur Syrte

LEMONDE.FR avec AFP | 26.08.11 | 06h58 • Mis à jour le 26.08.11 | 15h47

(...)

### OPÉRATIONS DE L'OTAN À SYRTE

Des avions britanniques ont par ailleurs bombardé dans la nuit un important bunker servant de QG à Syrte. Située à 360 km à l'est de Tripoli, il s'agit non seulement de la ville natale de M. Kadhafi, mais aussi d'un des derniers bastions du régime.

L'aviation britannique a en outre détruit *"une des dernières installations de missiles sol-air longue portée du colonel Kadhafi près d'Al Watiyah, non loin de la frontière tunisienne"*, ainsi qu'un *"nœud de commandement et de contrôle qui restait aux mains du régime sur la route au sud de Tripoli, menant à l'aéroport international"*.

**LIBYAN WAR**

# Thanks who?

24 August 2011 **LE TEMPS** GENEVA



**CARTOONIST**



Swiss cartoonist of Lebanese origin, Patrick Chappatte was born in Pakistan in 1967 and grew up in Singapore and in Switzerland. He draws for the International Herald Tribune, Le Temps and Neue Zürcher Zeitung.

Libya's rebels have reached Tripoli backed by NATO air support.



## Libysche Rebellen

# Britische Kampffjets schießen auf Gaddafi-Bunker

**Britische Kampffjets haben einen Bunker in Sirte, der Heimatstadt des gestürzten libyschen Machthabers beschossen. Gaddafi selbst soll noch in Tripolis sein. Der Rebellenrat verlegt trotz andauernder Gefechte seinen Sitz von Benghazi in die Hauptstadt.**

26. August 2011

Britische Kampffjets haben einen Bunker in Sirte, der Heimatstadt des gestürzten libyschen Machthabers Muammar al Gaddafi, beschossen. Das teilte das Verteidigungsministerium am Freitag in London mit. Die Tornados seien aus der englischen Stadt Norfolk gestartet. Es gebe keine Hinweise darauf, dass Gaddafi selbst zum Zeitpunkt des Angriffs in dem Bunker gewesen sei, hieß es in einem Bericht des Senders BBC. In dem Bunker sei eine Kommando- und Kontrollzentrale untergebracht gewesen.

Mit dem Angriff habe man sicherstellen wollen, dass es keine andere Befehlszentrale des Regimes außerhalb der Hauptstadt Tripolis gibt, sagte Verteidigungsminister Liam Fox der BBC. Es sei „verfrüht“, anzunehmen, dass die Kämpfe in Libyen vorbei seien, sagte Fox dem Sender Sky News. Es gebe weiterhin Widerstand. „Es ist wichtig, dass wir dem Regime die Möglichkeit nehmen, Gegenangriffe auf den Übergangsrat zu unternehmen.“

Spezialkräfte der Rebellen sollen in Libyens Hauptstadt Tripolis Gaddafi aufspüren. Es gebe eine Aufklärungstruppe und eine Kampftruppe, die für diese Aufgabe besonders geeignet seien, sagte Rebellen-Oberst Hischam Buhagiar. Nach wie vor leisten Gaddafi-treue Kämpfer erbitterten Widerstand gegen die Rebellen. Am Freitag beschossen sie den Flughafen, wie der Sender Al-Arabija berichtete. Dabei sei ein Flugzeug beschädigt worden. Es wird davon ausgegangen, dass sich noch Hunderte Gaddafi-treue Kämpfer in Tripolis aufhalten und sich Feuergefechte mit den Rebellen liefern werden. Der Aufenthaltsort von Gaddafi blieb unklar. Am Vortag hatte er seine Anhänger in einer Audio-Botschaft zum Widerstand und zum Marsch auf Tripolis aufgerufen.

## Libysche Rebellen verlegen ihren Sitz nach Tripolis

Der libysche Rebellenrat verlegt unterdessen trotz der Gefechte seinen Sitz von Benghazi in die Hauptstadt Tripolis. Das teilte der für Finanzen und Öl zuständige Vertreter Ali Tarhuni am Donnerstagabend mit. Obwohl die Rebellen wichtige Teile der Hauptstadt erobert haben, halten sich Widerstandsnester von Gaddafi-Anhängern. Der Aufenthaltsort des früheren Revolutionsführers ist nach wie vor nicht bekannt.

Neben der militärischen Hilfe haben Regierungen des Westens der Opposition auch Unterstützung beim Aufbau einer Regierungsstruktur zugesagt. Die Vereinigten Staaten und Südafrika einigten sich Diplomaten zufolge, 1,5 Milliarden Dollar an gesperrten Vermögen freizugeben. Das Geld soll für humanitäre Zwecke verwendet werden. Südafrika hatte sich in den Vereinten Nationen wochenlang gegen eine Freigabe der Gelder gestäubt. Die Entscheidung fiel am Donnerstag (Ortszeit) auf Druck der Vereinigten Staaten.

Die Entscheidung fiel in dem Komitee des Sicherheitsrates für die Libyen-Sanktionen. Sie wurde erst möglich, als Südafrika, ein langjähriger Verbündeter Libyens unter Gaddafi, seinen Widerstand aufgab. Nach Angaben von Diplomaten liegen etwa 30 Milliarden Dollar (knapp 21 Milliarden Euro) libyscher Auslandsguthaben auf Eis. (Siehe auch: [Operation Umwidmung: Milliarden für die neue libysche Führung](#))

Im Kreis der deutschen UN-Delegation wurde die amerikanische Initiative begrüßt. Weiter hieß es, dass ein generelles Entsperrn der international eingefrorenen libyschen Gelder aus deutscher Sicht wünschenswert sei. Im Vorgriff darauf habe die Bundesregierung dem Übergangsrat in Libyen diese Woche bereits einen Kredit von bis zu 100 Millionen Euro für humanitäre und zivile Zwecke zur Verfügung gestellt. Der Sicherheitsrat hatte vor einem halben Jahr scharfe Sanktionen gegen das Regime Gaddafi erlassen, darunter war auch das Einfrieren der Konten. Bei den Geldern handelt es sich um Vermögen des damaligen Machthabers, von Mitgliedern seiner Familie, seines inneren Kreises, der libyschen Zentralbank und der Nationalen Ölgesellschaft. Außerdem hatte der Rat ein Waffenembargo und Reisebeschränkungen für 16 Mitglieder der Führungsspitze erlassen.

## Libysche Aufständische versprechen: Keine Rache

Die politische Vertretung der libyschen Aufständischen versprach unterdessen allen Soldaten und Freiwilligen, die bis jetzt für Gaddafi kämpfen, Straffreiheit. „Wir rufen euch heute zum letzten Mal auf, eure Waffen niederzulegen, und wir versprechen euch, dass wir keine Rache üben werden. Zwischen uns und euch steht das Gesetz“, sagte Ali al-Tarhuni.

Er kündigte an, die neue libysche Führung werde mindestens bis zu den ersten freien Wahlen alle Verträge mit ausländischen Firmen und Staaten einhalten. Während die Minister in einem Hotel in Tripolis tagten, meldete sich der untergetauchte Despot Gaddafi mit einer Audiobotschaft, in der er seine Anhänger zum Kampf aufrief. Zugleich gab es Hinweise auf Gräueltaten auf beiden Seiten. Ein Reporter der

britischen BBC berichtete, in ein Krankenhaus im Bezirk Mitiga seien die Leichen von 17 Rebellen eingeliefert worden, die offenbar von Gaddafi-Truppen gefoltert und erschossen worden seien.

Ein weiterer Korrespondent der BBC sah im Zentrum der Hauptstadt zwei Leichen von Gaddafi-Kämpfern, deren Hände auf dem Rücken zusammengebunden waren. Ein Vertreter der Aufständischen in Tripolis sagte der dpa, er wundere sich nicht über die Berichte über Gräueltaten der Gaddafi-Truppen. Von standrechtlichen Erschießungen durch die Rebellen wisse er nichts. In Tripolis gebe es ein „Gefängnis“, in dem rund 200 gefangene Kämpfer der Gaddafi-Truppen festgehalten würden. Unter ihnen seien nur wenige Libyer. Die meisten Gefangenen seien afrikanische und auch einige europäische Söldner. Die Europäer stammten vermutlich aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

### **De Maizière: Libyen wird keine Bundeswehr-Soldaten benötigen**

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) rechnet nach eigenen Angaben nicht mit einer Anfrage zur Beteiligung deutscher Soldaten an einem internationalen Stabilisierungseinsatz in Libyen. „Ich gehe davon aus, dass die künftige libysche Regierung selbst für die Sicherheit im Land sorgen kann und dazu keine Hilfe von außen braucht“, sagte de Maizière dem „Tagesspiegel“ vom Freitag. Ein von manchen westlichen Beobachtern vorhergesagter Bürgerkrieg drohe „glücklicherweise wohl nicht“.

Dagegen wollte der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), einen Bundeswehreinsatz in Libyen nicht ausschließen. „Es kann sein, wenn die Vereinten Nationen, die EU oder die Nato das für notwendig halten, dass man zu Stabilisierungshilfe auch mit militärischen Elementen aufgefordert wird. Natürlich würden wir dann im Rahmen unserer eigenen Interessen und unserer internationalen Verantwortung nicht abseits stehen können,“ sagte Schmidt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er warnte dabei vor einer deutschen „Ausschließeritis“.

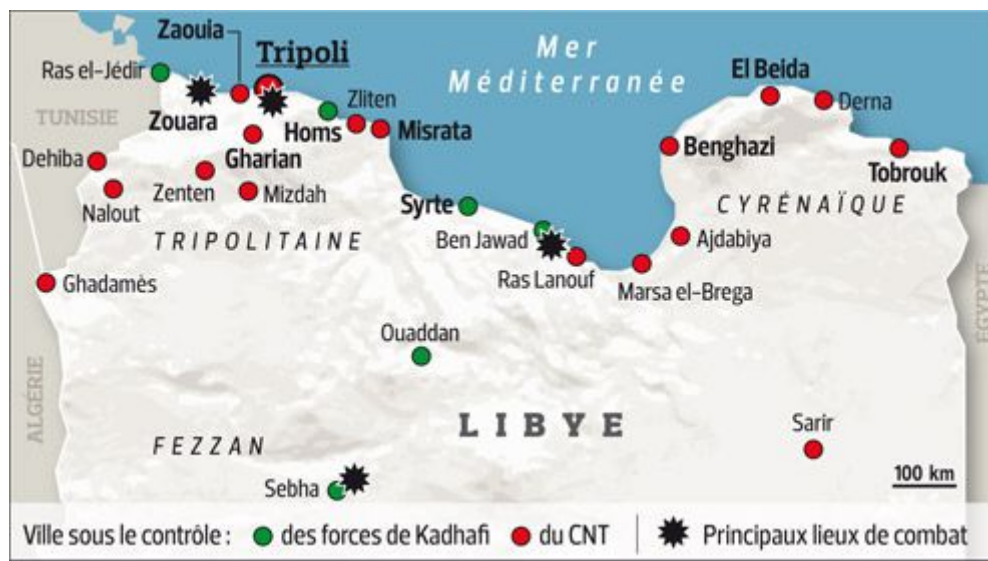
Zwar dürfe ein möglicher Stabilisierungseinsatz keine „reine Nato-Aktion“ sein, sagte Schmidt. Vielmehr müsse dann „die arabische und nordafrikanische Nachbarschaft“ Verantwortung übernehmen. „Aber wenn die Nato gefordert ist, dann sind auch wir gefordert“, sagte Schmidt. Im „Tagesspiegel“ verteidigte de Maizière den Kurs der Bundesregierung, sich nicht militärisch am Kampf gegen Muammar el Gaddafi beteiligt zu haben. Er gestand allerdings ein, dass der Einsatz der Nato „wesentlich“ für den Erfolg der Rebellen gewesen sei. Den Libyern bot der Minister Hilfe bei der Beseitigung chemischer Kampfstoffe aus der Ära Gaddafi an.

Text: FAZ.NET mit AFP/dpa/Reuters

# Le rôle crucial mais discret des forces spéciales en Libye

Par [Isabelle Lasserre](#) Mis à jour le 25/08/2011 à 21:38 | publié le 25/08/2011 à 21:37 Réactions (11)

Des officiers français et britanniques ont longuement préparé la bataille de Tripoli, dans le Djebel Nefoussa.



Après avoir **armé** et **conseillé** les rebelles, après avoir orienté les frappes aériennes au plus fort de la guerre, les forces spéciales françaises et britanniques se sont-elles lancées à la poursuite du colonel Kadhafi à Tripoli? C'est ce que sous-entend le quotidien britannique **The Daily Telegraph** en affirmant que des membres des SAS (Special Air Service), qui ont joué «un rôle clé dans la coordination de la bataille de Tripoli», ont désormais reçu pour instruction de se concentrer sur la traque du Guide libyen et de ses fils. Camouflées en habits civils et en tenues locales, ces forces seraient équipées des mêmes armes que les troupes d'opposition libyennes. Et, selon le ministre britannique de la Défense, Liam Fox, l'Otan contribue à cette recherche en fournissant «des renseignements et des équipements de reconnaissance», notamment des avions.

La présence de forces spéciales occidentales en Libye est à la fois un secret de Polichinelle et une évidence. Selon les informations recueillies par *Le Figaro*, des officiers français et britanniques ont longuement séjourné dans le Djebel Nefoussa - les montagnes de l'ouest -, peuplé de Berbères, qui a apparemment organisé **l'offensive finale** des insurgés à Tripoli. Ils s'occupaient de planification militaire, servaient d'instructeurs pour aider les rebelles à se servir des missiles Milan qui venaient de leur être livrés et participaient même aux conseils de guerre... Mais pas aux combats.

«Si Londres et Paris n'avaient pas envoyé leurs forces spéciales pour aider les rebelles et leur apprendre le métier, les insurgés ne seraient pas à Tripoli aujourd'hui et la guerre serait loin d'être terminée», commente un officier général français. La plupart des guerres, même celles qui sont limitées à une opération aérienne, sont menées avec l'appui de forces spéciales au sol. Ce fut notamment le cas au Kosovo, où des représentants de la DGSE (Direction générale de la sécurité extérieure) et du COS (Commandement des opérations spéciales) ont guidé les avions de l'Otan en leur désignant les cibles à abattre. En Libye, il a fallu en plus entraîner les opposants et coordonner la campagne militaire.

## Voile opaque

L'action menée par les forces spéciales étant clandestine, il est tout aussi normal que les responsables politiques et militaires maintiennent un voile opaque sur le sujet. D'autant que la résolution du Conseil de sécurité de l'ONU qui a autorisé l'intervention contre le régime de Kadhafi, fruit d'un compromis diplomatique, interdit l'envoi de forces terrestres d'occupation sur le terrain libyen. Le Royaume-Uni, la France, les États-Unis et plusieurs pays arabes ont admis avoir envoyé des conseillers militaires auprès du CNT, **l'organe politique de l'opposition**. Le gouvernement français a également reconnu avoir parachuté des armes aux rebelles du Djebel Nefoussa. «Il n'y a pas de forces spéciales françaises au sol», a pourtant réaffirmé Nicolas Sarkozy jeudi. Chacun sait qu'en zone de guerre, la différence entre un conseiller militaire et un membre des forces spéciales n'est qu'une affaire de sémantique...

## ***Libya***

### **A modest win for liberal internationalism**

Aug 25th 2011, 17:49 by M.S.

THE fall of Tripoli is an inflection point in the debate over humanitarian interventions in the post-Iraq/Afghanistan era. Anne-Marie Slaughter, with whom I've mostly disagreed over the past five years, has **a good piece in the [Financial Times](#)** outlining some initial lessons. The very liberal-internationalist former director of policy planning at the State Department argues that the flight of Muammar Qaddafi shows that there's still a place for human rights in foreign policy, and that NATO and the much-maligned international community can and must still play a role in asserting it.

Let us do a thought experiment. Imagine the UN did not vote to authorise the use of force in Libya in March. Nato did nothing; Colonel Muammer Gaddafi over-ran Benghazi; the US stood by; the Libyan opposition was reduced to sporadic uprisings, quickly crushed. The regimes in Yemen and Syria took note, and put down their own uprisings with greater vigour. The west let brutality and oppression triumph again in the Middle East.

This is the scenario many wise heads were effectively arguing for with their strong stands against intervention to stop Col Gaddafi. Over the months those analysts have reminded us of their views, calling Libya a quagmire...

Before we focus on what must happen next, let us pause for a minute and reflect on that initial debate and the lessons to be learnt.

The first is that, against the sceptics, it clearly can be in the US and the west's strategic interest to help social revolutions fighting for the values we espouse and proclaim. The strategic interest in helping the Libyan opposition came from supporting democracy and human rights, but also being seen to live up to those values by the 60 per cent majority of Middle Eastern populations who are under 30 and increasingly determined to hold their governments to account. This value-based argument was inextricable from the interest-based argument. So enough with the accusations of bleeding heart liberals seeking to intervene for strictly moral reasons.

Ms Slaughter is right. To have failed to intervene in Libya would have been a disaster for any future claim to intervention on human-rights grounds. It would have essentially signaled a temporary surrender by the democratic world on the ideals of liberal internationalism. It's one thing to avoid messianic projects such as the invasion of Iraq. It's another thing entirely to allow Mr Qaddafi to slaughter participants in a popular uprising, using French arms purchased with Italian oil money. The only thing I would add is the importance of the local context. The active assent of the Arab League in NATO's intervention made a huge difference in Libya, as does the country's proximity to Europe. Much as Serbia's capitulation in Kosovo was triggered by the loss of support from its last large-power patron, Russia, Mr Qaddafi's international isolation made intervention against his regime much more likely to succeed. The world clearly isn't ready for global projects of democratisation by force far from the shores of the free world. But spreading oil-spots of democracy, or at least of intolerance for authoritarian massacres, at the edges of democratic regions—the Balkans, North Africa, or wherever else the need arises—is a more promising project. Libya is still very likely to turn into a frustrating mess, as have Bosnia and Kosovo. But the alternatives were worse.

## The Economist vote Manuel Valls

Avec Reuters Mis à jour le 25/08/2011 à 19:36 | publié le 25/08/2011 à 19:14 [Réagir](#)

Pour *The Economist*, l'un des magazines les plus influents dans le monde des décideurs, les candidats à la primaire socialiste en France sont des dinosaures figés depuis trente ans dans les mêmes dogmes économiques.

Dans un article à paraître demain, l'hebdomadaire britannique cite les propositions des cinq candidats socialistes qui espèrent représenter leur camp à l'élection présidentielle de 2012 sous un dessin d'un dinosaure coiffé d'un béret basque, la cigarette au bec et un verre de vin rouge à la main.

Ségolène Royal veut interdire la spéculation sur la dette souveraine. Arnaud Montebourg veut abolir les agences de notation. "Martine Aubry et François Hollande semblent simplement figés dans le temps, autour de 1981" lorsqu'ils proposent de revenir à la retraite à 60 ans.

"Personne ne semble leur avoir dit qu'il y a une manière simple d'éviter la colère des marchés obligataires : équilibrez vos comptes et n'empruntez pas", explique *The Economist*.

Seul l'un d'eux trouve grâce aux yeux de l'hebdomadaire pour avoir osé dire que l'effort d'austérité budgétaire devrait être aussi puissant qu'après la Seconde Guerre mondiale.

"Hélas, M. (Manuel) Valls, qui est âgé de 49 ans, est considéré comme étant trop jeune pour être un concurrent sérieux", ajoute *The Economist*. "Le jour où les paléo-socialistes de la génération Mitterrand permettront à de tels personnages d'émerger, ce sera l'aube d'une vraie révolution."

# Attention au syndrome irakien

25 août 2011 THE INDEPENDENT LONDRES



Un rebelle libyen surveille le désert à l'avant-poste de Twana (Sud-ouest de Tripoli)

**L'euphorie serait prématurée, car l'Occident est condamné à commettre en Libye les mêmes erreurs qu'en Irak, estime Robert Fisk. Et si Kadhafi reste introuvable, une guérilla sapant l'autorité des nouveaux maîtres du pays sera inévitable.**

## Robert Fisk

Condamnés à toujours livrer l'ultime guerre, nous sombrons à nouveau en Libye dans le même éternel travers.

Mouammar Kadhafi disparaît après avoir promis de combattre jusqu'à la mort. N'est-ce pas ce qu'avait fait Saddam Hussein avant lui ? Et bien sûr, quand Saddam a disparu et que l'armée américaine a enregistré ses premières pertes face aux insurgés irakiens en 2003, on nous avait dit (en l'occurrence, le proconsul américain Paul Bremer, les généraux, les diplomates et des "experts" télévisuels en perte de vitesse) que les résistants armés étaient des "durs", des "jusqu'au-boutistes" qui n'avaient pas compris que la guerre était finie.

Si Kadhafi et son intello de fils restent en liberté, et si les violences ne cessent pas, combien de temps faudra-t-il attendre pour qu'on nous parle à nouveau de "jusqu'au-boutistes" qui n'ont pas compris que les gars de Benghazi ont pris la relève et que la guerre est finie ? Très peu de temps, puisque 15 minutes – très exactement – après que j'ai rédigé les mots ci-dessus (à 14h ce mercredi 24 août), un journaliste de la chaîne SkyNews venait de réinventer la définition des "durs" pour l'appliquer aux hommes de Kadhafi. Vous voyez où je veux en venir ?

Inutile de le préciser, pour les Occidentaux, tout va pour le mieux dans le meilleur des mondes possibles. Personne ne cherche à démanteler l'armée libyenne, et personne ne cherche officiellement à empêcher les kadhafistes de jouer un rôle dans l'avenir de leur pays. Personne ne va faire les mêmes erreurs que nous avons déjà commises en Irak. Et il n'y a aucun soldat sur le terrain. Il n'y a pas en Libye de zombies d'Occidentaux retranchés dans une zone verte fortifiée et cherchant à prendre la main sur le pays. "C'est aux Libyens de décider", tel est le slogan enjoué qu'entonne tout bon fonctionnaire au département d'Etat, au Foreign Office et au Quai d'Orsay.

Pourtant, naturellement, la présence massive de diplomates occidentaux, représentants des géants du pétrole, mercenaires occidentaux grassement payés et militaires français et britanniques (qui tous prétendent être là en tant que simples "conseillers", pas en tant que participants) forme à Benghazi une véritable zone verte. Il n'y a peut-être pas (encore) de remparts autour d'eux, mais ce sont ces hommes-là qui, de facto, gouvernent la Libye par l'intermédiaire de divers héros et voyous libyens qui se présentent comme les maîtres politiques locaux. Passons sur l'assassinat, par ces derniers, de leur propre commandant en chef – pour une raison étrange, plus personne ne parle d'Abdul Fatah Younès, qui a pourtant été liquidé à Benghazi il y a à peine un mois. Quoi qu'il en soit, ces hommes ne peuvent espérer survivre qu'en se cramponnant au cordon ombilical occidental.

## Syrte, ville stratégique

Naturellement, cette guerre n'a rien à voir avec cette initiative vicieuse que fut notre invasion de l'Irak. La capture de Saddam n'avait fait qu'inciter la résistance à multiplier ses attaques contre les troupes occidentales – car ceux qui avaient refusé de prendre part à l'insurrection de crainte que les Américains ne remettent Saddam au pouvoir avaient alors perdu ce genre d'inhibitions.

Cependant, l'arrestation de Kadhafi, et celle de son fils Saif, ne manquerait pas de précipiter la fin de la résistance kadhafiste face aux rebelles. La véritable crainte des Occidentaux – pour l'heure, car elle peut changer du jour au lendemain – devrait être que l'auteur du Livre vert ait réussi à se réfugier sur ses bonnes vieilles terres, à Syrte, où le devoir tribal de loyauté pourrait se révéler plus puissant que la peur des forces libyennes soutenues par l'OTAN.

Syrte, où Kadhafi, dès les premiers temps de sa dictature, a fait des gisements pétroliers de la région l'une des premières affaires juteuses pour les investisseurs étrangers après sa révolution de 1969, n'est pas Tikrit. Située à moins de 25 kilomètres de son lieu de naissance, cette ville qui accueillit la première grande conférence de l'Union africaine a bénéficié depuis 41 ans des largesses du régime, ainsi que sa région.

Strabon, le géographe grec, explique comment l'éparpillement des colonies dans le désert vers le sud de Syrte ont transformé la Libye en une peau de léopard. Kadhafi a dû aimer cette métaphore. Près de 2000 ans plus tard, Syrte était pratiquement devenue la charnière entre les deux colonies italiennes, la Tripolitaine et la Cyrénaïque.

### **Kadhafi pourrait poursuivre le conflit**

Or, à Syrte, les "rebelles" ont été battus par les "loyalistes" au terme de cette guerre de six mois. Nous allons certainement bientôt devoir renoncer à ces étiquettes absurdes : à terme, ceux qui soutiennent le Conseil national de transition, pro-occidental, vont devoir être appelés "loyalistes", tandis que les rebelles pro-Kadhafi vont devenir des "terroristes" qui pourraient s'en prendre à notre nouveau gouvernement libyen ami de l'Occident. Dans un cas comme dans l'autre, Syrte, dont les habitants sont censément en pourparlers avec les ennemis de Kadhafi, pourrait bientôt devenir l'une des villes les plus intéressantes de Libye.

Alors quel est aujourd'hui l'état d'esprit de Kadhafi ? On peut supposer qu'il est désespéré. On lui a attribué de nombreux adjectifs par le passé : coléreux, dément, déséquilibré, charismatique, infatigable, inflexible, bizarre, énigmatique, exotique, fou, singulier, et, tout récemment, tyrannique, sanguinaire, féroce. Mais dans sa vision partielle et perspicace du monde libyen, Kadhafi a tout intérêt à survivre – afin de poursuivre un conflit civilo-tribal et ainsi embourber les nouveaux amis occidentaux de la Libye dans une guerre de guérilla, ce qui saperait lentement la crédibilité du nouveau pouvoir "de transition".

Mais cette guerre libyenne est si imprévisible que ce qu'on écrit survit rarement à l'épreuve des faits. Kadhafi se terre peut-être dans une galerie sous l'hôtel Rixos – à moins qu'il ne se prélassse dans l'une des villas de Robert Mugabe. J'en doute. Mais pour peu que quelqu'un décide d'attaquer la villa en question, je pourrais encore changer d'avis.

# We'll be stuck in the sands

25 August 2011 THE INDEPENDENT LONDON



A Libyan rebel monitors the desert at the outpost of Twama (Southwest from Tripoli).

**Euphoria is premature, as the West is fated to make the same mistakes as in Iraq, argues Robert Fisk. And if Gaddafi remains at large, a guerrilla war eroding the new powers becomes inevitable.**

**Robert Fisk**

Doomed always to fight the last war, we are recommitting the same old sin in Libya.

Muammar Gaddafi vanishes after promising to fight to the death. Isn't that just what Saddam Hussein did? And of course, when Saddam disappeared and US troops suffered the very first losses from the Iraqi insurgency in 2003, we were told – by the US proconsul Paul Bremer, the generals, diplomats and the decaying television "experts" – that the gunmen of the resistance were "die-hards", "dead-enders" who didn't realise that the war was over. And if Gaddafi and his egg-headed son remain at large – and if the violence does not end – how soon will we be introduced once more to the "dead-enders" who simply will not understand that the lads from Benghazi are in charge and that the war is over? Indeed, within 15 minutes – literally – of my writing the above words (2pm yesterday), a Sky News reporter had re-invented "die-hards" as a definition for Gaddafi's men. See what I mean?

Needless to say, all is for the best in the best of all possible worlds as far as the West is concerned. No one is disbanding the Libyan army and no one is officially debarring the Gaddafi-ites from a future role in their country. No one is going to make the same mistakes we made in Iraq. And no boots are on the ground. No walled-off, sealed-in Green Zone Western zombies are trying to run the future Libya. "It's up to the Libyans," has become the joyful refrain of every State Department/ Foreign Office/Quai d'Orsay factotum. Nothing to do with us!

But, of course, the massive presence of Western diplomats, oil-mogul representatives, highly paid Western mercenaries and shady British and French servicemen – all pretending to be "advisers" rather than participants – is the Benghazi Green Zone. There may (yet) be no walls around them but they are, in effect, governing Libya through the various Libyan heroes and scallywags who have set themselves up as local political masters. We can overlook the latter's murder of their own commanding officer – for some reason, no one mentions the name of Abdul Fatah Younes any more, though he was liquidated in Benghazi only a month ago – but they can only survive by clinging to our Western umbilicals.

Of course, this war is not the same as our perverted invasion of Iraq. Saddam's capture only provoked the resistance to infinitely more attacks on Western troops – because those who had declined to take part in the insurgency for fear that the Americans would put Saddam back in charge of Iraq now had no such inhibitions. But Gaddafi's arrest along with Saif's would undoubtedly hasten the end of pro-Gaddafi resistance to the rebels. The West's real fear – right now, and this could change overnight – should be the possibility that the author of the Green Book has made it safely through to his old stomping ground in Sirte, where tribal loyalty might prove stronger than fear of a Nato-backed Libyan force.

Sirte, where Gaddafi, at the very start of his dictatorship, turned the region's oil fields into the first big up-for-grabs international dividend for foreign investors after his 1969 revolution, is no Tikrit. It is the site of his first big African Union conference, scarcely 16 miles from the place of his own birth, a city and region that benefited hugely from his 41-year rule. Strabo, the Greek geographer, described how the dots of desert settlements due south of Sirte made Libya into a leopard skin. Gaddafi must have liked the metaphor. Almost 2,000 years later, Sirte was pretty much the hinge between the two Italian colonies of Tripolitania and Cyrenaica.

And in Sirte the "rebels" were defeated by the "loyalists" in this year's six-month war; we shall soon, no doubt, have to swap these preposterous labels – when those who support the pro-Western Transitional National Council will have to be called loyalists, and pro-Gaddafi rebels turn into the "terrorists" who may attack our new Western-friendly Libyan administration. Either way, Sirte, whose inhabitants are now supposedly negotiating with Gaddafi's enemies, may soon be among the most interesting cities in Libya.

So what is Gaddafi thinking now? Desperate, we believe him to be. But really? We have chosen many adjectives for him in the past: irascible, demented, deranged, magnetic, tireless, obdurate, bizarre, statesmanlike (Jack Straw's description), cryptic, exotic, bizarre, mad, idiosyncratic and – most recently – tyrannical, murderous and savage. But in his skewed, shrewd view of the Libyan world, Gaddafi would do better to survive and live – to continue a civil-tribal conflict and thus consume the West's new Libyan friends in the swamp of guerrilla warfare – and slowly sap the credibility of the new "transitional" power.

But the unpredictable nature of the Libyan war means that words rarely outlive their writing. Maybe Gaddafi hides in a basement tunnel beneath the Rixos Hotel – or lounges in one of Robert Mugabe's villas. I doubt it. Just so long as no one tries to fight the war before this one.



# The hooliganism of losers

25 August 2011 DIE WELT BERLIN



Madrid, May 2011. "Youth without a future". A dummy in Puerta del Sol square, where protesters from the "Democracy Now" movement gathered.

**A Europe long at peace is once again a seething continent. In France, Greece and Spain crowds of youths are out demonstrating against their situation, and in London they have reduced neighbourhoods to rubble and ashes. What is going wrong here? wonders a German columnist.**

**Ulf Poschardt**

An investor from China or India loaded with millions of dollars or euros who comes to Europe wondering where he might invest them will land in a continent where, after decades of calm, the political and social climate is once again heating up. The London riots that followed the death of a 29-year-old probable criminal have, for the time being, only just settled down.

Nowhere in the riots were any posters or banners held aloft; the more down-to-earth goal was, apparently, to wreck and to loot. Attempts to trot out a political sounding board to cover up essentially criminal activities were already getting underway during that very first night of rioting in London. Quickly, everyone nodded in agreement that the mob brought together by Twitter were the marginalised victims of the cold-hearted austerity of the Tories and Lib-Dems.

## Europe has lived well beyond its means

Now they're popping up again, the talking heads and experts who were always so sure that only pouring more money into the districts taken over by the mobs would stave off this kind of disorder. And, as always, they insinuate that the more doggedly the British government pushes through its austerity measures, the more we'll just have to expect these anarchic rebellions. Somewhat at odds with that interpretation was the response of the Labour MPs from the hotspots, who show far less 'understanding' for the violence of a mob that they see for what these arsonists actually are: criminals.

The riots in London are the mere hooliganism of losers on the margins of a society that has little sympathy for losers. Among the arsonists are people who no longer have any values, who have grown accustomed to getting money from the state and who complain if the benefits aren't as generous as they once were. Far more Europeans – and among them many young faces – are going to have to confront this problem in the foreseeable future.

Since all the countries in Europe have, in part, lived well beyond their means, they will invariably have to cut back on their spending. And so the musty illusion of a prosperous EU will be abandoned – that idea that everything is continuously getting better without us Europeans actually having to work especially hard at it. The past 66 years of peace have been paid for by an ever more bounteous welfare state. That's over.

## They don't have any plan for tomorrow

The acts of juvenile rebellion that we have seen convey a mood of fear and inflexibility that fails to take on board the reality that this generation is actually better off than its predecessors. All over the world, in both the affluent and the emerging nations, skilled workers are in demand. Never before has the outlook for young, well educated people been as bright as it is today. Curiosity, flexibility and a spirit of adventure are all that is asked for – but there's precious little of that in the rowdy sub-culture of rioters among today's youth.

Where protests strive constructively to win more and better education to improve one's chances for a brighter future, those demonstrations are driven by an impulse that is neither exactly heroic nor pathetic; but, rather, valuable and worth the fight. Youth unemployment in Italy and Spain is shockingly high, and consequently, opportunities to get ahead are much reduced. Young people want the same gilt-edged privileges that their parents' generation enjoyed, but they don't yet understand that merely holding onto those privileges is what is shutting them out of the labour force.

Those out complaining in Madrid and Athens are, unfortunately, all too often precisely those who don't have any plan for tomorrow, those who can only turn their noses up at what the politicians set down in front of them. That's what binds them to that crowd that, particularly in London, strikes fear into their own community, and damages and nearly destroys it.

## Overwhelming majority of young Europeans are pragmatists

Europe needs once more a positive narrative about itself, as *Die Welt* editor [Clemens Wergin writes in his blog](#) – a narrative that will persuade the rest of the world that Europe is ready to take on the future. Europe's youth, especially in this era of demographic crisis, will have to shoulder a special responsibility for this.

The overwhelming majority of young Europeans have decided, rather soundly, on a mildly heroic, highly sensible pragmatism: to become fully qualified, multilingual and hopefully spend some semesters or academic years abroad. That's why the European protests of the recent weeks and months should not be glorified as some sort of emancipatory outcry, but as a terminal moraine for that old Europe that combines excessive demands with little initiative and dodges the economic facts.

Before that hypothetical investor from China or Singapore departs these shores with head hung low, we can only hope he was able to watch another vision of a future Europe that also flickered across the television screens: on the morning after, young people, brought together by twitter too, holding brooms up high as they set out to sweep up around London. To tackle the problems, not just gripe.

*Translated from the German by Anton Baer*

## *The crisis in Libya*

### **Once it's over in Libya, will it be over?**

The Economist Aug 23rd 2011, 19:23 by Bagehot

THIS IS not a comprehensive blog posting on Libya. The subject is too large, and the situation too fluid for that. Instead this is a narrow posting on something that came up today during a second day of conversations with people involved in handling and watching the crisis as I research this week's print column.

Speaking to people in Britain and elsewhere, I am struck by the real uncertainty that reigns about the extent to which western countries might be asked to help keep the peace in that country after/when Muammar Qaddafi finally falls, and (to take a narrowly domestic view of this for a moment) about the possible costs to Britain.

This is understandably the focus of a fair amount of news reporting today. On Monday afternoon, a Downing Street spokeswoman, under repeated questioning from lobby reporters, called the deployment of British peacekeeping troops on the ground "unlikely" but did not rule out the possibility that the rebel government-in-waiting, the National Transitional Council (NTC), might request "extra support" for stabilising the country. Today's *Daily Mail* quotes sources saying that 200 British soldiers based in Cyprus are on standby to take part in humanitarian operations in Libya, at 24 hours' notice.

Against that, Andrew Mitchell, the Conservative international development secretary, has said the British government does not see "any circumstances" in which British troops would be deployed on the ground.

So what are officials saying? Speaking from outside Britain, a senior official told me that—after the fall of the Qaddafi regime—NATO air patrols and a no-fly zone would certainly have to remain in place as a deterrent to fighting between different factions or tribes, and to fulfil NATO's mandate from the United Nations to protect civilians. How long might that last? Well, he said, the current plan is for elections within 240 days, so perhaps until then at least: "We need an open-ended, low-intensity no-fly zone."

Then, the same official said, there will be the much thornier question of "boots on the ground". At a minimum, if Libya finds itself welcoming teams of international aid workers, engineers or advisers on reconstruction, and if the post-Qaddafi situation looks "semi-permissive" (ie, dangerous but not lethal), such foreigners will need protecting. If, in a worst case scenario, fighters from Benghazi start taking revenge on tribes that were previously loyal to Colonel Qaddafi, then the question of peacekeepers arises. Western countries would like regional partners to "step up to the plate". That means troops from Arab or African countries, in plain English.

There is talk of troops from Qatar, from Jordan or the United Arab Emirates, or from the African Union, a regional grouping which already provides peacekeepers all over its home continent). But this may not work, said my source, and African Union peacekeepers "don't have a great reputation". The EU is looking at NATO to see what that alliance might do, and NATO is looking at the United Nations. But any mandate from the UN to authorise peacekeepers in Libya would take many weeks, and that leaves "a gap", the official said. That may leave everyone pondering the unhappy prospect of western peacekeepers on the ground, a development that would trigger alarmed cries of mission creep in London, Paris, Berlin, Washington DC and (perhaps most importantly) across the Arab world.

**The problem is, for all that western leaders talk up the leading role played by the NTC and the Libyans, the international alliance built around United Nations Security Council Resolution 1973 stretched its mandate to the furthest possible extent, so that the protection of civilians morphed into more or less overt support for the uprising against Mr Qaddafi. "Now we own it," said the official.**

Do we own this uprising? Clearly not. And British officials, up to and including the prime minister, David Cameron, would never use such language and insist in private and in public that this is Libya's revolution. And yet... there is a certain amount of credit-claiming going on that does muddy the waters.

As the French press reports with pride this morning, France feels this was its war, or more specifically "Nicolas Sarkozy's war", to quote the headline in [Le Monde](#). The daily describes Mr Sarkozy poring over maps, studying approaches to Tripoli and the terrain on the rebel front lines, personally deciding on air-drops of arms to rebels in the mountains in June (with the help of his "key ally", Qatar), and more recently deciding to arm a rebel commando unit that sailed from Misrata to the beach of Tripoli as part of the "final assault" on the capital.

*Le Monde* describes Mr Sarkozy committing himself to the Libyan "adventure in a way that has rarely been seen by a western leader during a post-Cold War international crisis." His motives are described as a mixture of buffing up his presidential image and restoring France's reputation in the Arab world, after the humiliation France suffered earlier in the Arab spring, when the then foreign minister was caught offering French police assistance to the tottering dictator of Tunisia, Zine el-Abidine Ben Ali. There is also the small question of payback for Mr Qaddafi, who went out of his way to humiliate Mr Sarkozy on a carnivalesque visit to France in 2007, at one point calling on young people living in heavily-ethnic French suburbs to "rise up". Accordingly, Mr Sarkozy has told those around him that Mr Qaddafi is "mad" and "stupid" and that "we are going to make him eat dirt", *Le Monde* reports.

*Le Figaro*, a centre-right daily and the house journal of the Sarkozy government, headlines its piece "Nicolas Sarkozy's gamble in Libya pays off", and notes that though the guiding principle of the conflict has been to display a united front and avoid any hint of the West versus the Arab world, and that although the "Franco-British partnership" has played a "key role", there is no getting away from the fact that France was "in the lead", that France was responsible for 35% of all military strikes during the conflict, and that Libya was "essentially, Nicolas Sarkozy's war".

The British press offers a slightly less gung-ho, but still pretty boosterish take this morning, with a [Daily Telegraph](#) report headlined: "Libya: secret role played by Britain creating path to the fall of Tripoli", which opens:

For weeks, military and intelligence officers have been helping the rebels plan their co-ordinated attack on the capital, and Whitehall sources have disclosed that the RAF stepped up raids on Tripoli on Saturday morning in a pre-arranged plan to pave the way for the rebel advance. MI6 officers based in the rebel stronghold of Benghazi had honed battle plans drawn up by Libya's Transitional National Council (TNC) which were agreed 10 weeks ago. The constantly-updated tactical advice provided by British experts to the rebel leaders centred on the need to spark a fresh uprising within Tripoli that could be used as the cue for fighters to advance on the city.

As for Germany, press commentary there is sunk in gloom, with newspapers across the political spectrum chastising the government of Angela Merkel for taking a gamble and abstaining in the key UN vote on Libya. There is particular dismay at the way the foreign minister, Guido Westerwelle loudly predicted disaster for the NATO operation, and is now frantically trying to claim that Germany was on the right side all along because it supported sanctions against the Qaddafi regime. A particularly harsh piece in [Der Spiegel](#) predicts direct economic consequences, foreseeing Germany being sucked into a substantial post-conflict role simple to atone for its earlier uselessness, arguing:

Now, however, it would appear that Germany's partners were right after all and that Berlin was horribly mistaken. There were indeed risks, but they were manageable: NATO's air strikes saved the lives of countless civilians and played an important role in the toppling of Gadhafi. At the same time, NATO's own losses were minimal and not a single NATO soldier was killed in the mission.

Germany's credibility as a defender of human rights and democracy has been tarnished, as has its reputation as a reliable partner in the Western alliance. Renewed trust and renewed strength within NATO will only be established once a new government takes power in Berlin.

France, Britain and the US have done their part for change in Libya. They will now demand a substantial contribution from Germany for the coming reconstruction of Libya -- and Berlin will have little choice but to send significant quantities of monetary aid as well as experts and material assistance. US President Barack Obama told Merkel as much during her last visit to Washington. Now, German police, development experts and even soldiers will likely end up in Libya to ensure democracy and stability. And saying no is not an option this time. The damage to Germany's international reputation would simply be too large. Which is bad luck for Berlin. Had Merkel and Westerwelle supported the mission from day one, they would now have had a decent excuse to limit their post-Gadhafi contribution.

So, do British officials accept that Britain and other allies "own" this uprising and may be forced to provide boots on the ground to shore up faltering security? The short answer is no. Nobody is able to offer hard and fast guarantees of anything, but the briefing is very clear. The word from London is that there is "much more confidence in the NTC" than there once was, amid signs of careful planning for bringing security to Tripoli and other potential flashpoints "from Day One". Mr Cameron is also confident that Arab allies see a vital interest in helping shore up stability in Libya. There is much stress laid on Mr Cameron's relations with two Arab leaders in the region, the Crown Prince of Abu Dhabi, Sheikh Mohammed bin Zayed al-Nayhan and the Qatari prime minister, Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabor Althani.

Will that confidence last? As with so much else going on in Libya tonight, only time will tell. But across Europe, politicians and their voters are waking up to the idea that an end for the Qaddafi regime is not remotely an end for their involvement in Libya.

## Ohne Vertrauen

**Bundespräsident und Bundestagspräsident üben Kritik an der Regierungsarbeit. Im Leben, in der Politik und auch in der Wirtschaft komme es auf Vertrauen an. Geheime Dokumente, die Informationen verschweigen, aber zerstören genau dies. Ein Kommentar von *Holger Steltzner*.**



„Wer rettet den Retter“, fragt jetzt auch Wulff

25. August 2011

Hat es das schon gegeben? Haben jemals zuvor die beiden höchsten Repräsentanten Deutschlands die Regierungsarbeit so scharf kritisiert? Die Kritik von Bundespräsident Christian Wulff und Bundestagspräsident Norbert Lammert (beide CDU) am Umgang mit der Euro-Krise zielt auf die vertragswidrige Vergemeinschaftung der Staatsschulden, trifft jedoch die eigene Partei ebenso wie die Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Breite Zustimmung in der Bevölkerung ist beiden sicher. Denn niemand kann sagen, welche Belastungen aus den ratlosen und bislang erfolglosen „Rettungsversuchen“ auf die Leute zukommen werden. Aber alle ahnen, dass noch Generationen für die unbeschränkte Haftung zahlen müssen.

Man mag dem Bundespräsidenten vorwerfen, er begeben sich in die Niederung des politischen Alltags, indem er zu Recht vor der Einführung von Eurobonds warnt und den Rechtsbruch der Europäischen Zentralbank geißelt, die Staatsanleihen kauft. Aber es ist seine Aufgabe, ein Ende der Versündigung an nachwachsenden Generationen zu fordern. Ja, mit dem teuren Domino-Rettungsspiel wurde mehr Zeit gewonnen als genutzt. Mit Steuergeld, Staatsgarantien und Notenbankgeld wurde eine Bank nach der anderen und ein Staat nach dem nächsten „gerettet“. „Wer rettet den Retter“, fragt jetzt auch Wulff und betont, dass es im Leben, in der Politik und auch in der Wirtschaft auf das Vertrauen ankommt. Es ist nicht fair, Solidarität nur vom Bürgen zu fordern. Auch nicht, Lasten von Boni-Bankern und dem Leben auf Pump auf andere Steuerzahler abzuwälzen. Dass im vierten Jahr der Krise Banken noch immer Staaten erpressen können, ist ein Versagen der Politik und nicht des Markts. Nur was folgt aus alledem? Was bedeutet das für die Zukunft Deutschlands und Europas? Dazu hat Wulff leider geschwiegen.

Lammert pocht mit Recht darauf, dass der Bundestag über den neuen Euro-Rettungsfonds entscheiden muss. Doch wie ernst nehmen Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble das Budgetrecht, das der Verfassungsrichter Udo Di Fabio als Kronjuwel des Parlaments bezeichnet hat? Scheinbar informieren sie die Abgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion vier Wochen nach dem wichtigsten EU-Krisengipfel, verschweigen aber, dass das Budgetrecht offenbar durch eine Generalbevollmächtigung auf eine zentrale Euro-Rettungsbehörde übergehen soll (wie Schäuble in einem Geheimdokument detailliert auflistet). So schaffen sie kein Vertrauen, sondern zerstören Glaubwürdigkeit.

Text: F.A.Z.

## Sarkozy setzt ein Signal mit der Reichensteuer

**Vor der Wahl will Frankreichs Präsident keine Risiken eingehen. Deshalb meidet er große Reformen und besteuert Wohlhabende und Unternehmen. Nicolas Sarkozy will große Unzufriedenheit in der breiten Bevölkerung vermeiden.**

Von Christian Schubert, Paris

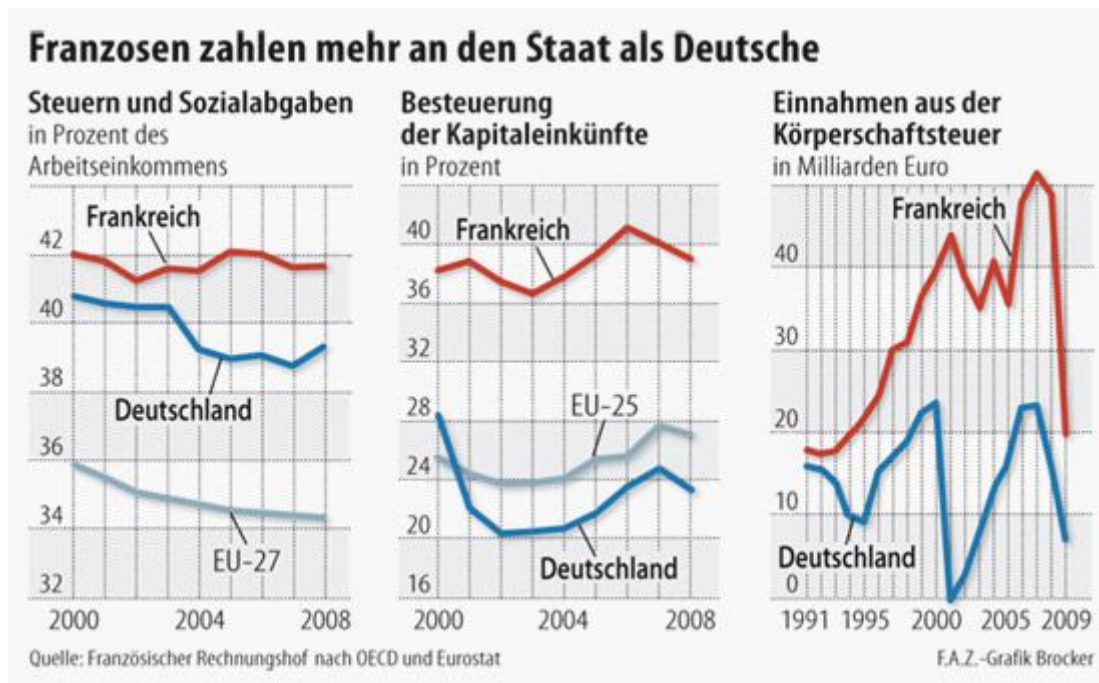


Wohlhabende sollen in Frankreich höhere Steuern zahlen

24. August 2011

Die neuen Sparmaßnahmen Frankreichs stehen im Zeichen der Präsidentenwahl 2012. Sie sehen kaum Ausgabenkürzungen vor, sondern fast nur die Streichung von Steuervergünstigungen, also Steuererhöhungen. Weil sich diese auf wohlhabende Franzosen, große Unternehmen sowie die Konsumenten von Zigaretten und Alkohol konzentrieren, hofft die Regierung, große Unzufriedenheit in der breiten Bevölkerung zu vermeiden. François Fillon beschrieb die neuen Maßnahmen am Mittwoch vor der Presse als „rigorose Politik, die Frankreich erlaubt, ökonomisch und sozial ein souveränes Land zu bleiben“.

Frankreich hat im zweiten Quartal eine Stagnation des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verzeichnet und muss nun die offizielle Wachstumsprognose der Regierung für 2011 von 2 auf 1,75 Prozent senken. Für 2012 wird die Vorhersage von 2,25 auf 1,75 Prozent verringert. Auf dieser Basis fehlen Steuereinnahmen, um den geplanten Abbau der Neuverschuldung von 7 auf 5,7 Prozent des BIP im laufenden Jahr und auf 4,6 Prozent 2012 einzuhalten. Für 2013 ist ein Defizit von 3 Prozent und für 2014 von 2 vorgesehen.



Daher hat die Regierung am Mittwoch für kommendes Jahr das Ende für Steuervergünstigungen in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro angekündigt. Die Ausgaben soll dagegen nur um 1 Milliarden Euro sinken. Besonders stark machen sich die wegfallenden Steuervorteile bei Verlustvorträgen der Unternehmen bemerkbar. Sie soll in diesem und im nächsten Jahr 2 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen. Steuervorteile für Kapitalgewinne der Haushalte beim Verkauf von Immobilien, die nicht die Erstresidenz sind, werden in Höhe von 2,4 Milliarden Euro veranschlagt.

## **Fiskalische Kehrtwende von Sarkozy**

Symbolisch von Gewicht ist die Sonderbesteuerung aller Arbeits- und Kapitaleinkommen von mehr als 500.000 Euro in Höhe von 3 Prozent. Sie soll dem Staat jährlich 200 Millionen Euro bringen. Zusätzlich werden die Sozialbeiträge auf Kapitalerträge angehoben. „Wir haben Sorge getragen, dass unsere Maßnahmen die fiskalische und soziale Gerechtigkeit stärken“, sagte Fillon.

Mit der Einführung der Reichensteuer setzt Sarkozy seine fiskalische Kehrtwende gegenüber den wohlhabenden Franzosen fort. Kurz nach seiner Wahl im Jahr 2007 hatte er noch eine Obergrenze von 50 Prozent für die steuerliche Gesamtbelastung beschlossen. Diese brachte etlichen begüterten Franzosen saftige Rückerstattung des Fiskus - und Sarkozy den Vorwurf, er sei der „Präsident der Reichen“. Unter dem Druck seiner Parlamentsmehrheit schaffte er die Steuerobergrenze in diesem Jahr daher ab.

Im vergangenen Herbst hatte der Präsident schon den Höchststeuersatz der Einkommensteuer von 40 auf 41 Prozent gesteigert. Damit kehrte er die seit Jahrzehnten wirkende Entlastung der Spitzeneinkommen Frankreichs um. Zwischen 1990 und 2010 ist der Höchststeuersatz der Einkommensteuer von 57 Prozent auf 40 Prozent gefallen. Zum Vergleich: Nach Angaben des französischen Rechnungshofes ist der Höchststeuersatz in Deutschland seit 1990 von 53 auf nur 45 Prozent gesunken - ein halb so großer Rückgang.

## **Stärkere Ausgabenkürzungen gibt es nicht**

Zurückgewichen ist Sarkozy nun auch bei der Lockerung der 35-Stunden-Woche, einem Schlüsselement seines Wahlprogramms von 2007. Kurz nach seiner Ernennung hatte der Präsident neue Anreize zur Mehrarbeit eingeführt: Für jede gearbeitete Überstunde mussten die Franzosen weder Einkommensteuer noch Sozialabgaben zahlen. Dabei bleibt es vorerst, doch die Entlastung der Arbeitgeber-Abgaben bei Überstunden wird jetzt eingeschränkt. Der Verband der kleinen und mittelständischen Unternehmen befürchtet, durch die neuen Maßnahmen einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen. Die sozialistische Opposition und die Gewerkschaften kritisierten dagegen, dass die Sparmaßnahmen das Wachstum abwürgen und die Wirtschaft in eine Spirale der Rezession stürzen könnten.

Enttäuscht waren jene Franzosen, die auf stärkere Ausgabenkürzungen hofften. Mit mehr als 56 Prozent des BIP gibt die öffentliche Hand in kaum einem Land der OECD soviel Geld aus wie in Frankreich. Wechselnde Regierungen hatten sich seit mehr als drei Jahrzehnten daran gewöhnt, die jährlichen Haushaltspläne ins Minus rutschen zu lassen. Premierminister Fillon verteidigte sich am Mittwoch jedoch gegen den Vorwurf, den Schlendrian der Vorgänger fortgesetzt zu haben. Vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers habe die Regierung eine Neuverschuldung für 2009 von nur 1,7 Prozent geplant, sagte er. Aufgrund der Wirtschaftskrise und der Konjunkturprogramme, die Frankreich eine schwere Rezession ersparten, sei das Defizit dann aber auf 7,5 Prozent hochgeschneilt.

## **Französische übertrifft die deutsche Zinslast**

Dass die jetzige Lage Frankreichs alarmierend ist, zeigt etwa der Vergleich mit Italien. Mit einer Staatsverschuldung von rund 120 Prozent des BIP sind die öffentlichen Finanzen Italiens zwar in einer insgesamt schlechteren Verfassung als jene von Frankreich mit seiner aktuellen Gesamtverschuldung von 85 Prozent des BIP. Doch die französische Neuverschuldung übersteigt jene in Italien jetzt schon im vierten Jahr hintereinander. Dabei verzeichnet Italien seit 15 Jahren ein schwächeres Wirtschaftswachstum als Frankreich, und die Italiener waren 2009 in eine deutlich schwerere Rezession geraten als die Franzosen.

Die jährliche Zinslast Frankreichs ist durch die wachsenden Staatsausgaben inzwischen auf 2,5 Prozent des BIP geklettert und übertrifft die deutsche Zinslast von 2,4 Prozent. Seit 1998, außer im Jahr 2008, waren die Zinskosten in Deutschland immer höher gewesen als die in Frankreich, notiert der Rechnungshof. Wenn das Haushaltsdefizit nicht rasch abgebaut werde, dann könnte die Staatsverschuldung im kommenden Jahr 90 Prozent des BIP übersteigen und im Jahr 2020 110 Prozent erreichen, lautet die Befürchtung.

Text: F.A.Z.



# L'UE, pour le peuple mais sans le peuple

24 août 2011 THE NEW YORK TIMES NEW YORK



Retrofile/Getty Images

**Il y a un point sur lequel les populistes ont raison : l'Union n'écoute pas ses citoyens. Et l'action des dirigeants et des institutions ne fait que renforcer l'impression que l'intégration européenne se fait à coups de mesures technocratiques sur lesquelles les populations n'ont pas d'emprise.**

**Judy Dempsey**

Dès que le philosophe allemand Jürgen Habermas dit quelque chose sur son pays et l'Europe, ses compatriotes ouvrent grand leurs oreilles. En effet, ce fervent Européen de 82 ans, très écouté aux Etats-Unis, prend la parole quand il sent que les choses vont très mal.

Alors forcément, lors de la conférence qu'il a donnée récemment à Berlin, en pleine crise de l'euro, il a captivé son public. Il a accusé les élites politiques de faillir à leur devoir de rendre l'Europe à ses citoyens. *"Le processus d'intégration européenne, qui s'est toujours fait sans consulter la population, est aujourd'hui arrivé dans une impasse"*, a déclaré Habermas pendant une table ronde organisée par le Conseil européen des relations étrangères. *"Il ne peut pas aller plus loin sans passer de son système d'administration habituel à une administration impliquant davantage la population"*.

Les élites politiques *"se cachent la tête dans le sable"*, a-t-il ajouté. *"Elles s'obstinent à poursuivre leur projet élitiste et à priver la population européenne de ses droits."*

Ceux qui abondent dans le sens de Habermas citent souvent pour preuve le comportement du président de la Commission européenne, José Manuel Barroso, et du président du Conseil européen, Herman Van Rompuy, qui représente les 27 Etats membres.

## Désignés derrière des portes closes

Ces derniers mois, aucun des deux n'a daigné expliquer au grand public ce qui arrive à l'Europe et à l'euro. Lorsqu'ils donnent des interviews, ils ont tendance à s'adresser à une audience élitiste. Aucun ne cherche à parler aux citoyens. *"Je doute qu'ils aient jamais songé à organiser des réunions publiques"*, commente Pawel Świeboda, directeur de DemosEuropa, un centre de recherche indépendant à Varsovie.

Barroso et Van Rompuy ont été désignés derrière des portes closes. La chancelière allemande Angela Merkel et le président français Nicolas Sarkozy, qui excluent souvent le grand public des questions européennes, ont eu une forte influence sur le choix de la personne qui devait prendre la tête de Bruxelles. Selon les analystes, ils ont préféré des leaders velléitaires qui seraient à leur botte.

Ceux qui demandent davantage de démocratie dans l'Union européenne pour donner une vraie légitimité aux patrons de Bruxelles et les contraindre à justifier leurs décisions en public se heurtent à deux grands obstacles. Le premier est la détermination des Parlements nationaux à s'accrocher à ce qui reste de leur pouvoir. Aujourd'hui, les deux tiers des lois sont approuvés à Bruxelles puis soumis à l'approbation des Parlements nationaux. Il n'est donc pas étonnant que les parlementaires allemands soient aussi préoccupés par la crise de l'euro.

## Il faudrait reprendre les traités européens

Le plan consistant à créer un gouvernement économique pour la zone euro, dont Merkel et Sarkozy ont vaguement donné les grandes lignes après s'être réunis à Paris le 16 août, implique que le budget et le système fiscal allemands soient en partie soumis à Bruxelles. Un tel gouvernement est un pas logique vers une plus grande intégration économique. Mais, demandent les parlementaires, où sont dans ce plan la transparence et la responsabilité démocratique ? Pour Habermas, on ne les trouve tout simplement nulle part.

Le deuxième obstacle est que pour avoir plus de démocratie, il faudrait reprendre les traités européens qui, entre autres choses, disent comment les responsables doivent être choisis à Bruxelles et comment doivent fonctionner les institutions. *"C'est un grand problème pour la légitimité"*, explique Krzysztof Bledowski, économiste spécialiste de l'Europe et conseiller en chef à Manufacturers Alliance, un lobby d'Arlington, Virginie, qui suit de près ce qui se passe en Europe. Mais aucun dirigeant européen ne veut revenir sur ces traités laborieusement négociés. L'UE pourrait au moins être démocratisée par petites touches. Mais *"l'Europe fonctionne sur la base de la méthode et du processus, et ces choses passent avant la démocratie"*, précise Świeboda.

Les décisions très importantes comme l'instauration de l'euro ou l'élargissement sont prises dans un premier temps petit à petit, ce qui rend difficile pour les opposants de réunir suffisamment de soutien dans la population au fil des étapes. Et une fois que le processus a pris de la vitesse, il devient encore plus difficile à arrêter. La Commission et les Etats membres allèguent toujours qu'une interruption serait trop risquée et coûterait trop cher. Et que, de plus, tout le monde tirera avantage d'une plus grande intégration.

Il est vrai que l'UE n'existerait pas sous sa forme actuelle sans la "méthode Monnet", comme on l'appelle parfois du nom du père de l'Europe, Jean Monnet, sous la houlette duquel ont été prises les premières modestes décisions sur la mise en commun des productions de charbon et d'acier, au début des années 1950.

### **Les partis populistes pourraient récupérer l'argument**

Pas à pas, et inexorablement, cette méthode a mené à la création d'un marché commun pour toutes les marchandises. Elle a également été appliquée lorsque la Grèce est entrée dans la zone euro en 2001, malgré les mises en garde de certains économistes et investisseurs sur la crédibilité du pays, puis lorsque la Bulgarie et la Roumanie ont rejoint l'UE en 2007, malgré les avertissements des autorités chargées de la sécurité et de la justice sur la corruption endémique et les trafics qui sévissent dans les deux pays. Personne n'a voulu entendre ces sonnettes d'alarme. Le processus ne pouvait pas être arrêté. Les critiques sur cette façon de prendre les décisions ne sont pas non plus bienvenues.

*"La réponse du statu quo est que, vu que l'Europe est la solution, il ne faut pas la remettre en cause", explique Świeboda. "Si vous émettez des doutes sur la Commission, par exemple, on vous considère aussitôt comme un eurosceptique."* Cette méthode a apporté de l'eau au moulin des partis populistes et eurosceptiques, que les pro-Europe traitent d'anti-Europe. Mais les partis populistes, de plus en plus courtisés par la droite, ont raison sur un point : l'UE n'écoute pas ses citoyens.

*"Nous manquons de vrais dirigeants européens", déclare Andrea Römmele, professeur de communication en politique et dans la société civile à la Hertie School of Governance à Berlin. "Il y a tellement de questions nationales et européennes qui sont liées, qu'il est grand besoin que les dirigeants européens communiquent avec leur public et renforcent l'Europe."*

La crise de l'euro est le parfait exemple de l'échec des dirigeants dans ce domaine. Pour les partisans d'une plus grande intégration, lorsque l'Europe sortira de cette crise – si elle en sort un jour –, la façon de gouverner à Bruxelles et dans les capitales européennes ne pourra pas rester la même qu'avant. Si les portes de l'UE ne s'ouvrent pas de part en part à la démocratie et à la responsabilité, l'Europe deviendra la proie des populistes.

NYT August 22, 2011

## E.U. Elites Keep Power From the People

By JUDY DEMPSEY

BERLIN — When the German philosopher Jürgen Habermas says something about Europe and his country, Germans take special note. As a passionate European with a big following in the United States, Mr. Habermas, 82, comments when he senses that things are going very wrong.

So when he recently delivered a speech in Berlin amid the continuing euro crisis, he captivated his audience. He accused the political elites of reneging on their responsibility to bring Europe to its citizens.

“The process of European integration, which has always taken place over the heads of the population, has now reached a dead end,” Mr. Habermas said at a forum hosted by the European Council on Foreign Relations. “It cannot go any further without switching from its usual administrative mode to one of greater public involvement.”

The political elites “are burying their heads in the sand,” he said, adding, “They are doggedly persisting with their elitist project and the disenfranchisement of the European population.”

Those who agree with Mr. Habermas often cite the behavior of José Manuel Barroso, president of the [European Commission](#), the Union’s executive, and Herman Van Rompuy, president of the European Council, which represents the 27 member states.

During these past months, both have failed to explain to a wider public what is happening to Europe and the euro. When they give interviews, they tend to address an elitist audience. Neither reaches out to citizens. “I doubt if they ever thought of doing town-hall meetings,” said Pawel Swieboda, director of DemosEuropa, an independent research organization in Warsaw.

“They don’t bother to do such meetings because they don’t have to stand for election,” added Reinhard Bütikofer, a German and leader of the Greens in the European Parliament.

Mr. Barroso and Mr. Van Rompuy were chosen behind closed doors. Angela Merkel, the German chancellor, and Nicolas Sarkozy, the French president, who on European issues often skirt the broader public, had a powerful influence over who should run Brussels. They preferred weak leaders who would be beholden to them, analysts say.

In contrast, as an elected lawmaker, Mr. Bütikofer was last week conducting town-hall meetings in the north-eastern German state of Mecklenburg-Western Pomerania, where his party hopes to get elected to the regional Parliament next month.

Those who argue for more democracy in the [European Union](#) to give the leaders in Brussels real legitimacy and force them to justify their decisions publicly face two big hurdles.

The first is the determination of national Parliaments to hold on to what remains of their powers. As it is, two-thirds of legislation is approved in Brussels and then passed to the national Parliaments to nod through. No wonder that German lawmakers are so exercised about the euro crisis.

The plan, vaguely outlined by Mrs. Merkel and Mr. Sarkozy after they met in Paris last Tuesday, to introduce economic governance on the E.U. level would mean Brussels encroaching on [Germany’s](#) national budgets and tax systems. Such governance is a logical step toward more economic integration. But, ask lawmakers, where is the democratic accountability and transparency? Mr. Habermas says it does not exist.

The second hurdle is that more democracy would mean reopening the E.U. treaties, which, among many other things, set out how the leaderships in Brussels are chosen and how the institutions function.

“This is a big problem for legitimacy. If you want to seek more legitimacy through legitimate means, then that means amending the treaties,” said Krzysztof Bledowski, a European expert and economist and council director of the Manufacturers Alliance, a lobby based in Arlington, Virginia, that keeps a close eye on developments in Europe.

But no E.U. leader wants to reopen the laboriously negotiated treaties.

The Union could at least be democratized in small ways. But, noted Mr. Swieboda, “the E.U. works on the basis of method, of processes. They take precedence over democracy.”

Momentous decisions like the introduction of the euro or enlargement are taken in tiny steps at first, making it difficult for opponents to garner enough public support at any given moment. But once the process has gathered steam, it becomes even harder to stop. Both the Commission and the member states always put forward the argument that a rupture would be too risky and too costly. Besides, in the end, everyone will benefit from closer integration.

It is true that the Union would not exist in its present form without the “*méthode Monnet*,” as it is sometimes called, after Jean Monnet, Europe’s founding father under whose guidance the first modest decisions about integrating the European coal and steel industry were taken in the early 1950s.

Step by inexorable step, this method led to a common market for all goods. But the same method was also applied when Greece joined the euro in 2001, despite warnings from economists and investors about Greece’s credentials, and later when Bulgaria and Romania joined the Union in 2008, despite warnings from judicial and security officials about the endemic corruption and trafficking in both countries. Their warnings went unheeded. The process could not be stopped.

Criticism of this kind of decision-making is not welcome, either.

“The status quo response is that because Europe is the answer, it should not be questioned,” Mr. Swieboda said. “If you question the Commission, for example, then you are considered a euro-skeptic.”

This approach has vindicated populist, euro-skeptic parties. Pro-Europeans call them anti-European. But the populist parties, increasingly pandered to by the mainstream right, have a point: the Union does not listen to its citizens.

“We are missing true European leaders,” said Andrea Römmele, a professor for communication in politics and civil society at the Hertie School of Governance in Berlin. “With so many national and European issues interlinked, there is a great need for Europe’s leaders to communicate to their publics and strengthen Europe.”

The euro crisis is the prime example of how leaders have failed to do just that. If and when Europe emerges from this latest crisis, proponents of more integration say the leadership in Brussels and in the capitals cannot continue as before. Unless the Union’s doors are fully opened to accountability and democracy, Europe will fall prey to populists.

# Polémique autour de la nuit de ramadan de la mairie de Paris

Par **Cécilia Gabizon** Mis à jour le 24/08/2011 à 17:52 | publié le 24/08/2011 à 17:51 [Réactions \(608\)](#)

Mercredi soir, la mairie de Paris organise une soirée à l'occasion du ramadan. Elle y proposera un «Iftar léger», un repas de rupture de jeûne... Un événement qui fait des vagues.

Après les associations laïques et des députés, comme Jerome Dubus du Nouveau Centre, le préfet de Paris s'est lui aussi inquiété de voir la mairie organiser cette cérémonie «religieuse».

Dans **un courrier du 19 août**, que *Le Figaro* s'est procuré, il a même jugé que cette soirée de ramadan heurtait le principe de laïcité. «Après examen de la jurisprudence administrative et consultation de la direction des libertés publiques et des affaires juridiques du ministère de l'Intérieur, il apparaît que votre décision d'organiser une telle soirée à caractère culturel semble contraire au principe de neutralité des services publics», met en garde le préfet.

La direction juridique proposait même de faire annuler la manifestation car la soirée du ramadan organisée par la Mairie de Paris et explicitement axée sur la fête du ramadan et la rupture du jeûne imposé aux musulmans ne répond à aucun des cas de dérogation, précise leur note. «Il n'existe aucun intérêt public local à l'organiser, celle-ci pouvant être organisée dans le cadre des mosquées. En outre, aucune autre fête de cette nature n'a été organisée pour d'autres cultes (rupture de jeûne pour kippour, Pâques...), ce qui ne respecte pas le principe d'égalité entre les cultures», écrivent les auteurs. Le préfet a préféré questionner le maire Bertrand Delanoë sur le financement de cette nuit du ramadan.

La mairie s'est défendue le 22 août, insistant sur le fait qu'il s'agissait d'une «soirée culturelle», s'ouvrant par un concert, se poursuivant par des chants. «Elle ne correspond à aucune fête musulmane et n'a pas pour l'objet de permettre l'accomplissement de certaines pratiques à caractère rituel, mais bien au contraire, d'organiser des festivités, ouvertes à tous, qui ne relèvent pas de la sphère religieuse», précise-t-elle.

La mairie rappelle d'ailleurs qu'elle participe «à des manifestations traditionnelles de différentes confessions ou communautés représentées à Paris telles qu'Hanouka, Vesak, la saint Maroun, le nouvel an chinois, le nouvel an berbère, l'arbre de Noël...».

Le maire de Paris détaille également le coût de ce marché public pour le repas de l'iftar de 29.000 euros et de près de 70.000 euros pour la partie culturelle. Les années passées, des entreprises sponsorisaient l'événement, entretenant le flou sur un lien désormais sur la sellette entre les religions et les institutions publiques.

## Waves of Disinformation and Confusion Swamp the Truth in Libya

By DAVID D. KIRKPATRICK and ROD NORDLAND

TRIPOLI, Libya — Truth was first a casualty in Libya well before this war began, and the war has not improved matters at all, on any side.

Libya has long been a republic of lies or, in the words of Col. **Muammar el-Qaddafi**, “the only democracy in the world.” Colonel Qaddafi was the absolute dictator who claimed years ago to have stepped down from all public posts. He said he was more of a sage, or guide, to Libya’s six million citizens.

In Libya, as with authoritarian governments generally, leaders are accustomed to dictating how people should think; no matter how outrageous the lie or how obviously bizarre (as was often the case in Libya), it is often received as reality by a public numbed by isolation and oppression. So it may not be surprising that the rebels now challenging Colonel Qaddafi sometimes sound like him, because he is the only leader they ever knew. Many of the rebels’ leaders were in Colonel Qaddafi’s top echelons, helping defend and promote his vision, and version, of reality.

A case in point was the rebels’ claim on Sunday that they had arrested Seif al-Islam el-Qaddafi, the leader’s son who is often talked of as the heir apparent. The claim was issued with such authority, even setting off a debate among rebels over what to do with the younger Mr. Qaddafi, that the International Criminal Court said he should be transported to The Hague.

By the wee hours of Tuesday morning, however, Mr. Qaddafi was squiring journalists around neighborhoods filled with Qaddafi sympathizers, saying the rebels who had rolled into the city had fallen into a trap.

Information, or rather truthful information, is often difficult to come by in any war zone. Disinformation is a powerful tool that can be used to mislead the enemy, hide tactics, instigate fear or win public support. There is also the fog of war, the confusion in communications and the chaos of the battlefield that can obscure any objective understanding.

But in Libya, with so many competing factions and overlapping agendas — Qaddafi loyalists, competing tribes, western guerrillas, eastern rebels, NATO allies — all of that is true, to an exceptional degree.

By sunrise, it seemed that the younger Qaddafi’s claim of having sprung an elaborate trap was just another lie, as rebels poured into Colonel Qaddafi’s Bab al-Aziziya compound.

“It’s a timely reminder that Twitter, 24-hour rolling news channels and satphones are still useless against the fog of war,” Rob Crilly of The Daily Telegraph of London wrote on Tuesday.

During the six months of fighting, both the rebels and Colonel Qaddafi’s forces repeatedly overstated or misrepresented their battlefield abilities and accomplishments. The rebels said they had seized cities, only to be pushed back hours or days later; on Tuesday, Colonel Qaddafi’s forces insisted that they controlled Tripoli. In the early days of the NATO intervention, optimistic claims about the rebels’ capacities and battlefield gains seemed intended to reassure queasy domestic audiences that a quick victory was possible.

One day before rebels invaded Colonel Qaddafi’s compound, a NATO spokesman, Col. Roland Lavoie, was asked where the Libyan leader might be hiding.

“I don’t have a clue,” he said at a news conference in Italy, offering an answer with the ring of truth.

Then he added, perhaps less convincingly, “I’m not sure it really does matter.”

The examples of spin from all sides provide one of many echoes in Libya of the war in Iraq and the fall of Saddam Hussein. For months after Mr. Hussein slipped into hiding, the American military had insisted that his capture was unimportant — until, of course, they captured him and promptly distributed images of him having lice picked from his hair. Officials were jubilant.

When the Americans rolled into Baghdad, they did so with what turned out to be a false justification — that Iraq had “weapons of mass destruction.” That claim was so deeply accepted by the troops that they packed gas masks and spent much of the critical first weeks looking for unconventional weapons, rather than controlling looters, which was one of the Iraqi grievances that later fed an insurgency.

Sometimes it is hard to tell if the people spreading the information believe it themselves. “There are no American infidels in Baghdad — never,” Muhammad Said al-Sahhaf, Mr. Hussein’s prevaricating minister of information, said long after American troops had entered the city.

Was this disinformation? Self-deception?

When it was no longer possible to deny their presence, after American troops had reached the center of the city, Mr. Sahhaf had a ready reply. “They’re coming to surrender or be burned in their tanks,” he said.

Those Iraqi troops who took him seriously — and there were some — died.

Unlike Iraq, the misinformation in Libya has sometimes taken on the feel of a comic opera.

When the uprising against Colonel Qaddafi began, he blamed Al Qaeda and youths “fueled by milk and Nescafé spiked with hallucinogenic drugs.” When that did not get enough traction, he said of the rebels: “They feel trigger happy, and they shoot especially when they are stoned on drugs.”

His maladroit spokesmen at one point showed journalists what they said were 36 million doses of confiscated hallucinogens — which proved to be Tramadol, a common painkiller.

Still, the rebels have offered their own far-fetched claims, like mass rapes by loyalist troops issued tablets of *Viagra*. Although the rebels have not offered credible proof, that claim is nonetheless the basis of an investigation by the International Criminal Court.

And there is the mantra, with racist overtones, that the Qaddafi government is using African mercenaries, which rebels repeat as fact over and over. There have been no confirmed cases of that; supposedly there are many African prisoners of war being held in Benghazi, but conveniently journalists are not allowed to see them. There are, however, African guest workers, poorly paid migrant labor, many of whom, unarmed, have been labeled mercenaries.

Both sides, of course, pronounce victory as a certainty.

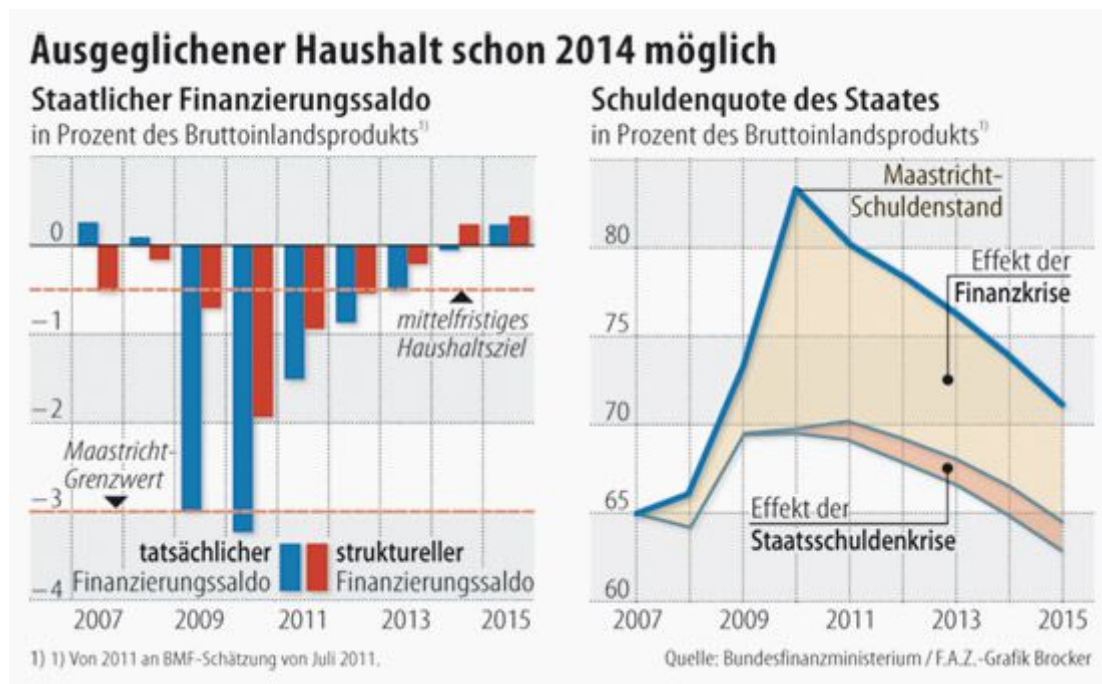
In the case of Mahmoud Jibril, the rebel prime minister, it is just a little late. “The total collapse of the regime could materialize in the next few weeks,” he said during a visit to Washington in May.

*David D. Kirkpatrick reported from Tripoli, and Rod Nordland from Kabul, Afghanistan.*

## Neuverschuldung fällt geringer aus als befürchtet

**Schäuble im Glück: Die Steuereinnahmen sprudeln, die Neuverschuldung sinkt. Die möglichen Kosten für die Euro-Rettung sind aber noch nicht komplett verbucht.**

Von Henrike Robbach, Berlin



22. August 2011

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat für ein derart kräftiges Steuerplus gesorgt, dass die Regierung für 2014 mit einem ausgeglichenen Haushalt nach den Maastrichtkriterien rechnet. Das geht aus dem aktuellen Monatsberichts des Finanzministeriums hervor. Im Juli lagen die Steuereinnahmen, ohne Gemeindesteuern, 9,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Der Bund nahm 10,2 Prozent mehr Steuern ein, die gemeinschaftlichen Steuern legten um 10,3 Prozent zu. Die Länder dagegen verzeichneten ein Minus von 2 Prozent.

Über die ersten sieben Monate des Jahres hinweg ergibt sich allerdings auch für die Länder ein Steuerplus. Mit 7,64 Milliarden Euro haben sie 12,8 Prozent mehr Steuern einkommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den gemeinschaftlichen Steuern betrug das Plus 9,8 Prozent auf 233 Milliarden Euro. Der Bund nahm 52,6 Milliarden Euro eigene Steuern ein (plus 7,4 Prozent). Unter anderem spülte die neue Brennelementesteuer erstmals Geld in die Kasse – 450,8 Millionen Euro. Damit liegt der Bund aber deutlich unter den Erwartungen, die mit dieser Steuer verbunden waren.

Kräftig legten die Einnahmen aus der Lohnsteuer zu; im Juli betrug das Plus 10,2 Prozent, über die ersten sieben Monate hinweg waren es 9,8 Prozent. Das spiegle die „weiterhin sehr positive Lage auf dem Arbeitsmarkt wider“, heißt es in dem Bericht. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stiegen sogar um fast ein Drittel, die Mehrwertsteuereinnahmen legten um gut 7 Prozent zu.

Ausgegeben hat der Bund von Januar bis Juli 185,3 Milliarden Euro; 2,8 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben für die Sozialsysteme sanken um 4,3 Milliarden Euro. Den Ausgaben standen 150,5 Milliarden Euro Einnahmen gegenüber; 5,2 Prozent mehr als zuvor. Anders als bei der Aufstellung des Bundeshaushalts angenommen, sei inzwischen zu erwarten, dass die Neuverschuldung 2011 bei rund 30 Milliarden Euro liegen werde



statt bei 48,4 Milliarden Euro. Das führt zu Optimismus im Haus von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), was die Haushaltskonsolidierung angeht. Der „öffentliche Gesamthaushalt“ – die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden – werde dieses Jahr ein Defizit von 41,5 Milliarden Euro aufweisen, so die aktualisierte Schätzung. Gegenüber 2010 wäre das eine Halbierung. Dahinter stehen die gestiegenen Einnahmen und die „nach wie vor moderate Zunahme der Ausgaben“ – was im Umkehrschluss allerdings auch bedeutet, dass die Ausgabe trotz Aufschwung und Sparkurs insgesamt nicht sinken.

Das Maastricht-Kriterium – die Begrenzung der Neuverschuldung in einem Euro-Staat auf höchstens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – soll dieses Jahr mit 1,5 Prozent wieder eingehalten werden. Im Sommer 2010 war dieser Wert erst für 2014 vorausgesagt worden. Inzwischen aber geht das Finanzministerium davon aus, dass dann schon ein „nahezu ausgeglichener Staatshaushalt“ erreicht werden kann. Die Gesamtschuldenquote Deutschlands, die vergangenes Jahr auf 83,2 Prozent des BIP stieg – wird noch länger weit über dem Maastricht-Wert von 60 Prozent des BIP liegen.

Gründe dafür sind die in der Finanzkrise gegründeten Bad Banks für HRE und West LB, aber auch die Euro-Rettung. Zu Buche schlagen die Kredite aus dem ersten Griechenlandpaket, die Kredite des Rettungsschirms EFSF an Irland und Portugal und die Bareinlagen, die Deutschland von 2013 an in den dauerhaften Rettungsschirm ESM einzahlen muss. Die Kosten des zweiten Griechenlandpakets, das Ende September vom Bundestag verabschiedet werden soll, sind noch nicht eingerechnet, ebenso wenig die geplanten Steuersenkungen.

Die Grünen forderten, die Mehreinnahmen zur Haushaltssanierung zu nutzen. „Jede Milliarde Neuverschuldung bedeutet eine Zinsbelastung von 16 Millionen Euro pro Jahr“, sagte die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion, Priska Hinz. Sie warnte auch vor „Luftbuchungen bei der Finanztransaktionssteuer“ und nicht gedeckten Einsparungen.

Text: F.A.Z.

## „Wir verteilen von Arm zu Reich“

**Als Verfassungsrichter hat Paul Kirchhof zwölf Jahre lang am Steuerrecht herumgeschraubt. Am Ende stand die Erkenntnis: Wir brauchen ein neues Auto. Das hat er selbst gebaut. Ob es jemals fahren wird, hängt vom Mut der Politiker ab.**

22. August 2011

**Seit zwei Jahren haben wir eine Erfolgsmeldung nach der anderen: Fast schon im Wochentakt wird der Euro gerettet.**



„Nicht das Drehen an einer kleinen Schraube ist heute der Auftrag der Politik“

Wir erleben, dass die Regierungen in Europa sich unter großem Aufwand von Steuergeld und einer Bereitschaft zu weiteren Staatsschulden bemühen, den Euro zu retten. Da gibt es sicherlich für die jeweilige Gegenwart stets einen Erfolg. Aber dabei wird auch bewusst, den Regierungen wie den Menschen, dass wir eine Neukonzeption brauchen: des Finanzmarktes und der Verschuldensfähigkeit der Staaten, im äußersten Fall auch der Entschuldung der Staaten. Nicht das Drehen an einer kleinen Schraube ist heute der Auftrag der Politik. Sondern Kühnheit, Mut, Entschiedenheit für ein großes Erneuerungswerk.

### **Kühn auf die Klippe?**

Jedes große Werk birgt Risiken, wird Widerstände erfahren. Weil der Mensch dem vertraut, was er gewohnt ist. Aber er ist auch in der Lage, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden. Und da haben die meisten Menschen ein sensibles Gespür. Wenn sie merken, sei es im Finanzmarkt, sei es im Steuerwesen, sei es im Arbeitsrecht, dass es in den Grundstrukturen an Gerechtigkeit hapert, werden sie aufmerksam, wehrbereit und aktiv - gegen Unrecht.

### **Was ist denn ungerecht beim Euroretten?**



Entscheidend sind für Kirchhof Kühnheit, Mut und Entschiedenheit für ein großes Erneuerungswerk

Wir werden aufgefordert, Solidarität mit Griechenland zu üben. Aber im Kern üben wir Solidarität mit dem Finanzmarkt. Obwohl er völlig intransparent ist, obwohl dort eine Fülle von Transfers stattfinden, die nicht mehr auf die Produktion von Gütern, also auf die Bedürfnisse von Menschen angelegt sind. Da werden Forderungen und Beteiligungen drei-, vier-, fünfmal verkauft, auf jeder Stufe gibt es Käufer und Verkäufer, Berater und Prüfer, Versicherer und Rückversicherer, die alle ihren Staubsauger angestellt haben, um Gewinne abzusaugen.

### **Der Staub, der da abgesaugt wird ...**

Das ist Geld.

### **Von wo nach wo bewegt es sich denn?**

Wenn man mit Geld nicht ein Gut kauft, eine Ware oder eine Dienstleistung, sondern Forderungen oder Hoffnungen, wenn spekuliert wird auf den Aufstieg oder Niedergang eines Unternehmens, gar das Gelingen oder Misslingen ganzer Staaten, dann fließt das Geld von den Unternehmen und Staaten zu denen, die diese Geschäfte betreiben. Und wenn dann der Staat dieses System finanzieren muss, um die Augenblicksstabilität richtigerweise zu bewahren, dafür noch nicht einmal auf Steuergeld zugreifen kann, sondern nur auf Kredite, dann

nimmt er das Geld vom Finanzmarkt, gibt es dem Finanzmarkt, und zahlt dafür dem Finanzmarkt auch noch Zinsen. Das kann langfristig nicht funktionieren.

### **Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das ein Geschäftsmodell.**

Das ist inzwischen ein bewährtes Geschäftsmodell. In diesem Jahr plant der Bund, 47 Milliarden Euro Steueraufkommen von vornherein an den Finanzmarkt zu geben - für Schuldzinsen.

### **Handelt der Staat als Agent der Finanzmarkt-Akteure?**

Ich bin nicht sicher, ob er Agent ist oder Getriebener. Denn er ist hochverschuldet. Er braucht neue Kredite, er braucht die Verlängerung der alten Kredite. Die Konditionen bestimmt nicht unwesentlich derjenige, der den Kredit gibt. Und das ist die Bank, das ist der Finanzmarkt. Der Staat ist als Schuldner abhängig. Nun muss er andere abhängige Staaten schuldenfinanziert unterstützen und gerät damit in noch stärkere Abhängigkeit vom Finanzmarkt. Eine dramatische Spirale, die wir verlangsamen und zum Stillstand bringen müssen.



Schon weil es niemand versteht, sei das deutsche Steuersystem ungerecht

### **Was bedeutet es eigentlich für die Demokratie, wenn ein beträchtlicher Teil des Haushalts für Zinsen und Schuldendienste reserviert werden muss?**

Zweierlei: Erstens wird das Budgetrecht des Parlaments unterlaufen. Denn laut Grundgesetz entscheidet der Bundestag in verantwortlicher Freiheit über die Verwendung aller staatlichen Einnahmen, sprich: der Steuern. Wenn der Staat sich nun aber verpflichtet hat, einen wesentlichen Teil dieses Geldes als Zinszahlung an andere zu geben, dann kann das Parlament nicht mehr darüber verfügen. Das ist das eine. Dahinter steckt aber ein zweiter Gedanke, der schon zur Zeit der Weimarer Reichsverfassung sehr betont worden ist, nämlich der Gleichheitssatz, der im Steuerrecht und in der Steuergerechtigkeit eine große Rolle spielt. Der Staat verspricht der Allgemeinheit der Steuerzahler, dass er alles Geld, was er vom Steuerzahler genommen hat, an die Gesamtheit der Steuerzahler durch Staatsleistungen zurückgibt.

### **Darf der Staat demnach die Hungernden in Afrika nicht unterstützen?**



"Wir haben in unserer modernen Demokratie das Phänomen, dass die große Gruppe am schwächsten repräsentiert ist"

Doch, natürlich. Denn das ist ein Anliegen der deutschen Rechtsgemeinschaft. Entscheidend ist: Die Bürger müssen wissen und darüber entscheiden können, wofür der Staat das Geld ausgibt. Wenn wir nicht mehr genau wissen, wofür wir eigentlich bezahlen - die Wirtschaft in Griechenland, die Stabilität des Euros, die Gewinnmargen im Finanzmarkt, die Boni der Investmentbanker? - dann ist dieser Gleichheitssatz nicht mehr erfüllt. Staatsausgaben bedürfen einer deutlichen, für jedermann erkennbaren Rechtfertigung.

### **Ist denn Steuer überhaupt gerechtfertigt? Sie haben jetzt ein Steuergesetzbuch vorgelegt. Zehn Jahre hat die Arbeit daran gedauert, eine ungewöhnliche, genau genommen einmalige Leistung. Was ist der Ausgangspunkt dieser Anstrengung? Sie haben von Steuergerechtigkeit gesprochen. Was hat Steuer mit Gerechtigkeit zu tun? Jeder hasst die Steuer.**

Das war die große Ausgangsfrage unseres ganzen Unternehmens. Wir sprechen ganz bewusst von Steuergerechtigkeit, obwohl der Jurist zögert, dieses große Wort Gerechtigkeit in den Mund zu nehmen. Trotzdem, darum geht es. Wir müssen im Steuerrecht bewusst machen: Die Steuer ist nicht ein Ärgernis, das es zu vermeiden gilt, sondern die Steuer ist der Preis der Freiheit. Ein freiheitlicher Staat belässt die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit in privater Hand. Er sagt: Löhne und Preise sind Sache der freien wirtschaftenden Subjekte. Wenn das aber so ist, dann muss sich der freiheitliche Staat finanzieren durch Teilhabe am Erfolg privaten Wirtschaftens. Und das nennen wir Steuern.

### **Er nimmt den Menschen Geld weg, das sie erwirtschaftet haben.**

Gewiss, aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Nehmen wir mal die Einkommensteuer: Da hat jemand gearbeitet, hat dafür seinen Lohn bekommen, oder er war Unternehmer, hat Gewinn gemacht. Der gehört ihm, weil er sich angestrengt hat und erfolgreich war. Aber die volle Wahrheit ist: Er konnte das Einkommen nur erzielen, weil wir hier in Deutschland inneren und äußeren Frieden hatten. Er konnte unbehellig morgens zu seinem Arbeitsplatz fahren und abends wieder zurück. Der Unternehmer konnte in seinem Schaufenster seine Waren zeigen und das Publikum in sein Geschäft hineinlassen. Er hatte unser Privatrecht, um Verträge zu vereinbaren, die wir dann mit Hilfe der Gerichte durchsetzen. Er konnte in Euro seinen Kaufpreis vereinbaren und seine Wirtschaftsgüter bewerten. Er konnte die in unseren Schulen und Hochschulen gut ausgebildeten Arbeitnehmer einsetzen. Er findet Kunden vor, die mit Wechsel und Scheck und Kredit umgehen können. All das ist eine Leistung der Rechtsgemeinschaft. Und die hat ihren Preis.

### **In ihrem Modell ein Viertel vom Kuchen.**

Ja. Dort sagt der Staat, wenn du erfolgreich warst und auch im nächsten Jahr erfolgreich bleiben möchtest, dann musst du nach sozialer Entlastung der Anfangseinkommen ein Viertel deines Einkommens abgeben, damit wir dieses System auch in Zukunft finanzieren können. Das muss jedem einleuchten, weil jeder täglich die Vorzüge der hier blühenden Kultur-, Rechts- und Wirtschaftslandschaft Deutschland erleben darf, weil er hier in Freiheit wirtschaften kann.

### **Dann ist doch alles wunderbar. Was Sie gerade geschildert haben, das haben wir doch. Warum brauchen wir da ein neues Steuergesetzbuch?**

Der Grundgedanke ist absolut in Ordnung, aber er ist in unserer Wirklichkeit kaum noch zu erkennen. Er ist überwuchert und überlagert von Ausnahmen, Privilegien, Lenkungen. Wir müssen die Steuer nicht neu erfinden, sondern in ein System zurückfinden, das dieser Idee gerecht wird.

### **Ist denn unser Steuersystem ungerecht?**

Ja, es ist ungerecht. Schon deswegen, weil niemand es mehr versteht. Was nicht als gerecht verstanden werden kann, kann auch nicht gerecht sein.

### **Schon deswegen - und weshalb noch?**

Weil dieses Steuerrecht nicht mehr unausweichlich für jeden vorgegeben ist. Wer viel verdient, kann seine Steuerschuld mindern. Er kann gute Berater bezahlen, stille Reserven bilden, Firmen verschachteln, Auslandsgesellschaften einrichten und so Gewinne und Verluste verschieben. Wer über viel Vermögen verfügt, kann die Steuer vermeiden. Aber nicht der, der mit seinem gesamten Jahreseinkommen sich und seine Familie ernähren muss.

### **Das heißt, dass wir ein Steuersystem zu Lasten der Ärmeren haben?**

Ja. Die Schwachen werden belastet und die Starken begünstigt.

### **Sie wollen also Leuten die Möglichkeit rauben, der Steuer irgendwie zu entgehen?**

Ich würde es positiv ausdrücken. Wir wollen einen gerechten Steuermaßstab, der für alle gilt. Jeden Tag können sie im Fernsehen einen durchlaufenden Streifen sehen, der uns benachrichtigt, was die dreißig bedeutendsten deutschen Unternehmen für ihre Aktionäre getan haben. Gut so, dann wissen wir das. Wie wäre es denn, wenn wir einmal in der Woche einen Steuer-DAX durchlaufen lassen würden? Dann wüssten wir auch, was die dreißig besten Steuerzahler für die Allgemeinheit getan haben. Da applaudieren wir, da sind wir stolz auf diesen erfolgreichen Unternehmer. Da schauen wir nicht in der scheelen Form der Bewunderung, die wir Neid nennen, zu ihm rüber, weil er so viel verdient, sondern wir sagen: Sehr gut! Schön wäre es, er würde im nächsten Jahr noch mehr verdienen. Wir müssen wissen, dass der Erfolg des Anderen - über die Steuer - unser Erfolg ist, gleichheitsgerecht, unausweichlich.

### **Und das ist heute nicht der Fall?**

Das ist heute nicht annähernd der Fall. Wir haben eine ganze Beratungsindustrie, wir haben eine Anlage- und Fondsindustrie zum Zweck der Steuervermeidung - größtenteils setzt sie Anreize für ökonomische Unvernunft.

**Ist unser Steuerrecht nicht auch ein Ergebnis der Vernunft? Es ist historisch gewachsen, verkörpert einen demokratischen Prozess aus lauter Kompromissen. Da wurde immer weiter feinjustiert und verbessert, unterschiedliche Interessen sind wirksam geworden, Interessen von Armen, von Reichen, von Privaten, von Unternehmen, von Verbänden. Natürlich ist das hoch differenziert, hoch kompliziert, aber wir sind ja auch eine komplizierte, differenzierte Gesellschaft in einem ziemlich großen Staat. Wenn man das vereinfachen will - bedeutet das nicht, dass man diesen Prozess im Grunde zurückschraubt? Dass man zurückgehen will in eine Steuer-Steinzeit, oder zumindest in romantische Verhältnisse?**

Nein, wir gehen mit diesem Vorschlag zu einem radikal vereinfachten und deswegen wieder verständlichen Steuerrecht nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es ist die Zukunft, die unser Verfassungsstaat verspricht: dass dieser Rechtsstaat gleichmäßig, aber maßvoll an Steuern nimmt, was ihm gebührt. Unser Gesetzestext hat 35 Seiten. Von vielen Tausenden Paragraphen, die wir heute beachten müssen, haben wir noch 146. Dieses neue Recht ist dann ganz einfach und für jeden interessierten Bürger in schöner deutscher Sprache dargestellt und verständlich.

**Wenn das alles so schön ist, warum ruft die Politik nicht: Na, wunderbar! Das erleichtert uns das Geschäft. Das machen wir! Stattdessen hat sie das Thema vom Tisch gewischt.**

Ich würde es nicht ganz so pessimistisch sehen. Es muss natürlich diskutiert werden. In jeder Demokratie brauchen wir Zeit, damit die Diskussion in Schwung kommt. Und dann bin ich sehr zuversichtlich, dass unsere guten Argumente überzeugen. Aber natürlich gibt es auch viele Politiker, die an dem bisherigen Verwirr- und Privilegiensystem mitgewirkt haben. Sie sehen in der Vergünstigung, die sie für ihre Lobby erkämpft haben, ihren beruflichen Erfolg. Da ist der Täter dann der Wächter.

**Wenn sich alle im Kampf um die kleinen Vorteile - fast in einer Art marktwirtschaftlichem Prinzip - zusammenraufen müssen, dann haben wir doch die Gerechtigkeit.**

Keineswegs. Denn die Interessen sind nicht gleich stark organisiert. Wir haben in unserer modernen Demokratie das Phänomen, dass die große Gruppe am schwächsten repräsentiert ist. Das gilt insbesondere im Steuerrecht. Die Begrenztheit der Interessen auf eine kleine Gruppe begünstigt deren Durchsetzungskraft. Und Reichtum natürlich auch. Und die Gunst für wenige kostet weniger. Unsere Demokratie führt im Steuerrecht zum Feudalismus: das Recht des ökonomisch Stärkeren und eine Umverteilung von Arm zu Reich.

**Das klingt bitter. Es ist ein älteres Prinzip als das der Demokratie: Groß schlägt Klein, Stark schlägt Schwach, Ober sticht Unter.**

Ja, aber wir haben gerade in Deutschland Demokratie erkämpft, damit der Steuerzahler selbst - repräsentiert durch seine Landstände und später Parlamente - über die Staatsausgaben, die Steuern und die Staatsverschuldung entscheidet, um die Verschwendungssucht des Fürsten zu mäßigen. Das ist der Ursprung der deutschen Demokratie. Und dazu müssen wir zurückkommen.

**Ich finde, die Politik hat auf ihren Vorschlag eher reagiert wie auf eine weltferne Spinnerei. Als sei es für Realpolitiker sinnlos, über so etwas auch nur zu diskutieren.**

Das wäre ganz verkehrt. Gerade der Pragmatiker weiß, dass er Zielvorgaben, große strukturgebende Gedanken braucht. Sonst rennt er doch immer nur Teillösungen hinterher, schwankt, muss sich morgen korrigieren, weil die kurzfristige Perspektive von gestern nicht mehr überzeugt. Und das gilt besonders im Steuerrecht. Die Steuer ist eine Idee des Rechts. Ob wir die Köpfe besteuern sollen oder das Vermögen oder den Umsatz oder das Einkommen, das muss entschieden werden. Die Entscheidung muss überzeugen. Mit anderen Worten: In der Demokratie müssen Steuerzahler davon überzeugt sein, dass Steuern gerecht sind. Das ist bei uns, flächendeckend, nicht der Fall. Warum hinterziehen ansonsten redliche, wirtschaftlich erfolgreiche Bürger die Steuer? Sie riskieren das Gefängnis! Das sind Menschen, die nie im Leben eine Bank überfallen würden. Das ist doch eigentlich völlig unerklärlich, nicht?

**Warum tun sie das?**

Weil das Steuerrecht seine Autorität verloren hat. Und das ist die Seuche, die sich in dieses Rechtsgebiet eingeschlichen hat. Es ist ein Recht in höchster Not.

**Sie wollen, dass alle die gleiche Steuer zahlen müssen. Was ist daran gerecht? Wie sagt man: Stärkere Schultern müssen stärkere Lasten tragen.**

Ja, das stimmt. Wer reich ist, kann viel zahlen, und wer wenig hat, der kann wenig zahlen. Und wer nur das Existenzminimum hat für sich, der kann gar nichts zahlen. In unserem Steuermodell zahlt ein Familienvater, der 20.000 Euro verdient, wegen der Freibeträge und Anfangsprogression 0, in Worten: Null, Euro in die Gemeinschaftskasse. Und der, der eine Million verdient hat, zahlt fast 250.000 in die Kasse. Das ist eine Gerechtigkeit, die einleuchtet.

**Ein Einwand lautet, Sie hätten gar nicht durchgerechnet, welche enormen Einnahmeausfälle auf diese Art und Weise beim Fiskus entstehen.**

Das ist ein Gedanke, dem man sehr sorgfältig nachgehen muss, weil wir eine Fülle an Ausnahme- und Lenkungs- und Privilegientatbeständen abschaffen. Keiner, weder das Parlament noch das Finanzministerium, weiß genau, was all das kostet. Da hat der Gesetzgeber vor zwanzig Jahren eine Begünstigung eingeführt - für den Schiffsbau, für die Filmer, für ökologisches Bauen oder irgendwas - und jetzt bedient sich jeder, indem er den Tatbestand erfüllt. Er spart Steuern, und dem Staat fehlen Einnahmen, doch keiner weiß, woher. Der begünstigte Sachverhalt ist in der Steuererklärung ausgewiesen, aber statistisch nicht erfasst. Deswegen hat jeder dort ein Problem der Schätzung. Das

heißt aber nicht, dass jetzt alles beim schlechten Recht bleiben müsse. Sondern dann empfehle ich dem Finanzminister: Er macht die große Reform, geht damit in die Geschichte ein und ist bei der nächsten Wahl unschlagbar. Aber er verlangt im Einkommensteuerrecht nicht 25 Prozent Spitzensteuersatz, sondern zwei, drei Punkte mehr als Sicherheitsmarge, damit nach der Reform im Haushalt kein Geld fehlt. Und wenn sich dann nach der Reform herausstellt, er hat zu viel Geld in der Kasse, steht er mit seinem guten Namen dafür ein, dass er das Zuviel an den Steuerzahler zurückgibt.

### **Wie viel Zeit würde denn die Steuererklärung benötigen?**

Viele Menschen fragen, ob die sechs Samstage, an denen sie aus ihrem Schuhkarton mit ihren Rechnungen eine Steuererklärung zu machen versuchen, um ein oder zwei Tage verkürzt werden können. Ich antworte: Wir werden sie um fünf Tage, 23 Stunden und 40 Minuten verkürzen. Die Erklärung dauert noch 20 Minuten.

### **Ein weiterer Einwand: Wenn Sie die Reichen und die Unternehmen stärker belasten wollen, wandern die ab.**

Das eigentlich Dramatische ist, dass diejenigen, die mit Abwanderung drohen, das mit dem Wettbewerbsgedanken rechtfertigen. Sie sagen uns: Wir haben doch auf dem Weltmarkt einen Wettbewerb der Rechtsordnungen. Doch das Steuerrecht unterliegt nicht dem Wettbewerb. Das Ziel dieser Art von Wettbewerb wäre übrigens die Vernichtung des Finanzstaats. Wer in Deutschland Einkommen erworben hat, muss diesen Erfolg unausweichlich hier versteuern. Es kommt dann nicht darauf an, ob er seinen Firmensitz ins Ausland verlegt hat, sondern ob er hier seine Betriebsstätte hat, ob er auf unserem attraktiven Markt sein Geld verdient.

### **Man baut sein Haus nicht im Sturm um. Könnte man eine solch grundlegende Reform in einer solchen Krisenzeit bewältigen? Wir müssen ja jeden Tag den Euro retten. Wie sollen wir da das Steuersystem neu gestalten?**

Beides betrifft die Finanzierbarkeit des Staates. Wenn die Finanzierbarkeit so im Sturm steht, dass bald alle Dämme brechen und die Flut über uns kommt, dann müssen wir doch die Dämme in Ordnung bringen. Die Dämme sind rissig, angreifbar und durchlässig, weil wir dieses Verwirr- und Komplizierungssystem haben. Wir bewegen uns in eine unwirkliche, verklärte und verschleierte Welt. Wir müssen zurück in die Wirklichkeit, zu Klarheit und Wahrheit.

### **Warum tun Sie sich das an? Warum haben Sie jahrelang an diesem Entwurf eines neuen Steuerrechts gearbeitet?**

Ich war in Karlsruhe Verfassungsrichter für Finanz- und Steuerrecht, für Europa- und Völkerrecht. Da haben wir im Steuerrecht gearbeitet, als würden wir ein Auto reparieren, indem wir die Bremse nachsteuern, die Lenkung neu machen, den Blinker anbringen. Ein Auto, das letztlich kein fahrtaugliches Modell mehr ist. Wer das zwölf Jahre lang gemacht hat, kommt auf die Idee: Man muss ein neues Modell auf der Grundlage guter deutscher Automobilbaukunst fertigen. Deswegen habe ich mich im Jahre 2000 auf den Weg gemacht und sechs Bundesländer um Mithilfe gebeten, ob wir nicht einmal zusammen arbeiten könnten, um ein bereinigtes, erneuertes Steuermodell zu formulieren. Ich habe die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen gefragt. Also alte und neue, reiche und arme Länder, mit Landesregierungen aller politischen Couleurs. Und alle haben ja gesagt. Sie wirkten mit, sie haben ihre Beamten geschickt. Und diese Gruppe sowie mein Team in Heidelberg - Steuerberater, Steuerjuristen, Steuerrichter - haben das Konzept in dieser langen Zeit erarbeitet, sehr gründlich, sehr kritisch und sehr engagiert.

Das Gespräch mit Paul Kirchhof führte **Volker Zastrow**.

Text: F.A.S.

## Bundesbank kritisiert EU-Beschlüsse scharf

Milliardenhilfen sollen Schuldensünder im Eurogebiet retten. Doch das hebt Grundpfeiler der Währungsunion aus, klagt jetzt die Deutsche Bundesbank. Falsche Anreize leiten zu immer größeren Schuldenbergen.



Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank

22. August 2011

Die Deutsche Bundesbank hat die Beschlüsse der Politik im Kampf gegen die europäische Staatsschuldenkrise ungewohnt scharf kritisiert. Mit den Entscheidungen vom Euro-Krisengipfel Ende Juli erfolge ein weiterer großer Schritt in Richtung gemeinschaftlicher Haftung und geringerer Disziplinierung durch die Kapitalmärkte, schreibt die Notenbank in ihrem am Montag in Frankfurt vorgelegten Monatsbericht. Im Gegenzug seien die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die nationalen Finanzpolitiken jedoch nicht spürbar verstärkt worden.

Aus Sicht der Währungshüter schaffen die Gipfelbeschlüsse, die Schuldensünder vor dem Bankrott schützen sollen, falsche Anreize: „Während Staaten mit unsolider Haushaltspolitik auf Hilfen rechnen können, werden Länder mit soliden Finanzen stärker zur Finanzierung herangezogen.“ Besonders gravierend sei, dass die neuen Kreditkonditionen den Anreiz für Länder mit einem Hilfsprogramm deutlich senkten, durch finanz- und wirtschaftspolitische Reformen möglichst schnell solidere öffentliche Haushalte zu erreichen.

Der ursprünglich vereinbarte Rahmen der Währungsunion drohe damit zunehmend verwässert zu werden, schreibt die Bundesbank: Zwar werde die Finanzpolitik weiter durch demokratisch legitimierte Parlamente auf nationaler Ebene festgelegt. Die daraus folgenden Risiken würden aber immer stärker durch die Gemeinschaft und insbesondere die finanzstarken Länder aufgefangen, „ohne dass dem wesentlich weitreichendere Eingriffsmöglichkeiten gegenüberstehen“.

### Ohne Abstriche der ursprünglich vereinbarten Sparmaßnahmen

So stelle sich die Frage, wie etwa ein verbesserter Sanktionsmechanismus im Stabilitäts- und Wachstumspakt unsolide nationale Finanzpolitiken verhindern solle, wenn Staaten, die über Jahre gegen die Regeln verstoßen, am Ende „zu sehr vorteilhaften Konditionen“ vom Kapitalmarkt abgeschirmt würden - und ihre Schulden damit sogar günstiger finanzieren können als die helfenden Länder.

Zudem kritisierte die Bundesbank, dass die Griechenlandhilfen aufgestockt und die Sparvorgaben verlängert wurden, ohne dass die ursprünglich vereinbarten Sparmaßnahmen überhaupt ohne Abstriche umgesetzt wurden: „Um die Glaubwürdigkeit (...) zu erhalten, wäre auf Zielverfehlungen mit Nachbesserungen seitens des Programmlandes und nicht mit einer Aufweichung der Anforderungen des Hilfsprogramms zu reagieren.“

Ende Juli hatten die Staats- und Regierungschefs des Euroraums mit dem zweiten deutlich aufgestockten Rettungspaket für Griechenland weitere Änderungen zur Eindämmung der Schuldenkrise beschlossen. Insbesondere die Kompetenzen der Rettungsschirme EFSF und ESM wurden spürbar ausgeweitet. Beispielsweise soll der EFSF künftig auch Staatsanleihen kaufen dürfen, um finanzschwache Länder zu stützen.

Text: FAZ.NET / dpa

## Immigration: “This house believes that immigration is endangering European society”.

The moderator's opening remarks



Aug 9th 2011 | [Andrew Miller](#) 1

Reading the responses of the press and politicians to previous waves of immigration is an eerie experience. The similarities with the rhetoric and arguments that surround today's debates about it are overwhelming. The same charges—that immigrants are a burden on the state, take natives' jobs and living space, and undermine social cohesion—crop up from the turn of the 20th century, to the post-second world war phase of immigration, to the periodic eruptions of unease and unrest of the last two decades.

This does not automatically mean, of course, that those concerns are invalid. The scale and nature of recent immigration to Europe are different in important ways, argue those who believe it imperils the continent's future. Modern communications mean that many immigrants retain their links and allegiances to their home countries much more than in the past; moreover, the modern welfare states relies on a sense of pooled risk and contributions, a contract that, the sceptics maintain, mass immigration undermines.

Welcome to *The Economist's* debate on immigration. Our contributors are David Goodhart, the founder and former editor of *Prospect*, a now-august British magazine; and Philippe Legrain, whom the president of the European Commission, José Manuel Barroso, recently appointed principal adviser and head of the analysis team at the Bureau of European Policy Advisers.\* Mr Goodhart has been a consistent and outspoken critic of large-scale immigration; Mr Legrain is the author of a book that extols its virtues.

This is a debate that must, and I am sure will, involve different perspectives and axes. For a start, the economics of immigration are vexed. Almost nobody denies that it brings some benefits, but do they fall so unevenly on host countries that they ought not to count as benefits at all? Do immigrants depress wages at the bottom of the labour market—or, on the contrary, do they do menial but necessary jobs that natives are unwilling to do? Do they burden public services such as health care—or do they instead provide the labour and skills needed for those services to function? Do immigrants threaten Europe's demographic balance—or do they represent an ageing continent's

only hope of rejuvenation? There are more and wider political, social and security dimensions to the argument, too. I am sure they will all get a look-in.

An important wrinkle in the discussion is the fact that a big chunk of European immigration originates within the European Union itself—and so would be difficult to restrict, under the EU's rules, even if politicians wanted to. Finally, taking an even a broader perspective, perhaps our debaters, and you, can ponder whether immigration is



really such an important factor in contemporary Europe and its future after all. Arguably there have been other shifts in post-war European history—such as the transition to a post-industrial economy and the decline of the nuclear family—that, for good or ill, have shaped the social and economic life of the continent much more. Whether ruinous or virtuous, is immigration really all that important? Over to you.

\* Please note that Mr Legrain's participation in this debate is in a personal capacity rather than on behalf of the European Commission or President Barroso.



The proposer's opening remarks

Aug 9th 2011 | [David Goodhart](#) 🇬🇧

The open societies of modern Europe—combining individual rights, social market economies and welfare states—are the closest the world has yet come to the good society. Mass immigration into these societies, without the appropriate integration of newcomers, is endangering that unique combination of individual liberty and social solidarity.

It is doing so by changing the face of many towns and cities too rapidly, eroding the belief that existing citizens come first and weakening a sense of mutual obligation expressed through the tax and benefit system.

There is nothing mystical about the nation-state. Anyone can join (if invited) so long as they learn the language and respect the traditions of the country. And a commitment to the nation-state is compatible with internationalism, and support for bodies like NATO and the EU to which countries have ceded some of their sovereignty.

But after a long and often bloody pre-history the modern nation-state is the only institution that can currently deliver what liberals, of both right and left, want: democratic legitimacy for the exercise of power; cross-class and cross-generational solidarity and even, in Europe's post-religious age, a sense of collective identification that is bigger than families and neighborhoods but more tangible than the whole world. It is possible in the future that more global institutions might be able to deliver democracy and welfare, but there is little sign of it yet.

And for the nation-state to work it must entail borders and boundaries and it must "belong" to existing citizens—on important matters they must have special rights over non-citizens. That means immigration must be managed with the interests of existing citizens in mind. The question is what are those interests?

Immigration does not in itself endanger the European nation, but when it happens very quickly and on a very large scale and when many immigrants choose to live in cultural enclaves it does do so.

That, alas, is what has been happening in Europe. The unintended consequences of liberal immigration policies and multicultural politics (with the exception of France)—which said that you can come here and remain the same—have alienated voters across

the continent and given rise to populist parties in once tolerant places like the Netherlands.

In several European countries the immigrant and ethnic minority population is rising to 15% or 20% (one leading demographer has said that on current trends Britain will be "majority minority" by 2066). Many large towns are already around 40% minority: Birmingham, Malmo, Marseille. This sudden and largely unplanned demographic shift has damaged trust between citizens and generated segregation, fear and, in some countries, extremism.

The "rights revolution" from the 1970s onwards, partly designed to atone for the racism of the first period of immigration, has if anything exacerbated the "parallel lives" problem. Other factors have played a role: the sheer size of some minority communities which has made it easier to live apart in "little Pakistan", and so on; the rising influence of a conservative Islam; the growth of trans-national "commuting" diasporas with a purely instrumental attitude to the European home. And unlike America, where hard work acts as an integrating force, Europe's generous welfare states have created too many immigrant dependants (especially in the Netherlands, Sweden and Germany), triggering resentment among mainstream taxpayers.

There is, of course, good immigration too. Supporters point to the creativity and dynamism of many young migrants, their willingness to do dirty or under-rewarded jobs (like caring) that few natives want, their slowing of Europe's ageing process. But these benefits would have to be very large, and demonstrable, to compensate for the cultural and social disruption caused by over-rapid immigration.

And they are not. Almost all the economic analyses of mass immigration in recent years have found that the effect on employment, wages and per head growth is marginal. Similarly, on the question of fiscal benefit, productive immigrants like Poles probably pay in more than they take out, but less productive ones like Somalis (in Britain, only 25% of them work) do the opposite.

Moreover, costs and benefits are unevenly distributed: employers and richer people benefit, as do many consumers and, of course, immigrants themselves. But low-skilled workers (often recent migrants) face lower wages, and while immigrants create as well as take jobs, the creating takes longer than the taking. Because it is concentrated at the top and bottom, mass immigration reinforces inequality and reduces social mobility (one-third of professional jobs in London are taken by people born outside Britain). It adds to urban congestion, increases pressure on public services and housing, and discourages employers from training, especially hard-to-reach youngsters such as those who have been busy looting in recent days in London.

No sensible person wants a complete halt to immigration, but Europe needs a slowdown to absorb the large inflows of recent decades (like America's "pause" from 1920 to 1965) and Denmark's experience shows it is possible. There will be some economic costs of a slowdown, but if democratic politics fails to deal with this existential issue on which there is such a settled popular will the resulting backlash will threaten many of the achievements of the past 30 years.

One such achievement, in Britain at least, is the sharp decline in overt racism. Young people now have very liberal views on race and gender but they have become much less generous on welfare, poverty and redistribution. That is not just because of the mishandling of mass immigration—affluence and individualism play a role too. But that

makes it even more important to rein in mass immigration before Europe loses its unique balance between individual rights and mutual obligation and increasingly comes to resemble the United States.



The opposition's opening remarks

Aug 9th 2011 | [Philippe Legrain](#) 

Anders Behring Breivik certainly believes that immigration is endangering European society. So do a vocal minority who, while rejecting violence, use inflammatory language to whip up anti-immigrant feeling. Unfortunately, some mainstream politicians echo some of their lines: immigrants are stealing "our" jobs, scrounging off the state, threatening "our way of life" and even our security. But while some Europeans feel immigration is a threat, they are mistaken. Far from endangering European society, immigration can revitalize it.

If demography is destiny, Europe is in decline. Were it not for immigration, European society would be shrinking—and over the next decade, its working-age population is set to fall. Without countervailing measures, an ageing population and shrinking workforce will lead to permanently slower economic growth, crimping living standards and making it harder to pay for the pensions, health care and social care of the growing ranks of elderly people, fund the welfare state in general and service the mountains of public debt. Together with getting more people into work, encouraging people to retire later and finding ways to boost investment and productivity growth, immigration is part of the solution. Without it, Europe faces Japanese-style stagnation.

Immigrants have a lot to contribute to European society because their different attributes tend to complement those of native Europeans. They are willing to do the jobs that young Europeans balk at, such as picking fruit, cleaning offices or caring for the elderly. They fill skill shortages, for instance in health care. They are more willing to move to new jobs as circumstances change, making economies more flexible and thus able to grow faster without hitting inflationary bottlenecks—a particularly big boon for countries with rigid labor markets and a safety valve for economies that share the euro. Their knowledge of foreign markets can also open up new opportunities for trade and investment. In an increasingly global economy, businesses located in Europe will fall behind—or move elsewhere—if they cannot hire the right people in the right place at the right time.

The belief that immigrants take locals' jobs is economically illiterate. Just as working women do not deprive men of jobs, Polish builders create new jobs for locals—in supermarkets, at builders' merchants and for interior designers. Studies find no relation between unemployment rates and the rate or level of immigration in European countries. Nor is there evidence that immigrants depress wages overall.

Europe's future prosperity depends on developing new ideas and businesses that boost productivity—and immigrants' dynamism and diversity are key drivers of this. Migrants tend to be younger, more hard-working and more enterprising than most: newcomers to Britain are twice as likely to start a business as lifelong residents. And the exceptional people who come up with brilliant new ideas are often migrants: the three UK-based academics who won Nobel prizes last year were all born abroad. Instead of following conventional wisdom, immigrants tend to see things differently, and as outsiders they are more determined to succeed.

The interaction between newcomers and native Europeans can be particularly fruitful. If ten people think alike, their ten heads are no better than one—but if they think differently, then by bouncing ideas off each other, they can come up with solutions to problems faster and better, as a growing volume of research shows. That can give a huge boost to businesses and organisations, as places like London and Silicon Valley show. To make the most of the potential of diverse societies, we need to ensure that everyone can participate fully in society.

But isn't that diversity endangering European society? Hardly. While some are nostalgic for an idealised past, it is surely a good thing that people are freer to express their differences since the liberating 1960s—and open, cosmopolitan cities like London or Berlin are hardly hellholes.

For sure, learning to live together can be tough. Throughout history European societies have wrestled with how diverse individuals and groups can best live together freely, peacefully and productively. The best solution so far is modern, liberal democracies where—however imperfectly—differences are tolerated within the rule of law that applies equally to all and robust democratic institutions help settle issues through political negotiation. If European societies are now broad enough to find a place for both nuns and transsexuals, Marxists and libertarians, radical environmentalists and billionaire bankers, surely they can embrace immigrants too?

Violence is rare—and the recent tragedy in Norway reminds us that terrorists are not always immigrants who claim inspiration from Islam. On the contrary, the EU's Terrorism Situation and Trend Report 2010 states that of the 294 failed, foiled, or successfully executed attacks in Europe in 2009, jihadists were responsible for only one. That is one too many, but it hardly suggests the millions of Muslim immigrants, still less the millions of non-Muslim ones, are endangering European society.

## ***France and the euro***

Dancing with danger

### **Market jitters over France look overdone. But Nicolas Sarkozy cannot afford to relax**

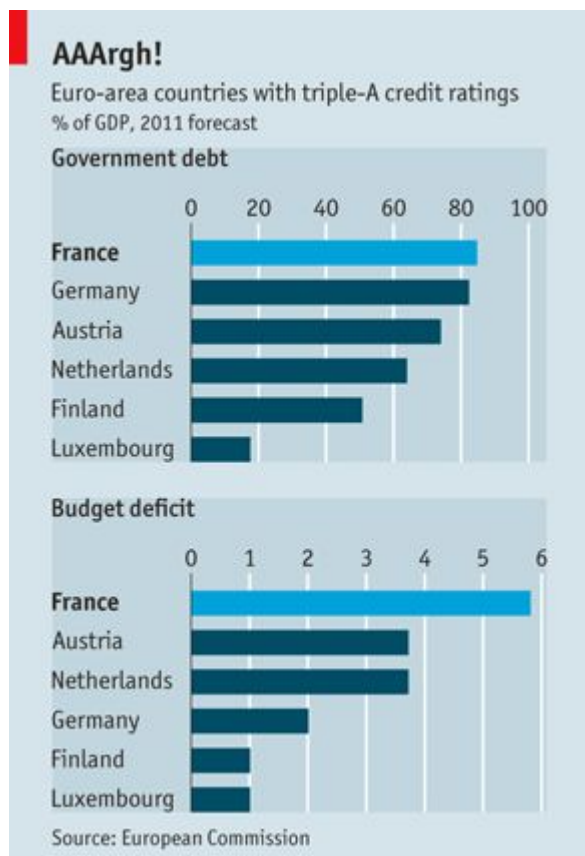
The Economist Aug 20th 2011 | *PARIS* | from the print edition



FOR the second time in as many weeks, President Nicolas Sarkozy flew to Paris for the day from his holiday spot on France's Mediterranean coast to try to calm the markets. His meeting with the German chancellor, Angela Merkel, at the Elysée Palace on August 16th took place as the panic of recent weeks had given way to mere gloom about the stagnating euro-zone economy. But France itself remains under close scrutiny, after dramatic drops in the share prices of some French banks last week (see [article](#)) and rumours that the country might lose its cherished AAA credit rating. Just eight months before an uncertain presidential election, and with a tough 2012 budget to finalise, Mr Sarkozy faces the delicate task of squaring his electoral needs with the concerns of investors.

At their meeting the leaders of the euro zone's two biggest economies came up with only timid ideas. They proposed that heads of government of the 17 countries that use the currency should meet twice a year, a first step to institutionalising the "economic government" of the euro so craved by Mr Sarkozy. They suggested that all members introduce "golden rules": constitutional clauses limiting budget deficits. (Germany already has one, Italy has pledged to introduce one and Mr Sarkozy wants one for France.) There was more talk of tax harmonisation, better budget co-ordination and a tax on financial transactions. But the pair ruled out any immediate plans for Eurobonds—"one day, perhaps", mused Mr Sarkozy—and rejected any enlargement of the euro zone's bail-out fund.

It was one thing to try to hold the euro together from a position of relative strength in the core. But growth is now faltering in both Germany and France, which together account for half of euro-zone GDP. Figures this week showed that Germany's quarterly economic growth slowed in the second quarter of 2011 to 0.1% of GDP. France failed to grow at all.



Of the six AAA-rated countries in the euro zone, France looks the shakiest (see chart). But some of last week's market nervousness still seems overdone. Spreads—the premium that investors demand to hold French debt over benchmark German bonds—have widened since July, but are way off Spanish or Italian levels. Each of the big three credit-ratings agencies reaffirmed France's AAA status last week, and none has said it expects an imminent downgrade. The public finances may not be in great shape, but they are hardly the worst in the rich world. French public debt is expected to reach 85% of GDP this year, according to European Commission forecasts: slightly more than in Germany (82%), but less than in Italy (120%) or the United States (98%). The budget deficit, forecast at 5.8% of GDP in 2011, is closer to Greece's (9.5%) than to Germany's (2%), but it has been steadily falling. Mr Sarkozy has promised to squeeze it to 3% by 2013. "The fundamentals for the French public finances look solid," argues a research note from Credit Suisse.

So why the nagging market worries? One reason is the deteriorating economic outlook. French consumer spending, the motor of expansion over the past decade, is faltering. Sluggish growth in Germany, France's biggest trading partner, and the rest of the euro zone is taking its toll. And France is sorely exposed to the euro zone's troubled debtors. Its banks hold more Italian, Spanish and Greek debt than banks in any other country outside the periphery. Recent jitters over Italy and Spain have raised fears over France's ability to meet its share of any new bail-out commitments.

Slow growth will, in turn, make it harder for France to meet its deficit targets. Mindful of this, Mr Sarkozy has asked François Baroin, the finance minister, and Valérie Pécresse, the budget minister, to draw up a list of extra budget savings for 2012, ahead of a cabinet meeting on August 24th. There is talk of yet more pruning of tax exemptions, and possibly a new tax on "extravagant" incomes—though not, lamentably, of reversing a daft reduction in value-added tax for restaurants that costs the state €2.4 billion (\$3.5 billion) a year. Without some savings, says Laurence Boone at Bank of America Merrill Lynch, France will not meet its 3% deficit target until 2014, a year later than planned. Last month the IMF warned France that its growth forecasts were over-optimistic and that it would need "further measures", particularly spending cuts, to stay on track. Ms Boone reckons they may need to be worth €20 billion over the next two years.

This is where the real trouble lies. Mr Sarkozy's tinkering—not replacing one in two retiring civil servants; trimming tax exemptions—has allowed him to keep his deficit-reduction promises, so far. Yet besides last

year's lifting of the minimum retirement age from 60 years to 62, he has done little to reform public spending structurally. As a share of GDP, the French state now spends more than Sweden. This is not only the result of recession: France's national auditor calculates that crisis-related measures accounted for less than half of last year's deficit. Moreover, the country's long-term track record is dismal. No French government has balanced a budget since the early 1970s. Governments of all stripes have let debt pile up for future generations, preferring to blame speculators and ratings agencies for problems of their own making.

To add to the uncertainty, France faces a presidential election next spring. With his poll numbers at last beginning to rise from record lows, Mr Sarkozy is in no mood to make unpopular spending cuts. But the prospect of a Socialist victory is hardly reassuring, given the party's pledges to reverse Mr Sarkozy's rise in the retirement age and to create a mass youth public-employment scheme.

Some Socialist presidential hopefuls, who will contest a primary in October, have begun to talk more responsibly about debt. This week François Hollande, the poll favourite, described public debt as "France's enemy". But the party is against Mr Sarkozy's plans to write a golden rule into the constitution, for which he will need a three-fifths majority in both houses of parliament. They see it as a gimmick to mask the rise in debt on his watch, and the last thing they want is to hand Mr Sarkozy any sort of political success. But, as America has found recently, the last thing investors like is any sign of political failure.

## France and the euro

Bail-outs? Bof...

### Why the French are relaxed about contributing to euro-zone rescues

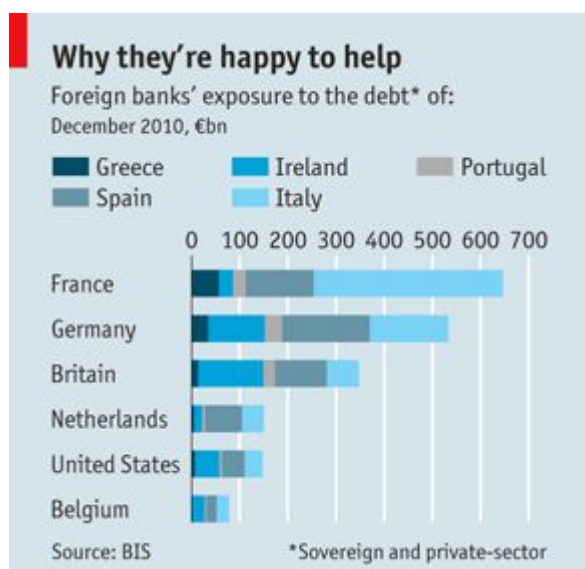
The Economist Jul 21st 2011 | PARIS | from the print edition

WITH his poll numbers at near-record lows, President Nicolas Sarkozy does not have much to be thankful for these days. But, in a crucial week for the euro zone, he can draw some comfort from the surprising way that the French have reacted to the sovereign-debt crisis. Unlike the Germans, who seize every opportunity to denounce Chancellor Angela Merkel for using their hard-earned money to rescue feckless southern Europeans, the French do not seem to mind a bit.

France has contributed around €11 billion (\$16 billion) so far to the Greek bail-out, roughly the same as Germany. In the euro zone's other creditor countries, such as Finland and the Netherlands, the cost of the rescues has been the source of fierce argument. Yet in France there has been almost no public debate over whether to help Greece or other troubled peripheral countries. No mainstream political party contests the view that everything must be done to save the single currency.

The French blame the euro for rising prices, but 67% of them say they still want to keep the single currency. Even more startling, fully 59% think France should help Greece financially, according to a recent Ifop poll, next to only 41% of Germans. This week two Socialist presidential hopefuls, Martine Aubry and François Hollande, mustered a modicum of disagreement—but only over how, not whether, to rescue the euro. “Greece must be saved in order to save Europe”, Ms Aubry averred in an article in *Libération*, a newspaper.

Why has there been no bail-out backlash? France's post-war faith in the European project offers only half an explanation, since Germany has shared that creed. French voters also rejected the draft European Union constitution in a referendum six years ago. A more fanciful theory is that Mr Sarkozy has a natural sympathy for the country that was home to his maternal grandfather, a Jew from Thessaloniki. Another is that the French consider that France and Greece are two great civilisations that ought to stand by each other.



More seriously, France's banks have a greater exposure to peripheral bonds than any other country's (see chart), so they back efforts to have that debt honoured. Mr Sarkozy has resisted Mrs Merkel's view that some pain should be imposed on private-sector bondholders, preferring a voluntary rollover scheme. In addition, with Italy now under close scrutiny by the bond markets, the French are keenly aware that, with a budget deficit in 2011 forecast to be closer to Greece's than to Germany's, they might be the speculators' next target.



A deeper reason could be that the French often fail to see the connection between the government's money and their taxes. Laurence Parisot, head of Medef, the employers' federation, suggests that because the French believe in a strong state they are more trusting of its ability to spend their taxes wisely. Voters rarely talk about a burden on "the taxpayer"; even their word for it, *le contribuable*, sounds less painful on the purse. The French are also less alert to the need to protect competitiveness gains than the Germans, post-reunification, have been. "In Germany, competitiveness issues are part of the social compact," says a senior French official. "In France, economic issues do not form part of the cohesion of the country."

Amid this consensus behind *solidarité* for the euro, however, there is one glaring exception: Marine Le Pen. The leader of the National Front, who wants France to quit the single currency before it implodes, claims that "debate about the euro in France is taboo; we have no right to query it, and so the French don't know how much we have spent." Ms Le Pen is beginning to make anti-euro tirades as much her hallmark as those against excessive immigration. Her unorthodox views are a real threat to mainstream parties: polls still suggest that, at next year's presidential election, she could make it into the run-off.

08/22/2011 08:18 AM

## Government Analysis

### ***Euro Bonds Would Cost Germany Billions***

**Many prominent politicians are calling for the introduction of jointly issued euro bonds to help combat the European debt crisis. But research conducted by the German government suggests that the bonds would face tough legal challenges, and would cost Germany billions in additional borrowing costs.**

When it comes to joint bonds for the euro-zone countries, German Chancellor Angela Merkel and her finance minister, Wolfgang Schäuble, continue to contend that they steadfastly oppose the idea. Yet there are many indications that the two German politicians, both of the conservative Christian Democratic Union (CDU), do not reject the controversial idea of euro bonds quite as vehemently as they would like many people to believe. In principle, they are against them -- but only in principle, it would seem.

Merkel, for one, would have no qualms about riding roughshod over her **coalition partner**, the pro-business Free Democratic Party (FDP), and introducing the joint government bonds if the survival of the monetary union depended on it. Schäuble would also be willing to take the plunge if euro-zone member countries waived a considerable degree of sovereignty and subjected themselves to the rigors of a common economic and fiscal policy regime.

**Euro bonds**, which are backed by such prominent politicians as the president of the Euro Group, Luxembourg Prime Minister Jean-Claude Juncker, are a controversial scheme because they would have a dual impact: positive for some, negative for others. The main beneficiaries would be precisely those countries that currently have to pay high interest rates because of their precarious financial situation. The new bonds would have lower interest rates because countries with excellent credit ratings would take on part of the risk.

Consequently, countries with solid economies, like Germany, would have to pay more. Schäuble's experts have already calculated just how much of an extra burden this would be on Germany's national budget. During the first few years, the amounts involved would be relatively manageable. In the first year, they believe that the German government would incur extra costs of €2.5 billion (\$3.6 billion). During the second year, they say, the additional expenditure would be twice as high. After 10 years, they contend that Germany's additional borrowing costs would amount to between €20 billion and €25 billion.

#### **Higher Borrowing Costs**

As the basis for their calculations, the experts at the German Finance Ministry assume that the country would have to pay around 0.8 percentage points more in interest on euro bonds than it currently does on German government bonds. That's a fairly reasonable assumption. After all, the bonds that the European Commission is currently selling to finance its share of the euro-zone bailout fund have interest rates that are in a similar range above the German level. These bonds are collectively guaranteed by all member states.

Before they could be introduced, however, euro bonds would have to clear a number of regulatory hurdles. An initial legal analysis conducted by the Finance Ministry showed that joint government bonds would not comply with current legislative requirements.

The EU operates according to the principle of "limited transfer of sovereignty." The Lisbon Treaty concludes by listing what the European Commission and the European Council may and may not do. Issuing euro bonds does not fall into the category of approved activities.

European institutions are banned from doing what they are not explicitly allowed to do. This was also the conclusion reached by a report prepared by the research services of the German parliament, the Bundestag. The report states that euro bonds violate the Lisbon Treaty's "no-bailout" clause, which explicitly prohibits the EU or any member state from guaranteeing the debts of another EU member.

This requirement could be sidestepped in one of two ways. First, member states could circumvent the European Commission and the European Council by agreeing among themselves to issue joint government bonds. This so-called intergovernmental variant entails a drawback, though. There would be no higher institution to prevent countries with shaky finances from abusing euro bonds by using them to cheaply obtain even more money.

The other option would be to legalize the bonds. This would require an amendment to the Lisbon Treaty. Experience has shown that such measures take a long time. The Finance Ministry estimates that it would require at least two years.

### **Changing the Constitution**

Experts in the Foreign Ministry have come to a similar conclusion. They expect many years of negotiations. To make matters worse, they say that it remains uncertain whether the member states would ratify the treaty. This has prompted the Foreign Ministry to examine the extent to which the budgetary and fiscal policies of the euro-zone countries could be more closely aligned without changing the Lisbon Treaty. Their conclusion is that it would not be possible to bring them close enough together so that the bonds could be introduced.

In addition, Germany would have to clear a particularly high hurdle. Government experts say that euro bonds are on a collision course with the German constitution. They note that, according to a ruling on the Lisbon Treaty issued by the German Constitutional Court, the Bundestag may not transfer even some of its budget-related competencies to a European institution.

The only way out would be for the German population to adopt a new constitution. Article 146 of the German constitution expressly provides for such a possibility. One top official expressed his skepticism about that idea, however: "I can't imagine how we could win such a referendum."

*Translated from the German by Paul Cohen*

# Les euro-obligations sont trop chères pour l'Allemagne

Par [Hayat Gazzane](#) Mis à jour le 21/08/2011 à 16:24 | publié le 21/08/2011 à 16:23 Réactions (87)



Avant les euro-obligations, l'Allemagne souhaite une plus grande intégration européenne. Crédits photo : © Thierry Roge / Reuters/REUTERS

**La mutualisation des dettes de la zone euro coûterait au pays plus de 20 milliards d'euros en dix ans. Un prix jugé excessif qui justifie selon le gouvernement allemand le rejet de cette mesure avant l'instauration d'une politique budgétaire et fiscale commune.**

Les euro-obligations coûtent trop chères. C'est ce que cherchent à démontrer les calculs du ministère allemand des Finances, repris par l'hebdomadaire *Der Spiegel* ce dimanche. Ce mécanisme, qui consiste à **mutualiser les dettes des 17 pays de la zone euro**, quel que soit leur état de santé, coûterait la première année 2,5 milliards d'euros d'intérêts en plus pour le budget allemand du ministre des Finances. Ce coût serait deux fois plus élevé la deuxième année pour atteindre un total de 20 à 25 milliards d'euros au bout de dix ans.

Sur cette base, la chancelière allemande Angela Merkel a de nouveau fermement rejeté l'instauration de ce système, bien que de nombreux professionnels des marchés estiment qu'il s'agit de la solution à la crise de la dette souveraine européenne. «Les euro-obligations sont tout à fait la mauvaise réponse à la crise du moment. Elles nous amèneraient à une union de la dette et non à une union de la stabilité», affirme-t-elle dans un entretien à **la chaîne ZDF**.

Ses propos font écho à ceux tenus par le ministre de l'Économie Philip Rösler au journal *Bild am Sonntag* : «Les euro-obligations sont un mauvais signal adressé aux économies nationales défaillantes. Couvrir les risques des autres pays avec les euro-obligations aurait pour effet immédiat de faire grimper les taux d'intérêts allemands. Cela aurait des effets dramatiques sur la croissance dans notre pays», explique-t-il.

## Renforcer la gouvernance

Malgré toutes ces sorties, le gouvernement allemand n'a pas tiré un trait définitif sur ce système. Le ministre des Finances, Wolfgang Schäuble, a de nouveau affirmé que les pays de la zone euro pourraient émettre des euro-obligations s'ils échafaudent au préalable une politique budgétaire et fiscale commune. Mais ce mouvement vers plus d'intégration ne se fait pas assez rapidement, selon lui. «La plupart des États membres ne sont pas tout à fait prêts à accepter les restrictions nécessaires à la souveraineté nationale. Mais croyez-moi, c'est un problème qu'on peut résoudre», a expliqué le ministre dans un entretien au *Welt am Sonntag*.

Souhaitant montrer l'exemple, Wolfgang Schäuble s'est dit pour sa part personnellement disposé à transférer la souveraineté nationale à Bruxelles. «En tant que personne, je serais déjà prêt. L'idée d'un ministre des Finances européen ne me pose aucun problème. Mais en tant que ministre des Finances je dis qu'il est de notre devoir de résoudre les problèmes ici et maintenant, et ce le plus rapidement possible sur la base des contrats existants».

Wolfgang Schäuble doit rencontrer son homologue français François Baroin mardi pour discuter de l'harmonisation de l'impôt sur les sociétés et de l'instauration d'une taxe sur les transactions financières. La France est avec l'Allemagne **le pays le plus fortement opposé aux euro-obligations**.

## Paukenschläge

**Die Idee einer losen Währungsunion ist gescheitert, die Finanzmärkte spielen verrückt - jetzt soll die Wirtschaftsunion kommen. Weil sie nicht organisch entstehen wollte, wird sie eben zentral von oben durchgesetzt. Da kann einem schon mulmig werden.**

Von Thomas Gutschker



„Echte Wirtschaftsregierung“ nennt es Sarkozy, Merkel wählt die Worte „wirtschaftspolitische Steuerung der Eurozone“

21. August 2011

Die Euro-Krise wird nicht mit einem Paukenschlag gelöst. Das sagt Angela Merkel jedes Mal, wenn sie Neuigkeiten zur Rettung Europas verkündet. Nicht auf die Pauke hauen, sondern: Positionen abgleichen, Handlungen koordinieren, Prozesse steuern. So machen Technokraten Politik. Je weniger auffällt, dass es Politik ist, desto besser. Denn Politik braucht Mehrheiten. Prozesse brauchen nur Prozessoren.

Und trotzdem sind es lauter Paukenschläge, mit denen die Staats- und Regierungschefs ihr Wettretten seit einem Jahr orchestrieren. Nicht mehr Beethovens Hymne an die Freiheit, sondern Richard Strauss' titanisch-dröhnende Eröffnung des Zarathustra ist der Sound der Zeit. Die Wettretter bauen an einer Europäischen Union, genauer: einer Euro-Union, die nichts zu tun hat mit all den Verträgen, um die sie zwanzig Jahre lang so mühsam gefeilscht haben. Nachdem die Idee einer losen Währungsunion gescheitert ist und die Finanzmärkte verrückt spielen, soll jetzt die Wirtschaftsunion kommen, aber richtig.

„Echte Wirtschaftsregierung“ nennt Konzertmeister Sarkozy das, während seiner Intendantin Merkel nur „wirtschaftspolitische Steuerung der Eurozone“ über die schmalen Lippen rutscht. In der Sache jedoch meinen beide dasselbe: Nie wieder sollen Staaten, die in der Eurozone die Solidarität der anderen beanspruchen, alleine darüber entscheiden dürfen, was sie einnehmen und ausgeben und wie sie ihre Schulden wieder los werden. Künftig wird alles zwischen den Regierenden koordiniert und von Brüssel aus kontrolliert.

Endlich wird mal durchgegriffen! Haben die Griechen, Portugiesen und Iren doch nicht anders verdient! Solange es die anderen trifft, ist es leicht, so zu reden. Es geht aber nicht nur um die Schuldnerstaaten, es geht um alle, die mit dem Euro zahlen. Und so wird die Union, die organisch nicht entstehen wollte, eben zentral von oben durchgesetzt. Da kann einem schon mulmig werden.

### Der Kern nationaler Politik

Den halben Weg in Richtung zentrale Kontrolle sind die Regierungen schon gegangen. Die Kommission überwacht inzwischen, ob es „exzessive Ungleichgewichte“ zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten gibt. Das betrifft auch Deutschland, denn manche Mitglieder „mit Außenhandelsüberschüssen haben von ihrem wettbewerbsfähigen Exportsektor profitiert, während die heimische Nachfrage dahinter zurück blieb“. So ließ es die Kommission wissen. Wenn sie einen Verstoß erkennt, darf sie Besserungen verordnen, die auch „Steuern und Löhne“ betreffen. Folgen Eurostaaten dem nicht, müssen sie mit Geldstrafen rechnen: Nicht nur Misswirtschaft, auch ökonomischer Erfolg kann bestraft werden.

Noch weiter geht die Haushaltskontrolle, die von diesem Jahr an gilt. Jede Regierung reicht bis April ihren Haushaltsplan für das nächste Jahr ein. Die Kommission prüft, ob das zu ihrer Agenda „Europe 2020“ passt. Wenn nicht, teilt sie im Juni die notwendigen Änderungen mit. Die Parlamente entscheiden, ob sie sich daran halten - bislang. Wenn sich Merkel und Sarkozy durchsetzen, gehen die nationalen Gesetzgeber jedoch die „freiwillige Selbstverpflichtung“ ein, dass sie Änderungen eins zu eins umsetzen. Dann sind sie nur noch scheinsoverän. Das Haushaltsrecht, Königsrecht des Parlamentes, wird nach Brüssel abgetreten.

### Abgeordnete interessieren sich nicht für ihre Rechte in Europa

Was wäre hierzulande los, würde der Bund mit den Ländern so verfahren? Notorische Schuldner (im Euro-slang PIGS, gesprochen wie Pigs, zu deutsch Schweine) wie Berlin, Bremen und das Saarland, die ständig den anderen Ländern auf der Tasche liegen, könnten sich doch auch mal unter die Knute der Bundesregierung begeben. Baden-Württemberg und Bayern gleich mit dazu, nicht dass sie irgendwann als

Nettozahler entfallen. Bei allem Streit über den Länderfinanzausgleich ist darauf noch niemand gekommen. Kein Wunder, es würde sich kein Politiker in den Ländern bieten lassen, dass darüber auch nur diskutiert wird. Deutschland ist ja kein Zentralstaat.

Wenn solche Vorschläge für Europa präsentiert werden, scheint das aber niemanden zu stören. Es ging kein Aufschrei des Entsetzens durch den Bundestag, als Merkel und Sarkozy ihre Initiative diese Woche präsentierten. Das kann nicht nur an der Ferienzeit gelegen haben. Die Abgeordneten müssen sich regelmäßig vom Bundesverfassungsgericht über ihre Rechte in Europa belehren lassen - von selbst interessieren sie sich nicht dafür. Deshalb, nur zur Erinnerung, ein Satz aus dem Lissabon-Urteil, gerade zwei Jahre alt: Es würde das Demokratieprinzip und das Wahlrecht zum Bundestag schwer verletzen, „wenn die Festlegung über Art und Höhe der den Bürger treffenden Abgaben in wesentlichem Umfang supranationalisiert würde“.

Was der deutsche Staat den Bürgern abknöpft und wie er seine Einnahmen umverteilt, ist der Kern nationaler Politik. Darum muss in Wahlkämpfen gerungen werden. Denn hier geht es um Entscheidungen verfassungspolitischen Ranges, nicht um exekutive Prozess-Steuerung.

Text: F.A.S.

## Eine Verteilungsfrage

# Die nächste Stufe der Finanzkrise

**Welche Möglichkeiten hat die Politik noch, des Finanzsystems Herr zu werden? Die Lösung der Schuldenkrise ist eine Verteilungsfrage: Wer bezahlt, was längst ausgegeben wurde?**

*Von Jens Beckert und Wolfgang Streeck  
20. August 2011*

Die Finanzkrise ist mittlerweile in ihrer dritten Phase. In der ersten gerieten Banken wegen hoher Abschreibungen auf verbriefte Hypothekendarlehen in Schieflage und wurden, bis auf Lehman Brothers, durch Vergemeinschaftung ihrer Verluste gerettet. In der zweiten Phase wurden europäische Peripherieländer in einen Abwärtssog gezogen, weil das Niveau ihrer Verschuldung nicht mehr erwarten ließ, dass sie ihre Kredite würden zurückzahlen können. Eine Stabilisierung wurde durch Rettungspakete versucht, die von den jeweiligen Rentnern und anderen staatsabhängigen Gruppen sowie von den ökonomisch stärkeren Euroländern im Norden finanziert wurden und werden. In der dritten Phase haben sich nun die Zweifel an der staatlichen Solvenz auch auf Kernländer der Weltwirtschaft ausgeweitet, besonders die Vereinigten Staaten, aber auch Italien, zuletzt Frankreich. Damit geraten auch diese Länder in den Strudel.

Die verschiedenen Stufen der Krise lassen ein System des Vertrauensmanagements erkennen, in dem der Vertrauensverlust von Akteuren auf einer Ebene durch Garantien anderer Akteure höherer Vertrauensstufe ausgeglichen wird oder werden soll. Doch anstatt die Lage zu beruhigen, folgt den Garantien der Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Helfer. Mittlerweile sind die Vertrauensreserven aufgebraucht.



© dpa  
Vertrauensverluste verschärfen die Krise in ihrer dritten Phase. Besonders dramatisch ist der Zweifel an der Sicherheit amerikanischer Staatsanleihen

Besonders dramatisch ist der Zweifel an der Sicherheit amerikanischer Staatsanleihen, nicht nur, weil die Größe des amerikanischen Staatsschuldenmarkts diesen unentbehrlich macht, sondern auch wegen der durch sie ausgelösten Unsicherheit an den Finanzmärkten insgesamt. Erkennbar wird dies an den sofort nach der Herabstufung durch Ratingagenturen einsetzenden Spekulationen gegen Frankreich. Deutschland wird ebenfalls betroffen sein, wenn es weitere Garantien übernimmt, die zu zusätzlicher Verschuldung und einer Mithaftung für die Schulden der anderen europäischen Länder führen. Der Kauf von Staatsanleihen durch die europäische Zentralbank und die Diskussion um Eurobonds bereiten ein deutsches Einspringen bereits vor.

## Vier Lösungen für die Bewältigung der Schuldenkrise

Vier Jahre nach Beginn der Krise scheint kein Instrument zu ihrer Eindämmung gefunden. Vielmehr weitet sie sich auf immer mehr Staaten aus, bei erschöpften Mitteln der Vertrauensbildung. Die Politik macht einen überforderten Eindruck. Eine Neuregulierung der Finanzmärkte ist weitgehend ausgeblieben, das Bankensystem ist nach wie vor anfällig, die konjunkturelle Entwicklung erlahmt. Dies wirft die Frage nach der nächsten Stufe der Finanzkrise auf. Dabei teilen wir nicht die Hoffnung auf eine baldige Beendigung der Krise. Diese würde eine glaubwürdige Sanierung der Staatshaushalte im Sinne einer dauerhaften Privilegierung der Forderungen der Gläubiger sowie ein Wiedererstarken des Wachstums in den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten erfordern. Dies ist jedoch nicht abzusehen. Stattdessen muss ins Auge gefasst werden, dass aus der ungelösten Finanzkrise eine soziale und politische Krise entstehen wird.

Für die Bewältigung der Verschuldungskrise stehen im Prinzip vier Lösungen zur Verfügung. (1) Durch Verringerung der Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum wird der Schuldenstand verringert und damit das Vertrauen der Anleger in die Bonität der staatlichen Schuldner langfristig wiederhergestellt. (2) Durch Steuererhöhungen wird die Einnahmesituation der Staatshaushalte verbessert und werden die Schulden reduziert. (3) Die staatlichen Schuldner stellen den Schuldendienst ein und verhandeln mit den Gläubigern über einen Zahlungserlass. (4) Die Staaten geben das Ziel der Geldwertstabilität auf und betreiben eine Inflationspolitik, durch die ihre Schulden entwertet werden. Es lässt sich nun zeigen, dass alle vier Strategien Konsequenzen haben würden, die nicht auf das Finanz- und

Wirtschaftssystem zu begrenzen sind und sehr wahrscheinlich in der nächsten Stufe zu sozialer und politischer Destabilisierung führen werden.

Lösung eins, die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch Senkung der Staatsausgaben, ist die derzeit präferierte Strategie. Ihr Erfolg ist unwahrscheinlich. Durch Sparpolitik, wie sie Ländern wie Irland, Griechenland und Portugal verordnet wurde, fallen wichtige Nachfrageimpulse aus. Die Folgen lassen sich in Griechenland an der sinkenden Wirtschaftsleistung ablesen. Da durch das Schrumpfen der Wirtschaft Steuereinnahmen ausbleiben, bleibt auch der Abbau der Staatsverschuldung aus.

### **Tiefe Einschnitte in den Sozialstaat**

bleibt die Hoffnung, durch Strukturreformen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder mittelfristig zu verbessern. Das Gelingen solcher Reformen erscheint mehr als zweifelhaft - man schaue sich nur das Scheitern der jahrzehntelangen, extrem kostspieligen Bemühungen des italienischen Staats um eine Modernisierung des Mezzogiorno an. Ohne eine Oberschicht, die bereit ist, zu Hause unternehmerische Risiken einzugehen, statt ihr Geld im Ausland zu investieren, kann ein Land sich nicht entwickeln. Irland hat Strukturreformen außerhalb seines Bankensystems nicht nötig. Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten leiden an den Folgen ihrer langfristigen Deindustrialisierung und ihrer politisch gewollten Konzentration auf jene Dienstleistungen, an denen der Kapitalismus 2008 beinahe zusammengebrochen wäre. In beiden Ländern würde eine Wiederherstellung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit umfangreiche langfristige öffentliche Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur erfordern, für die aber kein Geld vorhanden ist.

In allen betroffenen Ländern geht es um tiefe Einschnitte in den Sozialstaat, um Kürzungen bei Bildungs- und Gesundheitsausgaben sowie bei öffentlichen Investitionen. Diese Politik trifft in den Vereinigten Staaten auf seit langem stagnierende Reallöhne und eine Situation, in der der Lebensstandard durch private Verschuldung und eine ständige Aufstockung der von den Familien erbrachten Arbeitsstunden verteidigt werden musste. In Griechenland, Spanien und jetzt auch in England lassen sich die sozialen Konflikte erahnen, die aus der Sparpolitik erwachsen werden. In den Ländern, die Rettungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben, kommt es außerdem zu einer sehr weitgehenden Beschneidung ihrer staatlichen Souveränität. Zentrale demokratische Institutionen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik werden auf lange Zeit neutralisiert. Als Folge ist nicht auszuschließen, dass immer größere Teile der Bevölkerung sich von den verfassungsmäßigen Wegen politischer und wirtschaftlicher Interessenartikulation abwenden.

Die zweite Lösung bestünde in einer Erhöhung der Steuereinnahmen. In der Tat wäre dies vielleicht der einzig noch gangbare Weg - wäre er nicht politisch verbaut. Die Auseinandersetzung um die amerikanische Schuldengrenze hat deutlich gemacht, dass sich das Mantra „no new taxes“ so verfestigt hat, dass Steuererhöhungen politisch unmöglich geworden sind, auch wenn das amerikanische Steuerniveau immer noch relativ niedrig ist.

### **Vermeidungsstrategien der Betroffenen**

Dabei scheint es reichen Vermögensbesitzern wie den Brüdern Koch zu gelingen, populistische Bewegungen (Tea Party Movement) zu organisieren, die insbesondere die Republikaner daran hindern, sich auf höhere Steuern oder auch nur die Rücknahme von ursprünglich zeitlich befristeten Steuersenkungen einzulassen. In der Tat müssten Steuererhöhungen, wenn es einigermaßen gerecht zugehen sollte, wesentlich von obersten Einkommens- und Vermögensgruppen bezahlt werden. Diese Gruppe hat von den Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte und nicht zuletzt von den Zinseinnahmen aus Investitionen in staatliche Rentenpapiere am meisten profitiert und sämtliche Einkommenszuwächse auf sich konzentriert.

Aber auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern erscheint des sinkenden Lebensstandards der großen Masse der Amerikaner halber unvorstellbar. Generell gilt, dass Steuererhöhungen zur Abzahlung von Schulden nie populär sein können, weil sie dazu dienen, bereits konsumierte Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Nicht zuletzt lassen sich angebotstheoretische Befürchtungen vorschieben, denen zufolge Steuererhöhungen insbesondere bei höheren Einkommen das Wirtschaftswachstum schädigen. Auch müsste mit Vermeidungsstrategien der Betroffenen gerechnet werden, insbesondere bei der Besteuerung von Vermögen.

Die dritte Lösung, Einstellung der Rückzahlung und teilweiser Schuldenerlass, wurde zuletzt von Argentinien verfolgt und führte dort zu einer vorübergehenden Entschuldung. Griechenland hat mit den letzten Beschlüssen der EU faktisch einen Teilerlass erhalten. Hierbei handelt es sich jedoch um eine relativ kleine Volkswirtschaft, bei der die Schulden zwar im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, nicht aber absolut hoch sind. Die Kosten des Schuldenschnitts können deshalb von anderen Staaten und, zu einem geringen Teil, den privaten Gläubigern getragen werden. Dies gilt nicht für die großen europäischen Volkswirtschaften oder die amerikanische. Eine Zahlungsunfähigkeit dieser Länder würde nicht nur deren Bankensystem, sondern auch das anderer Länder ruinieren. Eine Rettungsaktion wie die von 2008 würden die erschöpften Staatshaushalte wohl nicht mehr zulassen.

### **Abenteuerliche soziale Kosten**



Auch wenn jedoch ein völliger Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge einer neuen Bankenkrise verhindert werden könnte, müsste mit einer sozialen Krise ungekannten Ausmaßes gerechnet werden. Große Teile der Staatsschulden werden nämlich von Pensionsfonds oder Versicherungen gehalten, die aus diesem Kapital Rentenzahlungen leisten und Lebensversicherungen auszahlen. Die Umorientierung hin zur kapitalbasierten Rente während der letzten Jahrzehnte hat eine wachsende Zahl von Rentenbeziehern in Abhängigkeit vom Kapitalmarkt gebracht. Nicht zuletzt hätte der Bankrott auch nur eines Staates zur sicheren Folge, dass die Refinanzierungskosten für die allermeisten Staaten steigen würden. Angesichts der enormen Höhe der gegenwärtigen Staatsverschuldung muss aber jede Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst die Haushaltsdefizite weiter vergrößern und den Sparzwang verschärfen. Dies ist der Grund, warum die bislang weniger betroffenen Staaten alles tun, um Ländern wie Irland oder Griechenland den Staatsbankrott zu ersparen.

Viertens wäre denkbar, durch gewollte Inflation den realen Wert der Schulden zu senken. Zu diesem Zweck kann die Regierung Kredite bei der Zentralbank aufnehmen und so die Geldmenge über das Wachstum hinaus erhöhen. Auch diese Option ist jedoch mit abenteuerlichen sozialen Kosten verbunden. Eine Entwertung von Vermögen schmälert heute die Altersversorgung weiter Kreise der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass durch Inflation die Realeinkommen all derer sinken, die ein fixes Einkommen als Beschäftigte oder als Empfänger von Transfereinkommen beziehen. Damit wäre fast die gesamte Bevölkerung betroffen. Zu rechnen wäre mit sozialen Protesten und mit Forderungen nach einer Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen. Die Folge wäre eine möglicherweise „galoppierende“ Steigerung der Inflationsrate. Im Übrigen führt jede Geldentwertung zu höheren Refinanzierungskosten der Staatsschulden an den Märkten.

### **Eine Verteilungsfrage**

Das bisherige Krisenmanagement war bemüht, Krisen durch Verlagerung der Probleme auf eine höhere Ebene mit größerem Vertrauensreservoir „aufzuheben“. Die Banken wurden von den Staaten gerettet; die kleinen Staaten von den großen. Diese Strategie kommt jetzt an ihr Ende. Der Vertrauensverlust ist mittlerweile überall angekommen. In der nächsten Stufe wird die Krise auf das soziale System übergreifen. Anzeichen finden sich bereits in steigender Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Gewaltausbrüchen in besonders betroffenen Ländern. Egal, ob durch Sparpolitik, Schuldenschnitt oder Inflation, die bevorstehende massive Reduzierung von Vermögen und Einkommen wird Konflikte hervorrufen. Diese haben das Potential, auch das politische System zu erreichen, zunächst etwa durch stärkeren Zulauf zu populistischen Bewegungen wie dem Front National oder der Tea Party.

Es zeigt sich, dass die Lösung der Schuldenkrise wesentlich eine Verteilungsfrage ist. Wer zahlt für Ausgaben, die längst getätigt wurden, ohne je abgegolten worden zu sein, in einer Situation, in der die Gläubiger das Vertrauen verloren haben und ihr Geld zurückverlangen? Was da aussteht, ist die Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres, in einigen Ländern sogar weit mehr. Nachdem die Zuwächse des Sozialprodukts während der vergangenen dreißig Jahre vornehmlich den oberen Bevölkerungsschichten zugutekamen, stellt sich in der Schuldenkrise die Frage, ob und mit welchen Mitteln die Wohlhabenden versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen. Wir können nicht ausschließen, dass sie die Schrift an der Wand auch weiterhin nicht verstehen wollen.

### **Die Autoren**

Die Soziologen Jens Beckert und Wolfgang Streeck leiten das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, dessen Arbeitsschwerpunkte in der wirtschaftssoziologischen, politikwissenschaftlichen und fiskalpolitischen Analyse liegen.

Text: F.A.Z.

# Readers 'Too small to change the world'

19 August 2011 DIE ZEIT HAMBURG



Cost

When a pro-Europe article brings in storms of angry comments for an editor at Die Zeit, he decides to stop in on one of his critics. Where does the rage against Brussels come from? The answer he finds is both surprising and alarming.

## Philip Faigle

I first meet M. after a colleague's [interview with Klaus Kinkel](#), the last foreign minister in Helmut Kohl's cabinet. In the interview Kinkel praised Europe and declared that Germany must stand up for the poor countries of the monetary union. The piece attracted almost 200 comments.

Number 105 was from M.: "That's what happens when you abandon the field to boosters and soap-bubble merchants." He meant Kinkel. Europe was to throw open the doors and lay out the red carpet for people who "felt beholden only to their own bank accounts". M thinks that this typifies the way that those "at the top" treat the ones at the bottom -- "like dirt".

I click on the user profile. Readers often sign up under monikers like klüger ("Cleverer"), knueppelhart ("Rock-hard"), or Lügenpresse ("Liespaper"). M. goes by "jgmischke". He has posted about 500 comments. Responding in one message to the declared desire of the EU Commission to compensate farmers for crop failures due to EHEC disease, he said: "The entire EU-crazy is getting worse and worse. It's becoming like a cash-and-carry." Taking the comments on the euro crisis as a benchmark, one would have to conclude that an overwhelming majority of Germans are against the euro. Why this disappointment, this fury?

I had written, asking if I could pay him a visit, to sound him out on why he's so angry about Europe, so angry at the politicians. His answer came just two hours later. He had taken my message as spam, at first, as a joke. But then he began to find the whole idea "appealing". He sent me his address: a small town in Westphalia.

As we climb into his Fiat, I realise how surprised I am. I had imagined him differently: perhaps not quite normal, aggressive-looking. Maybe I even expected an unemployed person, someone obviously down on his luck, and I'm ashamed of the thought.

Over the next few hours M., 53 years old, tells the story of his life, a little nervously and without irony. Before he moved to the countryside, he worked in Dusseldorf at the fiscal authority. It was a job he didn't really like. Eventually he and his wife bought a copy of Geo, because it listed Germany's cities alongside their environmental footprint. Dusseldorf came out at the bottom, the worst of them all. The flat country in Westphalia, though, fared better. "So we moved here."

It was a turning point for him. He became a freelance programmer, and after they moved into the house two children were born. M. was at home and was around "when you had to thump on the table in school now and then". When he tells it, it sounds like a good time. In the meanwhile he was hired as a staff programmer in a medium-sized businesses.

M got out of politics a few years ago. Before then he had run for the local council, together with his son. For the Greens. It was a hopeless cause: the village had been ruled for decades by Germany's CDU party. "I'm governed by idiots," M says, "and that's the problem." When M. speaks about politics he can talk himself into a rage, and he sounds as angry as he does in his comments.

Why is he so angry? "Powerlessness, in the long run, eventually makes you furious." Far too seldom, he says, is he ever asked for his opinion. "It's like being on a train when the conductors are drunk, and you know it's going to end in a wreck. But the carriage doors are locked and you can't get off." To hear M. speak about Europe, here in this living-room in the province of Westphalia, Brussels seems a very long way away. "The regulations about the light bulbs -- 'Oh, that won't be discussed'," he says. Everything is just "imposed". It's always been like that, he says -- first with the euro, and now with Greece, Portugal, and Ireland.

Politicians, he says, must be reined in much better than they are. He would even go so far as to say they could be prosecuted for bad decisions. M. dreams of more professionals in politics, of "teams" that would make the best decisions objectively, not out of political opportunism.

The longer I talk with M., the more I understand he's no misfit. Actually, he's pretty mainstream -- one of us. He's not particularly badly off, has a job, a few cars, like most Germans.

Should one sympathise with him? Understand him? Reproach him for making it too easy for himself? After all, it's not just that the politics have left him behind; M. too has withdrawn. He leaves the politics to politicians, so he can then despise them for their policies.

Towards the end of our conversation he tells me that he sometimes heads up to his roof to gaze through a telescope at the stars. Then he sees how small the planet is, and how trifling so much of what upsets him.

On my way home, one of his remarks comes back to me: "I'm just a bit too small to change the world."

# Des lecteurs impuissants et en colère

19 août 2011 DIE ZEIT HAMBOURG



Cost

Lorsqu'un plaidoyer pour l'Europe suscite une avalanche de commentaires furieux des lecteurs, un journaliste de la Zeit décide d'aller rencontrer l'un d'entre eux. Pourquoi cette colère contre Bruxelles ? La réponse est surprenante et inquiétante à la fois.

## Philip Faigle

Je fais la connaissance de M. en lisant un de ses commentaires d'un article de la Zeit. Un collègue a réalisé un entretien avec Klaus Kinkel, le dernier ministre des Affaires étrangères de Helmut Kohl, qui défend l'Europe et estime que l'Allemagne doit se porter garante des pays pauvres de l'union monétaire. L'entretien suscite près de 200 commentaires. Le numéro 105 est signé M. : "C'est comme ça quand on laisse faire les gens qui friment et qui brassent de l'air." C'est Kinkel qui est visé. Selon M., l'Europe aurait avant tout ouvert en grand la porte à "ceux qui pensent n'être responsables que de leur compte en banque". Et ceux d'en haut, comment traitent-ils ceux d'en bas ? "Comme de la merde."

Je clique sur le profil de l'utilisateur. Les lecteurs prennent des pseudonymes comme "malin", "matraque" ou "presse mensongère". Pour sa part, M. a choisi "jgmischke" [des initiales et un nom]. Il a déjà posté quelque 500 commentaires. Sous un article annonçant que la Commission européenne veut indemniser les agriculteurs ayant subi des pertes liées à l'épidémie d'Escherichia coli, il commente : "L'euro-cratie ne cesse de tomber plus bas, au point de ressembler de plus en plus à un libre-service." Parmi les commentaires sur la crise de l'euro, on compterait sans doute une bonne majorité de voix contre la monnaie unique. Mais d'où viennent donc cette déception et cette colère ?

J'envoie à M. un e-mail pour lui demander si je peux le rencontrer, car j'aimerais savoir pourquoi il est tellement en rogne – contre l'Europe, la politique. Sa réponse ne met que deux heures à arriver. Au début, M. a pris mon e-mail pour du spam, pour une blague. Mais ensuite, l'idée lui a plu. Il m'envoie son adresse : il vit dans une petite ville de l'Allemagne profonde, en Westphalie. Lorsque nous montons dans sa Fiat, je suis très surpris. Je me l'étais imaginé différent, peut-être moins normal, plus agressif. Je m'étais peut-être même attendu à un chômeur, à quelqu'un qui ne va manifestement pas bien, et je m'en veux.

## "On est gouvernés par des imbéciles"

M. a 53 ans. Il me raconte sa vie, un peu excité et sans ironie. Avant de s'installer à la campagne, il travaillait à Düsseldorf, dans l'administration financière, travail qui ne le passionnait guère. Un jour, sa femme et lui ont acheté un numéro du magazine Geo qui publiait un classement de toutes les villes allemandes en fonction du niveau de pollution ; Düsseldorf affichait le pire score, tandis que la Westphalie se classait très bien. "C'est pour cela que nous sommes venus ici."

Pour lui, ce fut un tournant. Il s'est installé à son compte comme programmeur, puis ses deux enfants sont nés. M. travaillait à la maison et il était là "quand il fallait faire les devoirs et taper du poing sur la table". A l'entendre, c'était la belle époque. Aujourd'hui, il travaille toujours comme programmeur, mais il est salarié d'une entreprise de taille moyenne.

Côté politique, M. a jeté l'éponge il y a quelques années. Avant, il s'était présenté avec son fils au conseil municipal. Pour les Verts. Sans espoir : le village est un bastion de la CDU, depuis des dizaines d'années. M. ne mâche pas ses mots : "On est gouvernés par des imbéciles. C'est ça le problème." Lorsqu'il parle de politique, il se met en rage, et son discours laisse transparaître presque autant de colère que ses commentaires.

## Bruxelles semble très loin

Pourquoi est-il si furieux ? "A la longue, l'impuissance rend furieux", me répond-il. Il a l'impression qu'on ne lui demande guère son avis. "C'est comme si on était dans un train dont les conducteurs sont saouls et foncent droit dans le mur. Les portières sont fermées et personne ne peut descendre". Lorsqu'on entend parler de l'Europe ici, dans ce salon de Westphalie, Bruxelles semble très loin. "Les règlements sur les ampoules – on n'en discute pas", dénonce-t-il ; tous ces textes sont simplement "élaborés". Et ça a toujours été comme ça, d'abord avec l'euro, et maintenant avec la Grèce, le Portugal et l'Irlande.

M. estime que le personnel politique devrait être mieux contrôlé. Et qu'il devrait même être sanctionné lorsqu'il prend une mauvaise décision. Il faudrait plus de spécialistes, et des équipes qui prennent objectivement de bonnes décisions, pas des décisions politiciennes. Plus on discute avec lui, plus on comprend qu'il n'a absolument rien d'un marginal. En fait, c'est plutôt un Allemand lambda, l'un d'entre nous. Il n'a pas de problèmes particuliers, il a un travail, plusieurs voitures – comme la plupart des Allemands.

Faut-il avoir de la compassion pour lui ? Le comprendre ? Lui reprocher de voir les choses trop simplement ? Toujours est-il que ce n'est pas seulement la politique qui s'est éloigné de lui, et que c'est aussi M. qui s'est écarté d'elle ; il a délégué la politique aux dirigeants politiques, pour ensuite dénigrer leur travail. Parfois, me confie-t-il vers la fin de notre entretien, il monte sur le toit de sa maison et regarde les étoiles à travers un télescope. Et il voit à quel point notre planète est petite, à quel point tant de choses qui l'intéressent sont dérisoires. Sur le chemin du retour, il ne me reste que cette phrase en mémoire : *"Je suis trop petit pour changer le monde."*

# Forward the euro – without Germany

18 August 2011 THE TIMES LONDON



...and with Nicolas Sarkozy's France as a leader.

**Despite France and Germany's apparent agreement in recent talks, their visions of Europe's future are very different. Germany has now become the main obstacle on the road to integration, argues a Times columnist: it is time for France to take the lead in Europe and leave its partner behind.**

## Anatole Kaletsky

As Europe's "federal destiny" draws nearer, a second flaw in the European project, far deeper than the contradiction between the monetary and fiscal policies of the eurozone nations, is coming into view.

Everyone agrees that Europe faces a clear choice either to abandon the euro or make a quantum leap towards "true European economic government", as President Sarkozy put it after [the 16 August meeting in Paris](#).

In practice this will mean two things. The first is a partial replacement of the debts of national governments by so-called eurobonds, jointly guaranteed by all eurozone nations and their taxpayers. This has been strongly opposed by Germany, Austria and other creditor nations, and was put off again during the meeting with German chancellor Angela Merkel, but resistance is weakening.

The second condition, demanded as a quid pro quo by the creditor countries, will be centralised control over taxes and government spending by a federal European treasury with veto powers over the fiscal policies of all member states. This has, of course, been strongly opposed by Greece, Italy, Spain and other debtor nations, but their resistance is also weakening. But putting Herman Van Rompuy, the EU President, in charge of a new committee was not much of a step down that route.

However, the first fundamental flaw of the euro project – the contradiction between a single currency and a multiplicity of divergent national fiscal policies – may still eventually be resolved in favour of the federal solution. This was always the intention of the euro's ultimate founding fathers, François Mitterrand and Helmut Kohl.

Now Europe must face the second flaw – that German and French conceptions of a federal Europe are mutually incompatible. Not only do the two nations have very different theories of government centralisation and devolution, much more crudely their visions of a federal Europe are fundamentally incompatible in terms of simple power politics.

Read the [full article in The Times ...](#)

## Geburtenrate in Deutschland

# Jede Frau hat im Schnitt 1,39 Kinder

**Die Frauen in Deutschland bringen wieder mehr Kinder zur Welt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, betrug die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im vergangenen Jahr 1,39 - und ist damit so hoch wie seit dem Jahr 1990 nicht mehr. Allerdings sinkt die Zahl gebärfähiger Frauen stetig.**

Von Axel Wermelskirchen



Im Jahr 2010 kamen in Deutschland insgesamt etwa 678.000 Kinder zur Welt

18. August 2011

In Deutschland hat 2010 jede Frau im Durchschnitt 1,39 Kinder zur Welt gebracht. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Donnerstag weiter mitteilte, ist dies der höchste Wert seit dem Jahr 1990, als die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 1,45 betrug.

Das statistische Bundesamt definiert die durchschnittliche Kinderzahl so: „Bei der Berechnung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau werden alle Kinder berücksichtigt, die im Laufe eines Jahres geboren werden. Diese durchschnittliche Kinderzahl je Frau, die auch als zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet wird, wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr“.

### Der Trend geht zum zweiten und dritten Kind

Anders ausgedrückt: Würden die Fünfzehnjährigen des Jahres 2010 sich in ihrem Geburtenverhalten nach dem Durchschnitt dieses Jahres richten, bekämen sie, bis sie 49 Jahre alt sind, statistisch gesehen 1,39 Kinder. Im Englischen wird die durchschnittliche Kinderzahl je Frau als Total Fertility Rate bezeichnet. Für die Bestandserhaltung einer Bevölkerung ist eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 2,1 nötig. Die niedrigste durchschnittliche Kinderzahl je Frau der vergangenen zwei Jahrzehnte in Deutschland wurde 1994 mit 1,24 verzeichnet.

Im Jahr 2010 kamen in Deutschland nach Angaben des Bundesamts insgesamt etwa 678.000 Kinder zur Welt, etwa 13.000 mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank die Zahl der gebärfähigen Frauen - bislang ist die Obergrenze mit 49 Jahren definiert - von 18,7 Millionen auf 18,4 Millionen. Für die Statistiker besonders auffallend war, dass mehr Frauen zweite und dritte Kinder bekamen. Die Zunahme war nach den Angaben in dieser Gruppe stärker als bei den Geburten erster Kinder. Im Westen lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2010 bei knapp 1,39, im Osten stieg sie auf 1,46. Aus der Statistik lässt sich auch ablesen, dass die Frauen in den neuen Bundesländern jetzt merklich später Kinder bekommen als früher: Im Jahr 1990 hatten noch die damals 23 Jahre alten Frauen die höchste durchschnittliche Kinderzahl, im Jahr 2010 waren es die Dreißigjährigen.

### Die Zahl gebärfähiger Frauen sinkt stetig

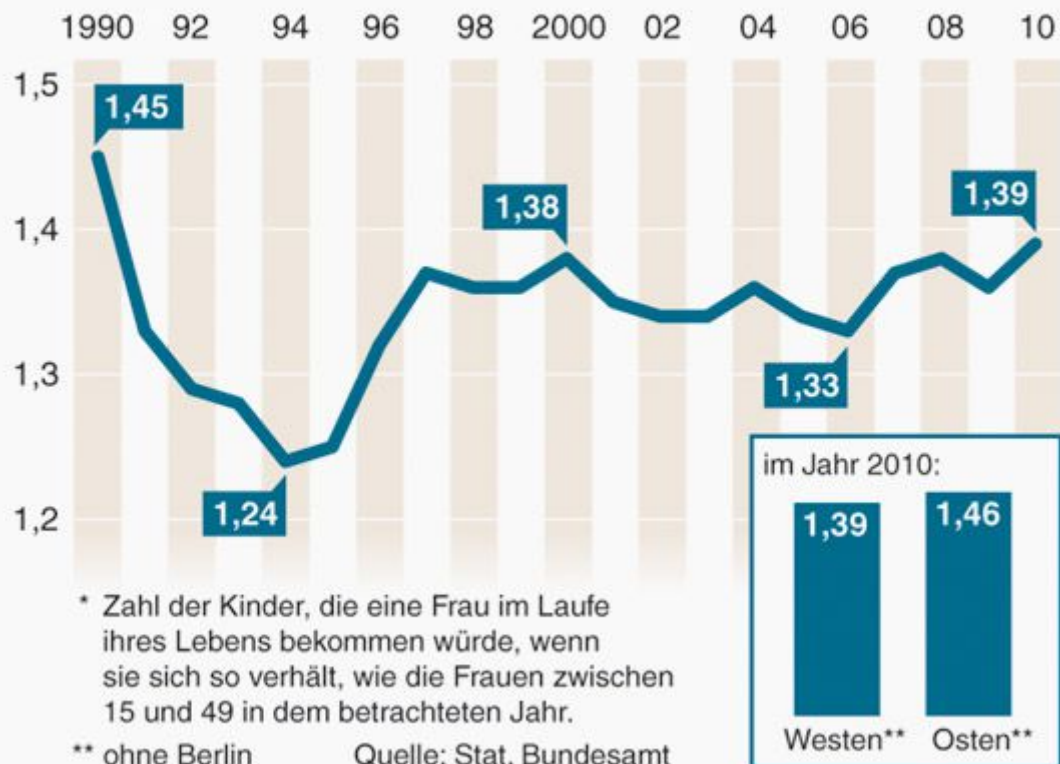
Einige Nachrichten-Überschriften zur aktuellen Meldung der Wiesbadener Statistiker („Deutschlands Frauen bringen wieder mehr Kinder zur Welt“) können leicht in die Irre führen. Auch wenn die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2010 so hoch war wie seit 1990 nicht mehr: Im gleichen Zeitraum sank in Deutschland die Zahl der lebendgeborenen Kinder von 905.675 auf 677.947. Dass die durchschnittliche Kinderzahl je Frau trotzdem steigen kann, liegt daran, dass die Zahl gebärfähiger Frauen stetig sinkt. Die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge („Baby-Boomer“) aus den sechziger Jahren fallen jetzt aus dem gebärfähigen Alter heraus, und es kommen, salopp gesagt, wenige nach. In Europa liegt Deutschland damit auf den hinteren Rängen; Frankreich etwa hat eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 2,0 aufzuweisen (2009).

In vielen Ländern der Dritten Welt dagegen zeigt sich, dass eine hohe durchschnittliche Kinderzahl je Frau nicht generell erstrebenswert ist. Mit dem daraus resultierenden schnellen Bevölkerungswachstum hält die Entwicklung dort dann nicht Schritt. Für die Hungerregionen am Horn von Afrika etwa nennt der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen folgende durchschnittliche Kinderzahl je Frau: Somalia 6,35,

Äthiopien 6,02, Eritrea 4,48 und Kenia 4,19. Die Regierungen der Entwicklungsländer und Hilfsorganisationen (in Deutschland etwa die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) versuchen, die Zahlen zu senken.

## Mehr Geburten in Deutschland

Durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau\*



© dpa

Text: F.A.Z.



NYT August 17, 2011

# In Crisis, Reminders of Disputes in Euro's Founding

By STEPHEN CASTLE

LONDON

EUROPE has never found it easy to define itself, and now it is having more trouble than ever doing so.

When the rules for **the euro** currency were first drafted 15 years ago, the leaders of France and Germany had to compromise even to agree on the name for the proposal: Berlin wanted a “stability pact,” emphasizing Germanic fiscal discipline, while Paris insisted on adding “growth” to the title to make it more palatable to French voters.

In Paris on Tuesday, the **two countries again sought** to bury their differences, proposing deeper integration for the single currency in the throes of a ferocious **debt crisis**.

If carried out, those plans could solidify an economic inner core within a two-tier **European Union**. But with domestic politics pushing in different directions, and much of the detail left deliberately vague, many proponents of a united Europe remain to be convinced.

“Too little, too uncertain, too late — that has been the regular response of E.U. leaders to the euro zone debt crisis,” argued Sharon Bowles, chairwoman of the Economic and Monetary Affairs Committee of the European Parliament. “The Sarkozy-Merkel proposals of Tuesday broadly fall, once again, into this category.”

Simon Tilford, chief economist at the Center for European Reform in London, called it “a positive step that this debate is taking place in Germany and that there is an acceptance that pooling fiscal authority is a necessary precondition of a lasting conclusion of the crisis.”

“But there is a risk,” he added pointedly, “that in order to sell this to domestic opinion, Germany will extract concessions that will render the whole thing unworkable.”

This is just the latest phase of a debate that has ebbed and flowed over decades of European integration. Indeed, when the rule book for introducing the euro — which came to be known as the Stability and Growth Pact — was being drafted, it was completed only after a fractious summit meeting in Dublin Castle in Ireland in 1996.

The patched-together pact, put in place in advance of the introduction of the single currency in 1999, was criticized by many economists from the start. By 2002, with France complaining about the need for more flexibility to promote growth during downturns, Romano Prodi, then the president of the European Commission, described it as “stupid.”

France put together a coalition, ultimately supported by Germany, that prevented the imposition of sanctions on countries that violated the rule limiting annual budget deficits to 3 percent of a nation's gross domestic product. France and Germany themselves were among those breaching the limits.

The debt crisis has now brought the debate back to its starting point.

Under the emerging set of proposals being pushed by Germany and France, strict new rules would enforce discipline, including fines for sinning countries, which might also lose certain subsidies. The idea of a European finance ministry has been put forward. Debt brakes would be written into constitutions or national law.

Euro zone leaders would have regular summit meetings presided over by a president who, according to talk within the corridors of power, may also lead meetings of the 17 finance ministers.

That is good news for the top contender, **Herman Van Rompuy**, the former Belgian prime minister who is president of the European Council, which represents the 27 governments in the European Union, and who has maneuvered skillfully for a greater role in coordinating economic policy.

A new bailout mechanism would grow into a sort of European version of the International Monetary Fund, with a bigger staff and powers to buy bonds on the secondary market. And despite the current opposition of Chancellor [Angela Merkel](#) of Germany, common euro bonds — which would put the collective strength and collateral of all the euro area countries behind sovereign debt — could eventually become a reality.

As usual with these deals, however, consensus is elusive.

Germany most wanted the debt brakes and strict surveillance of other euro zone governments, with tough punishment for violators. Under pressure from domestic voters horrified at having to bail out a Greek government that lied about its economic data, Mrs. Merkel needs to persuade Germans that the debt crisis won't rear its ugly head again. The message at home is that the euro zone economy will be recreated in Germany's image.

France, meanwhile, insisted on new structures to forge integration, led by the 17 prime ministers and presidents, and pressed hard on issues like harmonizing corporate tax rates.

With an election looming, [Nicolas Sarkozy](#), the French president, wants to cast himself in his home country as the savior of the single currency and the driving force behind European integration. Mr. Sarkozy appropriated the notion of strict fiscal discipline to outflank his socialist opposition by making it a centerpiece of the new plans.

The next few months will determine whether this hastily drawn agreement intended to satisfy multiple constituencies will actually upgrade the euro zone's creaking, often chaotic, structures into something workable in an era of unforgiving markets.

None of this will be easy. It will fall to Mr. Van Rompuy to produce a coherent set of proposals.

Europe still hasn't resolved the fundamental question it skirted back in 1996 at Dublin Castle: Is the euro more in need of Germanic fiscal stability or the growth and stimulus policies that France traditionally champions?

"It is not going to help the euro zone," said Mr. Tilford of the Center for European Reform, if "they enforce unworkable positions on the rest of the euro zone."

He added, "The markets are concerned about debt levels — but also about growth."

## The Price of the Pact

# ***What Will a European Economic Government Entail?***

By *Stefan Kaiser*

**German Chancellor Angela Merkel and French President Nicolas Sarkozy want to create a European economic government. The idea sounds good, but it is unclear exactly what it means. If the proposal is serious, it will lead to significant changes -- especially for Germany.**

The words sound mighty enough: A "true economic government" will be created to coordinate economic and finance policies in the euro zone in future to make the currency union more resistant to crises. That's what German Chancellor Angela Merkel and French President Nicolas Sarkozy agreed to at their summit on Tuesday afternoon. But neither leader offered much more than that during their joint press conference, and they left completely open precisely what this economic government is meant to do.

That's little wonder, either. After all, the term "economic government" can be interpreted in different ways. The French have been using it for years to describe government intervention in the economy through, for example, state holdings in important companies. But the German chancellor appears to have an altogether different understanding of the term. "The member states of the euro zone need to ensure, with a greater degree of commitment, that they adhere to the existing Stability and Growth Pact," Merkel said after her meeting with the French president.

In fact, Tuesday's agreement does seem to largely take into account German concerns over stability. The proposal calls for the 17 euro-zone member states to anchor balanced-budget provisions into their constitutions, and to take account of European Commission concerns when setting their national budget plans. Of course, the idea isn't entirely new. Already back in March, the euro-zone states agreed to the so-called "Euro Plus Pact," which would lead to closer coordination of budget, tax and social policies -- albeit non-binding.

### **Jean-Claude Juncker Would Be Stripped of Power**

"Up until now, the term had been a pretty empty one," said Henrik Enderlein, professor of political economy at the Hertie School of Governance in Berlin. He said it was now a task for the euro-zone countries to fill the term with meaning. "What is needed is a change in mentality. The governments have to see that they can no longer create national economic policies, but rather only European ones in the future."

Enderlein said he could imagine a kind of European finance minister who would monitor and coordinate the policies of euro-zone states. "There has to be someone who tells the individual governments: What you are doing right now is damaging to the euro zone. Unfortunately, an institution like that doesn't exist yet."

Until now, the Euro Group has been in charge of coordinating economic policy among the 17 euro nations and checking whether they are adhering to the Stability Pact. It consists of the finance ministers of the euro countries as well as representatives of the European Commission and the European Central Bank. Its chairman is the prime minister of Luxembourg, Jean-Claude Juncker.

According to the plans presented on Tuesday by Merkel and Sarkozy, the future economic government would comprise the 17 heads of government and would meet twice a year. It is set to be chaired by Herman Van Rompuy,

the current president of the European Council. "The proposal for an economic government is an attempt to sideline Jean-Claude Juncker," says Enderlein. "That is a pretty open snub."

### **Germany Must Strengthen Domestic Consumer Demand**

The new economic government will have to do more than the Euro Group did, analysts believe -- and more than Merkel has indicated so far. "It wouldn't be much if a European economic government only watched out for stronger budget discipline," says Gustav Horn, director of the IMK economic institute, which has links with German trade unions. "This is really about imbalances in the current accounts."

The imbalances are regarded as one of the main reasons for the crisis. Countries like Germany have run very high trade surpluses for years, while other countries like Greece, Portugal or Spain are less internationally competitive and import far more than they export. If they had their own currencies, they could even out these differences through interest rate policies and currency fluctuations. But in a monetary union, such imbalances aren't tenable in the long run.

That would be a job for the economic government, says Horn. "Countries with current account deficits would have to commit themselves to a more restrictive fiscal policy." That means they would have to cut government spending, raise taxes or limit wage increases. "How the countries do that should be left up to them."

But countries with surpluses, like Germany, would also have to adjust their policies. Horn says these countries would have to strengthen their domestic demand through higher wages or benefits, or via tax cuts.

If Merkel and Sarkozy are serious about an economic government, they will have to sign up to something else too. "In the medium term in a common economic area, one will have to levy joint taxes and have a significant common budget," says Enderlein.

France and Germany have made a start: They plan to harmonize their corporate taxes and introduce a pan-European tax on financial transactions. But that can only be the first step on the road to an economic government.

## Schuldenkrise

# Der Niedergang der Europäischen Zentralbank

**Die EZB hat in der vergangenen Woche für die Rekordsumme von 22 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft. Sie missachtet das Verbot der Staatsfinanzierung. Aus der Notenbank ist ein Büttel der Politik geworden. Ein Kommentar von *Holger Steltzner*.**

*16. August 2011*

Obwohl der Einsatz immer größer wird, stellt sich der Erfolg nicht ein. Je länger das falsche Rettungskonzept verfolgt wird, desto schlimmer wird die Euro-Staatsschuldenkrise. Seit anderthalb Jahren jagt ein Krisengipfel den nächsten, werden nach Belieben Verträge und Versprechen gebrochen, verunsichern Milliardenkredite und Billionenbürgschaften die Märkte und den Bürger. Zeit gab es also genug, so möchte man meinen, um auch in Spanien, Italien oder Frankreich mit Schuldenbremsen oder Sparpaketen die aus dem Ruder laufenden Staatsfinanzen glaubwürdig einzuhegen. Doch passiert ist nichts. Überall schnellen Staatsausgaben und Schulden weiter nach oben, nicht nur in Griechenland.

Unter den Rettungseuropäern und auch in dem vom Klein-Klein zusehends genervten Publikum wächst der Wunsch nach einem großen Wurf. Doch Vorsicht! Rettungshybris allein schafft kein Vertrauen, sondern kann Glaubwürdigkeit von Politikern und Vertrauen in Institutionen vernichten.

Wie schnell und nachhaltig ein ehemals guter Ruf verspielt ist, zeigt der Niedergang der Europäischen Zentralbank. Aus der EZB ist ein Büttel der Politik geworden, eine EBB, die Europäische Bad Bank. Weil im geldpolitischen Rat der Zentralbank der Süden den Norden dominiert, werden die Notenbankchefs aus Deutschland und den Niederlanden überstimmt. Da auch noch eine stabilitätsbewusste europäische Öffentlichkeit fehlt, gibt es keinen Schutz mehr gegen den Durchgriff der Politik.

Kaum hat der Kapitalmarkt begonnen, mit steigenden Zinsen von Italien härtere Reformen zu verlangen, eilt die EZB zur Hilfe, missachtet das Verbot der Staatsfinanzierung und kauft Staatsanleihen, um den Zins zu drücken, damit Italien seine Schatzwechsel günstiger verkaufen kann. In nur zwei Tagen hat die EZB für 22 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft.

Wenn die Käufe mit abnehmender Tendenz weitergehen bis Ende September – dann soll diese fragwürdige Aufgabe der Euro-Krisenfonds übernehmen –, dürfte die EZB etwa 300 Milliarden Euro zusätzliches Risiko zu Griechenland, Irland und Portugal auf ihre Bilanz nehmen. Hinzu kommen riesige Kreditersatzgeschäfte über mehr als 340 Milliarden Euro aus dem Target-Zahlungsverkehr des gestörten Euro-Bankensystems, die unbemerkt angehäuft wurden. Die gefährlich aufgeblasene Risikobilanz der EZB sollte Warnung genug sein vor dem angeblich großen Wurf der Eurobonds.

Text: F.A.Z.

## ***'You Need This Dirty Word, Euro Bonds'***

**In a SPIEGEL interview, billionaire investor George Soros criticizes Germany's lack of leadership in the euro zone, arguing that Berlin must dictate to Europe the solution to the currency crisis. He also argues in favor of the creation of euro bonds as a way out of the turbulence.**

**SPIEGEL:** Mr. Soros, we currently see a global banking crisis, a currency crisis and a sovereign debt crisis. Has the financial dilemma become too big to handle? How can politicians on both sides of the Atlantic be expected to solve such a multitude of crises?

**Soros:** The politicians have not really tried to fix any crisis; they have so far only tried to buy time. But sometimes time is actually working against you if you refuse to face the relevant issues and explain to the public what is at stake.

**SPIEGEL:** Are you talking about the Germans? Many experts think Chancellor Angela Merkel has been particularly hesitant to address the euro crisis.

**Soros:** Yes. The future of the euro depends on Germany. This is the point I really want to bring home. Germany is in the driver's seat because it is the largest country in Europe with the best credit rating and a chronic surplus. In a crisis, it is always the creditor that calls the shots. Sure, this is not a position Germany or Chancellor Merkel ever desired and they are understandably reluctant to embrace it. But the fact is: The Germans are now in the position of dictating to Europe what the solution to the euro crisis is.

**SPIEGEL:** Why should Berlin embrace that idea?

**Soros:** There is simply no alternative. If the euro were to break up, it would cause a banking crisis that would be totally outside the control of the financial authorities. So it would push not only Germany, not only Europe, but the whole world into conditions very reminiscent of the Great Depression in the 1930s, which was also caused by a banking crisis that was out of control.

**SPIEGEL:** What, then, needs to be done to fight this crisis?

**Soros:** I think there is only one choice. It is not a question of whether Europe needs a common currency. The euro exists, and if it broke apart all hell would break loose. Germany has to make it work. To make it work, you have got to allow the members of the euro zone to be able to refinance the bulk of their debt on reasonable terms. So you need this dirty word, the "euro bonds". But when you study what it involves to have euro bonds, you really have a problem because each European country remains in control of its own fiscal policy, and you have to rely on the country to meet its financial obligations.

**SPIEGEL:** Germans hate the euro bonds idea. They fear that under this scenario they will ultimately need to bail out everyone, even large nations like Italy.

**Soros:** That is why you need to establish fiscal rules that will ensure the solvency of every member. This should make the euro bond acceptable to German voters. Europe needs a fiscal authority that has not only financial but also political legitimacy. The difficulty is agreeing on the rules. Unfortunately, Germans have some funny ideas. They want

the rest of Europe to follow their example. But what works for Germany can't work for the rest of Europe: No country can run a chronic surplus without others running deficits. Germany must propose rules that other countries can also follow. These rules must allow for a gradual reduction in indebtedness. They must also allow countries with high unemployment, like Spain, to continue running cyclical budget deficits until they recover.

**SPIEGEL:** More and more economists, especially in Germany, would like to see Greece leave the European Union. Do you consider that to be a viable option?

**Soros:** I think that the Greek problem has been sufficiently mishandled by the European authorities that this may well be the best solution. Europe, the euro and the financial system could survive Greece leaving. It could survive Portugal leaving. And the remainder would be stronger and more easily managed. But the financial authorities have to arrange for an orderly exit in order for the European banking system to survive it. That will cost money because the European banking system including the European Central Bank has to be indemnified for its losses. Depositors in Greek banks have also got to be protected. Otherwise depositors in Irish or Italian banks would not feel safe.

**SPIEGEL:** Is the current crisis even worse than the one in 2008?

**Soros:** This crisis is still the continuation of the same crisis. In 2008, the financial system collapsed and it had to be put on artificial life support. The authorities managed to save the system. But the imbalances that caused the crisis have not been removed.

**SPIEGEL:** What do you mean?

**Soros:** The method the authorities chose, rightly, three years ago was to substitute the credit of the state for the credit in the financial system that collapsed. After the failure of Lehman Brothers, the European financial ministers issued a declaration that no other systemically important financial institutions would be allowed to fail. That was the artificial life support; it was exactly the right decision. But then Chancellor Merkel stated that such support would only be granted by each EU member state individually, and not by the European Union.

**SPIEGEL:** That undermined the concept of a strong European response to the crisis. Has that been the biggest mistake so far?

**Soros:** That Merkel statement was the origin of the euro crisis. It shattered the vision that the EU will protect the euro in a joint effort.

**SPIEGEL:** Where will the current crisis stop? Even France now seems to be threatened by a financial meltdown.

**Soros:** Of course it is spreading. Markets fear uncertainty. Germany has to realize that it has no alternative but to defend the euro. The longer it takes, the higher the price Germany will have to pay.

**SPIEGEL:** You have been very critical of how the crisis has been handled by governments. Many European citizens, however, blame speculators like you for their attempts to bring down the euro. Huge hedge funds like yours have waged massive bets against the European currency over the past year. And in recent days, several European countries have even imposed temporary bans on short selling, bets on falling share prices.

**Soros:** You are confusing markets and speculators. At the moment, the biggest speculators are the central banks because they are the most important buyers and sellers of currencies. Hedge funds have definitely been supplanted

by central banks. Markets expect the authorities to produce a financial system that actually holds together. If there is any hole in that system, speculators will rush through that hole.

**SPIEGEL:** That sounds very noble. But in reality, speculation makes any crisis worse. Look at the credit default swaps (CDS) market where speculators can bet on a further decline of currencies and economies. How can that be helpful?

**Soros:** Of course, speculation will always make a crisis worse. If there is a weak point, it will expose it. And you are right, the CDS market is a very dangerous instrument and I think it should not be allowed. I am one of the very few people who argue that the CDS is a dangerous instrument because it is so lop-sided in favor of a negative outcome.

**SPIEGEL:** Do you think the European Central Bank is part of the solution or part of the problem, when it comes to the dealing with the euro crisis?

**Soros:** It is part of the solution, but which part? Any central bank should only be in charge of liquidity. Solvency is a matter for the treasury. But because there is no European treasury, the ECB was pushed into that arena. To keep the financial system alive they overstepped their limits, as the former German Bundesbank president **Axel Weber** pointed out, by discounting the government bonds of a country that was clearly bankrupt.

**SPIEGEL:** You are referring to the purchase of Greek bonds. Now the European Central Bank even started buying Spanish and Italian bonds. It is not even clear, however, if it is legally allowed to do so.

**Soros:** Yes, but there is a well established conviction that the central banks always do what is necessary to keep the system going and then afterwards you then take care of the legal aspects. In a crisis, you simply do not have time to think about such concerns for too long.

**SPIEGEL:** The United States is drowning in even more debt than Europeans. Its economic recovery has been painful. Are we going to see a double-dip recession in the US?

**Soros:** The indebtedness of the US is not all that high, but if a double-dip recession was in doubt a few weeks ago, it is less in doubt now, because financial markets have a very safe way of predicting the future. They cause it. And the markets have decided that America is going to see a recession, particularly after the recent downgrade of the US by the rating agency Standard & Poor's.

**SPIEGEL:** President Barack Obama has been fiercely criticized for his handling of the economy. You were one of his biggest supporters in 2008. Are you happy with his economic policy?

**Soros:** No, of course not. But the reality is that we have had 25 years of excesses building up in America -- a combustible mix of too much credit and too much leverage. You need a long time to reverse that.

**SPIEGEL:** Obama tried to stimulate growth with a gigantic stimulus program which increased the national debt further. Was that a mistake?

**Soros:** Obama embraced the ideas of John Maynard Keynes. Basically, the analysis of Keynes is still very relevant -- with one big difference between now and the 1930s. In the 1930s, the states, the governments had practically no debt and could, therefore, run deficits. Nowadays, all governments are heavily indebted, and that is a big change.

**SPIEGEL:** If Keynes were still alive, would he adjust his theory?



**Soros:** Definitely. He would say that governments can still benefit from running fiscal deficits, but the new debt has to be invested in a way that will pay for itself. So the money spent would have to increase productivity.

**SPIEGEL:** The \$800 billion stimulus program launched by Obama did not live up to that?

**Soros:** Obama's stimulus program was not big enough and it was not directed at improving the infrastructure or human capital. So it was not productive enough.

**SPIEGEL:** And any further stimulus is now basically a non-starter, because the conservative majority in Congress is hell-bent on preventing it.

**Soros:** That is what is pushing the world towards another recession, into a double-dip.

**SPIEGEL:** The Republicans are doing that?

**Soros:** Yes, but Obama is also at fault. He yielded the agenda to the Republicans. He is talking their language. The president would have to show leadership to counter the Republican wave, and so far he has not done so.

**SPIEGEL:** Do you think the US deserved the recent downgrade by Standard & Poor's?

**Soros:** Probably not. This decision was the attempt by the rating agencies to reinvent themselves as anticipating rather than responding to changes that have occurred. So they are really basing that downgrade on that expectation that the political process will not provide the solution. Judging such political developments is a very new role for the rating agencies, though.

**SPIEGEL:** As an investor, do you listen to the rating agencies?

**Soros:** Well, I do not, but many other investors do.

**SPIEGEL:** The credit rating agencies are accused of exacerbating the crisis. Do you think the role of the rating agencies in the financial system needs to be scaled back?

**Soros:** I do not have an answer to that.

**SPIEGEL:** There are no alternatives.

**Soros:** Frankly. It is an unsolved problem in my mind

**SPIEGEL:** As an investor, would you still bet on the euro?

**Soros:** I certainly would not short the euro because China has an interest in having an alternative to the dollar. You can count on China to back the efforts of the European authorities to maintain the euro.

**SPIEGEL:** Is that the reason why the euro is still so strong compared to the dollar?

**Soros:** Yes. There is a mysterious buyer that keeps propping up the euro.

**SPIEGEL:** And it is not you.

**Soros:** It is not me (laughs).

**SPIEGEL:** In the end, will China be the only winner in this crisis?

**Soros:** China, of course, has been the great winner of globalization, and if globalization collapses, the Chinese will also be among the losers. So they have a strong interest in preserving the current global system. However, in some ways, they have been just as reluctant to accept it as the Germans. Germans have been hesitant to accept responsibility for Europe, and the Chinese have been hesitant to accept responsibility for the world. But they are both being pushed into it.

**SPIEGEL:** Mr. Soros, we thank you for this interview.

*Interview conducted by Gregor Peter Schmitz and Thomas Schulz*

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,780189,00.html>

## Le long passé de la dette publique

Le Monde | 13.08.11 | 13h03 • Mis à jour le 14.08.11 | 12h21

Le problème de la dette publique surgit aujourd'hui avec une extrême urgence sur la scène économique, politique et médiatique. Par un jeu de dominos pervers, plusieurs pays de la Communauté européenne sont au bord de la banqueroute (Irlande, Grèce) ou mis en danger par l'explosion de leur dette publique (Portugal, Espagne, Italie), tandis que les Etats-Unis sont minés par leur déficit abyssal.

L'acuité de la crise financière et le désarroi des politiques incapables de la juguler expliquent la panique qui a saisi les marchés et l'angoisse qui a envahi les citoyens. Non que la question de la dette américaine ou du déficit des Etats européens ait été ignorée au moment du traité de Maastricht, en 1992, mais la tournure prise par les événements depuis 2008 lui confère le statut peu enviable de péril inouï.

C'est la monnaie unique et la construction européenne qui se trouvent menacées ; au-delà, c'est tout le système économique qui se lézarde sous nos yeux. Pourtant, la dette publique a un très long passé, riche de défauts de paiement, de réformes ratées, mais aussi de rétablissements spectaculaires. Il n'est pas indifférent de rappeler que peu d'Etats ont pu se passer de dette publique. Pourtant, si l'Empire romain fut sans cesse à la recherche d'argent, il n'a jamais mobilisé des créances négociables sur un marché pour se financer et s'il y eut des emprunts, ils furent effectués de manière ponctuelle, sans qu'il y ait la moindre velléité de s'appuyer sur une dette d'Etat permanente.

Au Moyen Age, ce sont les cités italiennes (Venise, Florence...) qui ont été les instigatrices d'un système de dette publique. Le besoin de payer des mercenaires pour les conflits incessants entre les cités, et la présence de marchands riches, disposant de réseaux bancaires tentaculaires, incitaient à user de cette commodité financière.

Le procédé, assorti d'une certaine confusion entre les deniers publics et les deniers des grandes familles, avait le mérite de fournir aux marchands (florentins et autres...) une excellente occasion de s'enrichir davantage, comme à tous les créanciers. Il avait l'inconvénient d'alimenter des rivalités meurtrières entre factions et des troubles sévères.

Forts de leur fortune personnelle, les banquiers italiens prêtaient à toute l'Europe. Cela n'allait pas sans risque. Lorsque le roi d'Angleterre, Edouard III, fut incapable de payer ses dettes au début de la guerre de Cent Ans, ce sont les grandes banques italiennes qui lui avaient prêté inconsidérément qui en firent les frais. Elles firent faillite, sans que personne ne se sente obligé de voler à leur secours. Il existe donc un excellent moyen de se débarrasser de la dette publique, c'est de ne pas payer ses créanciers et cette panacée fut réutilisée à plusieurs reprises ultérieurement. Inconvénient : par la suite, les prêteurs ne se précipitent pas forcément pour apporter de nouveau leur argent à l'Etat impécunieux.

En France, Saint Louis fut le premier à endetter lourdement l'Etat. Ses successeurs accrurent le problème par une politique de renforcement de l'autorité royale et d'intervention hors du royaume. On connaît la réputation de Philippe le Bel, "le roi faux-monnayeur". Capter une partie du métal en circulation par des refontes successives, jouer sur la monnaie par des dévaluations et des réévaluations incessantes, c'est la troisième méthode pour contourner le problème.

Jusqu'à Louis XIV et la Régence incluse, tous les monarques français useront de cette solution. Mais cela ne suffisait pas. Philippe le Bel est connu aussi pour avoir persécuté les juifs et les Templiers. Il s'agissait bien pour lui non seulement de ne pas payer sa dette mais de mettre la main sur les biens de ses créanciers. Les pressurer ou leur extorquer des fonds constitue des parades efficaces.

Au cours des siècles qui suivirent, si les besoins croissants de la monarchie étaient à peu près couverts en temps de paix par le prélèvement fiscal issu des désastres de la guerre de Cent Ans, la dette se creusait à chaque conflit majeur. Une grande partie de ce crédit était drainée par les emprunts sur l'Hôtel de Ville à partir de François I<sup>er</sup>, et par la mise en vente des offices.

Les premiers passaient par le canal de la Ville de Paris qui offrait plus de garanties pour les prêteurs que le pouvoir royal. La seconde consistait à pourvoir les charges (les fonctions administratives) à titre onéreux, en sachant qu'elles étaient cessibles sur un marché et transmissibles. On avait carrément basculé d'une dette d'Etat qui ne disait pas son nom à une véritable dette publique concurrente de celle que pouvaient servir jusque-là les financiers.

Pendant les premières années du règne de Louis XIV, la dette resta contenue par une politique d'économie sur la gestion des finances et une politique douanière agressive inspirées par Colbert. La réduction de la dépense publique et le protectionnisme représentent donc deux autres issues possibles. Malheureusement, à la mort de Louis XIV, à la suite de longues et difficiles guerres, la dette atteignait de nouveau des niveaux inquiétants. On peut l'estimer à quelque 3 milliards de livres, disons une bonne dizaine d'années de revenus de l'Etat, peut-être 80 % du produit intérieur brut (PIB), tandis que le service écrasant de la dette expliquait largement un déficit évalué à 80 millions par an.

Pour faire face à cette situation, le pouvoir actionna plusieurs leviers. Après avoir fait examiner les comptes, le roi imposa des amendes aux financiers ou agents du fisc, accusés d'avoir extorqué des fonds pendant les années de détresse financière du règne de Louis XIV. Il entreprit, ensuite, de réorganiser l'administration fiscale pour faire des économies dans l'appareil de gestion des deniers publics. Mais tout cela ne constituait que des expédients.

Le gouvernement du régent crut avoir trouvé la solution avec le système de Law. L'émission de papier-monnaie par une banque d'Etat, couplée avec la création d'une compagnie par actions, permit de rembourser les créanciers et de payer les fournisseurs. Au total, environ 2,5 milliards de livres de papier-monnaie furent émis. La faillite du système, en 1720, remit tout en cause. Après la banqueroute, on dut procéder à un apurement des comptes et indemniser au mieux les déposants, tandis qu'une chasse aux spéculateurs rapportait près de 200 millions de livres.

A l'issue de ce désastre, le Trésor ne fut pas totalement perdant puisque la dette fut réduite de moitié. L'émission de monnaie papier est donc un autre moyen de résoudre des problèmes financiers, quand bien même les effets pervers de cette médication ne sauraient être ignorés : hausse des prix et des taux d'intérêt...

Durant le XVIII<sup>e</sup> siècle, le problème de la dette héritée et accrue par les besoins croissants de l'Etat et par les guerres hanta les gouvernements. Les contrôleurs des finances parlèrent sans cesse de réforme fiscale sans l'entreprendre, tant la suppression du privilège dont disposaient les plus riches (noblesse en tête) suscitait d'opposition, et tant l'alourdissement de la charge sur certaines provinces mieux traitées que les autres était politiquement explosif. Il fallut emprunter et l'on eut recours à d'autres canaux, notamment la création de plus en plus intense de rentes viagères qui s'avérèrent désastreuses pour le Trésor.

En 1788, la dette se montait à environ 4 milliards de livres, alors que les recettes de l'Etat n'excédaient guère 500 millions et que les dépenses atteignaient 630 millions. Pour autant qu'on puisse le calculer, elle dépassait certainement 80 % du PIB. Il faut dire que l'intervention française dans la guerre d'indépendance américaine, à elle seule, coûta 1 milliard. A ce moment, le service de la dette absorbait environ la moitié du budget et l'endettement s'accroissait de manière inexorable. Il fallut se résigner à convoquer les états généraux pour demander des subsides. La suite est connue, sur le plan politique.

Sur le plan financier, l'assemblée proclama l'égalité de tous devant l'impôt et entreprit d'unifier à l'échelle du royaume le prélèvement fiscal. Pour éteindre la dette, elle confisqua les biens du clergé, que l'on peut estimer à 3 milliards de livres, avec l'engagement de prendre à son compte les charges qui incombaient jusque-là à l'Eglise : le culte, l'assistance et l'enseignement. Pour effectuer cette vente des biens dits nationaux dans de bonnes conditions, elle émit des billets destinés à les payer, les assignats. L'impossible réforme fiscale avait été réalisée et la dette était destinée à s'éteindre. Malheureusement ce beau scénario s'effondra rapidement.

La fuite du roi, puis la guerre, les troubles et enfin la désorganisation de l'administration fiscale eurent raison du redressement financier. L'assignat se déprécia rapidement, les dépenses montèrent de manière exponentielle,

enfin non seulement le niveau des contributions destinées à remplacer les impositions de l'Ancien Régime fut fixé trop bas mais les Français ne payèrent quasiment plus rien pendant près de dix ans, ou alors en monnaie dévalorisée.

Le gouvernement révolutionnaire, acculé, transforma les assignats en papier-monnaie et en émit de manière massive (près de 50 milliards au total) pour faire face à ses dépenses. Il concourut ainsi à l'avalissement de la monnaie papier, avant de la supprimer en 1797, lorsque sa valeur tomba quasiment à zéro.

En 1797, le Directoire dut se résoudre à une banqueroute dite des deux tiers. En simplifiant, il se débarrassait d'un trait de plume de la plus grande partie de la dette en garantissant le paiement d'une rente réglée "rubis sur l'ongle" pour le tiers restant. En réalité, des mesures d'accompagnement furent prises qui permirent de désembourber les finances de l'Etat : création de nouveaux impôts, réorganisation ferme de l'administration des finances, mise en confiance des banquiers dépositaires de la dette qui offrirent au Consulat et à l'Empire un budget assaini, conforté par l'arrêt provisoire des hostilités.

En jetant un regard rétrospectif sur cette longue histoire, on peut tirer quelques leçons simples. La dette publique sort tout droit des dépenses extravagantes induites par les grands conflits, et cette règle se vérifia aussi bien avec la première qu'avec la seconde guerre mondiale, mais elle se trouve confortée chaque fois qu'une crise économique ampute les ressources de l'Etat. Ce fut le cas à la fin du règne de Louis XIV comme pendant la Révolution, quand la récession économique conjugua ses effets avec la guerre.

Cependant, l'endettement de l'Etat est devenu chronique car ses dépenses se sont accrues et il est politiquement délicat de taxer les citoyens au niveau que requiert le financement. Deux postes sont devenus importants : le soutien à l'activité économique, notamment en cas de récession, au moins depuis 1929 ; les dépenses sociales induites par l'Etat-providence, au moins depuis Bismarck en Allemagne. Un troisième vient d'apparaître inopinément : le secours des banques mises en péril par l'absence de toute régulation.

Sauf en cas de guerre, et encore, la dette publique ne devenait insupportable qu'à la suite des errances antérieures de la politique financière et budgétaire. Si la monarchie succomba, c'est parce qu'elle ne fut pas capable de supprimer les avantages fiscaux des privilégiés. Le gaspillage des fonds publics, l'absence de système fiscal performant, l'incapacité à traquer la fraude, les politiques laxistes qui consistent à favoriser certaines catégories sociales ou certains lobbies sont les voies d'entrée d'un endettement excessif.

A partir d'un certain niveau de dette, celle-ci devenait incontrôlable puisque son service interdisait de la rembourser. Pour surmonter leur déficit, les Etats ont employé plusieurs remèdes mais il faut admettre que ceux-ci ont rarement été simples et jamais indolores. Trois chemins tortueux se sont offerts et s'offrent encore aux politiques : ne pas rembourser la dette ou la phagocyter, faire des économies, trouver des ressources supplémentaires.

- L'exécution des créanciers ou l'extorsion de fonds étant a priori exclus, la banqueroute ou l'inflation, en suivant l'exemple de Law ou de l'assignat. Elles permettent de spolier violemment ou en douceur les créanciers. L'inflation fut encore très efficace après les deux guerres mondiales mais on en entrevoit les effets indésirables.

- Une politique d'économies et de réductions des dépenses. Mais, de même que le non-financement de la guerre entraînait inéluctablement la défaite, de même les réductions de dépenses publiques débouchent facilement sur des troubles sociaux et une contraction économique, qui, à son tour, peut réduire les recettes fiscales.

- La taxation de pays occupés n'étant plus acceptable, l'aide des autres pays ou d'institutions internationales, sous forme de prêts ou de remises de dettes.

- La dévaluation ou, plus exactement, de nos jours, la dépréciation de la monnaie. Elle entretient l'espoir que la relance des exportations relancera l'économie et apportera des rentrées d'argent mais ses conséquences politiques peuvent être néfastes.

- La vente des offices étant obsolète, le prélèvement fiscal, avec le sempiternel dilemme que connut si bien l'Ancien Régime : alourdir la charge, ce qui est économiquement et politiquement mal avisé ; élargir l'assiette en éliminant l'économie souterraine et en basculant vers une imposition forte des hauts revenus. Au-delà, il y a en ligne de mire une harmonisation des systèmes fiscaux (et sociaux) et une régularisation des flux de capitaux. De ce modèle historique rêvé, on est encore fort loin.

---

Gérard Béaur est directeur de recherches au CNRS et à l'Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS)

Ancien président de l'Association française des historiens économistes de 2001 à 2004, il a notamment coédité "La Dette publique dans l'histoire" (Comité pour l'histoire économique et financière de la France, 2006), ainsi que "Fraude, contrefaçon et contrebande de l'Antiquité à nos jours" (Droz, 2006).

Gérard Béaur

Article paru dans l'édition du 14.08.11

## ***Credit-rating agencies***

Judges with tenure

### **Making financial markets less reliant on ratings will not be straightforward**

The Economist Aug 13th 2011 | *NEW YORK* | from the print edition

WARREN BUFFETT did not mince his words after Standard & Poor's downgraded America's long-term debt. Treasuries deserved a "quadruple-A" rating, he harrumphed. The world's best-known investor may be short some of the ratings agencies' opinions, but he is long their equity. With a 12.5% stake (as of March 31st), his holding company is one of the largest shareholders in Moody's, S&P's main rival.

Mr Buffett understands that, for all the politicians' pledges to clip ratings firms' wings, the trio that dominates the industry—the smaller Fitch is the third—will continue to wield huge influence. And where there's power, there's money. Moody's enjoys operating margins of 35-40%. Activist investors are pushing for a break-up of S&P's parent, McGraw-Hill, to free its more promising divisions, including ratings, from the more sluggish publishing units.

The opprobrium heaped on ratings firms is only partly deserved. They acquitted themselves poorly in the run-up to Enron's collapse in 2001. Their number-crunching reached a nadir in the more recent mortgage debacle, which was exacerbated by their willingness to award AAA ratings to thousands of structured-mortgage time-bombs.

On the debt of countries, however, their record is considerably better. In a study last year, the International Monetary Fund concluded that ratings were a reasonably good indicator of sovereign-default risk. All countries that have defaulted since the mid-1970s had their grade cut to junk by ratings agencies at least a year beforehand. In the current European crisis, ratings firms had begun to downgrade peripheral euro-zone countries years before bond markets woke up to default risk.

Still, there are awkward questions to answer. Some wonder how S&P can rank America below France, which is knee-deep in the euro-debacle. In recent years it has tended to downgrade sovereigns ahead of its rivals, leaving some wondering if its criteria are too harsh (see chart). It has, to be fair, strived to explain which factors affect its decisions. It has been less good at clarifying their relative weight. The big ratings firms provide "an ingredients list with no recipe," says Glenn Reynolds of CreditSights, a research company. Indeed, markets were taken by surprise when, three days after the American downgrade, S&P said that some state and local governments might be able to keep their top-notch ratings if they could, for instance, show how they would cope with reduced federal benefits.

The power that the big three wield over debt markets stems from their designation (along with seven much smaller outfits) as "nationally recognised" ratings firms. This confers quasi-regulatory status on them and ensures their judgments are hard-wired into rules governing banks, insurers and funds. Ratings are, for instance, used in evaluating capital standards and in central banks' collateral-eligibility rules. Rescue proposals in Europe have turned on how ratings agencies define a sovereign default.

Ratings are also embedded in private contracts: witness the ruinous amounts of extra collateral demanded by AIG's derivatives counterparties after it was downgraded. Some two-thirds of American pension funds with investment charters limit themselves to buying bonds rated by the industry's triopoly.

The increase in references to ratings in regulations over time, combined with limited competition, has created "a more or less 'guaranteed market' with few incentives to compete on the basis of rating quality," the IMF notes. Worse, it creates so-called cliff effects: a rush to the exits when assets are downgraded (or likely to be), especially to below investment grade.

The obvious answers are to sever the link to regulation and to increase competition. The Financial Stability Board, which co-ordinates the G20's financial policies, has asked standard-setters and regulators to find ways of yanking ratings out of rules on bank capital, fund holdings, margin agreements and so on. America's Dodd-Frank act requires their removal, or replacement by "appropriate" alternatives, within two years. The Securities and Exchange Commission (SEC) has proposed numerous changes to this end, covering securities registration, money-market funds and capital standards for brokers. Reliance on external ratings has been reduced in Japan and Argentina, too.

Counter-intuitively, some industry leaders back these moves. Deven Sharma, S&P's boss, argues that the firm's analysis would still find takers without a regulatory stamp of approval. It might also become easier to defend the industry's much-pilloried line against those who bring liability lawsuits: that ratings are mere opinions, protected by free-speech laws.

Unfortunately, finding alternatives to ratings is proving difficult. Some suggest using credit-default-swap prices, but these too can exacerbate market swings. Others propose a minimum volume of past debt issuance, but this discriminates against smaller entities. Regulators remain open to suggestions for how to assess risk in bank-capital rules without ratings.

Even in the absence of a panacea to replace ratings, officials could do worse than to scrap the "nationally recognised" imprimatur, throwing the game open to any firm that meets basic standards. Encouragingly, new competitors are entering the arena, including Kroll, a corporate-investigation firm, and Bloomberg, a financial-information firm. (The Economist Intelligence Unit, a sister company of *The Economist*, is among the outfits that produce sovereign ratings.) Ratings agencies based in emerging markets can expect their clout to grow, too (though few pulses quickened when China's Dagong Global cut America to five notches below AAA on August 2nd.)

The danger is that many institutional investors will be reluctant to do their own credit analysis and will continue to rely on the big three even if ratings are pulled from the rules. That would be an easy option, but ultimately a masochistic one. For the biggest beneficiaries of ratings have not been long-term bond investors but the Wall Street firms that used the system to foist misrated debt on them.



## ***French fears***

Pummelled

### **Markets go into a panic about France**

Aug 13th 2011 | *PARIS* | from the print edition

NICOLAS SARKOZY, France's president, rushed back from his holiday on August 10th to defend the country from financial attack. In a day of rumour, panic and denials, shares in Société Générale, the country's third-biggest bank, fell by almost a fifth before recovering some ground to close down 15%.

The immediate cause for worry was a question-mark over whether France will keep its triple-A rating after Standard & Poor's cut America's on August 5th. France's debt stood at 82% of GDP last year, from 64% in 2007. This is one of the highest of any AAA-rated country. That, investors fear, means it could be the next target for a downgrade, especially if already anaemic economic growth falters further. The extra yield required by investors to hold French debt instead of German Bunds jumped to almost triple the average level of 2010 while the cost of insuring against a default by France reached new highs during the week.

After an emergency meeting of ministers, Mr Sarkozy pledged to fulfil recent promises on debt reduction, regardless of whether economic growth slows. More reassuringly, Moody's, S&P and Fitch, the three major credit-rating agencies, all said France's rating was stable.

As Société Générale's shares tumbled, the cost of insuring its debt against default soared by 55 basis points, suggesting it will face a significant increase in borrowing costs. Shares of other French banks were also hit. Those in BNP Paribas, the euro zone's biggest bank, fell by 9.5%; Crédit Agricole's fell by 12%.

"French banks have a bit of everything—exposure to Greece and to Italy—and investors are extremely worried about their funding costs," says one analyst. Some investors feared that Mr Sarkozy's meeting was held to address a sudden crisis at Société Générale. The Elysée palace denied that any bank had been present at the meeting and Société Générale denied "all market rumours".

The ultimate fear is that if France's rating was cut then the European Financial Stability Facility would struggle to issue much triple-A-rated debt. That would leave it unable to borrow cheaply enough (or in sufficient amounts) to support those euro-zone countries that have lost access to bond markets. The euro's new lines of defence run not through Italy and Spain, but France.

NYT August 13, 2011

# Tribal Rifts Threaten to Undermine Libya Uprising

By DAVID D. KIRKPATRICK and C. J. CHIVERS

TRIPOLI, Libya — Saddled with infighting and undermined by the occasionally ruthless and undisciplined behavior of its fighters, the six-month-old rebel uprising against Col. **Muammar el-Qaddafi** is showing signs of sliding from a struggle to overthrow an autocrat into a murkier contest between factions and tribes.

The increase in discord and factionalism is undermining the effort to overthrow Colonel Qaddafi, and it comes immediately after recognition of the rebel government by the Western powers, including the United States, potentially giving the rebels access to billions of dollars in frozen Libyan assets, and the chance to purchase more modern weaponry.

The infighting could also erode support for the rebels among members of the NATO alliance, which faces a September deadline for renewing its air campaign amid growing unease about the war's costs and direction. That air support has been a factor in every significant rebel military goal, including fighting on Saturday in which rebel forces were challenging pro-Qaddafi forces in or near three critical towns: Brega, an oil port in the east, Zawiya, on the outskirts of Tripoli, and Gharyan, an important gateway to southern Libya.

While the rebels have sought to maintain a clean image and to portray themselves as fighting to establish a secular democracy, several recent acts of revenge have cast their ranks in a less favorable light. They have also raised the possibility that any rebel victory over Colonel Qaddafi could disintegrate into the sort of tribal tensions that have plagued Libya for centuries.

In recent weeks, rebel fighters in Libya's western mountains and around the coastal city of Misurata have lashed out at civilians because their tribes supported Colonel Qaddafi, looting mountain villages and emptying a civilian neighborhood. In the rebels' provisional capital, Benghazi, renegade fighters **assassinated their top military commander**, Gen. Abdul Fattah Younes, apparently in revenge for his previous role as Colonel Qaddafi's security chief.

In response, the chief of General Younes's powerful tribe threatened to retaliate against those responsible, setting off a crisis in the rebels' governing council, whose members were dismissed en masse last week.

The rebels' Western backers have become alarmed at the growing rift between supporters of a group of rebels who have coalesced into a relatively unified army and the others who effectively remain a civilian band of militia fighters.

In the short term, the retaliation can serve to fortify Colonel Qaddafi's power by reinforcing the fear that a rebel victory would bring reprisals against the many who participated in the colonel's political machine and enjoyed his patronage. More broadly, the moral clarity of six months ago, when Colonel Qaddafi's forces were bearing down on Benghazi and he was threatening to wipe out anyone who dared oppose him there, has been muddied.

In an interview, Jeffrey D. Feltman, assistant secretary of state for Near Eastern affairs, said that concerns about the rebels might be overblown. He acknowledged that there were some "disturbing reports" from Benghazi and the rebel front lines but credited the rebels' governing Transitional National Council with swift steps to address the concerns. He noted that the rebel leadership — itself a heterodox mix of recent defectors and their former longtime foes — had ordered an end to abuses against loyalist tribes in the mountains, and he characterized the shake-up of the council as a move to establish a level of transparency and accountability without precedent in Libya.

After some initial gunfire by fighters from the family of General Younes, the council appeared to have persuaded his tribe, the Obeidi, to put their faith in an open investigation by the rebel authorities, Mr. Feltman said. "They were able to avert a real cycle of violence," he said. "I would give them a passing grade, given where they are starting from." He added, "They have made commitments to us that you would never get out of Qaddafi."

Still, questions remain about the rebel leadership's control over its fighters. "I think that is a question they are asking themselves," Mr. Feltman said, noting recent moves by the council to rein in various freewheeling rebel militias, which often are formed along town, neighborhood or tribal lines.

But an Obama administration official, who was not authorized to speak publicly on the subject, acknowledged some doubts. “I think the jury is out on how unified the command will be,” the official said.

Just two weeks before the mysterious assassination of General Younes raised those questions, the United States formally recognized the rebels’ Transitional National Council as Libya’s legitimate government, potentially allowing it to tap about \$3.5 billion in liquid assets and, over the long term, the rest of the \$30 billion of the Qaddafi government’s frozen investments.

United States officials say that rebel leaders have pledged to allocate the money in a way that is “transparent” and “inclusive,” and that the United States is encouraging its use for health care, electricity and other services in rebel-held territory. But some funds could also be used to buy weapons for the poorly trained and equipped rebel forces.

Libya before the revolt was in many ways a social tinderbox. The country, a former Italian colony long dominated by rural Bedouin tribes, had little experience of national unity before Colonel Qaddafi came to power 42 years ago. Many Libyans relied on tribal connections more than civil law as a source of justice and security.

Colonel Qaddafi’s centralized state and oil economy deepened many divisions, rewarding or punishing both individuals and tribes primarily on the basis of their loyalty to the government.

The uprising initially broke out across the country, even driving the police from the streets of the capital, Tripoli. But Colonel Qaddafi and one of his sons, Seif al-Islam, immediately vowed to stamp out the “rats” they held responsible, predicting from the first nights that the rebellion would become “a civil war.” Then militias commanded by two other Qaddafi sons, Muatassim and Khamis, re-established control of the capital by firing live ammunition into unarmed crowds, as the International Criminal Court attested, the first steps toward fulfilling the Qaddafis’ prophecy of a civil war pitting east against west.

Many supporters of the rebels now speak of exacting their own revenge against Colonel Qaddafi’s clan.

Outside Tripoli, the Qaddafi stronghold, about 500 civilian refugees from the rebel advance have gathered in a makeshift camp that formerly housed Chinese construction workers. “If you love Qaddafi in Yafran, they will kill you,” said Abdel Kareem Omar, 25, a dental student from a village of the Mashaashia tribe near that rebel city in the western mountains.

“The rebels stole our furniture, our food, our animals and burned our homes,” he said, vowing that he, too, would take up arms. “To protect my people,” he said.

In a recent conversation with two journalists, one man in the western mountains said his neighbors often spoke of capturing Seif al-Islam el-Qaddafi alive, so they could chop off his fingers. And low-level rebel leaders talk openly of forbidding Colonel Qaddafi’s supporters from returning to their homes in rebel-held ground.

Bands of rebel fighters hunted people suspected of being Qaddafi loyalists around Benghazi for months before the killing of General Younes. And on the front lines, rebels in the coastal city of Misurata have **vowed to take revenge** on the black-skinned Libyans from Tawergha, accusing them of committing atrocities and driving them out of their neighborhood.

In the mountains in western Libya, local men have ransacked and burned homes in at least five villages or cities where residents had supported Colonel Qaddafi or his troops. Many of the victims were members of the pro-Qaddafi Mashaashia tribe, which **the rebels openly loathe**.

The fear holding together the pro-Qaddafi side is palpable. Asked in an unguarded moment about his plans, Musa Ibrahim, a member of Colonel Qaddafi’s tribe and a spokesman for his government, blurted out, “If I am alive, you mean?”

The rebel leadership in Benghazi continues to insist that it can reconcile the differences among Libyan factions and tribes. The governing council calls itself “transitional,” and it has pledged to form a new broadly representative unity government based in Tripoli if Colonel Qaddafi leaves power.

Part of the challenge facing the rebels is the pervasive reach of the Qaddafi political machine.

“In a dictatorship that lasts 42 years, it is almost inevitable that almost everyone to some extent needed to participate in the ‘revolution’ — how else could you raise a family, have a job, etc.?” Diederik Vandewalle, a Libya expert at Dartmouth College wrote in an e-mail. “That in a sense is the real tragedy of the way the Qaddafi system implicated everyone. And so it leaves virtually everyone open to retribution.”

Members of the tribes close to Colonel Qaddafi — like his own tribe, the Qaddafa, or the larger Maghraha, and small tribes associated with them — may face the greatest danger from “tribal revenge,” George Joffe, a Libya expert at the University of Cambridge, wrote in another e-mail. “And, of course, the longer this struggle continues, the more likely and bitter that will become.”

*David D. Kirkpatrick reported from Tripoli, and C. J. Chivers from Zintan, Libya.*

Im Gespräch: Ökonom Lars Feld

## „Frankreich ist ein Wackelkandidat“

Der 45 Jahre alte Lars Feld ist der jüngste Ökonom im Sachverständigenrat der Bundesregierung. Im Interview mit der Sonntagszeitung spricht er über das gefährdete Rating der Franzosen, die Lasten der Deutschen und den Irrweg der Europäischen Zentralbank.

13. August 2011

**Herr Feld, die Aktienmärkte taumeln, die Notenbanken ergreifen Notmaßnahmen. Wie schlimm ist die Lage?**



"So wie bisher geht es nicht weiter."

Ich mache mir wenig Sorgen, dass wir vor einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise stehen. Zwar sind viele Industrieländer hoch verschuldet und die Konjunktur schwächt sich ab. Aber ich erwarte nicht, dass jetzt weitere Länder in ähnliche Turbulenzen geraten wie Griechenland oder Portugal. Und wir müssen auch keine große Rezession befürchten.

**Das sieht EZB-Präsident Jean-Claude Trichet aber ganz anders. Er hat gesagt, diese Krise wäre die schlimmste seit dem Ersten Weltkrieg geworden, wenn die EZB nicht so stark eingegriffen hätte.**

Trichet muss sich ja auch rechtfertigen. Die Europäische Zentralbank kauft weiter Staatsanleihen auf, das muss er den Menschen erklären. Ich denke aber nicht, dass man die Probleme von Italien und Spanien vergleichen kann mit den Schwierigkeiten, die wir um die Lehman-Pleite herum gehabt haben.

**Trichet übertreibt?**

Er hat einen besseren Zugang zu den Daten als ich. Er sieht zum Beispiel, ob der Interbankenmarkt austrocknet. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass dies in diesem Jahr so gravierend ist wie im vergangenen. Denn die Banken stehen wesentlich besser da. Deshalb sehe ich die neuen Maßnahmen der EZB kritisch.

**Sie meinen die Ankündigung, nun nach den griechischen auch italienische und spanische Staatsanleihen aufzukaufen.**

Ja, Trichet geht damit ein großes Wagnis ein. Die EZB ist viel stärker in der Fiskalpolitik engagiert, als sie es sein dürfte. Sie sollte nach meinem Dafürhalten die Staatsanleihen, die sie schon hält, umtauschen in Rettungsfonds-Anleihen – und ihr Engagement in der Finanzpolitik beenden.

**Wieso ist das so wichtig?**

Die Zentralbank ist nur für die Preisstabilität zuständig, für sonst nichts. Wenn sie in bestimmten schwierigen Situationen wie etwa während der Finanzkrise mehr tut, dann muss das eine Ausnahme bleiben. Man kann nicht auf Dauer mit dem Ausnahmezustand operieren.

**Im Prinzip ist der Anleihenkauf nichts anderes, als wenn die EZB für die italienische und spanische Regierung Geld druckt, oder?**

Ich würde es so sagen: Es ist eine Form der Monetisierung der Staatsschuld dieser Länder. Man sorgt dafür, dass Italien und Spanien sich günstiger weiter verschulden können.

**Das ist doch wie Geld drucken! Die Regierungen haben einen finanziellen Vorteil.**

Ja, sie haben einen Vorteil. Aber man muss sich fragen, wie lange das anhält. Denn mittlerweile sind für die Zinsaufschläge die Fundamentaldaten der Länder ausschlaggebend. Und wenn die EZB Staatsanleihen aufkauft, dann hilft das zwar eine Zeitlang, aber irgendwann ziehen sich die Anleger trotzdem zurück.

### **Es bringt also gar nichts?**

Die getroffenen Maßnahmen könnten wirkungslos verpuffen. Oder die EZB müsste so massiv in den Markt gehen, wie es die Amerikaner tun. Dann wird in großem Umfang Staatsschuld monetisiert.

### **Müssen wir uns Sorgen machen, dass das mit Inflation endet?**

Die Inflationsgefahren sind in ganz Europa nach oben gegangen. Auch in Deutschland liegen wir über zwei Prozent Inflation, also über dem Ziel, das sich die EZB gesetzt hat. Der Aufkauf von Staatsanleihen kann das Inflationspotential erhöhen, weil sich die Geldmenge aufbläht. Allerdings ist die Bewegung in der Teuerung derzeit nicht so stark, dass ich beunruhigt wäre. Es ist möglich, das Geld, das durch den Staatsanleihenkauf in den Markt kommt, zu sterilisieren.

### **Wie soll das gehen?**

Zum Beispiel, indem die EZB die Zinsen erhöht, wie sie das ja gerade auch getan hat.

### **Hat die EZB sich nicht längst von der Stabilitätskultur der alten Bundesbank verabschiedet?**

Die Situation, die wir jetzt sehen, ist eine echte Nagelprobe für die Notenbank. Und wir werden erst im Nachhinein feststellen können, ob das eine Abkehr von der Stabilitätskultur war oder nicht. Den wiederholten Beschluss, Staatsanleihen zu kaufen, sehe ich dabei kritisch.

### **In dieser Woche steht auf einmal ein Land im Mittelpunkt der Gerüchte, das als unantastbar galt: Frankreich. Ist das Land bedroht?**

Als frankophiler Mensch sage ich natürlich: Nein, Frankreich ist nicht bedroht. Wenn es allerdings um das AAA-Rating der französischen Staatsanleihen geht, dann muss ich sagen: Das ist knapper als das sehr sichere deutsche AAA-Rating. Frankreich steht deutlich schlechter da.

### **Wird Frankreich demnächst herabgestuft?**

Mittelfristig ist das möglich. Die großen Ratingagenturen legen sich zwar bisher auf einen stabilen Ausblick fest. Aber wenn man Frankreich mit Amerika vergleicht, die gerade bei Standard & Poor's ihr AAA eingebüßt haben, dann sieht man Parallelen.

### **Wie steht Frankreich da?**

Die Schuldenstandsquote ist zu hoch, sie ist ja noch höher als die amerikanische. Das aktuelle Haushaltsdefizit ist nicht so hoch wie in Amerika, aber deutlich höher als in Deutschland. Den Weg zu solideren Staatsfinanzen geht man in Frankreich langsamer als in Deutschland und ähnlich zögerlich wie in Amerika. Im Unterschied zu Deutschland hat die französische Regierung bisher außerdem so gut wie nichts getan, um durch Reformen am Arbeitsmarkt die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. In der sozialen Sicherung haben die Franzosen wenigstens das Renteneintrittsalter erhöht. Aber Frankreich hat insgesamt ein Ausgabenproblem.

### **Also ist Frankreich tatsächlich ein Wackelkandidat?**

Ja, die Fragezeichen hinter dem französischen Rating stehen dort zu Recht.

### **Im Moment scheint die Angst in Frankreich ja groß zu sein, wenn Präsident Sarkozy extra seinen Urlaub abbricht. Vielleicht kommt es ja jetzt zu den Reformen, die Sie anmahnen.**

Naja, wenn Herr Cameron seinen Urlaub abbricht, dann ist wirklich etwas los. Wenn Sarkozy den Urlaub abbricht, dann ist auch viel Show dabei. Es gehört zu seinem Regierungsstil, diese Auftritte zu zelebrieren. Wenn Frau Merkel aus dem Urlaub zurückkäme, wären die Märkte beunruhigt. Dass Herr Sarkozy zurückkommt, stört sie wenig.

### **Da müssen wir widersprechen. Der Dax ist abgesackt nach der Ankündigung!**

Ob das wirklich an der Rückkehr aus dem Urlaub lag? Mir scheint schon, dass Sarkozys Auftritte nicht so ernst genommen werden wie die anderer Staatschefs.

### **Wenn Sarkozy das Problem nicht löst, was bedeutet das für uns? Schließlich ist Frankreich unser Partner bei der Euro-Rettung.**

Das ist für ganz Europa ein Problem, weil der Euro-Rettungsfonds neu strukturiert werden müsste, falls das französische Rating fällt. Für die Bundesregierung bedeutet das gegebenenfalls eine höhere Belastung.

### **Könnte es sein, dass Deutschland sich langsam überfordert?**

Wir können nicht den halben Euroraum retten. Es ist möglich, dass Deutschland als Stütze des Rettungsfonds den kleineren Ländern Kredite gewährt. Aber wenn größere Länder in Schwierigkeiten geraten sollten, dann ist das für den Rettungsfonds und damit für Deutschland nicht mehr zu bewältigen.

### **Italien oder Spanien passen nicht mehr unter den Rettungsschirm?**

Der Rettungsschirm ist ursprünglich so ausgestaltet, dass Spanien knapp gerettet werden könnte, wenn der Internationale Währungsfonds mitspielt.

### **Aber für Italien reicht es nicht mehr?**

Nein, Italien passt ganz sicher nicht unter den Schirm. Außerdem muss der Rettungsfonds mit den Beschlüssen vom Juli ein zweites Rettungspaket für Griechenland mitfinanzieren. Wenn wir das berücksichtigen und überlegen, dass eventuell auch Mittel bereitstehen müssen, um das griechische Bankensystem zu stützen, dann fehlt ein größerer Betrag.

### **Dann reicht es auch nicht mehr für Spanien?**

Allenfalls knapp, wenn der IWF sehr viel beisteuert. Für weitere Länder reichen die Mittel nicht.

### **Wie kommen wir aus diesem Rettungs-Schlamassel wieder heraus?**

So wie bisher geht es nicht weiter. Wir müssen uns zurückbesinnen auf die Grundideen der Währungsunion: auf der einen Seite eine Vergemeinschaftung der Geldpolitik und auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung der nationalen Verantwortlichkeit für die Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik. Hier müssen die betroffenen Länder reformieren und konsolidieren. Ich sehe bei Ländern wie Italien und Spanien nicht, dass sie nicht genügend Möglichkeiten hätten, ihre Staatsfinanzen selbst wieder in den Griff zu bekommen. Sie sind bisher nicht ans Eingemachte gegangen. Es gibt noch viel Spielraum.

### **Der Wirtschaftsweiser**

Der jüngste deutsche Wirtschaftsweiser der Bundesregierung hat für alarmistische Aufrufe nicht viel übrig. Umso mehr hört man zu, wenn **Lars Feld** sich einmal wirklich besorgt äußert, wie gerade über die Lage in Frankreich. Der 45 Jahre alte Leiter des **Walter Eucken Instituts in Freiburg**, der seit März zu den Sachverständigen gehört, ist seit März Mitglied im Sachverständigenrat für Wirtschaft. Seither findet seine Vorliebe für **solide Staatsfinanzen** bundesweit Gehör. Die Schuldenbremse der Deutschen bezeichnet er als „sein Baby“, weil er an ihr maßgeblich mitgewirkt hat. Nun mahnt er andere europäische Staaten wie Italien und Spanien zu größeren Sparanstrengungen. Doch das ist nicht das Einzige, was ihn umtreibt. Der Ökonom forschte bisher auch zu **Steuermoral** und **Steuerwettbewerb** und setzt sich für mehr **direkte Demokratie** in Deutschland ein.

Das Gespräch führten **Lisa Nienhaus** und **Winand von Petersdorff**.

Text: F.A.Z.

## Flexible Jugend

**Jeder fünfte Europäer unter 25 Jahren sucht derzeit eine Stelle. Wie komfortabel erscheint dagegen die Situation hierzulande. Aber die Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt hat ihren Preis.**

Von *Sven Astheimer*  
13. August 2011

Europa schaut mit einer Mischung aus Anerkennung und Neid auf den deutschen Arbeitsmarkt. Während in fast allen Ländern die Zahl der Erwerbslosen seit der Wirtschafts- und Finanzkrise – zum Teil sprunghaft – gestiegen ist, steht die größte Volkswirtschaft des Kontinents im Jahr zwei nach der Rezession so gut da wie seit der Wiedervereinigung nicht. Besonders deutlich zeigt dies der Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit. Jeder fünfte Europäer unter 25 Jahren sucht derzeit eine Stelle, wie das Statistische Bundesamt gerade anlässlich des internationalen Tages der Jugend mitteilte. Besonders schlimm ist die Lage in den Euro-Krisenländern Italien, Griechenland und vor allem Spanien, wo fast jeder zweite junge Mensch derzeit keine berufliche Perspektive hat. Dort tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe.

Wie komfortabel erscheint dagegen die Situation hierzulande. Nicht nur, dass Deutschland mit einer Quote von „nur“ 9,1 Prozent den drittniedrigsten Wert innerhalb Europas aufweist. Noch bemerkenswerter ist, dass es neben Luxemburg das einzige Land ist, das seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 einen Rückgang um immerhin 1,6 Prozentpunkte aufweist. Während in Madrid Tausende Jugendliche protestieren und sich mangels inländischer Alternativen zunehmend für offene Stellen in Deutschland interessieren, ist in Berlin das Ende der jahrelangen Lehrstellenlücke absehbar, buhlen Handwerksverbände um die Gunst von Azubis aus Polen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist damit binnen kurzer Zeit vom Problemfall des Kontinents zum Vorzeigemodell geworden. Neben der hohen Qualität der Ausbildung heißt ein weitere Erfolgsfaktor Flexibilität.



© dpa

In Spanien geht die Jugend schon auf die Straße

Es ist keine zehn Jahre her, da reisten ganze Heerscharen deutscher Politiker und Wissenschaftler ins europäische Ausland, um Anregungen zu holen für die geplante Neuordnung des hiesigen Arbeitsmarktes. Viele Eindrücke und Erfahrungen dieses Arbeitsmarkt-tourismus fanden tatsächlich Eingang in die Hartz-Reformen I bis IV, mal in direkter Anlehnung an das Original, mal durch den politischen Konsens verwässert. Die Veränderungen waren von enormem Ausmaß, nur der vor allem von den Arbeitgebern geforderten Reform des „Normalarbeitsverhältnisses“ – etwa durch Einschnitte beim Kündigungsschutz – schoben die Gewerkschaften einen Riegel vor.

### **Sinkende Bereitschaft der Unternehmer zu Neueinstellungen**

Weil sich unter dem Druck von 5 Millionen Arbeitslosen jedoch die Erkenntnis durchsetzte, dass in einer globalisierten Wirtschaft auch dem Bedürfnis der Unternehmen nach mehr Flexibilität Rechnung getragen werden muss, einigten sich Regierung und Opposition darauf, eine Art Eintrittsarbeitsmarkt zu schaffen – ein richtiger Entschluss. Heute führen Spanier und Italiener Diskussionen darüber, wie sie ihre verkrusteten Arbeitsmärkte aufbrechen können. Dort sitzen viele ältere Beschäftigte auf gut gesicherten und bezahlten Posten, während der jungen Generation der Zugang dorthin verwehrt bleibt.

Junge Menschen spüren konjunkturelle Krisen immer am stärksten. Im Falle von Kündigungen stehen sie auf den Sozialplänen meist ganz oben. Noch wichtiger ist jedoch, dass die sinkende Bereitschaft der Unternehmer zu Neueinstellungen sie besonders trifft. Deshalb erfüllen Befristungen und Zeitarbeit eine wichtige Funktion. Ein Arbeitgeber ist mit diesen Instrumenten schneller bereit, Personal aufzubauen, weil er weiß, dass das finanzielle Risiko überschaubar ist. Die sogenannte Beschäftigungsschwelle ist durch diese Reformen gesunken, das weiß man heute. Natürlich bedeutet ein befristetes Arbeitsverhältnis für einen Berufsanfänger zunächst mehr Unsicherheit als eines ohne Verfallsdatum.



Doch ist der Fuß in der Tür des Arbeitgebers die beste Möglichkeit, sich für eine Entfristung zu bewerben. Und in jedem zweiten Fall erfüllt sich die Hoffnung auch.

### **Wie sieht das Alternativszenario aus?**

Alles in allem also Grund für ein bisschen Optimismus? Von wegen, Deutschland wäre nicht Deutschland, würden die Erfolge nicht durch eine Diskussion um vermeintliche Kosten überlagert. Die Gewerkschaften schüren schon seit langem unter jungen Leuten unbegründete Ängste vor einer Zukunft als Dauerpraktikant bis zur Rente. Doch auch die Wiesbadener Statistiker, sonst immer darauf bedacht, den Anschein zu erwecken, Daten nur zu sammeln und aufzubereiten, jedoch nicht zu bewerten, lenken die Diskussion in eine bestimmte Richtung, wenn sie den Vergleich der Jugendarbeitslosenquoten direkt mit dem Hinweis verknüpfen, dass junge Deutsche „deutlich häufiger atypisch beschäftigt“ seien als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Die entscheidende Frage lautet doch: Wie sieht das Alternativszenario aus? Würden ohne Befristungsmöglichkeit alle jungen Leute hierzulande sofort eine dauerhafte Vollzeitstelle bekommen? Wahrscheinlicher ist es, dass Unternehmen dann aus Sorge vor hohen Fixkosten weniger neue Stellen schaffen und Mehrarbeit etwa durch Überstunden abfedern. Höhere Jugendarbeitslosigkeit wäre der Preis für ein Zurücknehmen der Flexibilität im Arbeitsmarkt zugunsten von mehr Sicherheit. Wer dieses Risiko eingehen will, muss Farbe bekennen. Im Rest von Europa wäre man froh, man hätte derzeit solche „Probleme“.

Text: F.A.Z.

## ***Immigration***

### ***This house believes that immigration is endangering European society.***

The moderator's rebuttal remarks



Aug 12th 2011 | [Andrew Miller](#) ■

It is already clear that the causes of this week's riots on the streets of many British cities are a controversial subject: for some politicians, any effort to make sense of the mayhem constitutes an excuse. Immigration, too, is often a sensitive issue, as some of the comments on this debate have made clear. Proposing our motion, David Goodhart boldly links the two themes, suggesting that the absence of low-skilled jobs for British youngsters—attributable in part to immigration, he thinks—is one of the explanations for the riots.

Midway through our debate, it is clear that there are two very different ways to think about the motion. One is as essentially an economic argument. Do immigrants take or create jobs? Do they or don't they lower wages at the bottom of the labour market? Does immigration boost GDP, but not GDP per person, or is it good for both? This approach to the debate involves evidence, numbers and measurements, albeit sometimes contradictory ones.

The other way of thinking about it involves less tangible concerns, such as ideas about the vibrancy and freshness of societies. (Rousseau has been enlisted by one commenter to suggest that population increase is an indicator of a healthy society.) There are arguments over whether diversity is an end or good in itself, and, conversely, whether the insularity of some immigrant communities is a problem or otherwise. Does immigration transform national identity, and if so, does it matter? Philippe Legrain interestingly takes issue with Mr Goodhart's worry that social solidarity is jeopardised by mass immigration; he points out that, so far, the welfare systems of receiving countries in Europe have not been radically altered.

Finally, there is a moral dimension. Some commenters think that immigration is a natural and necessary corollary of free trade. Several argue that the history of colonialism makes accepting immigrants a moral obligation for former imperial nations.

A few of our comments imply that the motion itself has offended some people; I ought perhaps to remind you that it was intended as a starting point for discussion, not a definitive statement of *The Economist's* views. Others have queried the motion's two basic concepts: "immigration" and "Europe". Several people point out that there are many different kinds of immigrants, and claim that discussing them all together makes little sense. One question, I suppose, is whether public policy can, in advance, properly distinguish between desirable and undesirable sorts. Others wonder whether "Europe"

really exists as a discrete culture that is amenable to this sort of generalisation. It would be interesting to hear our debaters' thoughts on intra-European migration, too.

One basic question for them is whether the real issue is the scale of immigration or its nature. Both accept that some immigration is sensible; I would like to know how they think the optimal level for a given country might be calculated. Back, again, to you.



The proposer's rebuttal remarks  
Aug 12th 2011 | [David Goodhart](#) ■

When making the case for ploughing on with unprecedented levels of immigration, Philippe Legrain essentially sticks to the economics. As I said in my opening statement, immigrants clearly do bring economic benefits, but taken as a whole those benefits—except to the immigrants themselves—are small, and often negative for poorer citizens in the receiving societies. Moreover, this is not just about economics, it is about the longer-term coherence, liberalism and generosity of our countries and about responding to the democratic will.

But let me consider Mr Legrain's three main economic arguments: immigrants help prevent our societies from ageing; they are complementary to natives so bring many economic benefits and do not take jobs; and, finally, they are a source of dynamism and innovation.

The first argument about ageing is a tired old cliché of the pro-mass-immigration lobby and has long since been refuted by all respected demographers. It seems like common sense: our society is ageing so import lots of young people and encourage them to have large families and, hey presto!, we are youthful again. But the truth is that immigrants grow old too, and usually converge quickly on native fertility rates, so for this to work it would require massive, continuing immigration.

The current age structure of Britain is a result of the rapid growth of the population over the past 100 years, from about 30m to a bit over 60m. To keep that age structure as it now is would require another surge of population growth. But that is not a popular policy, especially in our more green-minded, congestion-conscious times, so we must get used to growing a bit older gracefully.

The mercantilist, almost Bismarckian, argument that growth in population is a good in itself does not apply in an age when power is no longer counted in the size of your army. Nor is GDP growth in itself desirable, it is GDP per head that matters. And there are many ways of keeping productivity and economic growth rising, enabling us to cover our pension costs even as we grow older. They include bringing more women into the workforce, automation and making people retire a bit later; moderate immigration can also play a small role.

What about the economic "good fit" of immigrants? Yes, they do sometimes help with skill shortages and do dirty jobs that natives do not want to do. But it is not "economically illiterate" to suggest that immigrants take locals' jobs—the consensus is that more than half of net new jobs created in recent years have been taken by

immigrants. Yes, there is no "lump of labour" and immigration itself generates extra demand for labour, but there is often a lag before the new jobs are created, and they are not always created in the same place that they are taken.

Working people in welfare states usually have a strong sense of their worth—isn't that a welcome product of European social democracy?—and will not do certain jobs at the wage rates or conditions on offer. Immigrants, from poorer places, will do those jobs.

There is then the danger of millions of sullen locals sitting at home on benefits (and even during the boom years in Britain the number on out-of-work benefits never fell below 5m) while poor but keen foreigners come in and take the jobs that they should be doing. Isn't there an element of this in the current underclass riots? And while wages "overall" may not be significantly depressed by mass immigration, there is strong evidence that the bottom-layer workers are hurt.


What about skilled immigrants? In small numbers they are often very useful but they can also discourage investment in education and training. The classic example of this is British medicine, which for many years was obscenely dependent on stealing doctors from third-world countries because we did not train enough of our own.

So, even on the economics it is a pretty mixed picture. But what about Mr Legrain's more generic claim about diversity and dynamism? Well, yes, but Britain would remain pretty diverse and dynamic with net immigration of 50,000 a year rather than the current 200,000-plus. Finland, one of the most prosperous and dynamic countries in Europe, has virtually no immigration. (And the argument that European diasporas boost trade with their ancestral homes is, alas, usually wishful thinking. British Indians are our biggest minority, and trade with India is pathetically low.)

Also, not all immigrants are dynamic and not all diversity is beneficial. When were you last in Bradford or Tower Hamlets? The British Pakistanis and Bangladeshis there have re-created very conservative and economically undynamic enclaves.

Europe is increasingly fragmented and restless. We need a period of low immigration to absorb, and better integrate, those who have arrived in the last two decades. We also need to focus more attention on the training and employment of alienated inner-city youth, and that is much harder to do with an immigration open door.



The opposition's rebuttal remarks  
Aug 12th 2011 | [Philippe Legrain](#) 

If open societies are a good thing, as David Goodhart rightly says, trying to close them off from the world is an odd way to protect them.

Mr Goodhart's fear is that immigration is happening "very quickly", "on a very large scale", and that "many immigrants choose to live in cultural enclaves". Yet only a few European countries, notably Spain, have experienced a rapid rise in immigration

recently and Spanish society has not collapsed—let alone, horrors, become more American.

In most European countries, recent inflows have been much smaller. According to the OECD, net inflows to Britain over 2005-09 averaged 42 newcomers a year per 10,000 residents—0.42%. In France the rate was 0.21% and Germany 0.07%. Man the barricades: we're being swamped!

One in nine people in Britain and France were born abroad, as were one in eight in Germany and one in seven in Spain and Sweden. Is that really "very large scale" immigration? Mr Goodhart quotes somewhat bigger figures by lumping together the "immigrant and ethnic minority population". But why conflate newcomers with settled minorities? Is Labour leader Ed Miliband, whose parents were Polish Jews, not truly British? What about the queen, who is of Germanic origin? Are Germans of Turkish ancestry forever in a category apart? As for the dubious claim that Britain will be "majority minority" by 2066—by David Coleman, a eugenicist and anti-immigration lobbyist—its premise is that black and Asian Britons will never properly be British. Why not? If you go back far enough, everyone is from somewhere else.

Mr Goodhart decries (mostly Muslim) immigrants leading "parallel lives" in "cultural enclaves", echoing misplaced fears a century ago about Jewish immigrants in Britain and Catholics in America. Yet it is normal for newcomers to cluster together. Over time, people tend to spread out as they get richer and more settled. If some people choose not to, is that so terrible? Do we fret about rich white French people congregating in Neuilly?

It is tragic if people are trapped in ghettos. Yet it is telling that when people are stuck on welfare in deprived areas it is seen as a socioeconomic problem when they are white and a cultural one when they are not. So rather than blame people excluded from labour markets that privilege insiders at the expense of outsiders, we need to improve access to education and jobs, reform tax and welfare systems to encourage work, and lift barriers to enterprise. In other words, we need to ensure that everyone can participate fully in society.

If immigration increases, European societies will indeed become more diverse. Great. What is wrong with Britain becoming more like London or the Netherlands more like Amsterdam? As throughout history, outside influences will broaden our horizons, enrich our cultures and make our societies more vibrant.

Where is the evidence that Europe's "unique combination of individual liberty and social solidarity" is fraying? Social freedoms are far greater than before. As for Mr Goodhart's chosen metric of social solidarity, taxes and benefits: are taxes falling? Is the welfare state shrinking? Do parties that favour lower taxes and a smaller state do so on the basis of immigration? No, no and no. Immigrants now form a bigger share of Sweden's population than of America's, yet Sweden's welfare state has hardly shrivelled to American levels. If necessary, welfare rules can be tightened and some benefits tied more closely to contributions.

Mr Goodhart questions the economic benefits of immigration. Yet static analyses ignore dynamic gains that compound over time: boosting productivity growth from 2% a year to 2.5% raises living standards by a tenth after 20 years and by more than a quarter after 50. Simplistic economic models assume that productivity growth falls like manna from heaven, or follows mechanically from spending on education and R&D. But in the

real world, it is generated by innovators and entrepreneurs, spurred on by competition and facilitated by flexible markets—typically in cities where different people spark off each other. Google, Yahoo!, Intel, PayPal, eBay, Tesco, Marks & Spencer, easyJet and many other successful companies were started by immigrants and their children. As this week's *Economist* notes: "Many British-based tech entrepreneurs come from abroad ... London's appeal is as much social as commercial. 'Entrepreneurs like the buzz and being in the thick of it.'" Do you think London would be half as prosperous and dynamic without a constant influx of people from around the world?

Mr Goodhart asserts that immigration depresses low-skilled wages, yet countless studies find otherwise. He frets that one-third of professional jobs in London are taken by foreign-born people. Yet many of those jobs would not otherwise exist, and those migrants in turn create jobs for others. And immigrants do not add to urban congestion or pressure on housing if investment is forthcoming.

He warns darkly that "if democratic politics fails to deal with this existential issue on which there is such a settled popular will the resulting backlash will threaten many of the achievements of the past 30 years". Nonsense. Populist extremists are a minority, and the way to combat them is not to pander to their illiberal prejudices—whether against immigration, trade or personal freedoms—but to address their legitimate concerns while dispelling their misconceptions.

It is hard to square Mr Goodhart's observation that young people now have very liberal views on race with his contention that immigration endangers European society. If they are relaxed about diversity, why is he so worried? Is it his age? He shouldn't worry: those dastardly immigrants will be there to look after him.